

Stenografischer Bericht

10. Sitzung des Landtages Steiermark

XVII. Gesetzgebungsperiode 23. Februar 2016

Beginn: 10.04 Uhr

Entschuldigt: Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, LTAAbg. Renate Bauer, LTAAbg. Erwin Dirnberger, LTAAbg. Helga Kügerl (vorauss. bis 13.00 Uhr)

M.

Mitteilungen (§ 39 GeoLT) (0000)

Betreff: *Mitteilung gem. § 39 GeoLT*

B1. Einl.Zahl 613/1

Befragung eines Mitgliedes der Landesregierung: Anfrage des Herrn LTAAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann an Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer

betreffend *Vorgehen der Energie Steiermark im Hinblick auf das Gaskraftwerk in Mellach*

Beantwortung der Anfrage: Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer (1509)

Zusatzfrage: LTAAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (1512)

Beantwortung der Zusatzfrage: Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer (1512)

D1. Einl.Zahl 602/1

Dringliche Anfrage der SPÖ an Landesrätin Mag. Kampus

betreffend *„Integrationshilfe - Zukunft der Bedarfsorientierten Mindestsicherung“*

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAAbg. Schwarz (1599)

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrätin Mag. Kampus (1602)

Wortmeldungen: LTAAbg. Kunasek (1612), LTAAbg. Tschernko, MSc. (1615), LTAAbg. Klimt-Weithaler (1619), LTAAbg. Ing. Jungwirth (1625), LTAAbg. Schartel (1631), LTAAbg. Moitzi (1633), LTAAbg. Krautwaschl (1635), LTAAbg. Riener (1639), LTAAbg. Zenz (1642), LTAAbg. Triller, BA (1646), LTAAbg. Amesbauer, BA (1648), LTAAbg. Dr. Murgg (1652), LTAAbg. Dr. Murgg (1656), LTAAbg. Klimt-Weithaler (1657), LTAAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann (1659),

LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl (1660), LTAbg. Dr. Murgg (1663), Landesrätin Mag. Kampus (1663)

Beschlussfassung: (1665)

1. Einl.Zahl 171/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Wirtschaft

Betreff: *Reform der Kulturförderung in der Steiermark*

Wortmeldungen: LTAbg. Dr. Wallner-Liebmann (1514), LTAbg. Krautwaschl (1515), Dritter Präsident LTAbg. Dr. Kurzmann (1517), LTAbg. Mag. Dr. Dolesch (1519), LTAbg. Klimt-Weithaler (1520), Landesrat Dr. Buchmann (1523)

Beschlussfassung: (1529)

2. Einl.Zahl 352/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Wirtschaft

Betreff: *Bio-Zertifizierung in der Gastronomie*

Wortmeldungen: LTAbg. Dr. Wallner-Liebmann (1529), LTAbg. Mag. Kerschler (1530), LTAbg. Cramer (1531), LTAbg. Schönleitner (1531), Landesrat Dr. Buchmann (1533)

Beschlussfassung: (1534)

3. Einl.Zahl 442/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Europa

Betreff: *Bericht der Steiermärkischen Landesregierung an den Landtag Steiermark über "Entwicklungen in der Europäischen Union" betreffend das zweite Vierteljahr 2015 gemäß Art. 41 Abs. 12 L-VG*

Wortmeldung: LTAbg. Amesbauer, BA (1534)

Beschlussfassung: (1539)

4. Einl.Zahl 333/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Wirtschaft

Betreff: *Erhalt des Polsterliftes*

Wortmeldungen: LTAbg. Triller, BA (1540), LTAbg. Dr. Murgg (1543), LTAbg. Mag (FH) Hofer (1545), LTAbg. Schönleitner (1546), LTAbg. Anton Lang (1548), Landesrat Dr. Buchmann (1551), Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer (1553)

Beschlussfassung: (1556)

5. Einl.Zahl 443/4

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Gesundheit

Betreff: *Gesetz, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz 2012 geändert wird (2. StKAG - Novelle)*

Wortmeldungen: LTAbg. Dipl.-Ing. Staller (1556), LTAbg. Riener (1559), Landesrat Mag. Drexler (1563), LTAbg. Kunasek (1565),

Beschlussfassung: (1567)

6. Einl.Zahl 464/3

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Prüfbericht zum Verein IHB*

Wortmeldung: LTAbg. Zenz (1567)

Beschlussfassung: (1569)

7. Einl.Zahl 536/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2016/1) betreffend Zusammenarbeit Bundessozialamt und Sozialabteilung Land Steiermark; Follow-up-Überprüfung*

Wortmeldungen: LTAbg. Krautwaschl (1569), LTAbg. Riener (1570), LTAbg. Zenz (1572)

Beschlussfassung: (1574)

8. Einl.Zahl 320/5

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Soziales

Betreff: *Förderung der Berufsreifeprüfung*

Wortmeldungen: LTAbg. Kogler (1574), LTAbg. Mag. Dr. Dolesch (1575)

Beschlussfassung: (1578)

9. Einl.Zahl 542/3

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Soziales

Betreff: *Deutliche Reduzierung der Anzahl von Asylwerbern in Neuberg an der Mürz - Mürzsteg*

Wortmeldungen: LTAbg. Amesbauer, BA (1579), LTAbg. Ing. Jungwirth (1582), Landesrätin Mag. Kampus (1583),

Beschlussfassung: (1584)

10. Einl.Zahl 528/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Finanzen

Betreff: Landesstraße B 67a, Grazer Ringstraße Abschnitt: „St. Peter Hauptstraße, Teil 2“
Entschädigung für die Einlöse einer Wohnliegenschaft samt Baufeldfreihaltung

Beschlussfassung: (1585)

11. Einl.Zahl 556/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur

Betreff: *Erstellung eines Konzeptes für E-Fahrzeuge im Landesdienst*

Wortmeldungen: LTAbg. Ahrer (1585), LTAbg. Hafner (1586), LTAbg. Gangl (1587),
Landesrat Mag. Leichtfried (1588),

Beschlussfassung: (1589)

12. Einl.Zahl 538/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Kontrolle

Betreff: *Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gem. Art. 52 Abs. 4 L-VG zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Prüfbericht SG. Köflach, 8582 Rosental/Kainach, Panoramasiedlung 1-2 (Einl.Zahl 9/2)*

Beschlussfassung: (1590)

13. Einl.Zahl 537/2

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Europa

Betreff: *Beschluss Nr. 12, EZ 91/4, betreffend Beibehaltung von Bargeld als Zahlungsmittel*

Wortmeldungen: LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl (1590), LTAbg. Amesbauer, BA (1592),
LTAbg. Schwarz (1594), LTAbg. Schönleitner (1594), LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl
(1596), LTAbg. Amesbauer, BA (1597)

Beschlussfassung: (1598)

Präsidentin Dr. Vollath: Hohes Haus, herzlich willkommen!

Es findet heute die zehnte Sitzung des Landtages Steiermark in der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle hier in unserem wunderschönen Sitzungsaal, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, alle Zuseherinnen und Zuseher vor Ort und jene, die der heutigen Sitzung des Landtages via Livestream beiwohnen, und bei den Zuseherinnen und Zusehern vor Ort darf ich auch gleich noch eine besondere Begrüßung vornehmen, nämlich die Damen und Herren des Seniorenbundes der Stadtgruppe Deutschlandsberg unter der Leitung ihres Obmannes, Herrn Markus Reisinger. Herzlich willkommen im Landtag. (*Allgemeiner Beifall*)

Des Weiteren begrüße ich die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung sowie die Mitglieder des Bundesrates.

Entschuldigt sind heute Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, LTAbg. Renate Bauer, LTAbg. Erwin Dirnberger und LTAbg. Helga Kügerl, voraussichtlich wird sie um 13.00 Uhr in den Landtag kommen.

Die Tagesordnung, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand? Das sehe ich nicht

Sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus, ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben. Bevor ich zur Tagesordnung übergehe, habe ich die traurige Pflicht, eines verdienten Mitgliedes des Landtages Steiermark zu gedenken.

Am 18. Jänner dieses Jahres, am Tag seines 104. Geburtstages, verstarb der ehemalige Landtagsabgeordnete Ökonomierat Alois Lafer. Der Verstorbene wurde im Jahr 1912 als Sohn eines Landwirte-Ehepaares in Oberweißenbach bei Feldbach geboren. Nach der Volksschule arbeitete Alois Lafer mit seinen vier Geschwistern auf dem elterlichen Hof. Von 1937 bis 1938 besuchte er das Volksbildungsheim Hubertendorf in Niederösterreich. Im Jahre 1938 heiratete Alois Lafer seine Frau Theresia. Aus ihrer Ehe gingen fünf Kinder hervor. Im Mai 1941 erfolgte dann seine Einberufung zur Deutschen Wehrmacht, er geriet mit einer schweren Verwundung im März 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft, aus welcher er im September desselben Jahres heimkehrte.

Nach dem Krieg setzte sich Alois Lafer für die Wiedererrichtung der steirischen ÖVP und des Steirischen Bauernbundes ein, so wurde er zum Obmann der ÖVP Ortsgruppe Feldbach bzw. Feldbach-Land berufen. Nebenbei wirkte er tatkräftig beim Wiederaufbau seines Heimatbezirkes Feldbach mit und war Gemeinderat in Weißenbach. Bei den ersten Kammerwahlen im Jahre 1949 wurde Alois Lafer zum Obmann der Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft gewählt. 1952 wurde er Bezirksobmann des ÖVP-Bauernbundes. Funktionen im Landwirteverband sowie im Raiffeisenverband Steiermark, in der Landgenossenschaft Raabtal und im Pfarrkirchenrat Feldbach rundeten sein politisches Engagement ab. Im Mai 1960 wurde Alois Lafer zum Hauptbezirksparteiobmann der ÖVP in Feldbach gewählt und 1963 wurde ihm vom Bundespräsidenten der Titel „Ökonomierat“ verliehen. Vom 20. Oktober 1959 an war Alois Lafer bis 1974 über vier Landtagsperioden als Landtagsabgeordneter tätig und hat in einer Vielzahl von Ausschüssen aktiv mitgewirkt. Der große Einsatz des Verstorbenen für das Gemeinwohl zeichnete ihn aus.

Hohes Haus, namens des Landtages Steiermark und im eigenen Namen danke ich Herrn Ökonomierat Alois Lafer für die erbrachte Lebensleistung im Interesse unseres Landes. Der Landtag Steiermark wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Bekundung der Trauer und die Anteilnahme.

Ich darf dem Hohen Haus mitteilen, dass eine Anfrage an ein Mitglied der Landesregierung gemäß § 69 GeoLT vorliegt.

Am Freitag, dem 19. Februar 2016 wurde von Herrn LTAvg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann namens des Landtagsklubs der FPÖ eine Anfrage, Einl.Zahl 613/1, an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Mag. Michael Schickhofer betreffend „Vorgehen der Energie Steiermark im Hinblick auf das Gaskraftwerk in Mellach“ eingebracht.

Es folgen ein paar Hinweise auf unsere Geschäftsordnung: Gemäß § 69 Abs. 2 GeoLT hat die Beantwortung der Frage durch das befragte Mitglied der Landesregierung so kurz und konkret zu erfolgen, wie es die Anfrage zulässt. Nach Beantwortung der Frage kann, in diesem Fall, der Fragesteller eine kurze mündliche Zusatzfrage stellen. Gemäß § 69 Abs. 4 GeoLT dürfen diese Zusatzfragen nur eine einzige, nicht unterteilte Frage enthalten und müssen mit der Hauptfrage in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen. Über die Beantwortung der Anfrage findet keine Wechselrede statt.

Ich ersuche jetzt den Fragesteller, LTAbg. Dipl.-Ing. Gerald Deutschmann, die Frage mündlich am Rednerpult zu wiederholen.

LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann – FPÖ (10.09 Uhr): Frau Präsident, Damen und Herren der Landesregierung, geschätzte Damen und Herren, Hoher Landtag!

Wie eingangs die Frau Präsidentin schon erwähnt hat, geht es hier um in dem Betreff: „Vorgehen der Energie Steiermark im Hinblick auf das Gaskraftwerk in Mellach“. Wir haben im Rahmen des Budgetlandtages im Dezember schon darauf hingewiesen, dass es in Sachen EStAG-Konflikt wahrscheinlich zu Problemen und pekuniären Fragen kommen wird. Grund dafür ist, wie eingangs erwähnt, die defizitäre Gaspumpenkraftwerkanlage in Mellach, denn das Tochterunternehmen, die Verbundgesellschaft, also die VTP genauer gesagt, musste Reservekapazitäten für die Fernwärmeversorgung der Stadt Graz zur Verfügung stellen und dies mit einem, wie es in dieser Frage oder dieser Begründung steht, Preissegment, welches eben nicht marktkonform gewesen ist. Nur kurz dazu: Ein Schiedsgericht hat dann festgestellt, dass dieses Reserve-Bereithalten nicht marktkonform und auch nicht notwendig sei, und damit auch das Zusperrern des Kraftwerkes Mellach im Raum stand und steht. Daher hat der Verbund die EStAG nach diesem Schiedsspruch auf 85,41 Millionen Euro geklagt, geschätzte Damen und Herren. Dieser Umstand wird selbstverständlich, wenn das schlagend wird - no na – unser Landesbudget zusätzlich belasten. Eine Vorstellung, die ohnehin auf Grund angesichts der desaströsen Bundesbudgetzahlen nach wie vor zusätzlich ein Thema werden würde. Nachdem ja bis dato keinerlei Reaktionen vonseiten der Regierungsverantwortlichen wahrzunehmen waren, haben wir hier klar gemacht, dass wir diese Frage jetzt einmal einbringen werden, um einmal zu hören, ob hier der zuständige Regierer einen Lösungsansatz in diese Richtung hat, um hier, ich glaube im Gebot der Stunde, rasch handeln zu können, um diese drohende Zahl von 85,41 Millionen Euro zusätzlicher Belastung für unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die ohnehin schon die Melkkühe der Nation sind, zu belassen.

Geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich stelle daher die Frage gemäß § 69 GeoLT: Welche konkreten Schritte werden Sie setzen, um den Rechtsstreit mit dem Verbund in der Causa Mellach beizulegen und den drohenden Zahlungen an den Verbund in Millionenhöhe zu entkommen?

Ich bitte um Antwort, danke. *(Beifall bei der FPÖ – 10.12 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich bitte dich um deine Beantwortung.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer – SPÖ (10.12 Uhr): Werte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir Steirerinnen und Steirer können stolz sein auf unseren Landesenergieversorger. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Energie Steiermark haben gemeinsam mit dem Management im Jahr 2015 einen Bilanzgewinn von 61 Millionen Euro erwirtschaftet. Es werden davon 50 Millionen Euro an die Aktionärinnen und Aktionäre ausgeschüttet, d.h. das Land Steiermark wird gegenüber dem Budgetvoranschlag 2016 statt 25 Millionen Euro 37,5 Millionen Euro an Dividende von der Energie Steiermark bekommen. Also wir können den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und dem Management dankbar sein. Die Energie Steiermark stärkt den steirischen Landeshaushalt ganz massiv. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Zur konkreten Frage, ich bin damals ja schon in der Budget-Landtagssitzung darauf eingegangen und möchte das noch einmal augenscheinlich machen, wo die Problematik im Bereich von Mellach liegt. Ich habe Ihnen dafür auch eine Grafik vorbereitet. Wenn Sie das sehen, das ist die Börsenentwicklung des Strompreises in der Urproduktion, und der ist zur Entscheidung, wie das Kraftwerk in Betrieb gegangen ist, bei 56 Euro gelegen und ist am 01.01.2016 auf 23 Euro gesunken. Das heißt, zum Zeitpunkt der Inbetriebnahme war Mellach wirtschaftlich zu betreiben und die Wärmeproduktion war ein sogenanntes Kuppelprodukt, d.h. in erster Linie ist Strom erzeugt worden und zusätzlich mit der Abwärme hat man dann zu einem sehr günstigen Preis die Grazerinnen und Grazer mit Wärme versorgen können. Über die Jahre – insbesondere der Energiewende in Deutschland, sehr starken Subventionierungen für Alternativ-Energien – ist der Strompreis auf die Hälfte gesunken. Daher ist der Betrieb von Mellach zum jetzigen Zeitpunkt wirtschaftlich nicht möglich. Das heißt, der Verbund schreibt ganz massive Verluste am Standort. Das war Ausgangsbasis 1. Die Energie Steiermark hat einen Vertrag mit dem Bund, der Wärmelieferungen bis 2020 zu einem sehr günstigen Preis von 19 Euro vorsieht. Das heißt, dieser Vertrag hält. Damit macht der Verbund auch Verluste. Es ist eine sehr günstige Variante für die Grazerinnen und Grazer Wärme zur Verfügung zu stellen. Darüber gibt es auch keinen Streit. Der Punkt, der jetzt in Diskussion steht, ist, wie gewährleistet ich eine Ausfallsreserve, wenn diese Basisleistung nicht erbracht wird. Und selbstverständlich hat das Management der Energie Steiermark alles daran gesetzt, dass für die Grazerinnen und Grazer im Falle eines Ausfalls der Grundleistung

eine Reserveleistung zur Verfügung steht. Das Bezirksgericht hat diesem Antrag auch Folge geleistet und hat gesagt: „Der Verbund hat grundsätzlich die Verpflichtung für dieses eine Jahr ...“, ja weil sonst hätten wir die Wärme für die Grazerinnen und Grazer nicht bereitstellen können, „eine Reserveleistung zu erbringen.“ Das Schiedsgericht hat jetzt entschieden, dass diese Reserveleistung nicht kostenlos zu erbringen ist, sondern dass dafür die Energie Steiermark auch zahlen muss. Und damit kommen wir zu dem Konflikt, der kein politischer ist, sondern der auf rechtlicher und betriebswirtschaftlicher Basis zwischen der Energie Steiermark und dem Verbund ausgetragen wird. Die Energie Steiermark hat ganz klar die Position, und die unterstütze ich als Eigentümervertreter voll, dass diese Ausfallkapazität natürlich auf günstigste Art und Weise zu gewährleisten wäre. Der Verbund hat in seinem Einflussbereich im Jahr 2014 noch das Ölkraftwerk gehabt und es wäre mit diesem Ölkraftwerk möglich gewesen, diese Reservekapazitäten zu einem Preis von ca. fünf bis zehn Millionen Euro bereitzustellen. Die Energie Steiermark wäre auch bereit diesen Betrag zu zahlen, weil es war eine rein geschäftspolitische Entscheidung des Verbundes zu sagen: „Wir betreiben dieses Ölkraftwerk zur Wärme- und Stromerzeugung nicht mehr weiter, sondern wir nehmen die teurere Alternative, um diese Reserven zur Verfügung zu stellen im Ausfallsfall.“ Und damit sagen wir ganz klar: „Ja, wir zahlen auf Grund des Schiedsgerichtsspruchs, aber wir zahlen nur die günstigste Ausfallsmöglichkeit und das wäre ein Betrag zwischen fünf und zehn Millionen Euro und sicher nicht 80 Millionen Euro.“ Der Verbund möchte, weil es ihre geschäftspolitische Strategie war, das mit Gaswärme zu ersetzen, die 80 Millionen dort ersetzt haben. Also 79 Millionen zuzüglich Zinsen. Und da sagen wir ganz klar, dass wir das sicher nicht akzeptieren. Weil in dieser Kalkulation ist, erstens schon einmal die Abschreibung der vollen Höhe des Kraftwerkes drinnen, obwohl sie es im Unternehmen schon massiv runter bewertet haben. Also da kann keiner von uns erwarten, dass wir über 79 Millionen Euro für eine Ausfallkapazität überhaupt nur diskutieren, wenn wir für die Wärmelieferung an sich 18 oder 19 Millionen Euro in Summe zahlen. Wenn man die Abschreibungen usw. rausrechnet, ist man noch immer auf 40 Millionen Euro. Das heißt, wir haben da in der Zugangsweise betriebswirtschaftlich einen ganz massiven Auffassungsunterschied von rund fünf Millionen hin zu diesen 79 Millionen Euro. Und selbstverständlich hat das Management, der Aufsichtsrat versucht, dass man einen gemeinsamen Weg findet, um den Klageweg abzuwenden. Nur bei solchen Größenordnungen ist es schon rein aktienrechtlich nicht möglich, dass man sagt: „Einigen wir uns irgendwo in der Mitte“, weil 40 Millionen Euro hätte ich als Eigentümervertreter absolut abgelehnt. Denn

warum soll man 40 Millionen Euro zahlen, wenn die Ausfallsreserve mit fünf bis zehn Millionen Gewähr leistbar wäre. Das heißt, ich kann nicht verhindern, wenn der Verbund sagt, dass er diese 79 Millionen einklagt. Wir haben gute Gründe, die gegen diese Gesamthöhe sprechen und wir haben vor allem auch gute Rechtsmittel, die wir einsetzen. Der Verbund hat eine Schiedsgerichtsklage eingebracht. Aus unserer Sicht ist für diesen Fall, insbesondere des Unternehmens, also ich gebe hier auch die Meinungen des Managements und des Aufsichtsrates wieder, weil ich als Eigentümervertreter natürlich laut Aktienrecht diese Verhandlungen nicht führen kann. Ich kann sie nur politisch im Hintergrund begleiten, und das mache ich selbstverständlich auch. Das heißt, wir haben den Versuch unternommen, und diese Verhandlungen laufen auch, dass Mellach langfristig über die nächsten zwanzig Jahre betrieben werden kann und dass man über einen wirtschaftlich vernünftigen Fernwärmeliefervertrag und einen neuen Investor diese Gesamtproblematik lösen kann und damit Mellach als Kraftwerk erhalten kann. Diese Verhandlungen finden mit den Investorinnen und Investoren statt und wir haben selbstverständlich da auch die Interessen der Grazerinnen und Grazer und der Wärmekunden mitzudenken und zu vertreten, damit dieser Wärmepreis nicht massiv steigt. Aber diese Verhandlungen finden sehr engagiert vom Management statt, um mit einer Zukunftslösung auch die Vergangenheit noch versuchen mit zu lösen. Aber zuerst brauchen wir einen Investor, der wirklich sagt, dass er Mellach übernimmt und auch langfristig das Kraftwerk betreibt. Ansonsten müssen wir auf dem Klagsweg sein. Wir bezweifeln, dass das Schiedsgericht zuständig ist. Das heißt, wir werden das oder die Energie Steiermark hat das bereits eingemahnt, weil aus unserer Sicht das ordentliche Bezirksgericht für dieses Verfahren zuständig ist und das Bezirksgericht einen Reserveerlag bei diesem Bescheid von fünf Millionen Euro verlangt hat. Das heißt, wir gehen davon aus, dass das Bezirksgericht unserer Argumentation näher treten wird und wir damit besser gestellt sind als bei der Schiedsgerichtsentscheidung. Der zweite Schritt, den wir getätigt haben oder die Energie Steiermark getätigt hat, ist eine Klage beim Kartellgericht, weil wir natürlich nicht so kurzfristig die Möglichkeit gehabt haben andere Kraftwerkskapazitäten, Wärmekapazitäten aufzubauen und daher auch die Klage beim Kartellgericht, weil die Energie Steiermark argumentiert: „Schaut her, ihr hättet dieses Ölkraftwerk weiterbetreiben können und damit wäre das ganze relativ günstiger realisierbar gewesen.“ Also, es wird verhandelt. Es gibt einen Einspruch gegen das Schiedsgericht. Wir wollen die Verhandlungen beim ordentlichen Gericht und es gibt auch eine entsprechende Kartellklage. Darüber hinaus haben wir uns gemeinsam auch mit Graz dazu entschlossen: Wir

können in der Reservekapazität nicht von Mellach abhängig sein, daher auch die notwendigen Investitionen in der Puchstraße, um diese Klagsrisiken auch so abzuwenden, dass wir Eigenkapazitäten haben, wenn es zu einem Ausfall bis 2020 kommt, dass wir betriebswirtschaftlich sinnvoll den Grazerinnen und Grazern die Wärme garantieren können. Weil mein zentrales Anliegen ist es, top Wärmeversorgung für die Grazerinnen und Grazer und die Bevölkerung zu erreichen und das natürlich auch zu einem vernünftigen Preis zu machen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Das ist die Sachlage, an der wir ganz konsequent arbeiten. Es ist eine schwierige Situation, wenn der Markt so massiv einbricht. Wir erleben das ja jetzt auch bei der OMV, bei den Grundpreisen, bei den Rohstoffpreisen, dann ist es schwierig hier Kraftwerke zu betreiben. Umso beachtlicher ist es, dass es die Energie Steiermark in diesem schwierigen Umfeld geschafft hat, einen Bilanzgewinn von 61 Millionen Euro im Jahr 2015 zu erwirtschaften. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.23 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Es wird eine Zusatzanfrage gestellt.

LTAbsg. Dipl.-Ing. Deutschmann – FPÖ (10.23 Uhr): Danke, Herr Landeshauptmannstellvertreter für die Beantwortung.

Die Zusatzfrage: Was bedeutet dieser Verlust, in welcher Höhe er auch immer ausfallen mag, für das Budget? *(10.23 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Bitte schön!

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer – SPÖ (10.23 Uhr): Neben dem Bilanzgewinn von 61 Millionen Euro hat die Energie Steiermark für Risikofragen im Jahr 2015 noch Rückstellungen von rund zehn Millionen Euro gebildet. Ich gehe nicht davon aus, dass wir diese zehn Millionen Euro in diesem Fall verwenden müssen, weil wir auf dem Standpunkt stehen, dass fünf Millionen Euro ausreichen sollten. Aber das heißt, wir haben Reserven unmittelbar innerhalb des Unternehmens gebildet. Sie wissen alle, die Energie Steiermark wird ja ein Investitionsmotto in den nächsten Jahren sein. 750 Millionen Euro Investment sind geplant und wir belassen auch elf Millionen an weiterem Eigenkapital in der Energie Steiermark. Das heißt, die Energie Steiermark ist mit weit über hundert Millionen Euro Eigenkapital absolut stark ausgestattet. Sollte es hier wirklich ein Entgegenkommen

gegenüber dem Verbund seitens der Gerichte geben, das der Betrag höher ausfällt, dann wäre dieses Risiko vom Unternehmen zu tragen. Ich gehe davon aus, dass diese Zahl von 79 Millionen Euro sowieso utopisch ist, und wenn man sich ein bisschen umhört beim Verbund, dass wissen Sie auch, dass 79 Millionen total unrealistisch sind. Sollte dem Verbund aber wirklich in einer Dimension irgendwo Recht gegeben werden, die über den fünf oder zehn Millionen Euro liegt, dann könnte das natürlich Auswirkungen auf die Dividendenauszahlung haben. Für das Landesbudget aber, Sie wissen, als ordentlicher Kaufmann habe ich vorsichtig budgetiert, auch in der Mittelfristplanung, wo wir 25 Millionen Euro ins Budget aufgenommen haben und wir können im Jahr 2015 37,5 Millionen Euro im Budget einstellen, also um 12,5 Millionen mehr. Wir werden hoffentlich gemeinsam hinter der Energie Steiermark und der Positionierung der Energie Steiermark stehen. Ich gehe davon aus, dass wir mit unserer Rechtsposition uns auch durchsetzen können, aber Sie wissen alle, Schiedsgerichte und ordentliche Gerichte sind natürlich unabhängig. Wir – Aufsichtsrat, Management – haben eine gute Argumentation vorbereitet und vor allen im Jahr 2016, wenn das in der Puchstraße rasch realisiert wird, sind wir nicht mehr abhängig von irgendwelchen Kapazitäten in Mellach, sondern können diese Reservekapazitäten selbst zur Verfügung stellen. Also ich gehe von keinen unmittelbaren Auswirkungen auf den Budgetpfad bis 2019 aus. Die Energie Steiermark wird diese 25 Millionen Euro, die eingeplant sind, als Dividende, so es die Marktlage insgesamt wirtschaftlich zulässt, aus meiner Sicht und so weit das absehbar ist, ausschütten können. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.26 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Vielen Dank, Herr Landeshauptmannstellvertreter für die Beantwortung. Die Anfrage ist damit beendet und ich fahre mit den Mitteilungen nun fort.

Am Sonntag, dem 14. Februar 2016 wurde um 20.41 Uhr von Abgeordneten der SPÖ und ÖVP eine Dringliche Anfrage an Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus, betreffend „Integrationshilfe – Zukunft der Bedarfsorientierten Mindestsicherung“ eingebracht.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des § 68 Abs. 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls aber um 16.00 Uhr beginnen.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß § 68 Abs. 1 GeoLT die Wechselrede statt.

Ich komme nun zu der Bekanntgabe der Anfragen und Anfragebeantwortungen:

Es wurden 17 Anfragen mit den Einl.Zahlen 558/1 bis 561/1, 563/1, 564/1, 569/1, 570/1, 572/1, 591/1, 593/1, 596/1, 597/1, 600/1, 610/1 bis 612/1 gem. § 66 Abs. 1 GeoLT eingebracht.

Außerdem wurden zwölf Anfragebeantwortungen mit den Einl.Zahl 346/2, 347/2, 416/2, 437/2, 449/2, 467/2, 472/2, 477/2, 487/2 und 489/2, 493/2 sowie 552/2 gem. § 66 Abs. 3 GeoLT von Mitgliedern der Landesregierung eingebracht.

Ich gehe nun zur Tagesordnung im Sinne des § 39 Abs. 3 GeoLT über und ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß § 55 GeoLT.

1. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft über den Antrag, Einl.Zahl 171/1, der Abgeordneten Sandra Krautwaschl, Ing. Sabine Jungwirth und Lambert Schönleitner betreffend Reform der Kulturförderung in der Steiermark.

Die erste Wortmeldung ist eingegangen von der Abgeordneten Sandra Wallner-Liebmann seitens der ÖVP.

LTAbg. Dr. Wallner-Liebmann – ÖVP (10.29 Uhr): Geschätztes Präsidium, geschätzte Regierungsmitglieder, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätztes Forum dieses Hohen Landtags!

Zum Selbstständigen Antrag der Partei der Grünen betreffend die Reform der Kulturförderung in der Steiermark liegt nun eine Stellungnahme der Regierung vor. Diese wurde von uns beantragt, weil es sich hier um eine sehr differenzierte Aufgabe handelt. Wir haben in der Steiermark ein sehr reges und vielfältiges Kulturleben und das gilt es zu erhalten und das ist uns auch sehr wichtig. Gleich vorweg: Das viel zitierte Lösungsmodell aus der Stadt zur Kulturförderung, hat auch immer wieder kritische Stimmen. Ich möchte hier drei Punkte aus der Stellungnahme aufgreifen, die mir wichtig erscheinen. Zum einen die Mitglieder des Kulturkuratoriums – 15 Personen decken jeweils mindestens einen Bereich der Förderungsbereiche ab in der Abbildung im Kultur- und Kunstförderungsgesetz. Pro Jahr werden hier 700 Anträge bearbeitet und damit sehr effizient behandelt, da hier die

Fachexpertise gut abgebildet ist und damit eine Kostenexplosion abgefangen werden kann. Der Vorschlag der Grünen im Antrag ist eigentlich ein Aufgreifen des ursprünglichen Modells hier in die Trennung von Landeskulturbeirat und Förderungsbeirat, also den Fachexperten vorzunehmen. Dazu gab es einen Beschluss im Landtag Steiermark am 20. März 2012, wo eben der Landeskulturbeirat im Zuge des Beiratsevaluierungsgesetzes abgeschafft wurde. Der zweite Punkt, der mir wichtig erscheint, ist der Aspekt der mehrjährigen Fördervereinbarungen. Hier gibt es einige Korrekturen in der Zahlendarstellung durch die Regierung. Wichtig ist natürlich der Hinweis, dass es keine 100%-igen Kürzungen gegeben hat und weiterhin mehrjährige Förderungsanträge hier möglich sein werden. Wir haben hier 31 Projekte und Organisationen, die mit mehrjährigen Förderungen nun ausgestattet sind. Die Gesamtsumme dieser befürworteten mehrjährigen Verträge ist über dem Betrag, den wir 2012 vorliegen hatten – also wirklich ein erfolgreiches Modell.

Der nächste Punkt wäre die Wertschätzung – ganz wichtig der Punkt. Wie geht man mit den Antragstellern um? Im Gegensatz zu den Gepflogenheiten von 2012 hat man hier jetzt aktuell den Antragstellern, einer großen Zahl der Antragsteller sogar die Möglichkeit gegeben, mit persönlichen Gesprächen, mit Gesprächen des Vorstands, des Kuratoriums hier die Antworten aufzugreifen und vor allem bei Großprojekten, die über 100.000 Euro gehen. Sämtliche schriftliche Begründungen sind hier zwingend einzufordern und es ist natürlich auch ein Recht, hier Einblick zu nehmen. Die Kommunikation ist eine Herausforderung, das ist allen Beteiligten klar und natürlich gibt es auch hier einen Diskurs zur Verbesserung. Offenheit und Diskurs sind nicht nur in unserer Gesellschaft, sondern natürlich hauptsächlich auch hier in diesem Bereich der Kunst und Kultur ganz wichtig, entscheidend, um überhaupt Neues auf die Beine zu bringen und zu ermöglichen. Und so wird es auch in Abstimmung mit dem bestehenden Kulturkuratorium hier eine Novelle des Kulturförderungsgesetzes geben und hier ist bereits ein aktueller Entwurf in Bearbeitung. Bitte um Kenntnisnahme. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 10.33 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Sandra Krautwaschl seitens der Grünen.

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (10.33 Uhr): Guten Morgen, sehr geehrte Damen und Herren, vor allem auch sehr geehrtes zahlreiches Publikum!

Ich habe zu unserem ursprünglichen Antrag, der Ihnen ja vorliegt, noch einige Bemerkungen bzw. möchte ich noch einmal darauf hinweisen, was unsere Kritikpunkte eigentlich waren am bestehenden Kulturfördersystem. Für uns war vor allem ausschlaggebend, dass das System nicht transparent ist und nicht nachvollziehbare Entscheidungen für die FörderwerberInnen zulässt. Das ist nämlich, wie Sandra Wallner-Liebmann gerade erwähnt hat, ein wichtiger Punkt bezüglich Wertschätzung. Ich habe mir das so überlegt und habe auch mit einigen Kulturschaffenden gesprochen. Es ist ja nicht so, dass Kulturschaffende nicht einsehen, dass trotz steigenden Budgets nicht alles immer angenommen werden kann und nicht alles immer gefördert werden kann. Das sehen die Leute sehr wohl ein. Aber was sehr, sehr schwer zu akzeptieren ist, dass die Kriterien, warum jetzt gefördert wird oder nicht gefördert wird, warum gekürzt wird oder nicht gekürzt wird einfach nicht nachvollziehbar sind für die Menschen. Es gibt da einfach immer wieder sehr abenteuerliche Begründungen. Ich habe selber welche gelesen und jüngst war wieder eine in den Medien, weil als Begründung für die Kürzung angegeben wird, dass das Projekt kulturell nicht förderwürdig ist. Dann frage ich mich, was ist das für eine Form der Wertschätzung? Was kann man daraus lernen? Ich denke mir, das ist ein wichtiger Punkt für viele Kulturschaffende mit denen ich gesprochen habe, dass sie auch nachvollziehen können, was hat an dieser Einreichung nicht gepasst. Das ist doch sehr viel Arbeit. Diese Einreichungen sind aufwendig für die Leute, da fließen viele Stunden hinein und es ist dann alles andere als wertschätzend, wenn Ihnen vermittelt wird: „Ist einfach nicht förderungswürdig.“ Das wissen sie ohnehin, wenn sie die Ablehnung bekommen. Also hier wäre eine unserer wichtigsten Forderungen, dass man tatsächlich transparente, nachvollziehbare Kriterien hat, wo die Leute dann auch wirklich nachvollziehen können, was hat gepasst, was hat nicht gepasst oder warum ist diese Entscheidung so zustande gekommen. Zum Kuratorium selber: Ich glaube oder wir glauben, dass die Entscheidungsfindung in diesem Kuratorium von 15 ExpertInnen, die jeweils primär für einen Sachbereich, Fachbereich sich auskennen, einfach immer sich nach den ExpertInnenrat dann einer Person in erster Linie richten. Ich warte jetzt einfach ein bisschen bis es leiser wird. *(Präsidentin Dr. Vollath: „Ich bitte darum die Nebengespräche entweder ruhiger zu führen oder außerhalb des Sitzungssaales. Danke!“)* Vielen Dank. In einer Gruppendynamik von einem Gremium, das 15 Personen beinhaltet, wo dann jeder für einen Fachbereich ExpertIn ist, ist es logisch, dass die Entscheidung im Normalfall dem ExpertInnenrat folgen wird. Das heißt, im Endeffekt entscheidet dann eine Person primär ob gefördert wird oder nicht oder zumindest stellt sich das sehr oft für die Leute, die dann die Entscheidungen bekommen, so

dar. Zur Wertschätzungskultur – wurde schon erwähnt: Es ist teilweise in den letzten Jahren eher eine Unkultur gewesen aus unterschiedlichen Gründen, wenn so wie bei der letzten Entscheidung von dem Menschenrechtsfilmfestival „Fragments“, dann „Wildwuchs“ oder die Gefahr von „Wildwuchs“ als Grund für die Ablehnung angegeben wird. Das ist dann natürlich ein echter Schlag ins Gesicht der FörderwerberInnen. Ich glaube, oder ich habe gelesen, dass es da zumindest eine Entschuldigung gab. Aber ich denke mir, gerade in diesem Fall zeigt das sehr deutlich, dass es hier echt Verbesserungsbedarf gibt, in dem was man Wertschätzung nennt. Für uns ist es ganz wichtig, und das haben wir in unserem Antrag auch gefordert, dass es hier zu einer Verbesserung kommt in der fachlich qualitativen Beurteilung und dass es eben nachvollziehbare Entscheidungen gibt. Das ist der Hauptteil unseres Antrages gewesen. Ich glaube und ich höre, dass es in Graz jedenfalls besser läuft. Es gibt dort weniger Beschwerden, weniger Unzufriedenheit mit den Entscheidungen. Es wurde in diesem Kunst- und Kulturförderungsgesetz 2005 erwähnt: Es war eigentlich ein sehr guter Prozess im Gange um einzubinden. Es war so, dass FachexpertInnen, Betroffene und auch eine universitäre Begleitung gewährleistet haben, dass in diesem Fall eine große Einbindung stattgefunden hat. Verändert wurde das, wie schon gesagt, durch die Novelle, die dann dieses Beiratssystem abgeschafft hat. Mein Anliegen wäre es nun: Aus dem was war zu lernen. Sprich – auch wenn das Beiratssystem seine Mängel und Nachteile hat, hier sozusagen in einem partizipativen Prozess, wenn jetzt schon eine neue Novelle kommen soll, wirklich wieder einzubinden. Da wollte ich Sie, Herr Buchmann, bitten und fragen, ob Sie dazu bereit sind diesen Prozess auch derartig aufzusetzen, dass man so, wie es 2005 schon erfolgt ist, sozusagen aus dem was damals gelaufen ist, auch lernt und die Leute wieder hereinholt, ExpertInnen hereinholt, auch wirklich dieses transparente System so aufzusetzen, dass es in Zukunft einfach zu einer wertschätzenden Behandlung des Themas kommen kann.

Das ist meine Frage abschließend an Sie, ob dieser Prozess so laufen kann und wie Sie sich den Prozess, dass es dann zu dieser Novelle kommt, vorstellen? Ja, so viel von mir zu diesem Thema. Danke inzwischen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 10.39 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist seitens des Dritten Präsidenten Dr. Kurzmann. Bitte.

Präsident LTAbg. Dr. Kurzmann – FPÖ (10.39 Uhr): Vielen Dank! Sehr geehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Freiheitliche Fraktion wird den Antrag der Grünen nicht unterstützen. Bereits am 29. Februar 2012 hat der Landtag mit großer Mehrheit die Abschaffung des Landeskulturbeirates beschlossen und wir sehen keinen Grund, das, was wir damals beschlossen haben, wieder zu hinterfragen. Aber auch unabhängig von dieser Grundsatzentscheidung, die vor vier Jahren getroffen wurde, halte ich es auch aus heutiger Sicht für richtig, aufgeblähte Strukturen zu straffen und abzuschaffen. Es ist, meine Damen und Herren, auch wenn das einige nicht so gerne hören, die Verantwortung des zuständigen Regierungsmitgliedes, denn dafür ist Kollege Buchmann gewählt, Entscheidungen für die Kulturpolitik zu treffen. Das wichtigste Instrument, das ihm dabei zur Verfügung steht, das ist die Landeskulturabteilung, die dem jeweiligen Politiker loyal zuarbeitet. Darüber hinaus steht ihm auch das Kulturkuratorium zur Seite. Sie wissen, da handelt es sich wirklich um ausgesuchte Fachleute und daran gibt es wohl kaum Zweifel. Das Fachbeiratssystem, das die Grünen jetzt nach dem Grazer Vorbild auch im Land einführen wollen, halte ich für überflüssig, weil es die Ressortverantwortung des zuständigen Referenten, aus meiner Sicht jedenfalls, einschränkt. Was aus der Sicht der Freiheitlichen Landtagsfraktion in Zukunft stärker im Bereich der Kultur gefördert werden sollte, ist aber die Klassik. Wie ersetzt man z. B. einen Nikolaus Harnoncourt in Zukunft wirklich? Aber auch Großveranstaltungen mit kulturhistorischem Hintergrund sind wichtig, die wieder ein breiteres Publikum für die Kultur unseres Landes begeistern und da möchte ich ein Beispiel anführen: Es kann sich fast jeder an die Ausstellung „Hexen und Zauberer“ erinnern, aber auch an die große Ausstellung „Die Steiermark - Brücke und Bollwerk“, die noch der frühere Landeskulturreferent Prof. Jungwirth ins Leben gerufen hat. Die Qualifikation von Künstlern, meine Damen und Herren, ist ein heikles Thema. Es kann nicht einfach jeder Lebenskünstler, der von sich behauptet ein Künstler zu sein, Anspruch auf Förderung erheben. *(Beifall bei der FPÖ)* Notwendig ist zweifellos ein Nachweis der Befähigung – ob das jetzt die Ausbildung oder andere Referenzen sind, sei dahingestellt, das sollen dann die Fachleute diskutieren. Ein wichtiges Kriterium wäre aber auch der Nachweis des Haupterwerbes als Künstler. Ein weiteres Kriterium wäre der Nachweis seiner bisherigen Aktivitäten und auch der Arbeiten, und eine öffentliche Datenbank der Künstler und deren bereits erhaltenen Förderungen wäre ebenfalls ein möglicher Ansatz. Sehr geehrte Damen und Herren, das Kulturbudget des Landes Steiermark ist ausreichend dotiert. Die richtige Schwerpunktsetzung ist die Herausforderung für das zuständige Regierungsmitglied, und die kann ihm weder ein Fachbeirat noch ein Kuratorium abnehmen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 10.43 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Wolfgang Dolesch seitens der SPÖ.

LTabg. Mag. Dr. Dolesch – SPÖ (10.43 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine geschätzten Regierungsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, meine liebe Besucherinnen und Besucher!

Das Thema Kulturförderung in der Steiermark ist eines, welches immer wieder unterschiedlich, um nicht zu sagen, auch immer wieder sehr kontroversiell, schon in der Vergangenheit, diskutiert wurde und wahrscheinlich auch in Zukunft immer wieder diskutiert wird. Ist auch logisch, ist nachvollziehbar, jeder hat halt so seine entsprechenden Zugänge. Neben der fachlichen Kompetenz der Mitglieder des Kuratoriums, welche mit ihrem Wissen um die steirische Kulturszene die jeweiligen fachlichen Fördergebiete bzw. Fördersparten nach dem Kultur- und Kunstförderungsgesetz abdecken, kommen, wie wir wissen, natürlich auch immer bei der Beurteilung der einzelnen Projekte die entsprechenden Erfahrungswerte und das entsprechend breite Überblickswissen aus der bisherigen Tätigkeit im Gremium und in der Kulturszene selbst zu tragen. Das ist, denke ich, auch unbestritten und hierrüber herrscht auch, denke ich, in diesem Hohen Haus, Konsens. Wie wir dem Bericht selbst entnehmen können, wurden in zahlreichen Sitzungen in den letzten Jahren mehrere hundert Anträge entsprechend begutachtet. In gut einem Drittel der Fälle wurden dann auch noch entsprechende Fachbeiräte beigezogen. Würde man hier natürlich auch noch Expertinnen und Experten darüber hinaus überregional, wenn man so möchte, beiziehen, dann würden hier allerdings auch die entsprechenden Kosten mitsteigen und auch das ist etwas, was wir wahrscheinlich in dieser Form nicht so haben wollen. Dass es im Hinblick auf die Fördervereinbarungen, auch subjektiv betrachtet, wenn man es so möchte, theoretisch immer wieder zu wenig Mittel geben kann, liegt wahrscheinlich auch hier im Auge des Betrachters oder der Betrachterin, ist auch hier wahrscheinlich logisch nachvollziehbar. Denn, wenn ich etwas möchte, werden die Mittel, subjektiv betrachtet, wahrscheinlich immer zu wenig sein. Und dennoch gab und gibt es in Zeiten der knapper gewordenen Mittel, also in den Zeiten, in denen wir uns leider bewegen müssen, natürlich auch entsprechende Bemühungen, auch durch das entsprechende persönliche Gespräch, die einzelnen Projekte entsprechend anteilig zu finanzieren. Unbestritten gab es Kürzungen, ja, die gibt es und die wird es auch in Zukunft wahrscheinlich wieder geben. Aber kein einziges Projekt wurde wirklich um 100 % gekürzt. Also das wäre wirklich nicht in Ordnung, wenn man sagen würde, dass hier quasi radikal alles

nach unten gefahren wurde. Und es gibt auch Projekte, welche nicht von diesen Kürzungen betroffen waren bzw. Projekte und Organisationen, wo es auch entsprechende Erhöhungen der Mittel gab bzw. sind ja auch neue Institutionen dazugekommen. In Summe stehen ja doch beträchtliche 6,6 Millionen jährlich bis zum Jahr 2018 zur Verfügung, also insgesamt doch knapp 20 Millionen. Und auch hier muss gesagt werden, dass das Kuratorium in den allermeisten Fällen auf Grund ihrer Erfahrungswerte und auf Grund der entsprechenden Beurteilung, ja diese Entscheidungen, wie gesagt, überwiegend einstimmig fällt. Wenn ein Projekt abgelehnt wird, und auch das gibt es natürlich, dann hat die Förderungswerberin bzw. der Förderungswerber die Möglichkeit einer Stellungnahme. Ich gebe schon zu, das ist eine nicht unbedingt wirklich zufriedenstellende Situation. Hier muss man an Verbesserungen arbeiten, hier wird es auch an der entsprechenden Kommunikation liegen, dass, wenn man es so möchte, richtig darüber zu bringen. Allerdings, und hier hege ich meine persönliche große Hoffnung, ist ja, wie wir wissen, eine Novelle geplant. Eine Novellierung des Kultur- und Kunstförderungsgesetzes und hier hoffe ich doch, dass man nach guten gedeihlichen Gesprächen miteinander hier eine entsprechend befriedigende Lösung für alle Seiten findet, auch im Hinblick auf den Erhalt einer kulturellen Vielfalt mit der entsprechenden Breite und auch der entsprechenden Tiefe, hier bei uns in der Steiermark, sodass wir nicht mit der Zeit einen einseitigen, wie soll ich sagen, einen „kulturellen Eintopf“ vorfinden, wenn wir diese Breite und Tiefe in der kulturellen Vielfalt nicht erhalten. Dass auch in Zukunft, rein subjektiv betrachtet, für das eine oder andere Projekt zu wenig Mittel zur Verfügung stehen werden, das habe ich heute oder vorher schon in einem anderen Zusammenhang gesagt, das mag sein. Das wird, wie gesagt, auch hier im Auge des Betrachters oder der Betrachterin liegen, das wird nie entsprechend auszuschließen sein. Es wird eben an denjenigen liegen, die diese Novelle, wenn man so möchte, fertig aufbereiten, dass man hier auch den entsprechenden realistischen Rahmen für die Zukunft findet. Aber hier bin ich, wie gesagt, zuversichtlich. Danke schön.
(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 10.49 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Bitte schön.

LTAbg. Klimt-Weithaler – KPÖ (10.49 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörende!

Ich möchte jetzt nicht Dinge wiederholen, die schon gesagt wurden, ich möchte nur auf ein, zwei Punkte eingehen, die mir aufgefallen sind. Die Kollegin Wallner-Liebmann hat zuerst angesprochen, dass der Landeskulturbeirat, der ja dem jetzigen Gremium vorausgegangen ist, mit Beschluss des Landtages am 20.03.2012 abgeschafft wurde. Das ist richtig. Ich möchte aber an dieser Stelle erwähnen, weil das damals eine sehr heiße Debatte war – da kann sich vielleicht auch der Kollege Kurzmann nicht mehr so sehr daran erinnern, weil damals war er ja noch nicht Kultursprecher, sondern noch Verkehrslandesrat –, ob man diesen Beirat abschaffen soll oder nicht, und zwar auch deswegen, weil wir darauf gekommen sind, dass diese Vorgehensweise, nämlich zuerst den Beirat abzuschaffen und erst hinterher das Gesetz zu ändern, damit dieser Beirat abgeschafft werden kann, das war ein bisschen eine schwierige Situation. Und wie gesagt, es gab dann zwar einen mehrheitlichen Beschluss, das ist richtig, aber es war nicht so, dass sich der Landtag hier so im großen Stil einig war, dass diese Vorgehensweise Sinn macht. Und ich halte es deshalb auch für durchaus legitim, dass man nach einer gewissen Zeit hergeht und hinterfragt, was eben jetzt dieses neue Beiratssystem darstellt und ob es das hält, was es sozusagen damals versprochen hat. Da geht es mir nicht, Herr Kollege Kurzmann, darum, dass man irgendwelche Strukturen aufblasen will, sondern da geht es einfach darum, hinzuschauen und zu sagen, was denn jetzt daran gut ist und was ist vielleicht weniger gut. Wir unterstützen diesen Antrag, den die Grünen eingebracht haben. Ich werde jetzt auf die Punkte, die Sandra Krautwaschl schon angesprochen hat, nicht mehr näher eingehen. Aber was mir schon noch wichtig ist, sind, wie gesagt, ein paar wenige Punkte. Die Kritik ist dem Herrn Landesrat Buchmann ja sehr wohl bekannt. Es wird immer wieder kritisiert, dass in diesem Kulturkuratorium keine Vertreterin/kein Vertreter aus der freien Szene, also eine freischaffende Künstlerin oder ein freischaffender Künstler, vertreten ist, und dass es da eine Ungleichgewichtung bei der Besetzung des Gremiums gibt. Ich will hier jetzt nicht beurteilen, wer kompetent ist und wer nicht, das steht mir absolut nicht zu, aber ich glaube sehr wohl, dass man das hinterfragen darf. Und weil auch über die fachliche Kompetenz in der Stellungnahme gesagt wird: „Es ist alles vertreten, was gewünscht ist.“ Also, wenn ich ganz genau bin, dann ist es nicht so. Denn wenn man wirklich nach dem Gesetz geht, da sind elf Punkte angeführt, welche Bereiche vertreten werden sollen, dann fehlen mir z. B. der Vertreter/die Vertreterin der Neuen Medien, mir fehlt eine Vertretung für den Bereich Film, mir fehlt eine Vertretung für den Bereich Erwachsenenbildung, mir fehlt eine Vertretung für den Bereich Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Kultur und deren Vermittlung. Also, wenn man es so ganz genau nimmt, dann muss man auch sagen, wenn

man es jetzt anhand der handelnden Personen abhakt, dann fehlen mir persönlich ein paar Haken. Anderer Punkt noch, weil das auch schon gefallen ist, ich glaube, das war jetzt der Kollege Dolesch: „Es wurde niemand um 100 % gekürzt, sondern die nicht für eine mittelfristige Fördervereinbarung vorgesehenen Projekte, werden derzeit im Rahmen der Jahresförderung für 2016 behandelt.“ Das ist natürlich auch wichtig. Das Problem ist nur, für diejenigen, die davon abhängig sind – und jetzt sage ich es provokant – ist es ein bisschen ein Lotterie-Spiel. Also, kommt da noch was oder kommt nichts mehr? Oder kommt die ganze Summe oder kommt weniger? Also, das ist auch das, was ich meine, da muss man auch darüber reden dürfen.

Ein letzter Punkt noch: Zur Wertschätzung ist auch sehr viel gesagt worden. Mir ist es auch wichtig, dass man einmal diese Tatsache anspricht und sagt: „Wertschätzung hat auch damit zu tun, dass diejenigen, die darüber befinden, entscheiden und beraten, welche Projekte gefördert werden sollen oder nicht, durchaus sich als eingeladen betrachtet fühlen sollen, dementsprechende Veranstaltungen auch zu besuchen.“ Also, das ist immer wieder auffällig oder immer wieder an uns herangetragen worden, dass z. B. Kuratoriumsmitglieder selten bei verschiedenen Veranstaltungen oder Projekten gesehen worden sind. Ich gebe das einfach so weiter. Ich habe das nicht überprüft. Ich will auch niemandem etwas unterstellen, aber das ist etwas, was meiner Meinung nach auch zur Wertschätzung gehört. Die Forderungen, die auch vonseiten der IG-Kultur kommen im Sinne des „was sollte man sich bei diesem Beirat anschauen“, die sind Ihnen bekannt. Da geht es in erster Linie auch um Transparenz, und zwar einerseits auch bei der Ausschreibung zur Bestellung des Gremiums, aber auch was eine Veröffentlichung der Geschäftsordnung der Beiräte oder eine Veröffentlichung der Leitlinien anbelangt.

Abschließend möchte ich noch in dem Zusammenhang erwähnen, dass wir ja jetzt derzeit auch eine Petition im Landtag behandeln, die das Thema Kultur betrifft, die Petition mit dem Titel „Zukunft sieht anders aus“. Ich freue mich sehr, dass es sich um eine nach der Geschäftsordnung des Landtages qualifizierte Petition handelt, d. h. es haben genug Unterzeichner und Unterzeichnerinnen diese Petition unterstützt. Das heißt, wir werden in einem der nächsten Ausschüsse auch VertreterInnen oder die ErstunterzeichnerInnen dieser Petition in den Landtag einladen und da wünsche ich mir, da bin ich wieder ganz beim Herrn Dolesch, auch ich bin zuversichtlich, dass man hier miteinander reden kann, und da wünsche ich mir auch eine für alle Seiten, alle Beteiligten gute Lösung. Und nicht nur dieses „wir haben das jetzt geändert und so ist das jetzt und da fährt die Eisenbahn drüber“ – dazu, glaube

ich, sind wir nicht gewählt worden als Vertreter und Vertreterinnen der in der Steiermark ansässigen KünstlerInnen und Kulturschaffenden. Auch wenn Herr Kollege Kurzmann und ich oft eine sehr unterschiedliche Meinung haben, was das Thema Kultur anbelangt, hier geht es auch um eine Wertschätzung. Ich maße mir nicht an zu beurteilen, wer ein Künstler und wer eine Künstlerin ist. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der KPÖ – 10.56 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Abschließend zu Wort gemeldet hat sich Kulturlandesrat Mag. Christian Buchmann. Bitte, Christian.

Landesrat Dr. Buchmann – ÖVP (10.56 Uhr): Danke, geschätzte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erstens freue ich mich, dass wir zu einer so prominenten Uhrzeit unserer Landtagsdebatte einmal die Möglichkeit haben, uns zu Kunst und Kultur auszutauschen. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass wir uns ein bisschen intensiver mit den inhaltlichen Zielrichtungen auseinandersetzen und nicht nur mit formalen Besetzungskriterien irgendwelcher Expertenbeiräte, auch wenn sie sehr, sehr wichtig sind. Aber nichts destotrotz ist es ein gutes Zeichen, dass uns Kunst und Kultur in diesem Land ein Anliegen ist. Darauf hat Frau Abgeordnete Sandra Wallner-Liebmann eingangs sehr richtig hingewiesen, dass wir ein sehr reges, vielfältiges kulturelles Leben von Künstlerinnen und Künstlern, aber auch von großen Kulturinstitutionen in diesem Land haben. Ich möchte eingangs meiner Wortmeldung schon darauf hinweisen, dass das keine Selbstverständlichkeit ist, sondern dass das sehr viel mit Tradition zu tun hat, aber auch der Bereitschaft zur Innovation Neues zu ermöglichen. Es wurde angesprochen, dass Tiefe und Weite Prinzipien der steirischen Kultur- und Kunstentwicklung sind, dass wir die gemeinsam in diesem Haus nicht nur beraten, sondern dies auch in eine gute Zukunft tragen wollen. Das ist auch mein Selbstverständnis als Landeskulturreferent hier meinen Beitrag zu leisten. Ich möchte eingangs noch einmal ganz dezidiert sagen, dass ich es schade finde, dass wir nicht immer und alle hier im Hohen Haus gemeinsam vom Selben reden, nämlich dass Kunst und Kultur in diesem Lande getragen wird – von den Kunstschaffenden, den Künstlerinnen und Künstlern quer über die einzelnen Spaten, aber auch von sehr wichtigen Institutionen wie unserer Theater-Holding mit dem Opernhaus, mit dem Schauspielhaus, mit einer sehr angesehenen Jugendbühne oder auch mit unserem Universalmuseum Joanneum in all seinen Standorten in der ganzen Steiermark. Dazu kommt der Mittelbau der Kunst- und Kulturentwicklung, nämlich jene Förderpartnerinnen

und –partner des Landes Steiermark, die mit mehrjährigen Förderverträgen ausgestattet sind. Insgesamt bietet das ein sehr, sehr breites Kunst- und Kulturschaffen in diesem Land, das den Bürgerinnen und Bürgern, glaube ich, ein gutes Angebot bietet und das nicht nur, auf das lege ich größten Wert, in der Landeshauptstadt Graz, sondern insbesondere in den Regionen. Wobei es natürlich so ist, dass eine Oper oder ein Schauspielhaus nicht in jeder Region sein kann, sondern eben in der Landeshauptstadt zuhause ist, aber darüber hinaus auch sehr viele der regionalen Kunst- und Kulturinitiativen in den Regionen eine gute und, glaube ich, interessante und spannende Thematik abarbeiten. Ich möchte auf einige der Wortmeldungen eingehen und am Ende auch einen kurzen Blick darauf geben, wie ich glaube, dass wir unser Kunst- und Kulturförderungsgesetz weiterentwickeln könnten. Es hat Frau Abgeordnete Krautwaschl darauf hingewiesen, dass Wertschätzung wichtig ist. Mir ist das auch wichtig. Wenn es hier in Aussagen des Kuratoriums oder meiner Abteilung Zwischentöne gibt, die missverstanden worden sind, dann entschuldige ich mich dafür. Das ist unser oberstes Prinzip – es ist auch der Abteilungsvorstand Patrick Schnabl heute da –, dass wir wertschätzend mit den Künstlerinnen und Künstlern umgehen, dass wir aber auch sehr deutlich sagen müssen, was geht und was nicht geht. Und Sie wissen, dass das Kunst- und Kulturförderungsgesetz ein Expertensystem, ein Beiratssystem zur Beratung des Landeskulturreferenten und der Abteilung vorsieht. Das nehmen wir sehr, sehr ernst, ich sage aber auch dazu, dass die Letztentscheidung der Landeskulturreferent und die Steiermärkische Landesregierung haben. Also, ich verstecke mich in keiner der Entscheidungen, die wir getroffen haben, hinter einem Expertengremium, sondern ich stehe zu vielen, vielen der zahlreich getätigten Empfehlungen dieses Gremiums, weil ich glaube, dass es gut vorbereitet worden ist. Jetzt möchte ich schon sagen, Frau Krautwaschl, das ist schon ziemlich kurios was Sie sich in Ihrer Anfrage anmaßen, einfach so darüberzufahren und flapsig zu formulieren, dass das ein parteipolitisch besetztes Gremium wäre. Also ich nehme in Anspruch, dass ich persönlich und, ich glaube, auch sonst kein Mitglied der Landesregierung, keines der 15 Mitglieder des Kulturkuratoriums, gefragt haben, welche parteipolitische Gesinnung, falls sie eine solche haben, sie tatsächlich haben, sondern wir haben uns auf eine Expertise verständigt, wo wir glauben, dass es Damen und Herren sind, die den Kunst- und Kulturbetrieb kennen, die zum Teil über viele Jahrzehnte in ihren Organisationen tätig sind und die eine Expertise haben und diese Expertise uns zur Verfügung stellen. Ich habe diese 15 Persönlichkeiten der Landesregierung vorgeschlagen und die Landesregierung hat diese 15 Damen und Herren entsprechend beschlossen. Die leisten, es wurde schon angeführt, eine aus meiner Sicht sehr,

sehr plausible und nachvollziehbare Arbeit. In manchen Fragen reflektiere ich diese Empfehlungen, die kommen, auch mit dem gesamten Kulturkuratorium oder einzelnen Mitgliedern des Kulturkuratoriums und in mehr als 95 % der Fälle, kann ich mich diesen Empfehlungen anschließen. In einigen der Empfehlungen des Kuratoriums bringe ich anders lautende Entscheidungen in die Landesregierung ein, weil ich glaube, dass das in meiner Gesamtverantwortung als Kulturreferent notwendig ist. Also da vom parteipolitisch besetzten Gremium zu reden und so ein bisschen eine Begleitmusik zu formulieren, halte ich für unstatthaft. Ich stelle mich da schützend vor die Mitglieder des Kuratoriums und ich bitte Sie schon, wenn Sie von Wertschätzung reden, auch diesen 15 Damen und Herren jene Wertschätzung gegenüber anzuwenden, die Sie sonst von allen anderen einfordern.

Ein Zweites, und auch das wurde angesprochen: „Das Modell in Graz ist großartig, das Modell auf Landesebene ist nicht großartig.“ Sie haben es anders formuliert. Also, ich darf Sie beruhigen, ich habe beide Systeme eingeführt. Sie sind noch zu jung im Landtag, um mich als Grazer Kulturstadtrat noch erlebt zu haben. Ich habe das System als Grazer Kulturstadtrat eingeführt und ich habe das System auf Landesebene als Landeskulturreferent novelliert. Ich stehe zu beiden Systemen. Beide haben ihre Stärken, beide haben ihre Schwächen. Lassen wir die Kirche im Dorf. Das sind Expertensysteme zur Beratung und das hat der Abgeordnete Dolesch sehr richtig angeführt: Der Nachteil eines Expertensystems, das die Experten von Außen hereinholt, ist natürlich ein höherer Kostenaufwand. Würden wir ein solches System anwenden, wären Sie die ersten, die sich dann darüber beschwerten, dass die freie Szene weniger Fördermöglichkeiten hat, weil die teuren Experten von irgendwo, von Wien oder aus dem Ausland hereingeholt würden. Frau Klimt-Weithaler würde dann in so einem Fall zu Recht sagen: „Hallo, jetzt haben wir diese teuren Experten, aber leider sind die nie da und schauen sich nie etwas an.“ Weil, ich kann ja die jeweilige Anreise nicht noch einmal extra finanzieren. Also, lassen wir die Kirche im Dorf. Das Grazer System hat einen gewissen Charme, unser System hat einen gewissen Charme. Entscheidend ist, was herauskommt. Herausgekommen sind z. B. in der Expertise die mehrjährigen Förderverträge. Und da möchte ich jetzt sagen, dass das schon eine Kraftaktion der Landesregierung und des Landtages und des steirischen Steuerzahlers ist, in Zeiten von knappen öffentlichen Budgets, dass wir gesagt haben: „Neben unserem Universalmuseum Joanneum, neben unserer Theater-Holding, die wir selbstverständlich mit Treibstoff ausstatten, und die uns in diesem Sparprozess aber auch immer positiv begleitet haben, wenn auch mit Schmerzen, wollen wir für den Mittelbau der Kunst- und Kulturinitiativen in diesem Lande die mehrjährigen Förderverträge stärken.“ Ich

war es, ich alleine, der darauf Wert gelegt hat, gegenüber auch dem Kulturkuratorium, dass wir bei den mehrjährigen Förderverträgen nicht weniger für die aktuelle Förderperiode einsetzen, sondern mehr als je in der Vergangenheit für mehrjährige Förderverträge investiert worden ist. Es wurde angesprochen, 6,6 Millionen Euro jährlich; 19,8 Millionen im Rahmen der dreijährigen, mehrjährigen Förderverträge. Das ist ein ganz, ganz klares Zeichen an unsere Fördervertragspartnerinnen. Wenn wir jetzt 162 Projekte und Organisationen mit mehrjährigen Förderungsverträgen haben, dann ist das ein sehr positives Beispiel, um das uns viele andere Bundesländer und viele andere Regionen in Europa beneiden. Und weil Sie es mit den Zahlen so genau nehmen – ich weiß, es gelten immer nur die Zahlen, die man selber gefälscht hat, aber nehmen Sie es hoffentlich von der Abteilung als die richtigen Zahlen: Es sind 60 Institutionen von Kürzungen in unterschiedlicher Höhe betroffen; nicht 56, wie Sie es angewandt haben. Bei 53 gab es keine Kürzungen, bei 17 gab es eine Erhöhung und 31 Institutionen kamen neu hinzu. Und neu hat auch etwas mit Innovationskraft zu tun. Bei nicht exorbitant steigenden Kulturbudgets, da bin ich übrigens im Widerspruch zu Gerhard Kurzmann, dem ich ansonsten in vielen Punkten Recht gebe, ich glaube nicht, dass wir ausreichend dotiert sind. Ich hätte auch gerne ein höheres Kulturbudget. Es hilft nur nichts. Jeder Referent hätte gerne ein höheres Kulturbudget. Ich kenne aber auch keinen Bürger, der gerne mehr Steuern zahlt, daher: Mit dem, was wir einnehmen, müssen wir auskommen. So gesehen muss das Geld, das wir für Kunst und Kultur im Lande einsetzen, gerecht verteilt werden, zielgerichtet verteilt werden und einen höchsten Nutzen für die Menschen in diesem Lande stiften. Natürlich auch für die Künstlerinnen und Künstler, die ja hier auch eine gute Programmatik abarbeiten. Und es ist auch schon darauf hingewiesen worden, dass wir keine 100%-igen Kürzungen haben. Das wäre auch nicht zweckmäßig, denn das würde ja bedeuten, dass, wenn wir bei mehrjährigen Förderverträgen aus der Vorperiode 100%-ige Kürzungen vornehmen, es damals wahrscheinlich eine Fehlentscheidung gewesen wäre, weil das sind ja Initiativen und Organisationen, die bereits über viele Jahre ihre Arbeit und Programmatik abwickeln. Die werden nur jetzt auf „Jährlichkeit“ umgestellt und sind gerade in Beratung, zu welchen Förderhöhen sie entsprechend seitens des Landesfördergebers betreut und bedient werden. Es sind eine Vielzahl von Wortmeldungen in die Richtung gegangen, dass eine Novelle des Kunst- und Kulturförderungsgesetzes zweckmäßig ist. Dazu habe ich mich immer verstanden und habe ich mich immer bekannt. Die einzige Konstante im politischen Leben und im gesellschaftlichen Leben ist der stete Wandel. So gesehen wandeln sich auch die Erfordernisse, die solche Kunst- und Kulturförderungsgesetze haben. Ich erinnere nur

daran, dass nicht selten, auch hier in diesem Kreis, die Rede davon war, dass wir eines der fortschrittlichsten Kunst- und Kulturförderungsgesetze in Österreich, wenn nicht in Europa haben. Eine Maßnahme, die wir im Jahr 2012 mit großer Mehrheit hier im Hohen Haus gesetzt haben, war eben aus dem seinerzeitigen Landeskulturbeirat, ein Beirat, der den Landeskulturreferenten inhaltlicher Natur beraten hat, dem damaligen Förderbeirat, der Empfehlungen abgegeben hat, was Förderhöhen und die Qualität von Einreichungen betroffen hat und den Fachbeiräten, nämlich drei Expertengremien, uns zu verschlanken auf zwei Expertengremien, nämlich auf ein Kulturkuratorium bestehend aus 15 Mitgliedern und die Fachbeiräte mit dem im Kunst- und Kulturförderungsgesetz vorgesehenen elf Fachbeiräten. So, diese Gremien haben in unterschiedlicher Intensität gearbeitet. Ich darf nur für das Kulturkuratorium der vergangenen Periode sagen: „Sehr, sehr intensiv gearbeitet“, und bedanke mich ausdrücklich auch für diese Arbeit, weil es uns insgesamt, glaube ich, ein Stück weitergebracht hat und die Expertise über die mehrjährigen Förderverträge und ihre Kommunikation. Jetzt mache ich aus meinem Herzen ein offenes Buch: Wissen Sie, Kulturreferent ist eine sehr schöne Aufgabe, insbesondere dann, wenn das Kulturkuratorium eine positive Empfehlung abgibt. Dann kann man nämlich mit Inbrunst sagen: „Die Experten haben gesagt, es ist positiv. Ich sehe es positiv, die Landesregierung sieht es positiv. Toll, ich gratuliere euch, ihr bekommt eine gewisse Förderhöhe.“ Wenn das allerdings nicht der Fall ist, weil das Kulturkuratorium, aus welchen Erwägungen heraus immer ... - und jetzt sage ich dazu: Frau Klimt-Weithaler, das ist ein Irrtum dem Sie aufgesessen sind, dass es keine Kriterien gäbe. Gerade bei den mehrjährigen Förderverträgen ist eine breite Kriterien-Palette angewandt worden, weshalb man Förderzusagen macht oder Förderzusagen nicht macht. Aber, wenn ein solches Gremium dann eine negative Empfehlung oder eine Kürzungsempfehlung abgibt, wissen Sie was dann der Fall ist? Dann rufen die Förderpartnerinnen und Förderpartner beim Kulturreferenten an, dann bekommen sie einen Termin oder man bespricht es gleich am Telefon oder im Rahmen irgendeiner Veranstaltung, wo man sich trifft und die sagen: „Lieber Kulturreferent, du musst klüger sein als das Expertengremium. Die Experten taugen nichts, die sind parteipolitisch und falsch besetzt, völlig irrig in ihrer Meinung. Du musst anders entscheiden“. Anders entscheiden heißt dann immer 100 % Förderhöhe von dem, was angesucht wurde. Wenn man dieser Arbeitslogik nachkommt, kann ich alle Beiräte auflösen, denn alles positiv machen kann ohnehin jeder. Das geht aber in Zeiten von knappen Budgets nicht und daher müssen wir uns auf Basis einer evaluierten Expertise von 15 Kuratoriumsmitgliedern bekennen und auf Grund der

Einschätzung unserer Landeskulturabteilung und meinem persönlichen Empfinden, und ich bin nicht wenig unterwegs bei Veranstaltungen im ganzen Land, dass wir versuchen sehr fair und gerecht diese Mittel entsprechend einzusetzen. Wie geht es weiter mit dem Kunst- und Kulturförderungsgesetz? Heute Nachmittag tagt das Kulturkuratorium. Ich habe das Kulturkuratorium gebeten mir eine Einschätzung ihrer Überlegungen zu geben. Ich habe einzelne Meinungen von Institutionen, auch von der IG-Kultur schon schriftlicher Weise bekommen, die Kulturabteilung hat selbst auch einige Vorschläge bereits gemacht. Wir werden diese gesamten Vorschläge in eine Novellierung zusammenfassen, in einen Vorschlag. Ich werde diesen Novellierungsvorschlag der Landesregierung vorstellen. Wir werden ihn dann direkt entsprechend dem Landtag übermitteln. Es wird dann die Möglichkeit geben über diesen Novellierungsvorschlag einen Unterausschuss entsprechend einzuberufen, um gemeinsam darüber zu beraten, was man bei diesem Kunst- und Kulturförderungsgesetz verbessern kann. Mir persönlich ist es ein großes Anliegen bei dieser Novelle weiter auf dem Thema der Transparenz darauf zu bleiben. Sie wissen, dass wir die jährlichen Kunst- und Kulturförderberichte haben, wo ja jeder Förder-Euro des Landes auch ganz transparent dargestellt wird. Mir ist es wichtig, dass es einen wertschätzenden Umgang mit den Künstlerinnen und Künstlern im Lande seitens der Abteilung, seitens des Kulturkuratoriums gibt. Ich bitte aber vice versa schon alle Förderpartnerinnen zu sehen, dass wir nicht jeden Wunsch zu 100 % erfüllen können. Das ist einfach nicht möglich und manchmal auch qualitativ nicht gerechtfertigt. Dann muss man halt auch, wenn man als Förderpartner auftritt, einmal eine solche Expertise, wenn sie noch so schwer zu akzeptieren ist, entsprechend verinnerlichen und vielleicht auch bei den nächsten Förderanträgen ein bisschen darüber nachdenken, ob nicht auch ein Quäntchen Wahrheit in einer kritischen Meinung eines Expertengremiums oder der Landeskulturabteilung oder des Kulturreferenten stecken könnte. Das, was ich keinesfalls mit dieser Novelle möchte, sage ich auch gleich vorweg: Ich möchte keine zusätzliche Bürokratie aufbauen. Also, wenn ich Vorschläge lese, dass wir jetzt künftig jedem Förderpartner einen Bescheid ausstellen, ob der positiv oder negativ ist, wo es dann ein Berufungsrecht gibt, vielleicht dann noch bis zum Landesverwaltungsgericht, das halte ich nicht für zweckmäßig. Ich glaube, was wir tun sollten, ist ein Klima der Wertschätzung fördern, ein Klima, wo gute Projekte von Förderpartnerinnen und -partnern fair und gerecht behandelt werden und dass wir insgesamt eine Kultur- und Kunstentwicklung in diesem Land schaffen, wo Tiefe und Weite gegeben ist, wo Respekt und Transparenz gegeben ist und wo

wir gemeinsam stolz sein können, dass die Steiermark ein Kulturland ist. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.13 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Danke, Herr Landesrat. Nachdem keine weitere Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung:

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 171/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP gegen die Stimmen von FPÖ, Grünen und KPÖ angenommen.

2. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft über den Antrag, Einl.Zahl 352/1, der Abgeordneten Ing. Sabine Jungwirth, Lambert Schönleitner und Sandra Krautwaschl betreffend Bio-Zertifizierung in der Gastronomie.

Die erste Wortmeldung ist seitens der ÖVP von Sandra Wallner-Liebmann, bitte schön.

LTAbg. Dr. Wallner-Liebmann – ÖVP (11.15 Uhr): Geschätztes Präsidium, geschätzte Regierung, geschätztes Forum dieses Hohen Landtages!

Wir haben einen Antrag der Partei der Grünen da vorliegen zu einer Biozertifizierung in der Gastronomie. Ich möchte daher beginnend einfach dazu sagen, es ist immer wieder eine Freude, wenn man international, auch national auf Kongressen oder anderen Großveranstaltungen unterwegs ist, wie häufig man von Persönlichkeiten auf unsere Gastfreundlichkeit und die außergewöhnliche Kulinarik in diesem Land angesprochen wird. Viele von diesen Personen sind Stammgäste bei uns und viele von diesen sind natürlich damit Bespieler unserer Hotellerie und unserer Gastronomie. Ich glaube, dass wir hier in der Steiermark mit einem laufenden, sehr umfassenden Projekt, das auch sehr ökologisch aufgesetzt ist, einen ganz entscheidenden Beitrag leisten, um eben diese Entwicklung weiter voran zu bringen. Als kulinarischen Schwerpunkt in der steirischen Gastronomie und Hotellerie wurde eben hier eine Marke aufgebaut, das „Grüne Herz“, das regional und saisonal die Qualität des Angebots definiert. Das Ziel ist die Wertschätzung unserer Lebensmittel und insbesondere auch unserer Rezepturen und unserer Mahlzeiten, die hier typisch sind, als überzeugende Botschafter für unser Land zu positionieren. Steirische

saisonale Menükarte: Hier hat eben die Initiative „Kulinarium Steiermark“ steirische Kulturprodukte und deren Zubereitung in die Auslage gestellt und damit eine Belebung und eine Wertschätzung heimischer Lebensmittel positioniert. Ganz entscheidend dabei ist aber die Verbindung mit den Produzenten vor Ort. Eine Vernetzung steirischer Gastronomie mit eben den umliegenden Bauern und Produzenten. Das Grüne Herz als qualitatives Gütesiegel stellt hier damit die umliegenden heimischen Lebensmittel mit einem überprüfbareren Stammbaum bereit und damit ein bedingungsloses Ja zur Saison, saisonale Produkte zu fördern und eine Bezeichnung der Produkte auch auszuweisen, die verständlich und modern ist. Die Gastronomie und Hotellerie in unserem Land hat zurzeit mit vielen Herausforderungen zu kämpfen. Ich nenne immer das Beispiel der Allergenausweisung und aktuell gibt es daher auch im Tourismusressort mehrere wertvolle Förderungsinstrumente, die eben betreffend der Adaptierung der betrieblichen Infrastruktur bereitstehen. Die komplette Förderung einer speziellen Zertifizierung nur auf Bio-Produkte hin ist damit aus öffentlichen Mitteln zurzeit aus dem Tourismusressort nicht geplant. Ich bitte um Kenntnisnahme. Danke.
(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.18 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Bernadette Kerschler von der SPÖ.

LTAbg. Mag. Kerschler – SPÖ (11.18 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen!

Ich kann mich im Großen und Ganzen nur meiner Vorrednerin anschließen. Die Steiermark ist ein hervorragendes kulinarisches Vorzeigeland. Alle Menschen, die schon einmal in der Steiermark auf Urlaub waren, werden das bestätigen. Wir zeichnen uns durch Regionalität und hohe Qualität in allen touristischen Betrieben aus. Das wird jeder bestätigen können. Alle Betriebe haben sich schon sehr gut, und das seit vielen Jahren – wir können sagen seit Jahrzehnten, auf regionale Produkte abgestimmt, auf Produkte der Saison. Sie gleichen sich an, sie stimmen sich ab, sie stimmen sich auf die Jahreszeiten ab, sie haben ihre eigenen Marken geschaffen, sie arbeiten zusammen, sie vernetzen sich und, wie meine Vorrednerin auch schon gesagt hat, wir haben schon vielfältige Förderungen. Deshalb kann ich auch für meine Fraktion sprechen: Keine eigene Förderung jetzt für die Bio-Zertifizierung. Ich bitte um Kenntnisnahme. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 11.19 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Christian Cramer von der FPÖ.

LTabg. Cramer – FPÖ (11.20 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Hohes Haus!

Die Regulierungen in der Gastronomie sind vielfältig – ich möchte sagen, vielfältig genug. Biologische Zertifizierungen für Gastronomie ist eine Frage, wo liegt da die Notwendigkeit? Es gibt für die Gastronomie jede Menge Auszeichnungen. Gute Gastronomiebetriebe verwenden es ohnedies. Es gibt hier die Vereinigung „Slow Food“. Ich selbst bin auf beiden Seiten, sowohl Produzent, Bauer und auch Gastronom. Der Konsument sollte ... - das Produkt als solches ist nur dann wirklich gut, wenn auch der Rohstoff dementsprechend gut ist. Dieses Ausspielen „Bio und nicht Bio“ halte ich persönlich für nicht gut. Es ist als solches auch ein Trend hingehend, dass man praktisch eine Hexenjagd macht. Es gibt kein schlechtes Lebensmittel, weil es nicht Bio ist und es gibt kein gutes Lebensmittel, weil es Bio ist. Es ist entweder guter Rohstoff oder gutes Lebensmittel oder es ist schlechtes Lebensmittel. Die Bezeichnung Bio alleine zeichnet ein Lebensmittel noch nicht aus. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich weiß auch nicht, ob wirklich irgendein Gastronom, bei der Vielfalt von Reglements, die sie ohnedies schon haben – ich zähle einmal auf: Allergenverordnung, HACCP-Bestimmungen, alle Bestimmungen, die hingehend sind von der Finanz bis hin zur Registrierkassenverpflichtung – und ich glaube kaum, dass sich irgendjemand noch eine zusätzliche Regulierung, Zertifizierung, Verkomplizierung seines Handwerks wünscht. Ich persönlich wünsche mir das nicht. Jetzt kann ich dahingehend nur eines sagen: Ich glaube, das ist ein Antrag ohne Not. Wer es anders sieht, kann es auch anders halten. Ich persönlich halte es für vollkommen überflüssig. Ich sage herzlichen Dank. *(Beifall bei der FPÖ – 11.22 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die voraussichtlich letzte Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt ist von Lambert Schönleitner von den Grünen.

LTabg. Schönleitner – Grüne (11.23 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen!

Man hat jetzt wieder gesehen, was, glaube ich, wirklich nur gut gemeint war, dass in eine völlig falsche Richtung debattiert wird. Denn, Kollege Cramer, wie du jetzt heraußen das dargestellt hast von „Hexenjagd“ und von allen möglichen Dingen, wo du gesprochen hast, da sind wir Gott sei Dank jetzt in diesen Jahren weit weg, weil die Bio-Schiene aufzubauen, ich glaube, da sind wir uns alle einig, die war absolut wichtig. Warum war das so wichtig? Weil

natürlich Betriebe, wie du ja richtig erkannt hast, die ohnehin teilweise mit hochqualitativen und guten Lebensmitteln arbeiten, sei es im landwirtschaftlichen Bereich, sei es in anderen Bereichen, wo es dann in die Vermarktung direkt hinein geht, wie in der Gastronomie, natürlich genau das brauchen, dass der Begriff abgesichert ist. Und was heißt abgesichert? Dass es sich eben unterscheidet von dieser Vielzahl an Gütesiegel, an Auslotungen, an Dingen und schönen Beschreibungen, die es gibt, aber wo nichts dahinter steht. Man darf nicht vergessen, es ist ja von den Bio-Betrieben und den Bio-Pionieren selbst gekommen. Das waren ja nicht nur Grüne, auch Menschen aus der ÖVP, aus anderen Bereichen, die gesagt haben: „Es ist wichtig die Qualität abzusichern.“ Das war der Beginn der Bio-Bewegung, wenn man so will, als Implementierung der Marke Bio, die aber eines immer getan hat – und das war ja der Unterschied zum AMA-Gütesiegel, zu vielen schönen Beschreibungen, die es gegeben hat –, die immer auch geschaut hat, dass dahinter eine Kontrolle steht und eine Beschreibung und eine klare Standardisierung dieses Begriffs Bio, der beim Konsumenten draußen Glaubwürdigkeit mit sich bringt. Denn sonst hätte das Ganze nie funktioniert. Und das war auch der erfolgreiche Weg, den Österreich und teilweise auch die Steiermark in diesem Bereich gegangen ist, genau diesen Bio-Begriff herauszuheben. Das ist ja auch auf europäischer Ebene abgesichert, zu sagen: „Das ist wirklich etwas anderes als die breite Masse, die am Tisch ist.“ Damit ist nicht gesagt, dass alles andere schlecht ist, da geht es auch noch viel darum, ob es regional ist oder nicht, aber eines ist bei Bio schon gewährleistet, dass auf hohem Niveau gesichert ist, dass die Konsumentin und der Konsument Qualität bekommen. Und wenn es Gastronomiebetriebe gibt, Kollege Cramer, und von daher kommt es ja, die sagen: „Eigentlich möchten wir auf diese Schiene hinaufgehen, weil es uns wirtschaftlich absichert, dass wir uns abheben von der breiten Masse“, dann ist es, glaube ich, schon sinnvoll darüber nachzudenken, ob wir nicht öffentlich von der Unterstützungsseite her mehr tun sollten, um diese Bio-Schiene zu verbreitern. Ich glaube, das ist ganz, ganz wichtig. Wir haben leider immer nur das Problem, dass Landwirte schon sehr gut in diese Richtung unterwegs sind, aber dass Gastronomiebetriebe noch sehr viele Möglichkeiten haben, Konsumentinnen und Konsumenten – die allermeisten tun das nicht, aber einzelne doch – versuchen etwas vorzumachen, was dann letztendlich nicht am Teller ist. Und diese Bio-Zertifizierung für Gastronomiebetriebe wäre letztendlich eine Weiterentwicklung der für die Steiermark sehr, sehr wichtigen Bio-Schiene gewesen. Und darum verstehe ich das jetzt nicht ganz, warum das mit Bürokratie bis hin zur Registrierkassenpflicht verwechselt wird. In Wirklichkeit geht es nicht um die Bürokratie in dem Fall, sondern es geht um die

Qualitätssicherung von Betrieben, quasi eine Schiene anzubieten mit öffentlicher Unterstützung, um sie im Signal an die Konsumentinnen und Konsumenten sicher zu machen und das Signal geben zu können: „Wir haben hier höchste Qualität aus heimischen Betrieben unter höchsten Standards auch im Gastronomiebetrieb.“ Das war das Anliegen. Darum kann ich die Kritik an diesem Antrag leider nicht teilen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 11.26 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Abschließend zu Wort gemeldet hat sich wieder Landesrat Dr. Christian Buchmann. Bitte, Christian.

Landesrat Dr. Buchmann – ÖVP (11.27 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich melde mich jetzt nicht als Kulturreferent, sondern als Tourismusreferent und habe die schöne Aufgabe, da auch meinen Vorgänger im Amte, unseren jetzigen Herrn Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, als Tourismusreferenten zu beglückwünschen. Ich glaube, es ist sehr frühzeitig im Jahr 2005 die Idee des Kulinariums Steiermark entstanden und dieses Kulinarium Steiermark verbindet eigentlich das, wenn ich es richtig verstanden habe, was auch der Antrag beinhaltet, nämlich eine Wertschöpfungskette in der Region, wo von der Urproduktion über die Veredelungsstufen bis hin in die gastronomische Verarbeitung exzellente, saubere, sichere, gesunde Lebensmittel eingebracht werden sollen und damit für den Konsumenten, egal ob das im Haubenlokal ist oder in einem Landgasthof, entsprechende Spitzenqualität mit dem Wissen geboten werden kann, hier geht es um saubere, um sichere und um gesunde Lebensmittel. Und das Ganze im Kulinarium wird mit dem speziellen steirischen Gütesiegel, nämlich unserem „Grünen Herz“, verbunden. So gesehen, wenn Sie so wollen, haben wir ein Gütesiegel, das für steirische, gesunde, saubere und sichere Lebensmittel steht. Unsere Gastronomie ist gut beraten, hier entlang dieser Wertschöpfungskette entsprechend auch vorzugehen. Ich bin nicht so naiv nicht auch zu wissen, dass es Commitments-Produkte gibt und dass das dort nicht in dem Ausmaß gegeben ist, wie wir es uns in dieser Themenstellung entsprechend wünschen. Aber ich glaube, dass es ein Qualitätsmerkmal gegenüber dem Cluster in der Gastronomie ist, wenn hier entsprechend diese Lebensmittel aus der Region verarbeitet werden und damit Speisen und Gerichte entstehen, die wir uns wünschen. Ich bin den ersten drei Vorrednern auch sehr dankbar für ihre Wortmeldung, nämlich Wallner-Liebmann, Kerschler und Cramer, was die weiteren

Belastungen für die Gastronomie betrifft. Wie Sie wissen, bin ich sehr viel im Lande unterwegs, seit einem dreiviertel Jahr insbesondere auch bei touristischen und gastronomischen Betrieben und ich weiß, wie die Stimmungslage dort ist. Dort geht es darum, dass das Gefühl einer überbordenden Bürokratisierung groß ist, und dass man in großer Sorge ist vor weiteren Anschlägen auf die Tourismusbetriebe. Daher ist es auch, glaube ich, ein gutes Zeichen des Landtages, jetzt nicht wieder eine zusätzliche bürokratische Auflage – so gut sie gemeint sein mag – zu schaffen, sondern dass man klar sagt: „Wir wissen was gesunde, saubere und sichere Lebensmittel für den Gast bedeuten, dass das auch ein Entscheidungskriterium sein kann, eine gute Küche entsprechend zu besuchen.“ Wir wollen das aber insbesondere bei den Kulinarium-Betrieben durch das Grüne Herz zum Ausdruck bringen und die anderen wollen wir dazu ermuntern, das auch zu tun, wenn sie es bis dato noch nicht getan haben sollten. Das kann aber durch Anreize wahrscheinlich besser gelingen als durch Gütesiegel. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 11.30 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 352/5, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ gegen die Stimmen der Grünen die Mehrheit gefunden.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

3. Bericht des Ausschusses für Europa über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 442/1, betreffend Bericht der Steiermärkischen Landesregierung an den Landtag Steiermark über „Entwicklungen in der Europäischen Union“ betreffend das zweite Vierteljahr 2015 gemäß Art. 41 Abs. 12 L-VG.

Die erste Wortmeldung liegt mir vor von Hannes Amesbauer seitens der FPÖ.

LTAbsg. Amesbauer, BA – FPÖ (11.31 Uhr): Frau Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Zuseher!

Wenn man über Entwicklungen in der Europäischen Union diskutiert, dann muss man vorweg einmal feststellen, dass die gravierendste Entwicklung innerhalb der Europäischen Union die Krise der EU ist, die wir derzeit erleben. Es ist nicht nur eine Krise, weil in der EU kriselt es ja seit vielen Jahren, aber derzeit steht die EU vor einer echten Existenzkrise und mittlerweile ist es ja auch so weit, dass alle Akteure auf EU-Ebene und in den Nationalstaaten bereits offen davon sprechen, ob das jetzt EU-Vertreter wie Schulz oder auch Junker sind, alle sprechen von einer Krise: „Und jetzt müssen wir alles daran setzen, um die EU und Schengen in der jetzigen Form auch zu retten.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir erleben jetzt live und in Farbe, kann man sagen, die Handlungsunfähigkeit und vor allem die Problemlösungsunfähigkeit dieser Europäischen Union. Und wenn man sich die Krisen ansieht, wenn man zu sprechen kommt auf das Milliardengrab Griechenland, das ja jetzt in der medialen Berichterstattung in den Hintergrund getreten ist, aber dieses Milliardengrab Griechenland ist ja nach wie vor eine ungelöste Krise, ein ungelöstes Problem dieser Europäischen Union. Das nächste und aktuell gravierendste Problem und die gravierendste Krise ist natürlich diese Asylkrise, dieses Asylchaos, das wir seit vielen Monaten mittlerweile erleben müssen. Man erlebt auch, es ist ja mittlerweile auch erwiesen, dass Schengen tot ist. Es reden zwar alle, angesprochen von der – muss ich wirklich sagen – für Europa unsäglichen Bundesdeutschen Kanzlerin Merkel, dass alles daran zu setzen ist, Schengen zu retten, die Europäische Union zu retten. Aber ich muss eines sagen, wir müssen die nationalstaatliche Restsouveränität retten, wir müssen die nationalstaatliche Souveränität wieder herstellen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Und jetzt kommt diese Europäische Union daher, die nicht in der Lage ist ihre eigenen Vorgaben und Gesetze einzuhalten – Stichwort Schengen, die nicht in der Lage und scheinbar nicht gewillt ist, die EU-Außengrenzen endlich zu schützen – und mit „schützen“ meine ich absolut dicht zu machen, alles andere ist undiskutabel – und ermahnt Österreich und rügt Österreich, weil die Regierung ja langsam anfängt, zaghafte Versuche unternimmt schon auch auf Freiheitliche Forderungen einzugehen und es zumindest ein bisschen, ein Grenzmanagement wird das genannt im österreichischen Amtsdeutsch, sicherzustellen. Jetzt kommt die EU daher und schreibt Briefe und sagt: „Das geht nicht, das ist gegen das EU-Recht. Da müssen wir ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten.“ Ich sage ganz offen: Zum Teufel mit diesem Vertragsverletzungsverfahren. Österreich hat selbst zu entscheiden wie der Grenzschutz auszusehen hat und nicht irgendwelche Bürokraten und Eurokraten in Brüssel und Straßburg. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich kann es echt nicht mehr hören und auch die Bürger können es nicht

mehr hören, dass ständig die EU uns in unsere Gesetzgebungskompetenz hineinpfeuschen will, sehr geehrte Damen und Herren. Aber die EU hat diese großen Krisen, die sie nicht nur löst, sondern auch zu verantworten hat auf der einen Seite, und auf der anderen Seite frönt sie ungeniert ihrem Regulierungswahn, mischt sich überall ein, ob das jetzt die Glühbirnengeschichte ist, die Gurkenkrümmungsgeschichte ist – sind natürlich alles Geschichten, die schon länger her sind – aber auch Projekte des Genderwahnsinns, das wird von der EU massiv vorangetrieben, diese unsägliche Gendermainstreaming-Ideologie, die eine Umkehrung eigentlich der Geschlechterrollen ist und eine komplette Verwischung unserer gesellschaftlichen Normen darstellt. Das sind die Angelegenheiten denen sich die EU nach wie vor mit Hingabe widmet, während zig-Tausende Asylbewerber die Grenzen überrennen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Und dann gibt es Länder, wie Großbritannien, die seit Jahren Sonderregelungen haben, den Briten-Rabatt – allgemein bekannt – und jetzt mit dem Brexit, mit dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, gedroht haben und in einem nächtlichen Verhandlungsmarathon weitere Zugeständnisse sicherstellen konnten, auch was die Arbeitnehmerfreizügigkeit betrifft, auch was die Einwanderung und die Sozialleistungen für Einwanderer betrifft als Zugeständnis gegeben und jetzt stellt sich der Herr Cameron hin und empfiehlt den Verbleib in der Europäischen Union. Aber die Briten haben zumindest die Möglichkeit darüber abzustimmen. Ich muss sagen, unsere Bundesregierung, die ja keine gute Figur macht seit vielen Jahren, wäre auch dringend aufgefordert, endlich einen ähnlichen Weg wie Großbritannien zu gehen und auch zu schauen, dass wir Sonderregelungen für Österreich herausverhandeln können, dass wir auch einen Rot-Weiß-Rot-Rabatt möglicherweise kriegen und unsere Vorhaben im Bereich der Grenzsicherung, vor allem auch in anderen Gesetzgebungsmaterien so durchführen und umsetzen können, wie wir, Österreich, uns das vorstellen. Ich sage es ganz offen: Wenn die Briten mit einem Brexit drohen, sollten auch wir und unsere Vertreter auf EU-Ebene, vor allem unsere Regierungsvertreter diese Karte auf den Tisch legen und nachverhandeln. Verbesserungen in dem Sinne heraus zu verhandeln für Österreich, für unsere Bevölkerung, um einen Verbleib in der EU wieder sinnvoller zu machen. *(Beifall bei der FPÖ)* Also, wenn der Freiheitliche Delegationsleiter im Europäischen Parlament, der Harald Vilimsky offen auch einen „Öxid“ ins Spiel bringt, analog zum Brexit, um somit auch den Druck auf die EU-Institutionen zu erhöhen, dann kann ich diesen Weg nur unterstreichen und vollinhaltlich unterstützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die EU wird ja immer als Friedensprojekt dargestellt. Wenn man sich ein bisschen mit der Geschichte auseinandersetzt und mit der Gründungsidee der Europäischen Union, dann wird das natürlich klar, dass die EU zu keinem Zeitpunkt als Friedenskonzept konzipiert war. Das ist eines der größten Märchen, das uns immer wieder präsentiert wurde, weil die EU ist aus der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl entstanden, das wissen wir. Das war ein rein wirtschaftliches Interesse und es gibt nichts dagegen einzuwenden, wenn man wirtschaftlich zusammenarbeitet. Das wollen wir ja selbstverständlich auch in Europa. Aber es uns als Friedensprojekt auf der einen Seite zu verkaufen, und dann geht diese EU, die sich als Friedensprojekt verstehen will, her und zündelt in Russland, zündelt in der Ukraine – die unsäglichen Russlandsanktionen, wo man ja jetzt sogar von eurem ÖVP-Vizekanzler Mitterlehner gehört hat, dass die wirtschaftsschädlich sind, dass es Zeit wird, die abzuschaffen. Ja, ihr habt alle unsere Anträge abgelehnt, wo wir uns gegen diese neutralitätswidrigen und wirtschaftsfeindlichen Sanktionen ausgesprochen haben hier im Haus, aber auch in Wien im Nationalrat. Wenn man sich jetzt ansieht, die Zustände in der Ukraine, die von Außen gesteuert wurden, wo die Europäische Union zusammen mit der NATO und mit der US-Amerikanischen Regierung sich sofort auf diese sogenannte Wenderegierung mit Poroschenko an der Spitze als Präsident gestellt hat, wenn man sich die jetzige Krise ansieht, man hört in unseren Medien leider nicht viel davon, wie es da zugeht – Misstrauensvoten, Straßenkämpfe, wieder Polizei-Militär marschiert auf, Korruption dieser Regierung, dann frage ich mich schon, warum sich die Europäische Union damals sofort und unkritisch auf diese Seite gestellt hat – aber bitte. Was macht die Union aktuell? Sie diskutieren über Bargeldabschaffungen – haben wir heute noch einen Tagesordnungspunkt dazu, was ja in Richtung der totalen Kontrolle und letztlich auch Versklavung der Bevölkerung geht, und wir haben natürlich auch, war auch schon einmal ein Thema, die aktuellen Vorgänge rund um das Waffenrecht. Ich wollte eigentlich heute einen Entschließungsantrag dazu einbringen, wurde abgelehnt, leider mit der Begründung, dass es keinen inhaltlichen Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt gäbe. Ich sehe das etwas anders, denn der Tagesordnungspunkt heißt: Bericht der Landesregierung an den Landtag über Entwicklungen in der Europäischen Union. Wir haben da diesen Europa-Bericht natürlich, und da stehen so interessante Dinge drinnen wie steirische Termine im steirischen Brüssel-Büro. Es sind aber auch Sachen drinnen wie internationale Kontakte der Steiermark und natürlich auch Europarecht aktuell, neue Rechtsakte. Aber bitte, was sollen wir denn machen, denn wir sind ja darauf angewiesen, was der Herr Landesrat in seinen Bericht

hineinschreibt, aber wenn es um aktuelle Entwicklungen in der Europäischen Union geht, dann nehme ich mir sehr wohl, wie auch in der Vergangenheit, jetzt und in der Zukunft das Recht heraus, auch hier am Pult über Dinge zu sprechen, die in diesem Bericht verschwiegen werden. *(Beifall bei der FPÖ)*

Nichtsdestotrotz werden wir jetzt aus dem Entschließungsantrag, den Sie ja gesehen haben, einen Ausschussantrag formulieren und das Thema auch hier wieder vorbringen. Ich habe ja schon einmal darüber gesprochen, diese Waffenrechtspläne, die die Europäische Union verfolgt. Ich werde das jetzt versuchen noch einmal in Kürze darzulegen, hoffe auch, dass es diesmal jetzt nicht diese großen emotionalen Ausfälle gibt wie beim letzten Mal. Es ist ein wichtiges Thema und ich möchte jetzt gar nicht auf die Sache mit Waffenpässe für Polizisten oder Jäger zu sprechen kommen, das ist eine innerösterreichische Angelegenheit – noch; wenn die EU-Sache durchgeht, nicht mehr. Aber da waren wir uns, Karl Lackner, auch relativ einig, was den Punkt betrifft. Ich möchte aber auf die EU-Richtlinie insgesamt zu sprechen kommen. Die EU-Richtlinie, die ja eigentlich seit dem Jahr 2013 schon in der Schublade der Europäischen Kommission liegt, aber jetzt durch die Pariser Terroranschläge herausgekrant wurde und vorangetrieben wird, das ist eine massive Einschränkung der Freiheitsrechte in Österreich, meine Damen und Herren. Unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung sollen die Waffengesetze verschärft werden, aber für die rechtsschaffenden Bürger in diesem Land, denn die Terroristen scheren sich sowieso um keine Gesetze und auch nicht um das Waffengesetz. Und wenn man da ein bisschen hineinschaut, was da geplant wird: Beschränkung der waffenrechtlichen Dokumente auf fünf Jahre und dann immer wieder zum Amtsarzt. Ja, warum? Da gibt es überhaupt keinen sachlichen Grund dafür. Erwerbsverbot von besonders gefährlichen halbautomatischen Waffen für Privatpersonen. Was ist das? Sie meinen nicht, wie ich ursprünglich geglaubt habe, dass alle halbautomatischen Waffen generell für Privatpersonen verboten wären, das wäre überhaupt der größte Wahnsinn. Nein, es geht Ihnen um halbautomatische Waffen, die vollautomatischen Waffen ähnlich sind. Jetzt bin ich kein Jurist, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass es irgendeinen Juristen gibt, der bestätigen würde, dass es diese rechtliche Kategorie überhaupt gibt, dass man etwas verbietet, nur weil es einem anderen Ding ähnlich schaut. Jeder, der beim Bundesheer war, kennt natürlich das StG 77, das gibt es auch in der zivilen Version, das ist erhältlich für Menschen mit waffenrechtlichen Dokumenten und das schaut nicht nur ähnlich aus, das schaut exakt gleich aus. Es ist aber technisch ganz eine unterschiedliche Sache, weil eben nicht vollautomatisch, sondern halbautomatisch. Aber, meine Damen und Herren, ich wollte nur

einen Überblick bringen über die aktuellen Entwicklungen, die meines Erachtens nicht drinnen stehen. Wir werden am Thema Waffenrecht natürlich auch dranbleiben, weil hier geht es auch um ein Freiheitsrecht und ich möchte in Erinnerung rufen, dass Staaten mit totalen Waffenverboten immer jene Staaten und Regime waren, die totalitär regiert wurden. Aber es regt sich auch Widerstand in anderen Ländern. Sogar die Bundesrepublik Deutschland spricht sich mittlerweile in vielen Bereichen dagegen aus. Finnland, Tschechien sowieso und andere Staaten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Landesrat, ich würde schon darum bitten, wenn es in Zukunft um den Europa-Bericht geht, nicht nur darüber zu sprechen und darüber zu berichten welche Termine jetzt im Steiermark-Büro in Brüssel stattfinden, welche Treffen stattfinden, welche Delegationen aus Brüssel in die Steiermark kommen – das stelle ich mir alles sehr idyllisch und nett vor. Aber es muss auch gewährleistet sein, dass über Fehlentwicklungen in der Europäischen Union berichtet wird, darüber gesprochen wird, nicht alles beschönigt wird und vor allem auch die Dinge und Problemstellungen klar und deutlich beim Namen genannt werden. Ich habe es immer wieder gesagt: Wir Freiheitlichen sind keine Europafeinde, ganz im Gegenteil. Was wir aber nicht wollen ist die aktuelle Entwicklung hin zu einem zentralistischen Superstaat – die Vereinigten Staaten von Europa –, wie das auch schon hier im Haus von Abgeordneten von Rot und Schwarz angesprochen wurden. Wir sind für eine gute europäische Zusammenarbeit, aber wir sind vor allem für ein starkes Europa der starken und souveränen Nationalstaaten. *(Beifall bei der FPÖ – 11.45 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 442/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

4. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft über den Antrag, Einl.Zahl 333/1, der Abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Dr. Werner Murgg betreffend Erhalt des Polsterliftes.

Die erste Wortmeldung ist vom Abgeordneten Marco Triller.

LTabg. Triller, BA – FPÖ (11.46 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren in den Zuschauerrängen und vor dem Bildschirm!

Wer von uns ist nicht stolz auf das schöne Steirerland mit seiner prachtvollen Natur, vielfältigen Landschaft und vermutlich schönsten Gipfeln? Wer von uns genießt nicht gerne die frische Bergluft und den anmutigen Anblick von einem Gipfel auf unsere steirischen Alpen und natürlich auch die wunderbare Landschaft? Egal, ob zum Ausklang vom stressigen Alltag, zum Vergnügen oder zum Sport – unsere Landschaft ist ein Geschenk, welches wir leider viel zu wenig würdigen. Viele Menschen suchen diesen Ausgleich im Erzbergland in der Region Präbichl. Ein besonderes Schmankerl dieser Region ist u.a. der Einser-Sessellift, der auf die Polsterspitze führt. Wie ja schon bekannt wurde, sollte der historische Einser-Sessellift geschlossen werden, da die für die Sanierung nötigen finanziellen Mittel anscheinend fehlen. Die Stellungnahme der Landesregierung betreffend des KPÖ-Antrages zur Erhaltung des Polsterliftes klingt ja recht positiv, ist aber im Endeffekt eine reine Nullaussage und sagt über die Entwicklung dieser Region gar nichts aus. Dem Vordernberger SPÖ-Bürgermeister, welcher gleichzeitig der Geschäftsführer der Präbichl-Bergbahnen GmbH ist, wird vorgeworfen, dass er dem Land Steiermark kein Konzept vorgelegt hat. Dadurch ist aber auch der Verdacht berechtigt, dass dem roten Bürgermeister, der Erhalt des Polsterliftes nicht sonderlich am Herzen liegt. Aber es gibt durchaus Personen, welche ein sehr hohes Interesse haben sich für die Erhaltung des Sesselliftes einzusetzen – nämlich ca. 9.300 Unterstützer, welche eine Petition für den Erhalt unterschrieben haben und rund 3.200 „gefällt mir“-Klicks auf der Facebookseite „Präbichl, rettet den Einser-Sessellift“. Dies geschah allerdings nicht durch Zufall. Es gründete sich ein Komitee zur Rettung des Polsterliftes, welches das Ziel verfolgt hat, die Region für den Tourismus attraktiver zu machen. Es ist schon sehr beeindruckend, welches Engagement diese Bürger, dieses Komitees an den Tag legen. Aber umso beeindruckender ist es schon für mich, dass von den geschätzten Verantwortlichen, seien es jetzt der Vordernberger Bürgermeister oder auch die Geschäftsführer, es sind ja immerhin zwei Geschäftsführer der Präbichl-Bergbahn, jegliche Initiative fehlt. Und der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer, er ist jetzt nicht da ... (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Hinter dir!“*) Ah da hinter mir. Ausgezeichnet. (*Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer: „Wenn es um die Regionen geht, bin ich da!“*) Wenn es um die Regionen geht, freut es mich, dass du da bist. Ich spreche bewusst dich an und zwar nicht den Ressortverantwortlichen, den Landesrat

Buchmann, weil es ja auch um deine Bürgermeister der Region geht. Es sind ja mehrheitlich SPÖ-Bürgermeister und weil du ja auch für Bedarfszuweisungen diesbezüglich verantwortlich bist. Ich weiß, dass der Terminkalender des Landeshauptmannstellvertreters irrsinnig voll ist, voller als meiner natürlich, keine Frage, aber ich frage mich schon, ob es nicht machbar gewesen wäre, sich 30 Minuten Zeit für die Vertreter des Komitees zu nehmen, um anzuhören, was sie eigentlich fordern. Das stelle ich mir unter Bürgernähe absolut nicht vor. *(Beifall bei der FPÖ)* Leider hatte keiner der beiden Herren Zeit für die Vertreter des Komitees. Seit November 2015 haben eben diese Vertreter versucht diesen Termin bei den beiden zuständigen Verantwortlichen zu bekommen. *(Landesrat Dr. Buchmann: „Das stimmt nicht, mit mir wollte ja keiner reden!“)* Ja, wollte keiner reden, das stimmt nicht. Es hat ein Mitarbeiter der Abteilung dann gesprochen mit denen. Aber, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich habe mir die Zeit genommen und habe mir die Probleme und Anliegen der Vertreter des Komitees angehört, weil ich einerseits dafür gewählt wurde und andererseits die Anliegen der Bevölkerung hören möchte. Weil mir das wichtig ist, weil mir die Region wichtig ist und auch das Erzbergland und der Einser-Sessellift persönlich wichtig ist. Ich war sehr beeindruckt, wie professionell diese Personen ein Konzept ausgearbeitet haben und konnte mich selbst überzeugen. Sie hätten nicht mehr machen müssen, meine sehr verehrten Herren, als ich getan habe, nämlich einfach die Argumente anhören. Das hat sich nämlich die Bevölkerung verdient, welche vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schickhofer auch vertreten wird. Denn diese Herren des Komitees haben mehr geschafft als die in Vordernberg gewählte Gemeindevertretung, Gemeindeführung sowie die Gesellschaft der Präbichl-Bergbahn, welche ebenfalls dazu berufen wurde, die Anliegen der Bürger zu vertreten. Heute verstehe ich zum ersten Mal, warum es „roter Faden“ heißt, welcher sich auch durchzieht. Weil, egal ob vom Land oder auf kommunalpolitischer Ebene, die Sozialdemokratie ist immer weniger für die eigenen Leute im eigenen Land da. *(Beifall bei der FPÖ)* In der Stellungnahme wird ja auch von zwei Varianten gesprochen. Einerseits die Variante der Sanierung des Einser-Sesselliftes, was ca. 1,9 bis 2,1 Millionen Euro kosten würde. Die Variante zwei ist die Sanierung oder Erweiterung des Polster Quattros, die ungefähr 200.000 Euro kosten würde. Jedoch hat dieses Komitee irrsinnig viele Vorteile gefunden für die Variante eins, den Einser-Sessellift zu adaptieren. Und zwar: Wenn man den Einser-Sessellift nicht mehr hat, dann hat man keinen Zugang mehr zur legendären Polsterrinne. Der Erhalt des Polsters an sich als Flugberg wäre gestorben. Das heißt, Paragleiter könnten nicht einmal mehr vom Berg hinuntergleiten. Der

Erhalt der sozialen Funktion ist ebenfalls weg, weil ältere Menschen, Kinder oder behinderte Menschen nicht mehr auf die Polsterspitze kommen. Der beste Blick auf den Erzberg ist ebenfalls nicht mehr gegeben. Der Direkteinstieg in die Höhenwanderwege des Hochschwabs – ebenfalls nicht mehr gegeben. Die leichte Erreichbarkeit der Pölster-Hütte sowie der Leobner-Hütte ist ebenfalls nicht mehr gegeben, wodurch das Problem auch entsteht, dass die Polster-Hütte wahrscheinlich gar nicht mehr genutzt wird und der Erhalt der weithin bekannten und einzigartigen und historischen Liftanlage wäre nicht mehr gegeben. Es gibt ja auch vergleichbare Beispiele in Tirol, z. B. der Kaiserlift, welcher nach drei Jahren wieder in Betrieb genommen wurde. Aber auch das Beispiel der Sonwendjochbahn im Kramsach, ebenfalls in Tirol. In beiden Fällen haben es die Gemeinden, die Tourismusverbände, Gesellschaften aber auch das Land gemeinsam geschafft, die finanziellen Mittel aufzustellen. Und ich bin davon überzeugt, wenn wir alle gemeinsam an einem Tisch sitzen, werden wir das auch in diesem Falle lösen können.

Die KPÖ und FPÖ, also wir, bringen heute einen Entschließungsantrag zur Austragung eines Runden Tisches ein. Ich habe das letzte Woche auch schon pressemäßig gefordert. Ich würde mir wünschen, wenn die Regierungsparteien auch diesem Antrag zustimmen würden, weil, es sollten nicht nur Bürgermeister an sich, sondern es sollten auch die Personen des Komitees eingeladen werden, die verschiedenen Tourismusverbände, um ein gemeinsames Konzept und eine gemeinsame Lösung ausarbeiten zu können. Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich komme jetzt auf einen Begriff, der sehr, sehr verbreitet war in der Steiermark: Noch sind wir nicht auf der Poleposition. Mit dem Runden Tisch kommen wir dieser Poleposition aber um einiges näher und ich hoffe, dass wir während des Rennens nicht zurück oder gar ausfallen. Ich hoffe auch nicht, dass uns in der Zielgerade dorthin der Sprint ausgeht, die Kraft ausgeht und ich hoffe, dass wir gemeinsam ein starkes Rennen für den Einser-Sessellift fahren, um gemeinsam am Siegerpodium zum Schluss dann zu stehen. *(Beifall bei der FPÖ)* Ich habe u.a. heute die Unterschriftenliste und das Konzept auch mitgenommen und ich würde dich bitten, Herr Landeshauptmannstellvertreter, auch ein Zeichen zu setzen, diese Unterschriftenliste zu unterzeichnen und vielleicht zu schauen, dass man Bedarfszuweisungen in diesem Land zusammenbringt. Schaffen wir diesen Runden Tisch, setzen wir uns alle gemeinsam hin und schauen wir, dass wir eine gemeinsame Lösung finden, um im Endeffekt von der Poleposition zu starten, ins Rennen zu gehen und gemeinsam am Siegerpodium zu stehen. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ – 11.56 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Bevor ich nun den Abgeordneten Werner Murgg seitens der KPÖ zum Rednerpult bitte, begrüße ich die Schülerinnen der Schüler des BG Rein unter der Leitung von Mag. Bianca Binder ganz herzlich bei uns im Landtag. Herzlich willkommen. *(Allgemeiner Beifall)*

LTAbg. Dr. Murgg – KPÖ (11.56 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Geschätzte Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Das Thema, zu dem wir jetzt debattieren, ist eigentlich unerfreulich. Das heißt, ganz unerfreulich ist es nicht, denn es ist zumindest erreicht worden, dass über diese wichtige Sache, nämlich den Erhalt des Einser-Sesselliftes auf den Polster, der Landtag überhaupt debattiert. Damit ist schon einmal etwas erreicht worden. Diese Regierungsstellungnahme, die der Anlass der heutigen Debatte ist, ist ja von der KPÖ ausgegangen und sie ist, sage ich einmal, nicht ganz unerfreulich. Es steht nämlich in dieser Regierungsstellungnahme drinnen, dass das Land sehr wohl bereit ist im Rahmen der gesetzlich vorgesehen Möglichkeiten eine allfällige Investition, Neuinvestition für das auf das technische in Stand bringen des Polsterliftes eine Wirtschaftsförderung zu geben. Ich glaube, es ist auch das Land prinzipiell bereit, wenn ein Entwicklungskonzept – ich sage es einmal so – vorliegt, über Bedarfszuweisungen für die Gemeinde Vordernberg, die ja zu 75 % die Eigentümerin dieser Präbichl-Bergbahnen GesmbH ist, eine Bedarfszuweisung auszuschütten. Das ist ja schon einmal etwas Positives. Nicht positive ist, und da kann ich beim Kollegen Triller anschließen, dass es jetzt offenbar – nicht offenbar – sondern tatsächlich „fünf vor zwölf“ ist. Denn es ist so, dass die Gemeinde Vordernberg diese zwei Millionen, selbst wenn sie 400.000 an Wirtschaftsförderung bekäme, diese 1,6 Millionen Euro stemmen kann, und dass sie, Bürgermeister Hubner, aber auch der zweite Geschäftsführer der Bergbahnen, damit – unter Anführungszeichen – „gedroht hat“, den legendären Einser-Sessellift mit Ende der Wintersaison einstellen zu müssen. Das wäre natürlich aus verschiedenen Gründen sehr, sehr traurig und sehr schlecht. Kollege Triller hat ja dazu einiges gesagt. Ich möchte nur zwei Dinge noch einmal aufgreifen. Es ist mit dieser Einstellung meiner Meinung nach auch die Polster-Hütte, die legendäre Polster-Hütte, unmittelbar bedroht und da wäre auch ein Ausbau oder eine weitere Betriebssicherung des Quattro-Liftes dabei nicht hilfreich. Denn wenn ich mit dem Quattro-Lift hinauffahre, muss ich, wenn ich dort aussteige, immer noch ungefähr eine dreiviertel Stunde oder eine Stunde auf die Polster-Hütte gehen. Für viele Personen, die mit dem Lift raufgefahren sind, mit dem Einser-Sessellift, ist das unmöglich, und vor allem

quert man, habe ich mir sagen lassen, einen Grund, der einem gewissen von Guttenberg gehört. Das ist übrigens angeblich der Bruder dieses ehemaligen geschassten deutschen Verteidigungsministers und der macht jetzt schon Schwierigkeiten – nicht der Verteidigungsminister der ehemalige, sondern sein Bruder, dem diese Gründe dort gehören Großteils – mit dem Wegerecht. Also da gibt es, habe ich mir sagen lassen, Probleme, wenn man jetzt sagen würde: „Fahrt zur Endstation vom Quattro-Lift und geht halt dann im Sommer zu Fuß über den Grund vom von Guttenberg“ – damit ich es richtig sage – „also auf die Polster-Hütte.“ Ich glaube, die Polster-Hütte ist oder wäre mit einer Einstellung des Einser-Sesselliftes auch unmittelbar bedroht. Und natürlich, ich bin kein Wintersportler, ich sage es ehrlich, aber ein bisschen bewege ich mich auch in der Region und rede mit Menschen, die einen Wintersport ausüben. Ich habe mich davon überzeugen lassen, dass der legendäre Einserlift ein Herzstück einfach des Alpin-Sportes in dieser Region ist. Kollege Triller hat es ja gesagt, er ist vielleicht schon einmal die Polsterrinne hinuntergefahren, ich nicht, ich würde wahrscheinlich nicht einmal überleben, deswegen mache ich es nicht, aber es gibt eben Menschen, denen gefällt das und das verstehe ich auch und das alles wäre mit einer Einstellung des Liftes nicht mehr möglich. Jetzt gibt es dort eine Bürgerinitiative, Tausende Unterschriften, ich glaube 9.900 sind bisher gesammelt worden. Das finde ich gut und richtig und diese Menschen überlegen sich auch was. Die haben ein Konzept erstellt und das wäre höchst an der Zeit, dass man über dieses Konzept ernsthaft diskutiert. Denn eines denke ich mir schon: Es kann nicht sein, dass man bei Schladming beispielsweise für die Weltmeisterschaft oder bei den Förderungen für das Kulm Schispringen, für die Renovierung und des Umbaus der Kulmschanze, also immer sehr viel Geld locker macht, aber dort, wo ein Projekt seit Jahrzehnten funktioniert und das auch eine Nachhaltigkeit hätte, wenn dieser Lift in Betrieb bleibt, man möglicherweise vonseiten des Landes knausert.

Deswegen fordern auch wir jetzt, heute in einem Entschließungsantrag, dass der zuständige Landesrat – Sie, Herr Dr. Buchmann – so eine Initiative gründet, Sie die Gelegenheit beim Schopf ergreifen und die zuständigen Politikerinnen und Politiker, das wären vor allem die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister von Leoben bis Eisenerz irgendwie an einen Tisch holen, natürlich auch mit den zuständigen Tourismusverantwortlichen und mit dieser Bürgerinitiative, die ein Konzept ausgearbeitet hat, und dass man sich das zumindest einmal anhört, dass man das ernsthaft prüft. Vielleicht kann man Investoren finden, vielleicht ist es auch möglich, diese 25 % Miteigentümer, denn die Präbichl-Bergbahnen gehören nicht nur der Gemeinde Vordernberg, zu 25 % gehören sie auch einer in Graz ansässigen Stiftung, dass

man auch die einbindet und versucht dort Mittel zu lukrieren, damit eben dieser legendäre Lift nicht tatsächlich mit Ende der Wintersaison das Zeitliche segnet. Deswegen möchten wir folgenden Antrag einbringen:

Der Landtag wolle beschließen:

- 1 Der Landtag Steiermark bekennt sich zur weiteren touristischen Entwicklung des Schi- und Wandergebietes Präbichl/Polster unter besonderer Berücksichtigung der Erhaltung des Einser-Sesselliftes.
- 2 Der Landtag Steiermark ersucht den zuständigen Landesrat einen „Runden Tisch - Schi- und Wandergebiet Präbichl-Polster“ unter Teilnahme der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Region Leoben-Eisenerz und der jeweiligen Tourismusverantwortlichen einzuberufen mit dem Ziel, einen touristischen Gesamtplan für die Region zu erarbeiten.

Ich bitte wirklich um Annahme. Danke. *(Beifall bei der KPÖ – 12.03 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Stefan Hofer, bitte schön.

LTAbg. Mag. (FH) Hofer - SPÖ (12.03 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Landesräte, liebe Schülerinnen und Schüler, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Das Thema „Erhalt des Polsterliftes“ am Präbichl wird ja schon sehr lange diskutiert. Diverse Tageszeitungen haben schon darüber berichtet und sogar ein Bürgerkomitee, wir haben es heute bereits gehört, wurde dafür ins Leben gerufen. Schließlich hat sich auch der Wirtschaftsausschuss des Landtages mit dieser Thematik befasst und eine diesbezügliche Stellungnahme der Landesregierung wurde eingefordert. Diese liegt nun vor und grundsätzlich, glaube ich, kann man sagen, dass sich das Land Steiermark zu den steirischen Schigebieten bekennt. Keine Sorge, ich mache jetzt nicht so eine Landschaftsbeschreibung, wie der Herr Abgeordnete Triller, das war ja fast schon Sepp Forcher bei „Klingendes Österreich“, würde ich meinen. Aber ich glaube schon, dass unsere steirischen Schigebiete einen großen Beitrag zum Wohle des Sports leisten, zum Wohle des Tourismus, der Gesundheit, der Kinder und Familien und auch natürlich für die Gemeinden und für die Regionalentwicklung. Und daher fördert auch das Land Steiermark – anders, als der Kollege Murgg gemeint hat – nicht nur Schladming und den Kulm, sondern vor allem auch im

Rahmen einer Qualitätsoffensive gerade auch kleine und mittlere Schigebiete. Bezüglich des Erhalts des Polsterliftes sind aber schon einige Feststellungen zu sagen. Diese sind auch in der Stellungnahme der Landesregierung ersichtlich und auch heute möchte ich das noch einmal besonders betonen. Die Präbichl Bergbahnen, wo sich der Polsterlift befindet, gehören mehrheitlich, also zu 75 %, der Gemeinde Vordernberg. Das Land Steiermark kann daher den Erhalt des Polsterliftes nur unterstützen, und zwar durch Gewährung einer Förderung. Aber ein Förderansuchen liegt trotz mehrfacher Gespräche leider noch nicht vor. Der Erhalt des Einser-Sesselliftes auf die Polsterspitze würde rund zwei Millionen Euro mindestens betragen und eine Investition in dieser Höhe ist für die Präbichl-Bergbahnen, das muss man auch klar und deutlich sagen, nicht finanzierbar und auch wirtschaftlich nicht darstellbar. Und auch die Geschäftsführer der Bergbahnen werden in der Kleinen Zeitung vom 16. Februar 2016 folgendermaßen zitiert: „Wir haben im vergangenen Sommer insgesamt 5.500 Personen mit dem Lift befördert, also durchschnittlich 100 bis 120 am Tag, und das, obwohl das ein guter Sommer war. Und auch der Winter fiel nicht viel besser aus. Daher wird der Fokus auf das Kerngeschäft gelegt und der liegt, laut Aussage der Geschäftsführung, nicht beim Polsterlift. Ein Betriebs- und Finanzierungskonzept liegt auch noch immer nicht vor und vielmehr denkt man seitens der Geschäftsführung an ein Alternativkonzept, das bereits mit rund 200.000 machbar wäre“. Nämlich, man denkt daran, den Polster-Quattro-Lift für den Sommerbetrieb auszubauen. Dadurch verbunden auch das Sommerangebot am Präbichl auszubauen, einen attraktiven Weg auf den Polstergipfel zu schaffen und damit auch die Polsterrinne für Schifahrer benutzbar zu lassen. Also, eine sinnvolle Alternative, wie ich meine, für alle Beteiligten. Und dadurch wird auch, weil diese Alternative wird ja auch vom Land Steiermark unterstützt, wieder spürbar, dass andere, sprich die Opposition in diesem Haus, nur reden, die Steiermärkische Landesregierung – und hier vor allem Landeshauptmannstellvertreter Michael Schickhofer und der zuständige Landesrat Christian Buchmann – aktiv handeln und das ist spürbare Politik, meiner Meinung nach. Danke fürs Zuhören. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.07 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Lambert Schönleitner. Bitteschön, Lambert.

LTAbg. Schönleitner – Grüne (12.08 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist ja ein bisschen nostalgisch, wenn man die Debatte verfolgt, weil ein Einser-Sessellift, die Betonung liegt so stark auf dem Einser-Sessellift, das verstehe ich schon, weil es emotional etwas auslöst. Ich glaube, es werden wahrscheinlich manche nicht unglücklich, wenn es ein Zweier wird oder vielleicht gar etwas Anderes, es ist eben auch eine gefühlsmäßige Debatte. Aber warum ich mich noch einmal gemeldet habe: Natürlich ist es klar, aus meiner Sicht muss man auch etwas tun, um das Schigebiet Präbichl abzusichern, und das können nicht immer nur kurzfristige Dinge sein, dass man sagt: „Wieder eine Finanzierung, eine Abgangsfinanzierung über die nächsten zwei Jahre drüber, sonst wird es nicht gelingen.“ Aber, Herr Tourismuslandesrat, gehen tut es um etwas Anderes und ich glaube, das muss man schon noch einmal, wenn man über so ein Einzelprojekt redet, in den Fokus rücken, das ist die fehlende Strategie der Steiermark, die fehlende Klimawandelstrategie im Schitourismus. Die wird uns beschäftigen. Es hat auf Betreiben der Grünen, ich glaube, das war schon irgendwann nach 2000, vielleicht war es 2006/2007, schätze ich, müsste ich nachschauen, das Bestreben gegeben, eine Studie zu machen, Joanneum Research hat dann eine Studie vorgelegt, wie es in Zukunft aussieht mit Schneesicherheit, mit dem, was man eigentlich braucht an Steuerungsmechanismen in der Politik, um noch sagen zu können, hier macht es Sinn, etwas zu machen und woanders nicht. Ich bin auch ganz klar der Meinung, dass wir viele wertvolle steirische Schigebiete haben, auch kleinere, die auch von der Schneelage so sicher sind, dass es gut ist, dort zu investieren. Wir haben sehr oft in der Höhenlage speziell die kleineren, aber ich glaube, man muss ehrlich jedes Projekt beurteilen, weil es macht keinen Sinn wahrscheinlich, wenn man suggeriert, man könnte überall und an jedem Standort Schitourismus, natürlich mit massiver Beschneigung, mit massivem Energieverbrauch, natürlich auch Wasserverbrauch, und vor allem mit einer massiven Subvention noch aufrecht erhalten. Da gibt es irgendwo Grenzen und da geht es dann genau darum, jenen Regionen auch so viel Ehrlichkeit politisch gegenüberzubringen, dass man sagt, wir wollen mit euch etwas Anderes entwickeln. Der Sommertourismus, z.B., wenn das dort jetzt so sein sollte am Präbichl, ist sicher auch etwas, was man mitdenken muss. Die Frage ist halt immer die, wenn etwas abmontiert wird, was kommt danach? Und ich glaube, das ist die Debatte bei vielen Schigebieten derzeit, dass eben nicht klar ist, was verfolgt die Landesregierung an Strategie, um diese Gebiete abzusichern? Sie haben vielfach Sinn, speziell auch für Schulen im quasi touristischen Nahversorgungsbereich, etwas in der Nähe zu haben, was brauchbar ist, aber es braucht ein langfristiges Konzept, eine langfristige Finanzierung, und das wird auch nur funktionieren

können, wenn man irgendwelche Größen festlegt, wo man sagt, hier ist es wichtig, da macht es einen Sinn, aber in einem anderen Fall ist es nicht mehr sinnvoll, in Richtung des Schitourismus zu gehen. Wir haben jetzt wieder eine Debatte in Graz rennen, ich glaube, es ist ohnehin im Gemeinderat einmal ein Thema gewesen, aber zumindest beschäftigt sich offenbar die Holding auch damit, am Schöckl oben den Schitourismus zu attraktivieren über Beschneiungsanlagen, das muss man sich im Detail alles anschauen. Ist es sinnvoll oder ist es nicht sinnvoll? Und darum werden wir viele Debatten hier herinnen noch führen über Einzelschigebiete, wenn wir nicht irgendwann entscheiden, was ist sinnvoll und was ist nicht sinnvoll. Bei den großen Schigebieten ist natürlich auch hinzuschauen, wie es mit den Investitionen aussieht, ob es sinnvoll ist, so stark hinein zu investieren in Zukunft genau in den Schitourismus, jetzt rede ich von den ganz großen Schigebieten, oder ob es dort nicht auch an der Zeit wäre und ein Einsparungspotential vorhanden wäre, um z.B. das Ganze, sei es in Holdingform, aber jedenfalls stärker gemeinsam, vielleicht mit gemeinsamen Geschäftsführungen zu organisieren. Das hat keinen Sinn, glaube ich, wenn es in der Dachstein-Tauern-Region langfristig die Planaibahnen gibt, dann gibt es die Hauser Kaibling GmbH, die wieder in zwei Gesellschaften geteilt ist, ich glaube, da wäre auch noch etwas drinnen an Einsparungspotential, was die Qualität in keiner Weise mindern würde. Ich würde mir wünschen, dass Sie vielleicht ganz kurz, Herr Landesrat, auch noch sagen, was ist die Strategie jetzt wirklich für die kleinen Schigebiete? Wo geht das Land Steiermark da hin und was machen wir vor allem, um den Klimawandel in die Strategie, in die touristische des Landes, einzubauen? Danke. *(Beifall bei den Grünen – 12.12 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Anton Lang. Bitteschön.

LTAbg. Anton Lang – SPÖ (12.12 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf vielleicht so beginnen, geschätzter Kollege Dr. Murgg, lieber Kollege Marco Triller, ich kann euch versichern, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Region Leoben-Eisenerz brauchen nicht von der KPÖ und auch nicht von der FPÖ eine Aufforderung für einen Runden Tisch, damit sie miteinander sprechen oder dass sie Probleme lösen, weil in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass, wenn es notwendig ist, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in unserer Region an einem Strang ziehen und sich um regionale Probleme

kümmern. Dr. Murgg wird sich sicher noch erinnern, du lieber Marco warst damals noch nicht in der Politik, wie es überhaupt um das Schigebiet Präbichl gegangen ist, wo damals es an des Messer's Schneide gestanden ist, ob es dieses Schigebiet überhaupt in Zukunft noch geben wird und es hat damals einen großen Schulterchluss gegeben in unserer Region zwischen den Gemeinden, aber vor allem mit dem Land Steiermark und es ist viel Geld geflossen in unsere Region und Gott sei Dank, sage ich, haben wir dieses Schigebiet Präbichl erhalten können. Und da möchte ich gleich anknüpfen, weil du die Initiative in den Mund genommen hast. Hut ab, es ist eine tolle Leistung hier so viele Unterschriften zu gewinnen, aber die Vorwürfe, die von dieser Initiative kommen, die muss man schon zurückweisen. Nämlich, dass hier von Seiten der Politik, von den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, von den regionalen Abgeordneten, aber vor allem von der Landesregierung, dass hier nichts passiert, das stimmt schlichtweg nicht. Und wenn es auch keine Konzepte gibt, dann stimmt das auch nicht, denn gerade das Schigebiet Präbichl ist nämlich im regionalen Leitbild verankert. Das kann man ruhig nachlesen, es ist im Leader-Leitbild verankert. Also, das stimmt so nicht. Und jetzt weiß ich, dass es Gespräche gegeben hat mit der Landesregierung, mit Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer, mit Landesrat Dr. Buchmann, die hat es gegeben. Nur eines muss man hier ganz klar sagen, es wird hier immer von einem, ich glaube, der Kollege Murgg hat das gesagt, Schi- und Wandergebiet gesprochen. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, wer von euch die Polsterrinne jetzt wirklich kennt und wer schon einmal da oben gestanden ist. Ich schließe mich beim Dr. Murgg an, ich traue mich da nicht hinunter zu fahren. Das ist nicht das Schigebiet für normale Schifahrer. Darf ich das ehrlich sagen? Das ist das Schigebiet für Spezialisten, da muss man wirklich gut Schi fahren können und der Massentourismus wird nicht durch das angezogen. Das muss man klar aussprechen. Es handelt sich um eine einmalige Möglichkeit, hier toll Schi zu fahren, wer es kann, darf ich sagen; unpräparierte Pisten, ich weiß nicht, wer das alles gewohnt ist, muss man auch einmal da sagen, und eine Steilheit, die seinesgleichen, glaube ich, sucht in der Steiermark, wenn man das Gelände kennt. Das gehört einmal ausgesprochen. Jetzt komme ich zu dem, was eigentlich das Hauptproblem ist, nämlich das ist das Finanzielle. Und ich habe mich da sehr intensiv mit dem Herrn Bürgermeister Hubner auseinandergesetzt und er hat mir das auch erklärt und ich habe ihn auch gebeten, mir das wirklich so zu sagen, wie es ausschaut mit den Finanzen. Man spricht da also von rund, ich sage es jetzt rund, zwei Millionen Euro. Dann wird immer wieder gefragt: „Ja, warum kostet das so viel?“ Weil es nicht einfach ist, diesen Einser-Sessellift, wie er heißt, und das ist jetzt gerade gesagt worden

vom Kollegen Schönleitner, die Betonung liegt auf Einser-Sessellift, das ist fast etwas Einmaliges, wahrscheinlich, dass es das in so einem Schigebiet noch gibt, den so zu sanieren. Es gibt da noch andere Gefahren, es wird gerade die Gefahrenzone evaluiert und da wird sich herausstellen, wie es aussieht, dass also vieles noch problematischer wird und das kostet sehr viel Geld. Und jetzt kommt es: Wenn man von zwei Millionen Euro spricht, dann ist hier ganz klar die Aussage von Bürgermeister Hubner bzw. von der Geschäftsführung, die können sich nicht eine Million leisten, die können sich nicht 500.000 leisten, die können sich gar nichts leisten. Das heißt, die Steiermärkische Landesregierung steht vor der Entscheidung, hier das gesamte Projekt zu fördern oder gar nicht. Die haben kein Geld für das. Weil wie bekannt ist, sind hier insgesamt immer wieder jährliche Investitionen zu tätigen bei den Präbichl-Bergbahnen und auch dort braucht man finanzielle Hilfe. Also das ist eigentlich das Übel an der ganzen Sache und glauben Sie mir, als regionaler Abgeordneter tut es mir genauso leid, wenn dieser sogenannte „Einser-Sessellift“ verschwindet, das tut mir leid, nur jetzt muss ich einmal die Kolleginnen und Kollegen der FPÖ und der KPÖ fragen, ist es das wert, dass man zwei Millionen in die Hand nimmt? Die Geschäftsführung sagt, wenn das Geld wirklich fließen sollte, dann wäre es ihnen viel lieber, sie könnten es für die bestehenden Schiliftnanlagen, für die Infrastruktur, verwenden, weil dort ist auch wieder einiges an Geld aufzuwenden für die Zukunft. Und dann noch etwas, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden wahrscheinlich in der nächsten Zeit und das ist angedeutet worden vom Kollegen Schönleitner, glaube ich, das Problem haben, dass wir dort ohne Beschneigung überhaupt nicht mehr auskommen werden. Da gibt es Untersuchungen, dass auch der Präbichl da mit einbezogen ist, dass man dort nicht mehr diesen wunderbaren Naturschnee haben wird in den nächsten Jahren. Das heißt, wir brauchen dann auch eine Beschneigungsanlage. Das geht aber auf dieser Seite der Polsterrinne gar nicht. Das wisst Ihr alle, dass man das dort nicht installieren kann. Also unter diesem Aspekt muss man sich einmal im Klaren sein, nehmen wir zwei Millionen Euro in die Hand. Dann noch ein Wort zu den Gemeinden und als Finanzreferent der Stadt Leoben und auch nach Rücksprache mit der Stadtgemeinde Trofaiach kann ich sagen, also in diesem Fall hier Geld in die Hand zu nehmen für dieses Investment von zwei Millionen für den Einser-Sessellift, das wird in den Städten nicht einfach zu beschließen sein. Das muss ich hier ganz klar sagen. Und da möchte ich noch abschließend etwas sagen, ich glaube, wir sollten in unserer Region, lieber Kollege Dr. Murgg und lieber Marco, wir haben auch andere Projekte, wo wir Geld brauchen und wir haben bewiesen, ich denke ganz klar jetzt nur an das Nordische Ausbildungszentrum mit allem Drum und Dran,

wo wir gesagt haben, das ist ein regionales Leitbildprojekt, das brauchen wir und da haben wir auch entsprechend agiert und die Unterstützung des Landes bekommen. Oder das Zentrum am Berg. Wenn uns vorgeworfen wird, es gibt hier keine Konzepte, ich darf daran erinnern, was glauben Sie, was ganz am Anfang beim Zentrum am Berg, wie das begonnen hat, was da am Anfang gestanden ist? Das war ein Leaderprojekt der steirischen Eisenstraße, das mit am Start dazu geführt hat, dass dieses Zentrum am Berg überhaupt weiterentwickelt wurde, in Zusammenarbeit mit dem Institut vom Herrn Prof. Galler von der Montanuniversität Leoben. Also diese Vorwürfe, die sind nicht in Ordnung, dass die Politik für die Region nichts tut, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister tun das sehr wohl. Und ich ersuche auch um Verständnis, wenn es also hier nicht gelingt, dieses Investment von zwei Millionen aufzutreiben. Danke. *(Beifall bei der SPÖ – 12.19 Uhr)*

Präsidentin Khom: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Christian Buchmann.

Landesrat Dr. Buchmann – ÖVP (12.19 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, lieber Kollege Schickhofer, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin mehrfach angesprochen worden, daher möchte ich mich zu diesem Themenbereich auch nicht verschweigen. Erstens eine persönliche Vorbemerkung, ich glaube, ich habe es einmal schon im Hohen Haus gesagt, manche von Ihnen wissen, dass ich in meinen Jugendjahren Schi gefahren bin, auch leistungsmäßig Schi gefahren bin und ich kenne daher sehr, sehr viele Schigebiete; auch die kleineren Schigebiete, auch in peripheren Lagen. Für mich war es immer ein ganz besonderes Erlebnis, den Polster – und der Abgeordnete Anton Lang hat das sehr plakativ beschrieben – auch dort zu fahren. Ich habe einen ganz besonderen sentimental Bezug auch, weil das nicht nur landschaftlich toll ist, weil das eine ganz besondere Strecke ist und weil es einfach Spaß macht, in dieser Umgebung sich in der freien Natur zu bewegen. Daher hat sich niemand von uns eine solche Entscheidung, die ja in letzter Konsequenz nur die örtlich Verantwortlichen treffen können, leicht gemacht. Ich möchte das nur als persönliche Vorbemerkung sagen, damit Sie spüren, hier ist auch ein emotionaler Bezug dabei. Es hat aber aus meiner Sicht der Abgeordnete Anton Lang sehr richtig und sehr offen gesagt, dass das ein Projekt ist, das wünschenswert ist; aber nicht alles, was wünschenswert ist, ist auch in Zeiten knapper öffentlicher Ressourcen – und das betrifft die Gemeinden und es betrifft unseren Landeshaushalt und dann eben einen Schiliftbetreiber, der mehrheitlich im öffentlichen Eigentum ist, 25 %, glaube ich, sind bei einer Privatstiftung, was

die Gesellschaftsanteile betrifft – umsetzbar. Kollege Michael Schickhofer und ich waren gestern auch in Eisenerz. Das war, glaube ich, eine Mutinjektion für die Region, dass dieses Erzberg-Alpinressort eröffnet worden ist in einer ehemaligen Bergarbeitersiedlung, quasi neues Leben eingehaucht worden ist nach der Bergbaunutzung, nach den Bewohnern, die ursprünglich mit dem Bergbau verbunden waren, dort jetzt eine touristische Nutzung Eingang findet, und am Rande dieser Eröffnung dieses Ressorts haben wir auch noch einmal mit den Verantwortlichen gesprochen, auch mit dem Bürgermeister Hubner in seiner Aufgabe als Geschäftsführer der Bergbahnen und die sehen, glaube ich, alle sehr realistisch diese Einschätzung. Es möchte jeder haben, nur, ganz offen gesagt, und ich bin auch als Wirtschaftsreferent angesprochen worden, nicht nur als Tourismusreferent, den Business-Case gibt es nicht. Wir müssten dort ganz hohe Investitionen vornehmen, und wenn wir die ganz hohen Investitionen vornehmen, ist immer noch die Frage offen, ob man nicht im Betrieb dann eine Betriebsabgangsdeckung bis zu einem gewissen Grad herbeiführen muss. Und das wird schwierig für den zuständigen Gemeindereferenten und es ist schwierig im Rahmen der Programme, die wir im Tourismus haben, Sie wissen, dass das Tourismusbudget ein bescheidenes ist und in etwa ein Viertel dessen ausmacht, was wir bei Tagesordnungspunkt 1, nämlich beim Kulturbudget besprochen haben. So gesehen müssen die Mittel, die wir aus diesem Bereich investieren, zweckgerichtet und zukunftsorientiert eingesetzt werden. Daher, aus meiner Sicht, so schwer es fällt, wird wahrscheinlich aus Sicht der Eigentümerstruktur der Akzent etwas anders gesetzt werden müssen und wird wahrscheinlich der Polster, so wünschenswert er auch ist, wahrscheinlich nicht zu halten sein. Die Entscheidung liegt sowieso dort in der Region, wir haben signalisiert, dass wir vom Tourismus her einen kleinen Beitrag leisten können. Selbst wenn das Gemeinderessort einen Beitrag leistet, ist immer noch ein Delta da, das schwer zu überbrücken ist. Aber das wird der Gemeindereferent selbst sagen. Es hat der Abgeordnete Schönleitner richtiger Weise angesprochen, dass wir in geänderten klimatischen Rahmenbedingungen Entscheidungen treffen müssen, wir nehmen das sehr ernst im Tourismusressort, wir schauen uns das sehr, sehr genau an. In letzter Konsequenz sind es sehr oft betriebswirtschaftliche Entscheidungen, die zu treffen sind, das sind nicht die Entscheidungen des Tourismusressorts. Wir haben für die Schi-WM und für die Snowboard-WM sowohl was die Region Murau betrifft wie auch was das Ennstal betrifft, Entscheidungen von Landes Seite her getroffen und für die kleineren und mittelgroßen Schigebiete auch eine entsprechende Förderaktion aufgelegt, das gilt auch für die Loipenpflege. Das setzt aber immer voraus, dass dort neben den Investitionen die

Betriebsmittel vorhanden sind, um solche Projekte nachhaltig zu betreiben – unabhängig davon, ob es jetzt viel Schnee gibt oder wenig Schnee gibt. Was die Zukunft betrifft, gibt es eine klare Strategie aus meiner Sicht, wir brauchen die einen, und wir brauchen die anderen, aber: Wir müssen uns sehr genau anschauen, wo eben ein Business-Case dahinter steht, wo es tatsächlich dann auf Dauer betreibbar ist. Denn eines geht nicht, und so offen und so ehrlich müssen wir sein, dass wir 100 % der Investitionskosten seitens des Landes tragen, und auf das läuft es ja hinaus; ist ja egal, welcher politische Referent diese Mittel aufbringt, es ist Landesbudget; und auf der anderen Seite dann, wenn die Investitionen abgedeckt sind, wir dann noch draufkommen, dass aber leider der Betriebsabgang auch noch da ist, der zu decken wäre, und das jährlich. Das funktioniert leider in Zeiten wie diesen nicht und daher bitte ich da auch um einen Beitrag zur Wahrhaftigkeit. Weil der Abgeordnete Schönleitner die großen Schigebiete angesprochen hat. Ich nehme an, Sie haben die im Ennstal gemeint, was die Planai-Hochwurzen betrifft und den Hauser-Kaibling betrifft. Sie haben, glaube ich, durchblicken lassen, dass es eine Holding-Lösung etc. ein Thema ist; schau, für solche Dinge bin ich immer gesprächsbereit, ich sage nur dazu, man muss dort die Eigentümerstruktur sehen. Es sind ja nicht vom Land die „zig“ Gesellschaften gegründet worden am Hauser Kaibling, sondern weil das dort auch mit Eigentumsverhältnissen zu tun hat, wo wir nicht alleine entscheiden können, sondern wo wir die Partner brauchen, die in einem solchen Geflecht auch eine ähnliche Sicht der Dinge haben. Dort gibt es Gespräche, dort wird es in den kommenden Monaten auch immer wieder weitere Gespräche geben. Ich habe deutlich gemacht bei den großen Schigebieten, wenn sie Investitionen vorhaben, dann müssen diese Investitionen aus dem Cash-Flow heraus entsprechend finanzierbar sein. Das Land Steiermark wird aus seinen Möglichkeiten, aus dem Tourismusressort heraus, keine dieser Investitionen in den nächsten Jahren unterstützen können. Das müssen erwirtschaftete Erträge sein, die dann reinvestiert werden, um den Auftrag einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft touristischer Natur in den Regionen zu erfüllen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.26 Uhr)*

Präsidentin Khom: Abschließend zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Mag. Michael Schickhofer. Bitteschön.

Landeshauptmannstellvertreter Mag. Schickhofer – SPÖ (12.27 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, lieber Christian, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Sie wissen, dass ich mit voller Leidenschaft für die steirischen Regionen arbeite und dass ich mit voller Leidenschaft für die Entwicklung der steirischen Eisenstraße einstehe, nicht nur als Botschafter der steirischen Eisenstraße, sondern weil ich davon überzeugt bin, dass diese steirische Eisenstraße, die Obersteiermark-Ost, ein enormes Entwicklungspotential hat, das traditionelle Rückgrat der Steiermark in der industriellen Entwicklung ist. Ich war gestern erst in der VOEST, wo massivste Investitionen getätigt werden, dieser Standort ist abgesichert von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird Hervorragendes geleistet, wir investieren weit über zehn Millionen Euro ins Zentrum am Berg in Eisenerz, d.h. vor zehn Jahren hat da mancher noch über das Zusperrern geredet, jetzt entsteht hier das modernste Forschungszentrum Mitteleuropas. Also, wir sind in einer absoluten Topposition in Eisenerz, wir investieren in den ganzen nordischen Sport, in das Schispringen ganz massiv am Standort, in die Erzbergarena, die diese Gesamtregion touristisch massiv befruchtet, und wir waren eben gestern in der Münichtal-Siedlung und da möchte ich gleich auf die Relationen eingehen, weil wir sind ja zuständig für das Geld der Steirerinnen und Steirer und müssen in Summe gescheit wirtschaften und nachdem das Geld nicht unbegrenzt ist, muss man eben auch Prioritäten setzen. Wir haben gesagt, ganz entscheidend für die touristische Entwicklung und Standortentwicklung dieser Region ist, dass wir optimale Gästebetten schaffen, und in der Münichtal-Siedlung ist es gelungen, mit tollen privaten Investoren, 300 Gästebetten in dieser Region zusätzlich zu schaffen. Dort, wo die Bergarbeiterinnen und Bergarbeiter gewohnt haben, gibt es jetzt in einer tollen Qualität touristische Nutzung. Diese Gesamtanlage wird auf über 1.000 Betten ausgebaut werden und für diese Initiative stelle ich als Gemeindereferent über eine Million Euro zur Verfügung, damit dieser Rahmen als Impuls möglich ist. Also über 300 Betten mit Entwicklungspotential für über 1.000 Betten, damit der Präbichl optimal ausgelastet ist. Und das ist aus meiner Sicht die richtige Prioritätensetzung. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Und selbstverständlich habe ich das von ganz vielen, sowie vom Christian auch, gehört, welche emotionale Bindung bei diesem Polsterlift vorhanden ist, weil das eben die ganze Lebensgeschichte vieler in Vordernberg, in der ganzen Region mitgeprägt hat. Aber ich kann als Politiker nicht nur aus dem Bauch heraus entscheiden, ich muss mir natürlich auch die finanzielle Gesamtlage anschauen. Und wir haben sehr intensive Gespräche mit den Eigentümern vor Ort geführt, mit den Geschäftsführern, weil die natürlich die Hauptansprechpartner sind. Ich kann ja nicht auf Grund, der mir nicht gehört, Entwicklungen setzen oder etwas vorgeben und auch finanzieren. Ich muss das mit den Eigentümerinnen und Eigentümern besprechen. Und da ist leider die klare Aussage, die finanzielle Situation

ermöglicht es uns nicht, hier diese Investition zu stemmen, selbst wenn ihr massiv unterstützt. Christian Buchmann hat gesagt: „Aus dem Tourismusressort heraus 20 % kann er sich vorstellen“, ich habe gesagt, als Gemeindereferent 30 % da noch einmal zur Unterstützung zu geben, damit wir in Summe eine Million auch für dieses Projekt aufstellen können, dazu wären wir bereit. Aber da fehlt noch immer eine Million, die aus dem Betrieb heraus, weil nur 5.000 NutzerInnen pro Jahr, nicht zu stemmen ist. Und ich muss dann in der Verantwortung für alle steirischen Gemeinden und für alle steirischen Regionen sagen können: Gut! Welche Prioritäten setzen wir, dass wir den Tourismusstandort stärken? Und die Erzbergarena, die Münichtal-Siedlung, das Zentrum am Berg sind da sicher die richtigen Prioritäten, aber auch beim Präbichl war es natürlich so, dass wir uns mit den Geschäftsführern ganz intensiv den Kopf zerbrochen haben, wie kann man den Präbichl an sich stärken? Und da ist ganz klar heraus gekommen, auch von der Geschäftsführung, von den Eigentümern, dass die Adaptierung des Polster-Quattro für den Sommerbetrieb natürlich ein finanzierbarer und sehr wichtiger Impuls ist. Und ich habe als Gemeindereferent gesagt, weil die 75 % kann die Gemeinde Vordernberg nicht aufbringen: Ja, da sind wir bereit mit 149.000 Euro zu unterstützen, damit diese Zukunftsinvestition am Präbichl möglich ist. Da ist wieder im Sinne von „gescheit wirtschaften“ das Geld auch gut eingesetzt, weil wir damit die NutzerInnenzahl massiv heben werden und diese Destination, halt in anderer Form, kostengünstiger, aber sehr attraktiv gestalten wird. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und daher kann ich das Angebot nicht annehmen, gemeinsam werden wir nicht auf der Pole-Position sein, weil eine gemeinsame Kandidatur mit der FPÖ wird es nicht spielen, dafür ist die Sozialdemokratie absolut klar *(LTAbg. Kunasek: „Wir wollen die Wahl ja gewinnen!“)* auf Linie, das haben wir angesprochen, weil er gesagt hat, er möchte gerne mit mir gemeinsam am Siegerpodest stehen. Das werden wir schwer schaffen, denn da liegen wir inhaltlich wirklich zu weit in so vielen Themen auseinander. Wenn wir uns gemeinsam für die Regionen einsetzen, dann ist das absolut okay, durch unser Engagement, und das gescheite Investieren und das verantwortungsvolle Investieren und das vernünftige Umgehen mit dem Geld der Steirerinnen und Steirer, ja das zeichnet die steirische Sozialdemokratie, das zeichnet diese Koalition aus und daher werden wir gemeinsam so auf die Pole-Position kommen. Danke. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 12.33 Uhr)*

Präsidentin Khom: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 333/5 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ mit der Einl.Zahl 333/6 betreffend „Erhalt des Einser-Sesselliftes am Polster“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der KPÖ, der Freiheitlichen und der Grünen gegen die Stimmen von SPÖ und ÖVP nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

5. Bericht des Ausschusses für Gesundheit über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 443/1, betreffend Gesetz, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz 2012 geändert wird (2. StKAG-Novelle).

Zu Wort gemeldet ist Frau Dipl.-Ing. Hedwig Staller. Bitteschön.

Dipl.-Ing. Staller – FPÖ (12.34 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, werte Kollegen in den Reihen der Abgeordneten, meine Damen und Herren!

Heute wird im Landtag Steiermark ein Gesetz beschlossen, mit dem ein bestehendes Gesetz geändert wird – zum zweiten Mal, im Übrigen. Klingt eigentlich eher langweilig, sollte es aber nicht sein. Bestehende Gesetze anzupassen, zu novellieren, inhaltlich zu durchforsten, auf neue, vielleicht früher nicht vorhersehbare ... *(Präsidentin Khom: „Entschuldigung, bitte die Gespräche am Rande etwas leiser gestalten. Dankeschön! Bitteschön, Frau Kollegin!“)*

Ich wiederhole den letzten Satz: Bestehende Gesetze anzupassen, zu novellieren, inhaltlich zu durchforsten, auf neue, vielleicht früher noch nicht absehbare Entwicklungen einzugehen ist wichtig und bedeutet eine Chance auf Verbesserung. Es ist schade, wenn solche Chancen ungenützt bleiben – wie im Fall des Steiermärkischen Krankenanstaltengesetzes 2012, um das es hier geht. Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, versäumen es leider im Sinne unserer steirischen Landsleute sinnvolle Verbesserungen in das Gesetz einzubringen. *(Beifall bei der FPÖ)* Worum geht es konkret? Kommen wir zuerst zu zwei der

Änderungen, die beschlossen werden. Erstens: Bei Verlegen eines Krankenhauses oder einer Abteilung eines Krankenhauses innerhalb eines Einzugsgebietes sprach der alte Gesetzestext davon, dass von einer neuerlichen Bedarfsprüfung abgesehen werden kann. Na bravo. Wenn wir keinen Bedarf prüfen müssen, tun wir es lieber nicht. Es wird ohnehin passen. Finden Sie auch, dass das ein merkwürdiger Passus ist? Definitiv verbesserungswürdig, finde ich. Der neue, geänderte Passus, wird heißen: „Von einer neuerlichen Bedarfsprüfung ist abzusehen.“ Wie bitte? Aus einer Kann-Bestimmung wird ein Verbot? Man darf jetzt gar nicht mehr prüfen, ob es z.B. an einem Krankenhaus Voitsberg, das im gleichen Einzugsgebiet wie ein Krankenhaus Deutschlandsberg liegt, etwaigen Bedarf gibt? Ob und wie gut es frequentiert ist? Man verlegt die Abteilung von Voitsberg nach Deutschlandsberg und darf gar nicht prüfen, ob das Sinn macht? Was ist denn das für ein Unsinn? Sollte denn nicht vielmehr im Gesetz stehen, dass eine Bedarfsprüfung vor jeder signifikanten Ortsverlegung einer Abteilung oder einer ganzen Anstalt jedenfalls durchzuführen ist? Meine Damen und Herren, die Änderung dieser Gesetzespassage von einer Kann-Bestimmung in eine Darf-nicht-mehr-Bestimmung ist nicht nur dumm, sie ist entlarvend. (*Beifall bei der FPÖ*) Mir ist schon klar, welche Intention da dahinter steht. Man will sich bei der künftigen Reformierung unserer Spitäler nicht nur nicht in die Karten schauen lassen und alles möglichst schwammig halten, nein, wenn es dann soweit ist, will man sich bequem auf das Gesetz berufen können, das eine genaue Bedarfsüberprüfung gar nicht mehr vorsieht, ja, sogar verbietet.

Zweitens: Mit in das Gesetz übernommen werden soll nun auch das Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz, mit dem unter anderem die Bekämpfung des Sozialbetrugs im Bereich des E-Card-Missbrauchs in Angriff genommen wird. In diesem Bereich gäbe es viele gute Ideen und Ansätze. Was fällt unserer Bundesregierung dazu ein? Krankenanstalten müssen eine Überprüfung der Identität des Patienten vornehmen. Ärzte müssen diese Überprüfung nur dann vornehmen, wenn ihnen der Patient nicht persönlich bekannt ist. Die Identitätsfeststellung soll mittels Ausweiskontrolle erfolgen. Bemühen wir wieder einmal die Praxis. Meine 15-jährige Nichte ist bei mir zu Besuch. Sie überknöchelt beim Ballspielen, kann nicht mehr auftreten und wird von mir ins Krankenhaus gebracht. Die E-Card hat sie glücklicher Weise im Geldbörstel. Aber den Ausweis? Oder noch plakativer. Werden Verletzte bei einem Verkehrsunfall nur dann von den Rettungskräften ins Spital gebracht, wenn sie sich vorher ausweisen können? Das ist natürlich überzeichnet. Ein verantwortungsvoll handelnder Arzt würde niemals einen Akutpatienten abweisen, egal, ob er ihn kennt oder nicht, ob er eine E-Card dabei hat oder nicht, ob er einen Ausweis hat oder nicht, (*Landesrat Mag. Drexler:*

„Man darf es gar nicht! Das ist unterlassene Hilfeleistung. Lesen Sie die Bestimmungen!“) ob diese fünf Jahre abgelaufen sind. Dann macht er sich aber eines Verstoßes gegen das Sozialbetrugsbekämpfungsgesetzes schuldig. (*Landesrat Mag. Drexler: „Nein, mit Sicherheit nicht, lesen Sie die Bestimmungen!“*) Aber es ist symptomatisch dafür, dass es sich die Politik hier wieder einmal leicht macht. Verantwortung abschieben, andere sollen das Problem lösen, das man selbst nicht lösen kann oder will. Die Ärzte bzw. Krankenanstalten mit ihren schon jetzt überbordenden bürokratischen Verpflichtungen bekommen nun auch noch die Verantwortung für den E-Card-Missbrauch aufgebürdet. Dadurch können sie sich noch weniger darauf konzentrieren, worauf es eigentlich ankommt: Die medizinische Versorgung kranker Menschen. Viel bedenklicher, als die vorgenommenen Änderungen sind jedoch jene, die gar nicht erst erfolgten. Es geht dabei um das Leistungsangebot in der Krankenversorgung für Asylanten, Asylwerber und hilfsbedürftige Fremde in Österreich. Dieses Leistungsangebot ist schon in der ursprünglichen Fassung des Gesetzes von 2012 jenen für sozialversicherungspflichtige Österreicher gleichgesetzt. Und genau dieser Punkt wird in der Novelle, die das alte Gesetz verbessern soll, nicht geändert, ja nicht einmal angesprochen oder angedacht. Man tut so, als wäre seit 2012 nichts passiert, als wären im Jahr 2015 keine 100.000 Flüchtlinge nach Österreich gekommen und hätten sich damit mehr oder weniger automatisch Zugang zu einem der noch, noch, besten Gesundheitssysteme der Welt verschafft. Bei allem Mitleid mit den Einzelschicksalen, es darf uns – als jene, die Verantwortung für alle Menschen in diesem Land tragen – nicht unseren Hausverstand umnebeln und uns zu unlogischen oder falschen Beschlüssen verleiten. Es ist unsere Pflicht, hier für Verhältnismäßigkeit zu sorgen. Die medizinische Grundversorgung ist für alle Menschen selbstverständlich sicherzustellen. (*Beifall bei der FPÖ*) Aber alles, was darüber hinausgeht, ist zu hinterfragen. Kann es sein, dass sich Flüchtlinge umfassende Zahnsanierungen oder Krampfadern-Operationen auf Kosten der österreichischen Steuerzahler leisten? Was sagt Ihr Hausverstand dazu? Sollen wir die gesetzliche Grundlage dafür schaffen, oder sie dulden, ohne das zu diskutieren und in Frage zu stellen?

Ich stelle folgenden Entschließungsantrag.

Der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ansuchen heranzutreten, sämtliche bundesgesetzlich geregelten Krankenversorgungsleistungen für Asylwerber, hilfsbedürftige Fremde und Asylberechtigte im Lichte der andauernden Asylkrise hinsichtlich potentieller Einsparungspotentiale zu evaluieren. Dankeschön. (*Beifall bei der FPÖ – 12.43 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Barbara Riener. Bitteschön.

LTAbg. Riener – ÖVP (12.43 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal und via Livestream!

Es ist schon spannend, wie die FPÖ ihre Politik anlegt. Ob sie Bezeichnungen verwendet, dass die Regierungsparteien dumm sind, z.B. auf Bundesebene gibt es dafür einen Ordnungsruf, aber gut. Aber ich möchte einmal mit dem Grundlegenden anfangen, damit sich die Zuhörerinnen und Zuhörer überhaupt auskennen, um was es geht bei dieser Gesetzesnovelle und ich möchte dann später auf das eingehen, was Kollegin Staller uns da vorgebracht hat. In dieser Novelle geht es darum, dass das Land Anpassungen, die der Bund bereits in Bundesgesetzen beschlossen hat, übernehmen muss. Das heißt, es ist immer so, dass wir in einem gewissen Zeitraum, wenn der Bund Gesetze beschließt, nachziehen müssen. Wer sich einmal die Zeit nimmt und da einmal reinschaut, weiß, wie viele Gesetze da in kurzen Zeiträumen auf Bundesebene beschlossen werden, teilweise durch die EU hervorgerufen, aber hauptsächlich eben der Bund, in diesem Fall bei den Gesundheitsthemen, und die Länder haben das zu vollziehen. Es ist natürlich dann auch sinnvoll zu schauen, was waren in der letzten Zeit alles für Gesetze, und da kann ich Ihnen jetzt erläutern: Es wurde in dieser Novelle, in dieser steirischen Krankenanstaltengesetznovelle, das Bundesgesetz, mit dem das Organtransplantationsgesetz erlassen wurde, das Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten, das Arzneimittelgesetz, das Gewerbesicherheitsgesetz und das Bundesgesetz über die Gesundheit Österreich GmbH berücksichtigt. Weiters wurde die Gesundheitsreform 2013 damit auch eingepackt und das EU-Patientenmobilitätsgesetz, das 2014 kundgemacht wurde. Gleichzeitig haben wir dann, obwohl wir schon verhandelt haben, erfahren, dass der Bund inzwischen auch eben dieses bereits angesprochene Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz und auch das Ärztegesetz novelliert hat. Das heißt, wir haben diese Bestimmungen auch noch mit berücksichtigt. Ein paar Informationen jetzt für Sie, sehr geehrte Damen und Herren, die zuhören, zuschauen, damit Sie wissen, welche Inhalte es insgesamt gibt, weil die FPÖ nimmt sich immer nur bestimmte Dinge heraus, um dann den Regierungsparteien sozusagen Botschaften mitzugeben. Wie gesagt, auf das komme ich dann später noch. Es geht hier um Klarstellungen, es geht hier um Transparenz. Es geht um die Klarstellung, z.B. dass Krankenanstalten auch die Bereitstellung von Organen zum Zweck der Transplantation als

Aufgabe haben. Es geht um Regelungen für Entnahmeeinheiten und Transplantationszentren. Es geht um Patientenrechte, dass die Patienten aktiv in einem Beteiligungsprozess mitwirken. Das ist auch immer etwas, was die Patientenombudsfrau bei uns im Land Steiermark auch hervorhebt, wie wichtig das ist, Patienten zu Beteiligten zu machen. Hier geht es um Befundbesprechung, hier geht es um den Entlassungsbrief, es geht um die Information. Es geht in weiterer Folge auch um vereinfachte Abläufe, wie z.B. Unterschriftsklauseln, weil vieles schon elektronisch und gut nachvollziehbar gemacht wird, nicht mehr zu zweit unterschrieben werden muss, sondern einer allein auch machen kann. Es geht um – ein wichtiger Punkt, den ich hervorstreichen möchte – Hausbesuchsmöglichkeiten in speziellen Bereichen, d.h. eine gesetzliche Grundlage dafür zu schaffen, was in der Praxis teilweise schon gemacht werden musste, weil wir haben z.B. eine Verschränkung zu den psychiatrischen Pflegeplätzen, wo unsere Krankenanstalt Süd-West mit Standort Süd, früher LSF, die Aufgabe hat, fachlich die psychiatrischen Pflegeplätze zu kontrollieren bzw. fachlich zu betreuen. Aber die Hausbesuche diesbezüglich waren nicht geregelt. Die kommen jetzt hinein. Zumal auch, ich glaube, dass das gar nicht so schlecht ist, in manchen Fällen auch notwendig ist, dass man z.B. nach Tumorbehandlungen nicht stundenlang in den Ambulanzen sitzen muss, sondern dass da vielleicht jemand hinausfährt. Oder auch im geriatrischen Bereich es durchaus Sinn macht, Hausbesuche durchzuführen. Um das aber auch zu kontrollieren und auch im Blick zu haben im Sinne von einer Evaluierung, müssen diese Hausbesuche der Landesregierung angezeigt werden, also insofern kann das nicht einfach irgendwie geschehen, sondern wir haben es gut im Blick. Was ist noch darin verpackt? Es geht darum, wie werden Krankengeschichten in Zukunft aufbewahrt, wenn es eine Krankenanstalt nicht mehr gibt? Es geht darum, Bestimmungen zur Verwendung und Offenlegung von Drittmitteln zu finden, es geht darum, z.B. auch die Implementierung, was ganz wichtig ist für effiziente Abläufe der partnerschaftlichen Zielsteuerung Gesundheit. Es geht darum, dass auch die Krankenanstalten mitwirken, wenn es österreichweite oder EU-weite Befragungen, Patientenbefragungen gibt. Also Sie sehen, es ist darin eine ganze Palette verpackt, was es zu regeln gilt.

Und jetzt zu dir, liebe Hedwig Staller. Also ich denke, wenn du jetzt da deine Ausführungen getätigt hast und sagst, das ist nicht nur dumm, sondern entlarvend, dann kann ich antworten, bitte sinnerfassend lesen. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – LTAvg. Dipl.-Ing. Staller: „Bitte sinnerfassend zuhören!“*) Sinnerfassend lesen im Sinne von Bedarfsprüfung. Weil es ist ein wesentlicher Punkt, den du nicht herausgearbeitet hast, jetzt kann ich es sagen, vielleicht

bewusst, aus politischem Kalkül, oder vielleicht eben nicht erkannt, was der wesentliche Punkt ist. Bei der Bedarfsprüfung geht es darum, dass, wenn es eine Bedarfsprüfung gibt für ein Einzugsgebiet, und das sage ich jetzt ganz bewusst, wir haben das im Unterausschuss besprochen, es wurde aufgeklärt, und du stellst dich hier hin und sagst das, als ob du nie davon gehört hättest. Es wurde eindeutig darauf geantwortet. Es geht um ein Einzugsgebiet, wo es bereits eine Bedarfsprüfung gibt und sollte dort eine Standortveränderung sein, was den Bedarf nicht verändert, kann davon abgesehen werden noch einmal zu überprüfen. Das ist nämlich Effizienz, das ist verantwortungsvolle Politik und dafür stehen wir gerade und da sind wir nicht dumm, sondern verantwortungsvoll für unsere Bürgerinnen und Bürger. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und die zweite Geschichte, ich denke, du hast den Zwischenruf von unserem Landesrat vernommen, bist aber nicht darauf eingegangen. Na selbstverständlich, wenn irgendein Notfall ist, ist es die Pflicht jeder Einheit, die dafür zuständig ist in der Notfallmedizin, zu helfen – egal, wer da liegt. Und das weißt du auch sehr genau. Da gehe ich nicht schauen, wer ist das, und so weiter. Und wir haben genug Beispiele, wo nachher lange noch überprüft wird, wer war das dann? Und ich möchte nicht darauf hinweisen, dass wir in der Stadt Graz genau eine Situation haben, wo wir lange nicht gewusst haben, wer das ist. Und sich da herauszustellen und solche Beispiele zu bringen, nur um wieder eine wirklich so was von – ich finde fast die Worte nicht, sage ich ganz ehrlich – eine so was von praxisferne Aussage, irgendwie konstruiert von dir, zu tätigen, nur damit man wieder gut dasteht, ich verstehe es nicht. Das ist nicht unsere Politik. Unsere Politik ist, für die Menschen klar einzutreten und das ist auch in den Krankenanstalten so, ja, das ist auch in den Krankenanstalten so. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Zum Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz, da möchte ich schon noch etwas dazu sagen, insofern gibt es da auch Kritik und vielleicht gehen wir da jetzt einmal konform. Was mich aufregt, es gibt die E-Card schon seit Langem. Wir haben am Anfang über die E-Card diskutiert, da ist es auch darum gegangen „Foto, ja, nein“, wir haben die E-Card aufgemacht als Bürgerkarte, als Identitätsnachweis, ich darf mit der Bürgercard unterschreiben, ich darf bei meiner Bank mit der Bürgercard unterschreiben. Aber die Sozialversicherungen sind nicht in der Lage, besser gesagt, sie wollen es nicht, weil das Geld kostet, da ein Foto hinauf zu geben. Okay, die Diskussion haben wir schon lange. Aber das ist dann die falsche Stelle. Bitte, geht dann zum Bund und macht dort eure Bemerkungen diesbezüglich, denn das wäre echte Betrugsbekämpfung, im Sinne von *(LTAvg. Kunasek: „ÖVP, ÖVP, falsche Adresse!“)* „die Wurzel an der Ursache zu bekämpfen“, weil es geht darum, es ist nicht unsere Landessache, wir sind hier im Landtag,

lieber Kollege, Herr Klubobmann, wir sind hier im Landtag, du bist früher im Nationalrat gesessen und ich auch, wir hätten uns da sicher auch zu Wort gemeldet, okay. Aber das machen wir schon auch, ja. Aber wie ist das mit einer Koalition? Du warst lange genug, oder die FPÖ war lange genug auch mit der ÖVP in der Regierung. (*Landesrat Mag. Drexler: „Die E-Card-Einführung war unter der Regierungsbeteiligung der FPÖ, lernen Sie Geschichte, Herr Kollege!“*) Genau, so war das, danke, Herr Landesrat – genau meine Worte aus dem Mund genommen. Zu dieser Zeit, wie die E-Card eingeführt wurde, waren wir gemeinsam in der Regierung. Gut. Aber nichts desto trotz haben wir eine Sozialversicherung, die sagt, wir sind Selbstverwaltung. Man hat es probiert, es ist aber nicht so gegangen. Aber wir stehen in der Steiermark auf dem Standpunkt, wir wollen letztendlich die Bekämpfung bei der Wurzel packen – die Ursachen und nicht nur Symptombekämpfungen. Und eine echte Vereinfachung, weil da stimmt das mit dem Ablauf dann in einer Spitalsambulanz, das hält auf, das hält auf, das macht die Leute narrisch, wenn sie dann noch länger warten müssen. Wobei ich feststellen muss, bei den Kindern ist es nach wie vor bis 14 Jahre nur im Zweifelsfall. Nur, der Bund hat es bei den niedergelassenen Ärzten auch so veranlasst. Das heißt, der Arzt, der den Warteraum voll hat, muss das letztendlich auch machen. Dann können wir nicht sagen: „So, die Krankenanstalten brauchen das nicht, das ist uns egal.“ Dann würdet nämlich Ihr wieder aufschreien und sagen: „Ein Wahnsinn, Missbrauch von E-Cards“ usw., jetzt machen wir was, ist nicht optimal, bin ich bei dir, ist absolut nicht optimal, wäre mir anders auch lieber, mit einem Lichtbild. Aber jetzt ist es so. Also das wollte ich noch sagen. Aber alles in allem glaube ich, es ist eine breite Palette, es ist eine notwendige Novellierung. Bei den Ärzten mussten wir noch rasch hineinnehmen, dass ausreichend Ausbildungsplätze in den Krankenanstalten für die allgemeinen Mediziner noch zur Verfügung gestellt werden, dass ich das nicht vergesse. Aber was mir wichtig ist, und da komme ich noch einmal darauf zurück, bitte lest gut, behirnt es und stellt euch dann heraus und redet. Danke sehr. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 12.56 Uhr*)

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir seitens der Kollegen Abgeordneten nicht vor, allerdings das Regierungsmitglied Christopher Drexler hat sich zu Wort gemeldet. Bitteschön.

Landesrat Mag. Drexler – ÖVP (12.56 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegin auf der Regierungsbank, verehrte Kolleginnen und Kollegen in den Abgeordnetenreihen, verehrte Zuseherinnen und Zuseher!

Ich kann mir weite Teile meiner Wortmeldung sparen, weil Frau Abgeordnete Riener, glaube ich, in außerordentlich kompetenter und entschlossener Art auf wesentliche Inhalte dieser Novelle hingewiesen hat. Ich möchte es aber nicht verabsäumen, zwei, drei kleine Anmerkungen zu machen. Vor allem auch im Hinblick auf die Wortmeldung der Kollegin Staller, wo Barbara Riener einiges, glaube ich, zurechtgerückt hat, wo ich aber dennoch ein paar Sachen vielleicht anmerken möchte. Zu allererst möchte ich in den Vordergrund rücken, diese Novelle des Krankenanstalten-Gesetzes, die steirische, ist zum einen geschuldet der Synchronisierung mit bundesrechtlichen Vorschriften, zum anderen aber natürlich auch eine bewusste Initiative der steirischen Landesregierung, und, wie ich hoffe, dann bei der Abstimmung, auch des Landtages Steiermark, in eine wegweisende Richtung. Erstens Verwaltungsvereinfachung, Deregulierung. Jeder von uns hat bei Sonntags- und auch Montagsreden schon der Deregulierung das Wort geredet. Erklärt, dass wir überreguliert sind, erklärt, dass unsere Vorschriften zum Teil hypertroph sind, denken Sie an das mittlerweile wirklich zum Standardwerk gewordene Buch eines der bemerkenswertesten Sozialrechtler Österreichs, Teddy Thomandl, „Rechtsstaat Österreich, Illusion oder Realität“, wo er auf treffliche Art und Weise nachweist, dass Überregulierung letztlich auch die Rechtsstaatlichkeit gefährdet – Unterregulierung auch, logischerweise. Aber auch Überregulierung kann den Rechtsstaat gefährden. Und daher muss es unser gemeinsames Ansinnen sein, vernünftige Vorschriften zu finden, anwendbare Vorschriften zu finden und dort, wo wir das Wiehern des Amtsschimmels vernehmen, nach Möglichkeit für einfachere und logischere Vorschriften zu sorgen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und so etwas haben wir im Kleinen auch mit dieser KAKuG-Novelle hier versucht. Und wenn Sie versuchen, aus dem Entfall der Bedarfsprüfung, dem verpflichtenden Entfall der Bedarfsprüfung im Falle dieser Verlegung innerhalb eines Einzugsgebietes die Dämonen zu beschwören, dass jetzt die Landesregierung sozusagen im Rahmen einer notwendigen und auch anzustrebenden Strukturreform im Spitals- und Gesundheitsbereich hier sich irgendeinen Schuhlöffel oder ein Gleitmittel, wenn Sie so wollen, für diese Reform verschafft, dann darf ich Sie beruhigen, das ist nur das Nachvollziehen einer bundesrechtlichen Vorschrift. Also hier ist kein listiger, geheimer Plan der steirischen Landesregierung dahinterliegend, sondern hier handelt es sich um den Teil der Novelle, wo

wir bundesrechtliche Veränderungen nachvollziehen und letztlich unsere Rechtslandschaft mit dem Bundesrecht synchronisieren. Ich darf Ihnen aber auch, weil ich hier niemandem Sand in die Augen streuen möchte, schon sagen, ja, wir werden in dieser Legislaturperiode erhebliche Strukturreformen im Gesundheits- und Spitalssystem erleben. Wir arbeiten daran und wir arbeiten vor allem in einem Interesse daran, dass wir unter geänderten Rahmenbedingungen vor der Hintergrundbeleuchtung eines neuen Krankenanstalten-Arbeitszeitrechtes, vor der Hintergrundbeleuchtung eines sehr dynamischen, medizinischen Fortschritts, eines medizintechnischen Fortschritts, weiterhin höchste und beste Qualität flächendeckend in diesem Land sicherstellen können. Das ist unser Motiv, und kein anderes. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Und auch in diesem so sensiblen, hochsensiblen Bereich der Gesundheitsversorgung, wo ich aus vielen Briefen, E-Mails, persönlichen Gesprächen, tagtäglich weiß, dass das ein Bereich ist, der für die Bürgerinnen und Bürger unseres schönen Landes höchste Priorität genießt, weil jeder Fall von Krankheit oder auch jeder Fall von Pflegebedürftigkeit, jeder Unfall, jede Verletzung der körperlichen Integrität, wenn Sie so wollen, immer eine Extremsituation im individuellen Leben der Steirerin oder des Steirers erzeugt. Wo niemand bereit ist, Kompromisse zu machen; wo jeder bestmögliche Versorgung möglichst rasch erfahren möchte – das wissen wir. Und wir wissen auch um die Probleme, die es da gibt. Was glauben Sie, wie viele Briefe ich bekomme, wie viele E-Mails ich bekomme, wo jemand gefühlt zu lange warten musste; wo jemand gefühlt die falsche Behandlung bekommen hat; wo jemand sich über dies beschwert und jenes beschwert. Das ist eine sehr schwierige Aufgabe, all diese Ansinnen und Anliegen unter einen Hut zu bringen. Aber Sie können mir eines glauben, es ist absolut mein Vorsatz, dieses Unter-einen-Hut-bringen, diese manchmal Quadratur des Kreises bestmöglich zustande zu bringen und Sie können mir glauben, wenn wir in den nächsten Monaten auch über sehr einschneidende oder erhebliche Strukturreformen sprechen werden, dass die immer dem Ziel geschuldet sind, das ich vorher benannt habe. Punkt eins.

Punkt zwei, weil ich es wirklich originell finde, dass Sie die Implementierung des Sozialbetrugsbekämpfungsgesetzes ins steirische Landesrecht kritisieren; halte ich wirklich für originell, weil Sie wissen, dass es Ihre Fraktion war, die immer wieder auch auf die missbräuchliche Verwendung der E-Card hingewiesen hat und Sie wissen, dass es Kolleginnen und Kollegen Ihrer Fraktion waren, die immer wieder mit Beispielen hausieren gegangen sind, wo eine E-Card für Dutzendschaften von Menschen erhalten musste, sozusagen. Und Sie hatten immer dabei insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund

im Fokus. Im Übrigen sage ich Ihnen zu Recht, zu Recht, jeder Missbrauch der E-Card ist abzustellen, weil es nämlich genau das ist, was Sie an anderer Stelle ansprechen: Dass mit den Beiträgen aller Beitragszahler – es sind im Übrigen nicht nur Österreicherinnen und Österreicher, die in die österreichische Sozialversicherung einzahlen, deswegen sage ich einmal aller Beitragszahlerinnen und Beitragszahler – und letztlich auch, wenn es um Abgänge in der Sozialversicherung geht, der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, kein Schindluder getrieben wird. Wir wollen Sozialmissbrauch, wenn er augenscheinlich wird, bekämpfen, das ist die Intention dieses Bundesgesetzes, wo wir nun eine Vorschrift in steirisches Landesrecht implementieren und wenn Sie das nicht als Beleidigung aufnehmen, würde ich es als besondere Chuzpe bezeichnen, dass gerade Sie hergehen und diese Sozialbetrugsbekämpfungsbestimmungen hier kritisieren. Das halte ich wirklich für bemerkenswert. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Ich bin der Abgeordneten Riener wirklich dankbar, auch für ihre kritische Anmerkung am Rande, weil natürlich, und da mache ich aus meinem Herzen keine Mördergrube, ist das eine suboptimale Lösung, die gefunden worden ist. Eine suboptimale Lösung, weil natürlich jeder vernunftbegabte Mensch der Meinung sein muss, dass ich nicht eine E-Card ohne Foto mache, und dann einen Lichtbildausweis mitnehmen muss, um die Identität festzustellen. Da haben Sie Recht, ja. Aber richten Sie das dem Herbert Haupt aus, der damals Sozialminister war, und nicht mir. Herzlichen Glückwunsch. Dankeschön. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.06 Uhr)*

Präsidentin Khom: Es gibt nun doch noch eine Wortmeldung aus dem Plenum. Herr Klubobmann Mario Kunasek hat sich zu Wort gemeldet. Bitteschön, Herr Klubobmann.

LTAbg. Kunasek – FPÖ (13.06 Uhr): Danke, Frau Präsident! Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wollte mich eigentlich nicht mehr zu Wort melden, aber die Frau Abgeordnete Riener hat mich eigentlich dazu motiviert doch noch etwas zu sagen, weil gewisse Dinge kann und will ich hier nicht so im Raum stehen lassen. Ich halte es jetzt noch einmal fest, liebe Barbara, du hast gesagt, wir sollten sinnerfassend lesen. Ich kann nur sagen, sinnerfassend zuhören ist aber auch eine Kunst. *(Beifall bei der FPÖ)* Wenn ich noch einmal darauf eingehen darf: Niemand, die Freiheitliche Partei und unsere Fraktion schon gar nicht, stellt die Akutversorgung in irgendeiner Form in Frage. Wenn ich die Frau Abgeordnete Staller richtig verstanden habe, *(LTAbg. Riener: „Sie hat vom Unfall gesprochen, sie hat vom Unfall auf der*

Straße gesprochen!“) und ich gehe davon aus, dann redet sie davon, dass wir unser gutes Gesundheitssystem, das wir noch immer haben in Österreich, auch in der Steiermark, entsprechend erhalten wollen und dieses Erhalten erfordert Mittel. Und wenn der Herr Landesrat sagt: „Ja, wir wollen gemeinsam auch den Sozialmissbrauch bekämpfen“, das wollen wir anscheinend alle. Ich frage mich dann aber hier, warum wir in den letzten Jahren auf der Bundesebene von der ÖVP hier überhaupt keine Initiativen erlebt haben. Sich immer hinstellen und sich abzuputzen auf die nächste Ebene, das kenne ich aus dem Parlament auch. Da stellen sich die Abgeordneten von der ÖVP gerne hin, übrigens auch von der SPÖ, und sagen: „Nein, da können wir nichts machen, das ist die Europäische Union.“ Im Landtag stellt man sich hin und sagt: „Da können wir nichts machen, wissen Sie eh, das ist die Bundesebene und da sind wir in einer Koalition, da können wir nicht einwirken“, und im Gemeinderat stellen Sie sich hin und sagen: „Da können wir nichts machen, das ist der Landtag und die Landesregierung. Da haben wir keinen Einfluss.“ Ich würde mir wünschen, dass (*LTabg. Riener: „Da sagt Ihr ganz das Gleiche!“*) man da ab und zu einmal ein bisschen initiativer wäre, vielleicht auch einmal über den Schatten springt (*LTabg. Riener: „Wie schaut es im Burgenland aus? Im Burgenland mit der FPÖ schaut es ganz gleich aus!“*) und solche gemeinsamen Initiativen, wie sie der Herr Landesrat auch richtig angesprochen hat, nämlich unser aller Wunsch, auch die E-Card sicherer zu machen, mit einem Foto auszugestalten, endlich auch auf Bundesebene umsetzt. Da gibt es dutzende Initiativen (*Beifall bei der FPÖ*) der Freiheitlichen Partei, die nicht mitgetragen wurden, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Abgeordnete Riener, und wir werden deshalb auch die nächste Gelegenheit und Möglichkeit nutzen, einen entsprechenden Antrag hier auch im Landtag einzubringen, um an die Bundesregierung heranzutreten und dann können wir beweisen, ob wir diesen Schulterschluss hier im Haus auch leben können. Herzlichen Dank. (*Beifall bei der FPÖ – 13.08 Uhr*)

Präsidentin Khom: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht Einl.Zahl 443/4 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und den Grünen, gegen die Stimmen der Freiheitlichen und der KPÖ angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 443/5 betreffend „Evaluierung der Krankenversorgung für Flüchtlinge“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Freiheitlichen gegen die Stimmen der SPÖ, KPÖ, Grünen und der ÖVP nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 464/2, über den Prüfbericht zum Verein IHB.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Kollege Klaus Zenz. Bitteschön.

LTAbg. Zenz – SPÖ (13.10 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer und auch diese, die uns auf Livestream verfolgen, ein herzliches Grüß Gott!

Zum Tagesordnungspunkt 6 eine kurze Wortmeldung, weil es ein Prüfbericht ist, der, wie ich denke, doch eine Besonderheit darstellt. Es geht hier um den Verein IHB, der im Zuge des Behindertengesetzes, der Einführung des neuen Behindertengesetzes im Jahr 2004, eine wesentliche Aufgabe übernommen hat, nämlich für die jetzt 12 Bezirkshauptmannschaften, früher waren es mehr, und dem Magistrat Graz, nämlich die Gutachten im Rahmen des Verfahrens zum Behindertengesetz durchzuführen. Vor uns liegt ein Prüfbericht, der den Zeitraum 2011 bis 2014 beleuchtet, und der auch feststellt, dass es Wunsch und Ziel dieses damaligen Gesetzes war, diese Stelle einzurichten, dass es damit auch relativ klar war, dass das Land Steiermark in diesem Zusammenhang keine Einflussmöglichkeiten auf diesen Verein hat und vielleicht in Erinnerung zu rufen, wie es vorher war, dass diese Begutachtungen, diese Stellungnahmen, vorher von sogenannten Teamsitzungen im Bereich der Bezirksverwaltungsbehörden unter der Leitung des Amtsarztes damals durchgeführt wurden. Eine Vorgehensweise, die, glaube ich, einstimmig damals im Landtag verändert wurde und daraufhin auch dieser Verein gegründet wurde. Zum heutigen Stand, zum jetzigen Stand 2014: Vom Prüfbericht werden derzeit 3.870 Gutachten abgegeben, das ist in dem

Prüfzeitraum eine Steigerung von über 20 % und vor allen Dingen, wenn man auf den aktuellen Stand heute kommen würde, nachdem sich das Sozialministeriumservice, früher Bundessozialamt, von der Begutachtung von Säuglingen, Kindern und Jugendlichen zurückgezogen hat, schätze ich, dass wir jetzt gut um 1.000 Gutachten mehr pro Jahr zu bewerkstelligen haben durch diesen Verein. Warum ich mich zu Wort gemeldet habe, ist, weil der Landesrechnungshof hier feststellt und eine Anregung gibt, die, wie ich glaube, durchaus Auswirkungen hat. Der Landesrechnungshof stellt fest, dass es eine Kernaufgabe des Landes Steiermark wäre, diese Begutachtungen wieder in Eigenverantwortung durchzuführen, obwohl er feststellt, dass diese bisherigen Begutachtungen durchaus zufriedenstellend auch waren, aber er sieht es als Kernaufgabe des Landes, hier diese Begutachtungen in Zukunft vorzunehmen und regt eine Prüfung dieses Vorschlages durch die Landesregierung an. Er sagt auch mit dazu, wenn dem nicht empfohlen wird, dann die finanziellen Mitteln durch Sach- und Personalmittel zu ersetzen. Ich glaube, dass das eine große Veränderung in diesem Bereich ist, ich glaube auch, dass dieser Vorschlag des Landesrechnungshofes durchaus als prüfenswert zu erachten ist und wir uns überlegen sollten, das wieder in den Zuständigkeitsbereich, in den Kernbereich des Landes Steiermark zurückzuführen und möchte hier auch klar sagen, ich ersuche die zuständige Landesregierung, die zuständige Landesreferentin, die Frau Soziallandesrätin diesen Vorschlag auch aufzunehmen, aber auch bitte mit Bedacht, dass wir selbstverständlich in diesem Zusammenhang große Aufgaben haben. Wir stellen die Bescheide aus, wir stellen die Begutachtungen aus, wir sind auch Oberbehörde für diesen Bereich, aber ich glaube, diesen Vorschlag des Landesrechnungshofes kann man durchaus einer Prüfung Rechnung tragen und ich glaube, dass es ein durchaus wichtiger Vorschlag des Rechnungshofes ist, der in diesem Bereich, darum habe ich mich jetzt zu Wort gemeldet, durchaus eine große Veränderung auch mit sich bringen würde. Ich bitte um Prüfung dieses Antrages. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.14 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 464/3 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 536/1, über den Bericht des Rechnungshofes (Reihe Steiermark 2016/1) betreffend „Zusammenarbeit Bundessozialamt und Sozialabteilung Land Steiermark; Follow-up-Überprüfung“.

Zu Wort gemeldet hat sich Frau LTAbg. Sandra Krautwaschl. Bitteschön.

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (13.15 Uhr): Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen und ZuhörerInnen, auch im Livestream!

Ja, ich habe mich zu diesem Prüfbericht, besser gesagt zur Follow-up-Prüfung zu Wort gemeldet, weil da einige Dinge drinnen sind, die ich aus meiner beruflichen Praxis als Physiotherapeutin in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung kenne. Es wird ja in der Follow-up-Berichterstattung festgehalten, dass das Land sich aus manchen Leistungen völlig zurückgezogen hat, das war eine Empfehlung im ursprünglichen Rechnungshofbericht, um besser abzugrenzen. Das betrifft vor allem Leistungen der beruflichen Integration von Menschen mit Behinderungen. Gleichzeitig wurde aber eine weitere Empfehlung, nämlich die bessere Kooperation der Stellen, die für diese Leistungen zuständig sind, nicht umgesetzt. Das ist ein großer Kritikpunkt, den auch der Rechnungshof hier anbringt. Das führt nämlich dazu, dass die Menschen teilweise nicht zu den Leistungen kommen, die ihnen zustehen, weil sie eben in diesem Dschungel von verschiedenen Behörden, die hier zuständig sind, sich teilweise nicht mehr zurechtfinden können. Weiters ganz ähnlich ist es auch bei den Hilfsmitteln so, bei der Hilfsmittelversorgung, auch das wird in der Follow-up-Prüfung deutlich angemerkt, dass es auch hier zu keiner Reduktion der Ansprechpersonen gekommen ist, das war eine Aufforderung im letzten Rechnungshofbericht. Ich erlebe das immer wieder bei Rollstuhlversorgung oder auch anderen Hilfsmitteln für Menschen mit Behinderung, wo ich mittlerweile zunehmend damit beschäftigt bin, Begründungen zu schreiben oder Menschen einfach dabei zu unterstützen, überhaupt dorthin zu kommen, wo sie ein Hilfsmittel beantragen können. Es gibt dann teilweise Firmen, die Hilfsmittel verkaufen, die eigene SpezialistInnen angestellt haben, die den Menschen dabei Hilfestellung leisten – die haben aber natürlich ein Eigeninteresse, das ist auch ganz klar. Deswegen wäre aus meiner Sicht es extrem angebracht, auch hier eine vom Land sozusagen übergeordnet betreute Stelle

einzurichten, dass es klar ist, die Menschen bekommen das, die Menschen werden außerdem auch an einer Stelle begutachtet, müssen nicht von einem Ort zum anderen geschickt werden und fallen dann teilweise durch, weil sie dieses Weiterschicken einfach nicht mehr alleine bewerkstelligen können. Immer wieder wird mir klar, in Gesprächen mit Menschen mit Behinderung, dass, ob sie Leistungen bekommen oder nicht, sehr stark davon abhängig ist, welchen persönlichen Hintergrund sie haben, welchen sozialen Hintergrund, auch finanziellen Hintergrund. Das spielt mitunter vor allem auch bei Kindern und Jugendlichen eine große Rolle. Wo ich es besonders tragisch finde, wenn sie dann durchfallen, weil niemand da ist, der ihnen entsprechende Unterstützung geben kann. Ja, aufgrund dieser schlechten bzw. nicht vorhandenen Abstimmung hängt der Zugang eben dann sehr vom Zufall oft ab und das wollen wir verändern. Dazu haben wir auch einen Entschließungsantrag eingebracht, wo ich schon im Vorfeld erfreulicherweise große Zustimmung dafür bekommen habe.

Ich möchte Sie jetzt auch nicht weiter da bei Ihren Gesprächen unterstützen und bringe daher jetzt einfach den Antrag ein. Der Antrag lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, in Abstimmung mit allen zuständigen Bundesstellen eine Vereinfachung des Zuganges zu Leistungen für Menschen mit Behinderung im Sinne des One-Stop-Shop-Prinzips in die Wege zu leiten.

Ich bitte um Annahme. *(Beifall bei den Grünen – 13.19 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Barbara Riener. Bitteschön, Frau Kollegin.

LTAbg. Riener – ÖVP (13.19 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal und via Livestream! Ich habe mich zu Wort gemeldet, vor allem weil wir im Vorfeld, wie Kollegin Sandra Krautwaschl schon erwähnt hat, über diesen Entschließungsantrag debattiert haben und jetzt zu einer gemeinsamen Formulierung gefunden haben und ich möchte ein bisschen erläutern, um was es uns da gegangen ist und vor allem, warum eine Änderung der Formulierung des Antrages aus meiner Sicht und für unsere Fraktion notwendig war. Der Rechnungshof kritisiert zu Recht wieder einmal, und das kenne ich aus meinen Zeiten als Sozialarbeiterin, wo man fast einen Spießrutenlauf hat in der Leistungserhebung, schon alleine als Sozialarbeiterin, damit man überhaupt weiß, wo gibt es welche Leistung und dann auch bei der Antragsstellung für die betroffenen Menschen mit Behinderung. Das ist auch in anderen

Bereichen manchmal so, aber hier ist es besonders so. Da geht es teilweise um Subsidiarität, d.h. Sozialversicherung, was die Sozialversicherung nicht zahlt, zahlt die Sozialministeriumservicestelle, so heißt das jetzt neu, früher hat es noch Bundessozialamt geheißen. Und wenn es dort nicht gezahlt wird, zahlen wir über unser Behindertengesetz, das steirische Behindertengesetz. Und genau das ist die schwierige Situation, weil man ja nicht weiß, d.h. ich schaffe jetzt z.B. ein behindertengerechtes KFZ an, ein Auto an, wo ich auch einen Zuschuss bekommen kann, aber da geht es genau darum, was nicht geleistet wird. Oder bei anderen Hilfsmitteln, was die Sozialversicherung nicht zahlt, dann kann ich eben bei den anderen Stellen den Antrag stellen. Dann gibt es noch bei der Sozialversicherung einen eigenen Topf, den man anstreben und anknüpfen kann, sozusagen wenn es um besondere Situationen geht oder um schwierige Situationen in einer Familie, wo ich dann aus diesem Topf auch noch etwas lukrieren kann. Also ziemlich kompliziert und da kann ich das jetzt nur nachvollziehen, was die Sandra gesagt hat, und bin froh, dass wir eben da diesen gemeinsamen Antrag gefunden haben. Warum es auch in diesem Sinne wichtig ist, die Bundesstellen miteinzubeziehen, weil letztendlich ist es eine Bundessache, nicht die Behindertengeschichte, sondern teilweise Bundesagenden, wenn es nämlich um Antragsstellungen geht und da habe ich auch schon einiges gelernt als Sozialarbeiterin, es geht um Fristeneinhaltung oder um Fristzuerkennungen, ab wann kann ich eine Leistung beziehen, nämlich nachdem der Antrag eingebracht worden ist. Und wenn ich den jetzt bei einer Stelle abgebe, und diese Stelle gibt es dann jemandem anderen weiter, dann gilt nicht dieser Tag, an dem ich das dort abgegeben habe, sondern der Tag, an dem es bei dieser konkreten zuständigen Stelle einlangt. Ob das jetzt das AMS ist, oder ob das jetzt das Sozialministeriumservice ist und so weiter. Und das gehört auf jeden Fall auf Bundesebene geklärt, dass diese Fristen dann auch miteinander verknüpft sind und gleich gelten, weil sonst sind unsere behinderten Menschen in der benachteiligten Situation, weil sie in einer One-Stop-Shop-Anlaufstelle gewesen sind, kriegen aber erst dann, wenn das z.B. erst in zwei Wochen dort einlangt den Eingangsstempel in der Bundesbehörde, die Bewilligung für diese Hilfsleistung. Und deswegen ist es mir so wichtig, dass wir da diese Formulierung gefunden haben, dass wir das nicht alleine machen können in der Steiermark und ob das dann eine Landesstelle ist, oder nicht, das ist jetzt schon ein bisschen vorweg genommen von deiner Seite, Sandra, da muss man eben schauen, wie kann das am besten laufen. Ob das dann die Bezirkshauptmannschaft ist, so eine Anlaufstelle. Aber wie gesagt, da muss dann alles passen, dass die auch die notwendige Ausstattung bekommt. Da möchte ich auch darauf achten, wir

sind jetzt nicht in einer besonderen lukrativen, finanziellen Situation, gerade, was auch das Personal anbelangt und da möchte ich nicht haben, dass plötzlich dann Aufgaben, die der Bund eigentlich macht im Sinne von Beratung und Verwaltung, dann plötzlich die Länder einfach schlucken müssen. Deswegen auch mit ein Grund, die Fristen und dann auch die Kosten, dass man das in einem guten gemeinsamen System schafft. In diesem Sinne können wir jetzt mit dieser Formulierung, die Problematik ist klar, aber mit dieser Formulierung können wir gut mitgehen und ich bitte auch um Annahme des Antrages. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 13.24 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Klaus Zenz. Bitteschön.

LTAbg. Zenz – SPÖ (13.24 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Bericht des Rechnungshofes, ich darf noch hinzufügen – eine Follow-up-Prüfung. Vielleicht schon in Vergessenheit geraten, die erste Prüfung der Zusammenarbeit zwischen dem Bundessozialamt, heute Sozialministeriumservice und dem Land Steiermark hat ja eine Veränderung unseres Steiermärkischen Behindertengesetzes mit sich gebracht und wir haben etliche Debatten auch in diesem Haus darüber geführt, ob das nicht schon wieder ein nächstes Sparpaket und was auch immer ist, weil nämlich der Bundesrechnungshof mit diesem besonderen Wort der Subsidiarität – das man schwer versteht, aber es heißt einfach untergeordnet – festgestellt hat, dass das Land Steiermark in seiner Behindertengesetzgebung Aufgaben übernommen hat, die Bundesangelegenheiten sind. Ich kann mich an einige Debatten in diesem Hause erinnern, auch zum Thema, ob die Feststellungen des Rechnungshofes – ich schaue nicht umsonst zu dir hin, Lambert Schönleitner – umzusetzen sind oder nicht. Freut mich jetzt, dass der Bundesrechnungshof auch weiter wieder feststellt, dass die von ihm vorgeschlagenen Maßnahmen auch umgesetzt wurden. Unabhängig der Debatten, ich denke mir, da hat es viele gegeben, die gesagt haben, man muss ausnahmsweise einmal nicht auf den Bundesrechnungshof hören, aber in dieser Folge haben wir das im § 8 des Steiermärkischen Behindertengesetzes auch umgesetzt. Nämlich diese Novelle zu machen und in den Bereichen Arbeitsmarkt und Beschäftigung dem Bund seine auch in anderen Bundesländern zuständigen Tätigkeiten auch zu geben. Das ist eigentlich der Rechnungshofbericht. Was wir hier in dem Entschließungsantrag, und da bin ich auch sehr

froh darüber, auch festgestellt haben, aber es stellt auch der Bundesrechnungshof fest, muss man ganz ehrlich sagen, dass hier natürlich bei einer Umstellung immer wieder Reibungsverluste passieren. Dass bei dieser Umstellung, weil man nicht genau weiß, wer ist genau zuständig und dass es nicht sein kann, dass Menschen mit Behinderung jetzt die sind, die das Ganze auszubaden hätten. Darum bin ich mit diesem Entschließungsantrag, der auf Initiative der Grünen und gemeinsam mit uns allen, glaube ich, heute die Mehrheit finden wird, auch einverstanden, dass wir in diesem Bereich, wo es möglich ist, und da muss man natürlich auch die Kirche im Dorf lassen, das Land Steiermark ist in gewissen Bereichen zuständig, aber nur in gewissen, kleinen Bereichen. In anderen Bereichen sind Bundesbehörden zuständig, die Sozialversicherungsträger zuständig – und es wäre ein netter Antrag, wenn wir sagen würden, das täten wir schon machen, aber wir sind nicht in der Lage, das auch umsetzen zu können, darum glaube ich, dass mit dieser jetzigen Formulierung des Entschließungsantrages wir die richtige Formulierung gefunden haben, nämlich gemeinsam mit den bundeszuständigen Behörden, mit der Sozialversicherung, hier etwas umzusetzen, was wir ja auch im Aktionsplan für Menschen mit Behinderung festgelegt haben und alle, glaube ich, in diesem Haus gemeinsam beschlossen haben, nämlich so einen One-Stop-Shop. Klingt alles so kompliziert, eine Stelle, wo man hingehen kann, alle seine Anträge abgeben kann, und das auch zu gewährleisten. Aber auch mit dazu, und ich sage das auch, obwohl wir diesem Antrag sehr gerne zustimmen werden, es bedarf natürlich der Zusammenarbeit anderer Stellen. Stellen des Bundes, des Sozialministeriumsservices, des Sozialministeriums, der Sozialversicherungsträger, um das auch zu gewährleisten. Aber ich glaube, dass das ein guter Vorschlag ist und wir werden diesem Vorschlag natürlich gemeinsam auch zustimmen und ich glaube auch, dass dieser Rechnungshofbericht, nachdem es die Follow-up-Prüfung ist, auch das ist, was der Bundesrechnungshof auch dem Land Steiermark vorgeschlagen hat. In diesem Sinne ersuche ich Sie um Zustimmung zu diesem Antrag. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 13.28 Uhr)*

Präsidentin Khom: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 536/2 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, SPÖ und ÖVP mit der Einl.Zahl 536/3 betreffend „BürgerInnenservice für Menschen mit Behinderung; Umsetzung des One-Stop-Shop-Prinzips“ ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

8. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 320/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend „Förderung der Berufsreifeprüfung“.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Kollege Anton Kogler.

LTabg. Kogler – FPÖ (13.30 Uhr): Frau Präsidentin, werte Regierungsmitglieder – keine vorhanden, werte Kolleginnen und Kollegen zum Landtag, werte Zuhörer, Zuseher hier im Auditorium und via Livestream!

Geschätzte Damen und Herren, bei diesem Thema Berufsreifeprüfung geht es ja wirklich um einen wesentlichen Teil der Bildung. Dies wurde auch in der Stellungnahme bestätigt, wie wichtig die Bildung ist. Jedenfalls sehe ich aber gegenüber der Stellungnahme einen Widerspruch von der Frau Landesrätin im Bezug zum Ausschuss. Im Ausschuss wurde klar definiert, dass leider keine budgetären Mittel dafür vorhanden sind und es daran scheitert. Im Widerspruch zur Stellungnahme, wo darauf hingewiesen wird, dass das Förderprogramm oder die Förderprozesse ausreichend sind. Dem kann ich nicht so folgen. Ich möchte euch, lieben Kolleginnen und Kollegen, anhand eines praktischen Beispiels oder konkreten Beispiels zeigen, dass wir hier eine tatsächliche Förderlücke haben. Eine junge, diplomierte Krankenschwester aus der Oststeiermark arbeitet in einem oststeirischen Krankenhaus, hat mich angerufen, sie möchte sich weiterbilden, höher qualifizieren, sie möchte die Berufsreifeprüfung machen und hat mich konkret gefragt, ob es vom Land Steiermark diesbezüglich auch Förderungen gibt. Ich habe das recherchiert, habe festgestellt, dass es tatsächlich vom Land Steiermark keine Förderung gibt. Nach ungefähr zwei Monaten hat mich diese Dame, diese junge Dame, diese diplomierte Krankenschwester, wieder angerufen und hat mir gesagt, dass es im Burgenland eine sehr gute Förderung gibt diesbezüglich für die

Berufsreifeprüfung. Es gibt dort das Modell, dass der Kurs bis zu 75 % gefördert wird. Alle, die mit einer Berufsreifeprüfung zu tun haben, wissen auch die tatsächlichen Kosten. Wir reden hier von ca. 4.000 Euro in den vier Lehrgängen. Im Land Burgenland, wie gesagt, 75 % Förderung. Das bedeutet, rund 3.000 Euro werden dort vergütet. Die Konsequenz daraus: Nach einiger Zeit habe ich mit ihr wieder Kontakt aufgenommen, wie gesagt, sie hat das Marienkrankenhaus in Vorau verlassen, ist ihrer Arbeitsstätte ins Burgenland gefolgt, konkret ins LKH Oberwart. Und was besonders dramatisch ist, sie hat natürlich auch ihren Wohnsitz in der Oststeiermark aufgegeben und hat den Wohnsitz im südlichen Burgenland gefunden. Und nach einiger Zeit habe ich wieder mit ihr telefoniert und sie hat mir gesagt, leider Gottes, und das würde ich mir wirklich zu Herzen nehmen, Frau Landesrätin, auch eine zweite, diplomierte Krankenschwester hat das Gleiche getan. Geschätzte Damen und Herren, wir sehen hier ganz klar eine Förderlücke. Wir haben zwar das Modell, das gefördert wird, die Lehre mit Matura, aber wir müssen auch diese Lücke schließen, das wäre ganz, ganz wichtig für uns und darum sehen wir, sprich die FPÖ, nach wie vor den Bedarf, ein weiteres Fördermodell neben der Lehre mit Matura zu etablieren. Ich bitte diesbezüglich nochmals nachzudenken, Frau Landesrätin, ob wir dort Möglichkeiten haben, um solche Fälle, wie konkrete Fälle anzeigen, in Zukunft hintanzustellen und zu vermeiden. Denn, geschätzte Damen und Herren, wir wissen alle, wer in Zukunft im internationalen Wettbewerb bestehen will, der braucht bestens ausgebildete junge Menschen, gute Bildung ist der wichtigste Rohstoff einer modernen Gesellschaft und Hand in Hand mit der Bildungsqualität geht natürlich auch die Entwicklung des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft. Bildung schafft Wissen, Wissen schafft Innovation und Innovation schafft Arbeitsplätze. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 13.34 Uhr)*

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Wolfgang Dolesch. Bitteschön.

LTabg. Mag. Dr. Dolesch – SPÖ (13.34 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Frau Landesrätin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, liebe Besucherinnen und Besucher!

Ständige Bildung im Sinne des lebenslangen Lernens ist mittlerweile Realität, das wissen wir, das ist heute fester Bestandteil unserer Wissensgesellschaft und durch nichts mehr wegzudenken oder auch wegzudiskutieren. Das Ermöglichen von Bildung ist sowohl aus

bildungs- als auch integrationspolitischer Sicht und darüber hinaus auch aus volkswirtschaftlichen, sozialen und demokratiepolitischen Gründen eine Notwendigkeit und Voraussetzung für eine eigenverantwortliche Partizipation am Erwerbs- und Gesellschaftsleben. Das habe ich auch in früheren Sitzungen in diesem Haus schon mehrfach gesagt, das ist nichts Neues. Bekannt ist wahrscheinlich auch, dass in der steirischen Strategie für Erwachsenenbildung lebenslanges Lernen der Periode 2011 bis 2015 bzw. der Jahre 2011 bis 2015 daher der Sicherung eines regional verfügbaren und allgemein zugänglichen Grundangebotes auf diesem Gebiet auch eine entsprechende Priorität eingeräumt wird und wurde, allerdings stets unter dem Aspekt des bestmöglichen Einsatzes der finanziellen Ressourcen, die der Erwachsenenbildung in der Steiermark zur Verfügung zu stellen, denn Geld ist leider, und ich sage wirklich: leider, nicht unbegrenzt vermehrbar und vorhanden. In diesem Zusammenhang verweise ich auch auf die Budgetmittel im Bereich der Erwachsenenbildung, Bereich Basisbildung und Pflichtschulabschluss. In der Periode 2015 bis 2017 stehen in der Initiative Erwachsenenbildung insgesamt 4,2 Millionen Euro an Fördergeldern für die Basisbildung und das Nachholen von Pflichtschulabschlüssen zur Verfügung. Bei dieser Basisbildung geht es um insgesamt dann noch um 1,8 Millionen Euro, die setzen sich zusammen aus 450.000 Euro von Bund und Land und 900.000 Euro aus dem ESF, aus dem Europäischen Sozialfonds. Die Pflichtschulabschlüsse werden mit 2,4 Millionen Euro gefördert, davon 1,2 Millionen oder 50 % vom Land. Zusätzlich wären noch zu rechnen für die Jahre 2016, 2017 ergänzende Mittel in der Höhe von insgesamt 800.000 Euro, je 400.000 Euro davon vom Land bzw. dem sogenannten Frauencall. Auch das ist ein speziell ESF-kofinanziertes Förderprogramm, eben für Basisbildungsmaßnahmen für Frauen. Insgesamt, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird auf einen Mix unterschiedlicher Förderformen, wie Basisförderung für die Grundversorgung und Projektförderung für die Entwicklung und Innovation gesetzt, wie ich jetzt an diesen Beispielen und diesen Zahlen auch versucht habe, darzustellen. Die Maßnahme, und damit komme ich langsam zum Punkt, die Maßnahme Bildungsscheck für die Berufsreifeprüfung wurde, wie alle hier herinnen wissen, im Zuge der Budgetkonsolidierungsmaßnahmen, ich sage persönlich dazu: leider, durch Regierungsbeschluss vom 17. März 2011 eingestellt. Bis dahin wurden vom Land aus dem Sozialressort, Referat Qualifizierung und Beschäftigung, tatsächlich 50 % der Kosten für die Berufsreifeprüfung gefördert. Die Einstellung, meine sehr geehrten Damen und Herren, erfolgte zum damaligen Zeitpunkt auch unter dem Hintergrund, dass österreichweit das Modell der Lehre mit Matura eingeführt wurde und auch in der

Steiermark wird – ja, das ist ja auch nicht irgendwie bestritten worden – für Lehrlinge der Abschluss der Matura seit dem Jahr 2009 im Rahmen des Förderprogrammes des Unterrichtsministeriums Lehre mit Matura ermöglicht. Durch dieses Programm wird es den Lehrlingen ermöglicht, die Berufsreifeprüfung ohne eigene Kostentragung zu erlangen. Lehrlinge, die einen gültigen Lehrvertrag haben, ich weiß schon, das ist eingeschränkt auf einen gültigen Lehrvertrag, können in dieses Modell aufgenommen werden. Dazu gibt es bekanntlich folgende Detailregelung des Unterrichtsministeriums, eine von vier Teilprüfungen für die Berufsreifeprüfung muss noch vor der LAP, also der Lehrabschlussprüfung positiv absolviert werden, die kostenlose Absolvierung der restlichen Teilprüfungen ist noch bis fünf Jahre nach dem Abschluss der Lehre möglich und wie es Herr Abgeordneter Anton Kogler vorher auch schon richtig gesagt hat, es sind hier durchaus Kosten von bis zu 4.000 Euro pro Person, pro Lehrling, natürlich an Gesamtausgaben da. Für die weiteren Zielgruppen, und hier kommen wir damit zu dieser entsprechenden Differenzierung, insbesondere für jene, die arbeitslos bzw. arbeitsuchend sind, gibt es unterschiedliche Förderprogramme des AMS zur Höherqualifizierung, die teilweise auch in Kooperation, auch in enger Kooperation, wenn man es so möchte, mit dem Land Steiermark finanziert oder ko-finanziert werden. Und jetzt kann man natürlich sehr trefflich auch hier in diesem Hohen Haus darüber diskutieren, dass weitere Lückenschlüsse notwendig sind, möglich sind, selbstverständlich, und man kann auch natürlich darüber diskutieren, ob diese ausreichend sind oder nicht. Persönlich wäre es mir das Liebste, es gäbe überhaupt keine Lücken, das möchte ich gar nicht in Abrede stellen, und wenn man möchte, wenn man es also sozusagen darauf anlegen möchte, wenn ich es so salopp formulieren darf, dann wird man natürlich immer Gründe finden, warum etwas nicht ausreichend ist. Hand aufs Herz, so ehrlich muss man sein, budgetär sind wir seit Jahren, leider, in einem sehr engen Korsett eingezwängt, sind wir in einem zu engen Rahmen auch aufgrund unserer Arbeitslosenzahlen sozusagen gebunden. Woher also die entsprechenden Mittel nehmen, wenn man nicht polarisieren möchte, wenn man also eine sachlich fundierte Diskussion führen möchte und nicht jetzt ganz lapidar hergeht und sagt, man spielt eben eine Gruppe gegen die andere aus, dann werden schon genug Mittel zur Verfügung stehen. Das wäre zu einfach, das würde zu kurz greifen. Generell bin ich der festen Überzeugung, dass jede arbeitslose Person eine arbeitslose Person zu viel ist, da gibt es auch nichts zu beschönigen, absolut nicht. Aus- und Weiterbildung ist eine der Möglichkeiten, auch aus der Geisel der Arbeitslosigkeit zu entkommen. Aus diesem Grund bin ich auch ein absoluter Verfechter davon, dem AMS

ausreichend Mittel für diese Höherqualifizierungen bzw. für diese Umschulungen zur Verfügung zu stellen, wenngleich man auch hier sagen muss, die Mittel werden insbesondere in diesen Zeiten nie reichen. Das muss man sich einfach ehrlich eingestehen. Das Ziel ist es natürlich, die Menschen möglichst rasch wieder auf Dauer in den Arbeitsmarkt, günstiger Weise in den ersten Arbeitsmarkt, daher zu integrieren mit diesen Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen. Beim AMS sehe ich daher auch die entsprechende Stelle, die entsprechend koordinierende Stelle für die diversen Maßnahmen, angesiedelt, wenn man eben nicht gerade von der Zielgruppe „Lehre mit Matura“ beispielsweise betroffen ist. Generell gilt ja für alle Bundesländer und damit auch für die Steiermark, dass diese bei Individualförderungen nach Maßgabe ihres Budgets unterschiedliche Prioritäten in der Vergabe von Ermessensförderungen setzen können. Das ist jetzt der Punkt. Würde man in Geld schwimmen, alles kein Problem. Prioritäten sind entsprechend zu reihen. Ob man das jetzt für gut oder schlecht empfindet, ist natürlich auch eine eigene Sache, liegt im Auge des Betrachters bzw. der Betrachterin, und das passiert ja auch, dieses Setzen von Prioritäten, denn die Abstimmung von Bildungsangeboten auf die Erfordernisse der Arbeitswelt, meine sehr geehrten Damen und Herren, zählt zu den Zielen der Erwachsenenbildung bzw. der Weiterbildung in der Steiermark und wird auch entsprechend praktiziert. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ – 13.44 Uhr)*

Präsidentin Khom: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 320/5 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP, gegen die Stimmen von KPÖ, den Freiheitlichen und den Grünen angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Soziales über den Antrag, Einl.Zahl 542/1, von Abgeordneten der FPÖ betreffend „Deutliche Reduzierung der Anzahl von Asylwerbern in Neuberg an der Mürz – Mürzsteg“.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Hannes Amesbauer. Bitteschön, Hannes.

LTAbsg. Amesbauer, BA – FPÖ (13.45 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Frau Landesrat! Dieses Thema hat uns ja im letzten Ausschuss auch schon beschäftigt und es ist für mich persönlich ein sehr wichtiges Thema, weil es hier um meine Heimatgemeinde geht. Mürzsteg wurde ja mit 01.01.2015 mit Neuberg an der Mürz fusioniert und das Problem ist ja seit Jahren bekannt, aber ich möchte auch hier nochmals das Plenum nutzen, um Ihnen einige Zahlen zu bringen, um das Verhältnis zwischen Asylwerbern und Einheimischen zu verdeutlichen. Sie wissen ja, es ist ein Landesquartier, es ist ein privater Betreiber, aber die Asylwerber, die dort untergebracht werden, sind nicht in der Zuständigkeit des Bundes, sondern in der Zuständigkeit der Steiermärkischen Landesregierung. Die Ortschaft Mürzsteg, die ehemalige Gemeinde, zählt rund 550 Einwohner und, ich sage jetzt einmal einen Stichtag aus einer Anfragebeantwortung vom damaligen Landeshauptmannstellvertreter Siegfried Schrittwieser vom 15. Jänner 2015, das Problem ist immer mit den aktuellen Zahlen, es ändert sich ja fast täglich. Man kann davon ausgehen, dass es immer so zwischen 160 und 170 Asylwerber sind, die sich dort aufhalten. Es hat auch schon Zeiten gegeben, das liegt allerdings schon ein paar Jahre zurück, da waren bis zu 200 und auch darüber Asylwerber untergebracht, aber jetzt, dass man den Vergleich hat, es sind in der Regel immer zwischen 160 und 170 – ich glaube, das kommt ungefähr hin, Frau Landesrätin – dort untergebracht. Und von diesen 550 Einwohnern gibt es 164 Flüchtlinge, eben am 15. Jänner 2016, von nicht weniger als 29 Nationalitäten. Auch das wissen wir aus der Anfragebeantwortung, und, naja, wenn man sich das vor Augen führt, die Gemeinde wurde, wie gesagt, fusioniert, hat jetzt rund 2800 Einwohner, und führt man sich die eigentlich vom Bund vorgegebene Quote, wenn man so will, die im Rahmen des Durchgriffsrechtes auch angewandt wird, von 1,5 % der Wohnbevölkerung vor Augen, dann sieht man, dass selbst die neue Gemeinde Neuberg an der Mürz, zu der Mürzsteg jetzt gehört, bei eben der Anwendung dieser Regelung immer noch eine Belegung von mehr als 6 % der Wohnbevölkerung zu verzeichnen hat. In der ehemaligen Gemeinde Mürzsteg schaut das Verhältnis natürlich viel, viel drastischer aus, da haben wir einen Asylwerberanteil von über 30 %, exakt 30,03 %. Asylwerberanteil 30 %, ich wiederhole es nochmals, und im Ortskern der ehemaligen Gemeinde Mürzsteg leben lediglich 169 Einheimische und 164 Asylwerber, was einem Prozentsatz von 50,75 % Einheimische und 49,24 % Asylwerber entspricht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das kann es nicht sein. Und die gesamte Gemeinde hat ein Verhältnis von drei Einheimischen, also auf

drei Einheimische kommt ein Asylwerber und kein anderer Ortsteil hat so einen hohen Anteil an Asylwerbern, wie eben der Ortsteil Mürzsteg in der Gemeinde Neuberg. Und Frau Landesrätin, wir haben ja im Ausschuss aus meiner Sicht sehr sachlich über dieses Thema auch debattiert und die Steiermark bekennt sich ja dazu, keine Großquartiere führen zu wollen. Sie haben das mehrmals gesagt, auch im Ausschuss, dass Sie keine Quartiere dieser Größenordnung führen wollen und man in der Steiermark auf das Modell der kleineren Einheiten setzt. Dann haben Sie auch gesagt, das Problem ist, dass die Quartierlage eben so ist, dass Sie keine Ausweichquartiere haben. Gut, da muss ich aber schon sagen, was können die Einheimischen in Mürzsteg, in Neuberg, dafür? Denn es ist nicht so, dass es keine Probleme gibt. Ich will jetzt da gar nicht irgendetwas dramatisieren, das mache ich auch nicht. Es ist nicht so, dass da wirklich unhaltbare Zustände sind, aber wir haben immer wieder Polizeieinsätze dort, es gibt Drogenkriminalität, wir haben die Zahlen auch aus dem Innenministerium und was in letzter Zeit ein großes Problem ist, ist, dass die Asylwerber, die ja großteils auch junge Männer sind, viele UMF's, die 15, 16, 17 Jahre alt sind, mit dem gleichen Bus in die Schule fahren und in den Kindergarten, wie die Schul- und Kindergartenkinder. Also die fahren mit diesem Bus nach Mürzzuschlag, das ist ein normaler Linienbus, da sind die Kindergartenkinder, das hat schon mehrmals zu problematischen Situationen geführt, und auch in jüngster Vergangenheit zu Polizeieinsätzen. Also das nur am Rande. Aber der Kern, um den es mir geht, Frau Landesrätin, ist einfach, dass ich auch und wir als Freiheitliche Partei, das Versprechen gegenüber der Bevölkerung, dass mehrfach Acht gegeben wurde, dass in der Steiermark vom Land eben keine Großquartiere betrieben werden, weil die Landesregierung hat ja zu Recht damals auch, absolut zu Recht, die Vorgehensweise des Bundes in Steinhaus am Semmering, ebenfalls in meinem Bezirk, mit dem Asylgroßquartier der Bundesregierung, das eine Außenstelle von Traiskirchen bildet, abgegeben. Und selbst die Grünen haben zwar da im Ausschuss auch gegen den Antrag gestimmt, aber Sabine Jungwirth, wenn ich mich erinnere, war ja da einmal drinnen mit Eva Glawischnig – bei einem Fußballspiel mit Asylwerbern – und selbst die Kollegin Jungwirth hat ja auch hier im Haus einmal gesagt, dass das für den Ort nicht passt, dass das Verhältnis nicht passt, dass das Zusammenleben nicht passt. Es ist in Wahrheit, wenn man das ganz nüchtern betrachtet, eine Lose-Lose-Situation für die einheimische Bevölkerung und auch für die Asylwerber, die dort untergebracht sind. Ich gehe jetzt nicht her und sage, wir fordern, das jetzt ganz aufzulösen. Ich weiß, dass das politisch nicht realisierbar ist, aber deshalb haben wir den Antrag so formuliert, das deutlich zu reduzieren und ich lese es noch einmal vor: „Die

Landesregierung wird aufgefordert, den Anteil von Asylwerbern im Ortsteil Mürzsteg um mindestens 50 % zu reduzieren.“

Also, wenn wir 170 haben, werden es noch immer 85 sein und das wäre immer noch relativ viel, aber erträglich. Und jetzt, Frau Landesrätin, ich glaube, Sie werden ohnehin darauf eingehen, aber ich bitte Sie uns zu sagen, mit welcher Forderung oder mit welchem Vorschlag wir kommen könnten, um die Situation zumindest zu verbessern. Dass wir sagen, dass wir zumindest als ersten Schritt einmal unter 100 kommen, dass man diese magische Grenze weg hat. Aber zu sagen: „Naja, wir wollen das eigentlich nicht, haben aber keine anderen Quartiere“, das ist auf Dauer untragbar und vor allem ist ja das kein neuer Zustand, der mit der letzten Flüchtlingsmassenbewegung entstanden ist, das geht ja seit Jahren so. Und ich weiß schon, es hat eine Vereinbarung gegeben mit der Gemeinde, diese Höchstgrenze von 170, man muss aber auch sagen, das war die ehemalige Gemeinde Mürzsteg. Die Gemeinde gibt es nicht mehr, den damaligen Bürgermeister gibt es nicht mehr. Ich weiß auch, weil ich habe mit dem Bürgermeister der Gemeinde Neuberg ein sehr gutes Arbeitsverhältnis, dass es einen Anruf von Ihrem Büro gegeben hat an den Bürgermeister, was er dazu sagt? Er hat sich da, was er mir gesagt hat, ziemlich neutral verhalten, weil er ein bisschen in der Zwickmühle ist, weil man muss wissen, dass dieser Quartiergeber nicht nur die Asylwerberbetreuung vornimmt, sondern in der Region auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist, ein wichtiger Arbeitsplatzgeber. Die haben ein großes Kinderhotel, die haben einen Schilift, die machen auch gute Arbeit. Nichts destotrotz rechtfertigt es das, dass man den Verdienst, die Möglichkeit des Verdienstes und wir wissen auch aus Anfragebeantwortungen, wie viel dieser Betrieb auch damit verdient, nämlich Millionen, hier so eine unzumutbare Art und Weise der Unterbringung vorzulegen. Also, Frau Landesrätin, (*Beifall bei der FPÖ*) ich wäre Ihnen wirklich sehr dankbar, wenn Sie uns zumindest ein Signal aussenden könnten, dass man da eine Besserung zumindest als ersten Schritt einmal vornimmt, weil ich denke mir, wenn die Aussage getroffen ist, wir wollen in der Steiermark keine Großquartiere, und das sagen ja mittlerweile sämtliche, mit der Thematik befasste Personen und Experten, also da sind ja, wie gesagt, ich weiß nicht, wie die Meinung heute dazu ist, aber damals kann ich mich gut erinnern, dass auch die Sabine Jungwirth die Zustände kritisiert hat – vielleicht aus anderen Motiven, als wir das tun, aber ich glaube und ich wiederhole es noch einmal, die Situation in Mürzsteg, in diesem kleinen Ortsteil, wo eine so hohe Masse an Asylwerbern der Bevölkerung gegenüber steht, über 30 % im Ortskern fast 50 %, ist auf Dauer nicht gut, für

keine der beteiligten Seiten. Ich fordere die Landesregierung auf, hier endlich eine Besserung und Lösung sicherzustellen. (*Beifall bei der FPÖ – 13.54 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Sabine Jungwirth. Bitteschön.

LTAbg. Ing. Jungwirth (13.54 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Als ob ich es geahnt hätte, dass ich hier angesprochen werde, habe ich mich nun schon vorweg zu Wort gemeldet, denn diese Situation in Mürzsteg, die liegt uns tatsächlich schon seit geraumer Zeit am Herzen. Es haben sich ja vor mittlerweile, wenn ich mich richtig erinnere, vier Jahren Menschen aus Mürzsteg bei uns gemeldet, weil sie uns nahelegen wollten, uns um die Situation dort zu kümmern, weil in dieser Gemeinde, wie Sie es beschrieben haben, Herr Kollege Amesbauer, und glücklicherweise einmal relativ sachlich beschrieben haben, tatsächlich ein Missverhältnis besteht zwischen der Anzahl der Personen, die als Schutzsuchende untergebracht sind und der einheimischen Bevölkerung im Ort Mürzsteg. Also mittlerweile ja nur mehr Ortsteil, wir haben ja fusioniert mit Neuberg. Es geht dort unter anderem auch darum, dass Probleme in der Infrastruktur bestehen, die vorhanden ist, dass beispielsweise die Arztpraxis, in der Form, wie sie geführt wird, nicht funktioniert, weil der Arzt nur ein paar Stunden in der Woche kommt, die Praxis natürlich voll ist, da Menschen, die wirklich traumatisiert sind, die gefoltert wurden ... (*LTAbg. Amesbauer, BA: „Ist mittlerweile geschlossen!“*) Dann ist sie mittlerweile geschlossen, das macht es schon überhaupt nicht besser, sondern in Wahrheit noch schlechter. Die Situation jedenfalls, das Angebot für die Bevölkerung passt auch die Busverbindungen passen nicht, und, und, und. Aber, Stichwort Bus, also eine Aussage von Ihnen, die hat schon meine besondere Aufmerksamkeit erregt, nämlich, wo Sie sich echauffiert haben darüber, dass Flüchtlinge, junge Flüchtlinge und Kinder aus dem Ort Mürzsteg gemeinsam im Bus sitzen müssen, so haben Sie es formuliert und das finde ich schon richtig, richtig empörend, so etwas zu sagen. So etwas erinnert mich an Apartheidpolitik, ja, es erinnert mich an Apartheidpolitik und das ist nicht in Ordnung, denn Sie machen damit Flüchtlinge zu Menschen zweiter Klasse. (*Beifall bei den Grünen*) Aber jetzt zurück noch einmal zur Situation im Ort. Ja, das Verhältnis passt nicht und wir haben auch immer gesagt, es muss eine bessere Verteilung hier in der Steiermark hergestellt werden. Wie es dazu kommen konnte, dass in einem so kleinen

Ort eine so große Anzahl an Personen untergebracht wird, ist sowieso fragwürdig für mich. Aber es ist uns bisher leider nicht gelungen, das in entsprechender Form aufzuklären. Vielleicht gelingt es ja später einmal. Aber jedenfalls ist es so, dass ich ganz mit Ihnen dahingehend übereinstimme, dass die Verteilung anders hergestellt werden sollte. Wir haben allerdings mittlerweile eine andere Situation, nämlich die, dass in der Steiermark nach wie vor viele Gemeinden keine Schutzsuchenden unterbringen. Und dafür gibt es auch einen Grund, und zwar denjenigen, dass es Menschen gibt in der Steiermark und in ganz Österreich, die herumrennen und überall Hass, Hetze und Neid verbreiten und den Leuten erklären: „Nehmt ja keine Flüchtlinge auf, weil das Leben wird ganz schrecklich werden.“ Das ist das, was welche Partei hier tut? Das ist eine rhetorische Frage. Wir wissen es alle. Das ist die Politik der FPÖ und deswegen ist es eine Scheinheiligkeit und eine Janusköpfigkeit, was Sie hier betreiben, wenn Sie sich hier herausstellen und auf der einen Seite eine bessere Verteilung fordern, aber gleichzeitig in der Steiermark eine Stimmung verbreiten, dass Gemeinden keine Menschen aufnehmen wollen und sollen (*LTabg. Amesbauer, BA: „Wir werden nicht alle aufnehmen können!“*), wenn es nach Ihnen geht. Und das ist nicht in Ordnung, weil, das ist zwiespältig. Das ist auch unglaublich, was Sie da machen. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Ach ja!“*), man kann nicht das eine fordern und gleichzeitig das andere verstärken, was nicht zulässt, dass diese Veränderung, die Sie fordern, überhaupt durchführbar ist. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Darum wählen die Grünen so viele!“*) Das ist Fakt und deswegen stehe ich heute hier. Weil, wir stehen dazu, dass es im Moment nicht anders geht und ich bin mir sicher, dass die Frau Landesrätin, sobald es möglich ist, diesen Ort entlasten wird. Das traue ich ihr zu, das hat sie auch zugesichert. Aber die Situation ist im Moment noch nicht so. Helfen Sie lieber mit, dass andere Gemeinden auch Quartiere eröffnen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei den Grünen – 13.59 Uhr*)

Präsidentin Khom: Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus. Bitteschön, Frau Landesrätin.

Landesrätin Mag. Kampus – SPÖ (13.59 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Ich möchte dem nicht viel hinzufügen. Wir hatten im Ausschuss gut Gelegenheit, zu diskutieren, es war eine gute Diskussion. Ich bestätige, Sie haben Recht, Herr Abgeordneter Amesbauer, die Situation ist nicht so, wie wir sie uns wünschen würden. Ich wiederhole nur

auch hier das, was ich auch im Ausschuss gesagt habe: Der Herr Landeshauptmann und ich stehen für den steirischen Weg, d.h. kleine Quartiere. Der Form halber ist hinzuzufügen, dass dieses Quartier schon sehr viel länger besteht. Wir haben uns bisher bemüht solche Einheiten zu vermeiden. Ob es dauerhaft möglich sein wird, ich weiß es nicht – ich wäre eine Prophetin. Ich wäre es manchmal gerne, ich bin es aber nicht. Und das ganz offene Worte, aber Sie haben ein Signal angesprochen, das Sie sich wünschen von mir, das gebe ich hiermit gerne. Ich kann Ihnen keine Garantie geben, leider, auch hier nicht und heute nicht, weil wir als Land ja keine eigenen Quartiere haben, sondern angewiesen sind auf das Angebot von Dritten, wie Sie wissen. Das heißt, das Signal, das ich Ihnen aber gerne geben würde: Wir sind gesprächsbereit, selbstverständlich, auch in diesem konkreten Fall. Wir haben ja kurz nach dem Ausschuss auch gesprochen, in einem gesonderten Termin die Situation zu besprechen, das werden wir tun. Und sollte es die Möglichkeit von Alternativquartieren geben, von kleineren, werden wir selbstverständlich die von Ihnen gewünschte Änderung herbeiführen. *(Beifall bei der SPÖ – 14.00 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 542/3 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und KPÖ angenommen.

Wir kommen damit zum nächsten Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Finanzen über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 528/1, betreffend „Landesstraße B 67a, Grazer Ringstraße Abschnitt: „St. Peter Hauptstraße, Teil 2“ Entschädigung für die Einlöse einer Wohnliegenschaft samt Baufeldfreihaltung“.

Ich ersuche um Wortmeldungen. Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir, wenn es keine Wortmeldungen gibt, kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht mit der Einl.Zahl 528/2 enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist mehrheitlich angenommen worden mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen der KPÖ und der Grünen. Danke.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.Zahl 556/1, der Abgeordneten Helga Ahrer, Gabriele Kolar, Anton Gangl und Franz Fartek betreffend „Erstellung eines Konzeptes für E-Fahrzeuge im Landesdienst“.

Als Erste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Ahrer.

LTabg. Ahrer – SPÖ (14.03 Uhr): Sehr geehrte Frau Landesrätin, sehr geehrte Landesräte, werte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, werte Zuhörerinnen und Zuhörer im Zuschauerraum und via Livestream!

Nun, hier geht es um einen Selbstständigen Antrag von unserer Seite gemeinsam mit der ÖVP, eben zur Erstellung eines Konzeptes für E-Fahrzeuge im Landesdienst. In der Energiestrategie 2025 und auch im Klimaschutzplan der Steiermark mit der Perspektive 2020 und 2030 ist es ja eines der Kernziele, die Steigerung der Elektromobilität und hier auch unter Einbeziehung, eben wie gesagt, Mobilitätsanalysen bzw. Umsetzungspläne für Elektromobilität in der Landesverwaltung aber auch zum Beispiel die Beschaffung von Elektrofahrzeugen in der Landesverwaltung zu betrachten und der Klimaschutzplan Steiermark enthält zum Thema Elektromobilität auch konkrete Maßnahmen im Wirkungskreis, im eigenen, des Landes zu erstellen bzw. umzusetzen. Zum Beispiel den Ausbau der Elektromobilität, aber auch die Umstellung der Landesflotten auf klimaschonende Fahrzeuge. Schauen wir kurz zu unserem Nachbarn, in das Nachbarland Kärnten. Hier hat es im Jahr 2015 eine Überprüfung der tatsächlichen Fahrdaten des Landesfuhrparks gegeben und auch 2014 wurde dies durchgeführt und gleichzeitig wurden aber auch für alle gängigen und für den Fuhrpark generell in Frage kommenden Elektrofahrzeuge auch Finanzierungsangebote eingeholt bzw. die Kostenunterschiede zwischen Elektrofahrzeugen und den aktuellen im Fuhrpark damals befindlichen Fahrzeugen ermittelt, um eventuelle Alternativen zu finden.

Die Analyse der Fahrdaten hat aber auch von mehr als 300 Fahrtenbüchern und insgesamt 47.000 Datensätzen ein Austauschpotenzial von 62 Fahrzeugen ergeben und bei 32 weiteren Fahrzeugen wurde ein Austausch grundsätzlich als möglich erachtet. Es ist aber auch bei dieser Datenerhebung natürlich auch der Umwelteffekt abgefragt worden bzw. ermittelt worden und hier ist man davon ausgegangen, dass im Mittel 3,8 Tonnen CO² bzw. 1.235 Liter Diesel je Dienstkraftfahrzeug pro Jahr eingespart werden kann. Und natürlich ergäbe sich durch den Wegfall der für Verbrennungsmotoren typische Luftschadstoff ein weiterer positiver Effekt. Es sollen keine zusätzlichen Kosten natürlich entstehen und so hat sich auch das Land Steiermark bzw. die AntragstellerInnen das zum Ziel gesetzt, dass diese Erkenntnisse aus unserem kärntnerischen Nachbarland auch in der Steiermark zielführend wären, dass wir hier den Fuhrpark genau anschauen und dass wir eine Analyse bzw. die Überprüfung der tatsächlichen Fahrdaten des Landesfuhrparks durchführen lassen und täten daher nachher vielleicht zu eventuellen Anschaffungen bzw. zu weiteren Vorgehensweisen aufgrund dieser Ermittlungen machen und ich bitte daher diesem Antrag zuzustimmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.07 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzman: Wir kommen zur nächsten Wortmeldung. Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Erich Hafner.

LTAbg. Hafner – FPÖ (14.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Landesräte, liebe Kollegen im Steiermärkischen Landtag, liebe Zuhörer im Zuschauerraum und via Livestream! Ja, die Kollegin Ahrer hat es bereits vorweg genommen, der Antrag im Ausschuss Infrastruktur bezüglich „Erstellung eines Konzeptes für E-Fahrzeuge im Landesdienst“ wurde von der SPÖ und ÖVP eingebracht und wie die Energiestrategie 2025 und der Klimaschutzplan Steiermark es bereits sagen, sollen diese Kernziele der Steigerung der E-Mobilität herangezogen werden. Auch das Land Steiermark soll nicht nur das Konzept erarbeiten, sondern auch Vorbild, für die, die E-Mobilität bevorzugen, sein. Die Vorrednerin Frau Abgeordnete Ahrer hat bereits alles gesagt zu diesem sogenannten Antrag zur Erstellung eines Konzeptes zur partiellen Umstellung der Elektrofahrzeuge im steiermärkischen Landesfuhrpark, ist positiv zu sehen und wir werden diesem Antrag selbstverständlich die Zustimmung erteilen. Dankeschön. *(Beifall bei der FPÖ – 14.09 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gangl. Bitteschön.

LTAbg. Gangl – ÖVP (14.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer!

Ich möchte es auch ganz kurz machen, wir haben hier einen Antrag im Plenum, der vielleicht nicht so wichtig erscheinen mag, aber ich möchte ihn hinter zwei Gründe stellen. Der eine Grund ist, wir haben internationale Abkommen, die sich dem Klimaschutz verschreiben. Nach Rio ist Paris gefolgt und das sind nicht rein politische Abkommen, sondern es sind gesellschaftspolitische Abkommen, weil diese Abkommen im Zusammenhang mit der Politik und NGO's, also der Gesellschaft entstehen. Diese Abkommen haben schon, wenn sich die Politik ernst nehmen will, auch Bedeutung für die einzelnen Parlamente. Ob das jetzt auf nationaler Ebene ist oder ob das jetzt Landesparlamente sind. Ich glaube, wir können mit diesem Antrag einen Beitrag leisten, ein Bewusstseinsbildungsfenster aufzumachen, dass Klimaschutz sozusagen überall in kleinen Einheiten möglich ist. Wir werden mit der Teilumstellung der Flotte, sofern dass das Ergebnis sein wird, nicht den großen Klimaschutzplan sozusagen bereichern, aber es ist ein kleiner und wesentlicher Teil. Das Zweite was ich sagen möchte ist, und das weiß ich aus den Rückmeldungen aus der Region, dass die Menschen schon Bedürfnis haben, das Klima zu schützen. Hier geht es ihnen nicht um einen betriebswirtschaftlichen Wert, sondern es geht ihnen um einen Wert, dass sie ihren Nachkommen sozusagen etwas hinterlassen können, eine Lebensweise hinterlassen können, dass sie sozusagen dieser globalen, ökologischen Baustelle doch entgegengesetzt haben. Wenn wir hier eine Kleinigkeit schaffen, so geben wir als Politikerinnen und Politiker mit diesem Beschluss ein kleines Zeichen hinaus in die Regionen. In vielen Lebensrealitäten würde sich ein Elektroauto bereits lohnen und es wäre auch einsatzbereit. Ich kenne viele, die als Zweitauto mittlerweile auch in peripheren Bereichen, ein Elektroauto besitzen, weil die kleinen Wege auch mit einem Elektroauto lösbar sind. Und daher finde ich diesen Antrag gar nicht so unwichtig, sondern als sehr wichtig, weil er ein Beispiel geben kann und Bewusstsein bilden kann, dass auch jeder in seinem Bereich, sowie das Land, als auch der Einzelne in den Familien, einen Beitrag zu den großen Verträgen, zu denen wir uns schließlich alle bekennen, hoffe ich, leisten können. In diesem Sinne werden wir natürlich auch zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.11 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Abschließend zu Wort gemeldet ist der zuständige Landesrat. Bitteschön.

Landesrat Mag. Leichtfried – SPÖ (14.12 Uhr): Vielen Dank Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte dem Abgeordneten, dem Vorredner in einem Wort widersprechen, es ist überhaupt nicht unwichtig diese Angelegenheit, du hast es dann eh so gesagt auch und ich glaube, man hat (*LTabg. Gangl: „Es mag nicht unwichtig sein.“*) ich glaube auch nicht, dass es unwichtig sein mag, nämlich es ist eine ganz, ganz entscheidende Frage, die wir hier behandeln. Ich war am Sonntag in Mariazell. In Mariazell, wo wir es gewohnt sind, dass eigentlich im Februar alles tief verschneit ist, dass es eher Probleme mit dem Schnee gibt, als wie sonst was, und da war die Junioren-Rodel-Europameisterschaft. Die haben nur einen Durchgang Rodeln können, weil es am Sonntag unglaublich geregnet hat. Ich glaube, es hat dort noch nie so viel geregnet wie in diesem Winter und es war noch nie so wenig Schnee wie in diesem Winter. Und das ist ja nicht nur in Mariazell so. Ich bin dann nachher nach Graz gekommen, habe mir ein Fußballspiel gemeinsam mit Kollegen angeschaut, das leider unglücklich geendet hat, aber angeschaut haben wir es uns, und habe mir zuerst gedacht: Oh Maria, Februar, da muss man sich warm anziehen und das wird ein bisserl unangenehm. Was war? Es war „bacherlwarm“ dort, die Sonne hat rein gescheint, naja, das Ergebnis hat halt nicht gepasst. Diese Wahrnehmungen sind ja nicht einzeln beschränkte Wahrnehmungen, sondern es sind Dinge, die auf der ganzen Welt wahrgenommen werden und es ist wirklich notwendig, darüber nachzudenken: Wie kann man diese Klimaveränderung verlangsamen bzw. stoppen? Und meine These und mein großes Credo sind, es gibt keine Wundermittel! Es gibt nicht die einzige, seligmachende, klimaverändernde Maßnahme, die alles besser werden lässt, sondern Klimaschutz kann man eigentlich nur betreiben, in dem man hunderte, tausende, kleine Maßnahmen setzt, die am Ende aber zielführend zusammen wirken. Und eine dieser Maßnahmen ist sicherlich Elektromobilität. Elektromobilität allein wird es nicht sein und deswegen haben wir in der Steiermark natürlich versucht, die Dinge auch anderswo zu verändern: S-Bahn-Offensive, Unterstützung von kombiniertem Verkehr, die Verbindung Fahrrad und öffentliche Verkehrsmittel und so weiter und so fort. Klimaschutz-Kochbuch, dass man regionale, saisonale Lebensmittel zu wirklich ausgezeichneten Gerichten verarbeiten kann. Das sind alles Dinge, wo man sagt, ein jedes ist ein Tropfen auf dem heißen Stein, aber wenn aus diesen vielen Tropfen ein kleiner Fluss wird auf dem heißen Stein, kann

es passieren, dass der Stein kalt wird. Und das ist natürlich auch bei dieser Maßnahme der Fall. Es wird nicht die große Klimaschutz-Änderungssituation sein. Wir werden jetzt einmal analysieren, was wir im Landesdienst an Elektromobilität schaffen können, aber es ist wieder ein Schritt weiter dafür zu sorgen, dass es weniger CO² Ausstoß gibt, dafür zu sorgen, dass es weniger Feinstaub gibt und dafür zu sorgen, dass vielleicht andere dann auch darüber nachdenken, ob sie es auch tun könnten, wenn das Land das macht. Ich habe eine Diskussion vor kurzem gehabt, am Markt im Bruck, da ist Samstag immer Wochenmarkt, und da hat einer gesagt: „Ja, ich weiß nicht so recht, ich überlege ja, ob ich das nächste Transportfahrzeug elektrisch machen kann, aber da bin ich der Einzige, es tut ja sonst keiner.“ Da habe ich ihm gesagt, naja, vielleicht steigen wir auch ein. Und vielleicht gibt es dann mehr, die das tun, und ich glaube geschätzte Damen und Herren, das ist der richtige Weg. Deshalb bitte ich Sie wirklich, diesen Antrag auch so zu unterstützen. Die Steiermark soll Vorreiter im Klimaschutz werden. Wir sind es schon ein bisserl aber es gibt noch genug zu tun. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.16 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 556/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt. Zu Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Kontrolle, Einl.Zahl 538/1, über den Maßnahmenbericht an den Kontrollausschuss des Landtages Steiermark gem. Art. 52 Abs. 4 L-VG zum Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Prüfbericht SG. Köflach, 8582 Rosental/Kainach, Panoramiasiedlung 1-2 (Einl.Zahl 9/2).

Ich ersuche um Wortmeldungen. Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir gleich zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 538/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe!

Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Damit kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt. Zu

13. Bericht des Ausschusses für Europa über die Regierungsvorlage, Einl.Zahl 537/1, betreffend Beschluss Nr. 12, EZ 91/4, betreffend Beibehaltung von Bargeld als Zahlungsmittel.

Als Erste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau MMag. Eibinger. Bitteschön.

LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl - ÖVP (14.18 Uhr): Danke, Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen und Zuhörerinnen und Zuhörer!

Als auf meine Initiative hin im Juni und Juli letzten Jahres das Thema „Beibehaltung von Bargeld“ hier in diesem Hause diskutiert wurde, haben wir da und dort noch Stirnrunzeln ausgelöst und man kann damit sagen, wir waren, was dieses Thema betrifft, Vorreiter in der Steiermark und haben auch einen einstimmigen Beschluss in diese Richtung gefasst. Wir haben bereits damals, also im Sommer letzten Jahres darauf hingewiesen, dass es europaweit Tendenzen gibt, das Bargeld und die Zahlung mit Bargeld zurückzudrängen, vor allem in skandinavischen Ländern gab es hier Initiativen. Ja, und mittlerweile ist das Thema in der Europäischen Union auch sehr aktuell, weil diskutiert wird, ob man den 500-Euro Bargeldschein abschafft oder ob eine Begrenzung für die Bezahlung mit Bargeld, die sogenannte Bargeld-Obergrenze eingeführt werden soll. Ich bin sehr froh, dass wir uns wie gesagt, schon im Juni und Juli letzten Jahres klar dafür und einstimmig ausgesprochen haben, keinerlei Beschränkungen bei der Zahlung mit Bargeld zuzulassen. Wir haben damals beschlossen, dass wir uns einerseits an die Bundesregierung wenden, an den Finanzminister, aber auch an unsere Europaabgeordneten. Wir haben seit dem Sommer von beiden Ebenen hier positive Rückmeldungen in unserem Sinne bekommen. Einerseits der Europaabgeordnete Karas, der sich hier auf Europaebene auch eingebracht hat in unserem Sinne und andererseits auch Finanzminister Schelling, der – und das ist auch das heutige Stück, das wir behandeln – klar kund tut, er möchte die Wahlfreiheit für die Konsumentinnen und Konsumenten im Bereich der Zahlungsmittel unbedingt aufrecht halten. Wie gesagt, gibt es jetzt aktuelle

Punkte, die gefordert werden auf europäischer Ebene und es gibt ja auch einen Entschließungsantrag, der diese Punkte behandelt, der wird, wie ich annehme, von meinem Nachredner eingebracht werden, und ich darf auf diese drei Punkte kurz eingehen. Der erste Punkt der gefordert wird, ist die Verankerung von Bargeld als Zahlungsmittel in der Bundesverfassung. Jetzt ist es so, dass das auch von Mitgliedern meiner Fraktion gefordert wird, weil es ein Signal wäre, an unsere Ministerinnen und Minister in Brüssel, dass sie daran gebunden sind. Wir wissen aber auch, dass das europäische Recht immer darüber stehen würde. Es ist auch ein wenig umstritten, auch innerhalb meiner Fraktion, weil viele auch der Meinung sind: Wir sollten darüber nachdenken, was wir in unserer Bundesverfassung verankern wollen! Und das sollten an und für sich die Grundpfeiler eines Staatswesens sein. Wir haben in Österreich hier leider eine Kultur in den letzten Jahrzehnten erlebt, dass unsere Verfassung mit sehr vielen detailreichen Einzelbestimmungen, ja sozusagen „zerfleddert“. Das heißt, es ist umstritten, es gibt Argumente dafür, warum man das in die Verfassung aufnehmen sollte, aber es gibt auch Argumente dagegen, warum man das nicht tun sollte. Komme aber jetzt zum Punkt, warum wir dem konkreten Antrag nicht zustimmen können, weil es wird hier gefordert: „die Bundesregierung möge das in die Verfassung aufnehmen.“ Und als Juristin muss ich ganz klar sagen, dass ist juristisch ein Nonsens. Die Bundesregierung kann nicht die Verfassung ändern, sondern der Nationalrat muss das mit einer Zweidrittelmehrheit machen. Das ist immer noch Sache des Gesetzgebers und vielleicht möge man mir da jetzt Spitzfindigkeiten vorwerfen, aber als Juristin kann ich da so nicht zustimmen und ich werde daher bitte jetzt auch eine punktuelle Abstimmung fordern, weil wir bei diesem ersten Punkt: „Verankerung in der Bundesverfassung“ nicht mitgehen können. Sehr wohl unterstützen werden wir aber die Punkte zwei und drei, die gefordert sind. Punkt zwei, da geht es um die Abschaffung der 500er Note. Also auch da sind wir klar dagegen, dass diese abgeschafft werden soll und auch bei Punkt drei, wir sind klar gegen eine Bargeldobergrenze. Das heißt, die Punkte zwei und drei werden wir gerne unterstützen. Punkt eins können wir nicht mittragen und ich hoffe, dass wir in dieser Sache auch weiterhin im Haus einen breiten Schulterchluss schaffen werden. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.22 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hannes Amesbauer. Bitte.

LTabg. Amesbauer, BA - FPÖ (14.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ja, diese Debatte, die jetzt seit geraumer Zeit los gebrochen ist um Beschränkungen aller Art beim Bargeldzahlungsverkehr, das zeigt mir wieder, mit welchen Themen sich Politiker auf europäischer Ebene auseinandersetzen, gerade im Hinblick auf die aktuellen Krisen, Existenzkrisen, die diese Europäische Union derzeit durchlebt. Also mir ist es unvorstellbar, überhaupt auf die Idee zu kommen, Bargeld aus dem Verkehr zu ziehen. Und wieder einmal ist die Begründung: Naja, das dient der Kriminalitätsbekämpfung, das dient der Terrorismusbekämpfung. Also die Europäische Union ist ja sehr gut daran, den Terrorismus zu bekämpfen, aber sie macht das halt nicht damit, dass sie die Außengrenzen komplett dicht macht endlich, sie macht das damit, dass sie die Bürger schikaniert mit sinnlosen Hirngespinnsten wie einer Verschärfung des Waffenrechtes und natürlich mit dem Anschlag auf unser Bargeld, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das ist nicht der Weg, den wir gehen wollen, das ist nicht der Weg, den die Bevölkerung will. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Barbara Eibinger, du hast es angesprochen, der Antrag, den ihr damals eingebracht habt, der ist einstimmig angenommen worden, das ist ein schönes Zeichen, dass es hier eine Einstimmigkeit gibt und dass das eben in Österreich in der Politik scheinbar d'accord ist und von allen gewollt ist, dass das Bargeld so bleibt. Natürlich ist auch die Diskussion um die 500-Euro Banknote wichtig und da muss man sich auch dagegen aussprechen, weil das ist ja wieder der nächste Schritt. Also das wäre ja wie bei einer Salamtaktik „Scheibchen für Scheibchen“ wird da reduziert, bis am Ende des Tages kein Bargeld mehr da ist. Und auch bei Obergrenzen - ja, also mittlerweile auch die Bundesrepublik Deutschland diskutiert Obergrenzen, wenn ich es richtig im Kopf habe, 5.000 Euro schweben denen vor, in Frankreich glaube ich sind es 1.000 Euro oder in Italien sind es bei 1.000 Euro und im skandinavischen Raum, vor allem in Schweden, sind ja die schon sehr, sehr weit, was die Zurückdrängung des Bargeldes betrifft. Und hier geht es um die Freiheit, hier geht es um die Selbstbestimmung, hier geht es um das Recht der Menschen, auch anonym Käufe tätigen zu können, die nicht überall aufscheinen, die nicht jeder nachvollziehen kann. Ja, und man stelle sich vor, der nächste Schritt ist ja jener, mit der Zinspolitik der Banken. Und darum ist es auch nicht verwunderlich, dass die Banken so hinter dieser Bargeldabschaffung stehen und das vorantreiben, weil jetzt - wir haben zwar keine Zinsen in Österreich, aber gegen Negativzinsen könnten sich die Bürger jetzt noch wehren, in dem sie einfach das Geld abheben und Zuhause aufbewahren, oder was auch immer damit

machen. Wenn es kein Bargeld mehr gibt und man hat Negativzinsen ist man entweder gezwungen, in irgendwelche Investment-Projekte zu investieren, das Geld auszugeben oder eben die Negativzinsen als Strafzinsen auch zu zahlen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Barbara Eibinger hat ja angekündigt, den Punkt zwei und drei unseres Entschließungsantrages zu unterstützen – ich weiß jetzt nicht, ob du den Antrag gestellt hast, auf punktuelle Abstimmung, okay, sonst hätte ich das gemacht – zum Punkt eins nochmals kurz unseres Antrages. Ja gut, es ist natürlich schon eine bisschen eine juristische Spitzfindigkeit, muss ich dir schon sagen, (*LTA*bg. *MMag. Eibinger-Miedl*: „*Tut's besser formulieren.*“) weil wir hier als Landesgesetzgeber, wie sollen wir von uns aus aktiv den Nationalrat zu irgendetwas auffordern, und dass man die Bundesregierung nicht auffordern kann, Verfassungsänderungen herbeizuführen, das sehe ich nicht so, weil du weißt es ja selbst auch, die Masse aller Gesetze, die im Nationalrat beschlossen werden, sind ja selbstverständlich Regierungsvorlagen. Also gut, man kann darüber diskutieren über die Formulierung, aber ich denke, wenn man das wirklich will, aber ich glaube eher, da geht es um etwas anderes, ich glaube, es geht darum, dass die SPÖ auf Bundesebene das ablehnt, nicht, weil das ist eh klar, weil wenn der Herr Lopatka was sagt, muss der Schieder was anderes sagen. Und ihr habt ja die große Harmonie hier – schön für euch, aber es zeigt auch, dass ihr da nicht bei solchen Dingen, wo ihr eigentlich unserer Meinung seid, über eurer Schatten springen könnt, nehmen wir zur Kenntnis, liebe Barbara, muss aber sagen, ich bin wirklich froh, dass ihr zumindestens zwei Punkten zustimmt's und ich werde den Entschließungsantrag jetzt einbringen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten,

1. das Recht auf Barzahlungen in der österreichischen Verfassung zu verankern,
2. sich auf Ebene der Europäischen Union gegen die Abschaffung der 500-Euro-Banknote sowie
3. gegen die Einführung von Obergrenzen bei Bargeldzahlungen einzusetzen und dem Landtag darüber Bericht zu erstatten.

Ich bitte um ihre Zustimmung. (*Beifall bei der FPÖ – 14.28 Uhr*)

Präsident Dr. Kurzmann: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Klubobmann Schwarz. Bitteschön.

LTabg. Schwarz – SPÖ (14.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landesrätin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Also normalerweise erwarte ich von einem Abgeordneten, der will, dass sein Antrag beschlossen wird, eine gewisse Wahlwerbung oder eine Werbung dafür, dass man diesem Antrag zustimmt, aber die Rede, die der Kollege Amesbauer jetzt da diesbezüglich gehalten hat, war eher eine potentielle Beschimpfung derjenigen, die potentiell seinem Antrag zustimmen könnten. Also insofern ist mir diese Logik nicht ganz nachvollziehbar, aber schauen Sie, Ihre Reden haben so wenig Auswirkungen in diesem Landtag, dass diese Negativrede auch keine Auswirkung auf unser Stimmverhalten haben wird. Deswegen werden wir den Punkten zwei und drei durchaus auch zustimmen. Ich möchte vielleicht dazu sagen, ich glaube, wir haben das ja bereits, die Frau Kollegin Klubobfrau hat das ja bereits angesprochen, wir haben uns bereits vor längerer Zeit hier im Landtag Steiermark sehr klar für die Beibehaltung des Bargeldes in Europa aber auch in Österreich und in der Steiermark ausgesprochen. Es gibt keinen Grund von dieser Haltung abzugehen. Ich glaube, es ist sinnvoll, diese Fragen klar auch zu benennen und zu sagen, dass wir dafür sind. Ich wäre nur vorsichtig mit der Kritik mit den Argumenten, dass hier eine Weltverschwörung am Werk ist und dergleichen, weil in vielen europäischen Ländern, zum Beispiel in Schweden, gibt es diese Frage ja bereits oder gibt es sehr weit das Zurückziehen des Bargeldes. Ich halte es für uns nicht sinnvoll, ich halte es politisch nicht sinnvoll, ich halte es im Interesse der Bevölkerung nicht für sinnvoll und deswegen werden wir zwei und drei sehr gerne zustimmen, trotz der negativen Werbung dafür. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.29 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schönleitner. Bitteschön.

LTabg. Schönleitner – Grüne (14.30 Uhr): Danke, Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich wollte nicht rausgehen, aber irgendwie bin ich leicht irritiert, wie die Debatte geführt wird und was da alles vermischt wird, und es hat mich speziell auch völlig von dir wieder erstaunt, Kollegin Barbara Eibinger, dass du solchen Debatten auf den Leim gehst. Weil natürlich kann man sagen, man muss überlegen, ob man Bargeld noch braucht – ja oder nein, oder ob wir das haben wollen – ja oder nein, oder was das bewirkt in der Folge? Aber es ist alles jetzt hier

herausen vermischt worden. Es war von der Obergrenze die Rede, es war von der Abschaffung der 500-Euro Banknote die Rede und von der generellen Abschaffung des Bargeldes. Alle drei Dinge sind völlig unterschiedlich. Es hat überhaupt, aus meiner Sicht habe ich das zumindest nicht gehört, in dieser Debatte die Differenzierung stattgefunden. Weil man muss schon einmal ehrlich sagen, was sind denn die Hintergründe? Die 500-Euro Banknote, warum denkt man an die Abschaffung? Ich habe jetzt noch einmal ein bisschen nachgelesen. 1.000 Milliarden Euro sind im Umlauf in Form dieser 500-Euro Banknoten. Das sind in etwa 30 % des gesamten Bargeldes, was auf europäischer Ebene im Umlauf ist, und aus diesem Grund auch hat man überlegt, ja was macht das für einen Sinn, wenn die meisten Europäerinnen und Europäer noch nie so eine Banknote in der Hand gehabt haben oder jedenfalls nicht täglich beim Einkauf oder beim Geschäft machen damit hantieren. Dann muss man überlegen dürfen: Halte ich das aufrecht – ja oder nein? Es gibt, glaube ich auch, eine 200-Euro Banknote, ich glaube, die ist gelb, jeder wundert sich, wenn er einmal eine in der Hand hat, weil es in der Realität, in der Realität dann in dieser Form nicht gebraucht wird. Und das war der ernsthafte Ansatz, warum man natürlich überlegen muss, auch wenn man über Vereinfachungen redet, auch in wirtschaftlichen Abläufen oder auch im täglichen Handel, im täglichen Einkaufen, ob so etwas sinnvoll ist? Das ist das eine. Darum hat man die 500-Euro Banknote grundsätzlich natürlich hier im Visier. Und ich glaube zu Recht, weil ich muss überlegen, ist es sinnvoll oder nicht? Genauso ist es sinnvoll oder nicht, sehr kleine Münzen in diesem Bereich immer bei der Preisgestaltung mitzuhaben und dann natürlich auch in der wirtschaftlichen täglichen Realität, beim Einkaufen gehen – ja oder nein? Das ist die eine Sache mit der 500-Euro Banknote. Das andere, nämlich die Obergrenze, hat einen ganz anderen Sinn. Das kommt ja nicht von irgendwelchen böswilligen ExpertInnen, Gruppen und Kreisen her, sondern man hat letztendlich natürlich eine Hauptaufgabe in der Politik weltweit, auch europaweit, auch wir in Österreich, das zeigen uns die Zahlen von Trans-Spirits-International, das ist die Korruptionsbekämpfung, ja, und der Grund natürlich, warum Korruptionsbekämpferinnen und Korruptionsbekämpfer darauf drängen, dass Zahlungen nur bis zu einem gewissen Ausmaß in bar stattfinden und darüber hinaus, der Zahlungsweg in Falle von wirklich ernsthaften, tiefgehenden Ermittlungen nachvollziehbar sein muss, weil er über Kontenabläufe stattfindet, dann geht es darum, letztendlich um die Korruptionsbekämpfung. Und das ist, glaube ich, schon ein Grund, über das müsste man nachdenken. Die teuersten Flüchtlinge, Kollege Amesbauer, sind die Steuerflüchtlinge, das wissen wir. Wir wissen wie, wie de facto Konzerne hier in anderen Bereichen hier Gelder

verschieben, wo letztendlich eben kein realwirtschaftlicher Bezug da ist, zur tatsächlichen Leistung und natürlich es logisch und sinnvoll ist, zu überlegen, um hier mit Obergrenzen herzugehen, um die teilweise nicht nachvollziehbaren Geldflüsse transparenter zu machen. Das ist die Obergrenze. Zuerst haben wir gehabt die 500-Euro Banknote, die Obergrenze und die generelle Abschaffung des Bargeldes, ja, die ist ja jetzt überhaupt nicht ursprünglich zur Debatte gestanden. Das ist ja ganz was anderes gewesen. Ich meine grundsätzlich kann man sagen, wenn wir in fünf oder zehn Jahren sehen, es ist bei aller realwirtschaftlichen Ausrichtung und das ist das Wichtigste, vielleicht nicht mehr notwendig, dass man sagt, man muss auch in Münzen bezahlen, da sind wir aber noch weit weg, weil sonst werden viele Menschen abgeschnitten, dann könnte ich auch darüber nachdenken und das Bargeld generell abschaffen. Aber es sind unterschiedliche Dinge. Und hier heraußen ist alles vermischt worden und das werfe ich der ÖVP schon ein bisserl vor, Kollegin Barbara Eibinger, das war eine Politik der Symbolik. Ihr wollt halt auch sagen, wir schauen, dass in unsicheren Zeiten gewisse Sicherheitssignale gesendet werden. Das ist schon alles recht und gut, aber drei Dinge zu vermischen, die ursächlich überhaupt nichts gemein haben oder nichts miteinander zu tun haben, das ist aus meiner Sicht unseriös. Darum habe ich mich noch einmal gemeldet. Danke für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 14.34 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Noch einmal zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Eibinger. Bitteschön.

LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl - ÖVP (14.35 Uhr): Danke, Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen, vor allem Herr Klubobmann Schönleitner!

Das kann ich jetzt auch nicht so unwidersprochen stehen lassen. Weil du gemeint hast, die Abschaffung von Bargeld, das sei zu plakativ und so weiter. Faktum ist, dass wir im Sommer diskutiert haben, dass das Bargeld und das Bezahlen mit Bargeld immer mehr zurückgedrängt wird. Es gibt in skandinavischen Ländern Tendenzen, dass man in Geschäften und Tankstellen nicht mehr mit Bargeld zahlen können soll, das heißt, das geht in die Richtung Abschaffung von Bargeld. Das war der Anlassfall für die Debatte und für unseren einstimmigen Beschluss im Sommer letzten Jahres. Das Zweite was jetzt hinzukommt in die Debatte, wie du richtig angesprochen hast, da geht es um die 500er Banknote und um die Bargeldobergrenze. Das hat sich jetzt aktuell in der Europäischen Union in der Debatte im

Zusammenhang mit Bargeld ergeben. Und eine Fraktion unseres Hauses hat diesen Antrag und diese Regierungsvorlage zum Anlass genommen, auf diese aktuellen Entwicklungen einzugehen. Das ist auch legitim, und das machen die Grünen auch in vielen Fällen, also da hier jetzt von einer Vermischung aller Dinge zu reden, halte ich für nicht zulässig. Und ich möchte auch auf die zwei Punkte eingehen, weil du gesagt hast, der eigentliche Hintergrund ist die Korruptionsbekämpfung, die hier passieren soll. Es gibt aber auch sehr viele Expertenmeinungen dazu. Die erste sagt, wenn man die 500er Banknote abschafft, würde sofort die 200er Banknote hier diese Funktion übernehmen. Das heißt, die Auswirkungen auf die Korruptionsbekämpfung wären gering und auch was die Bargeld-Obergrenze betrifft, ist es so, dass ja mittlerweile und du hast es selber genannt, Gelder verschoben werden, dass man auch mit diversen Konten weltweit die Zahlungsflüsse sehr wohl so stückeln kann und eben auch verschlüsseln kann, dass es eben so wenig der Korruptionsbekämpfung behilflich wäre, wenn man das Bargeld hier zurückdrängt und eine Obergrenze macht. Bitte da um Kenntnisnahme. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 14.37 Uhr)*

Präsident Dr. Kurzmann: Noch einmal zu Wort gemeldet ist auch Hannes Amesbauer. Bitteschön.

LTabg. Amesbauer, BA - FPÖ (14.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich muss mich auch noch einmal ganz kurz zu Wort melden, der Lambert hat mich richtig herausgefordert. Lambert, nur zur Erklärung, du behauptest, diese drei Punkte, Bargeldabschaffung, 500-Euro Banknote und Obergrenzen hätten inhaltlich nichts miteinander zu tun. Lieber Lambert, das mit dem 500er, was jetzt in Diskussion ist, ist der erste Schritt, und ich habe ja gesagt, wie bei einer Salomitaktik. Und der zweite Schritt ist schon die Obergrenze. Natürlich steht als dritter Schritt die totale Bargeldabschaffung, das wird auch diskutiert, auch in der EZB schon, und ich gebe der Barbara Eibinger da vollkommen Recht und bin dir auch dankbar, dass Sie die Initiative gesetzt hat, damals, die wir gerne unterstützt haben. Wie gesagt, retten wir unser Bargeld. Lassen wir keine Schritte zu. Du hast natürlich auch Recht, dass der 500-Euro Schein nicht das Alltagszahlungsmittel der breiten Masse ist. Ich selbst habe auch nicht oft einen 500-Euro Schein eingesteckt, die meisten nicht, aber lieber Lambert, wenn man sich Amerika ansieht, und du führst selbst die Probleme mit der Geldwäsche und mit der Korruption, Kriminalität an, aber in Amerika ist die höchste Banknote der 100-Dollar Schein. Ich glaube nicht, dass die bei Bargeldzahlungen

weniger Probleme haben wie wir, ganz im Gegenteil. Und wenn der 500er abgeschafft wird, dann tritt halt an die Stelle des 500er der 200er. Also da machst du es dir zu einfach, wenn du behauptest, das hat inhaltlich nichts miteinander zu tun. Das ist überhaupt nicht so, lieber Lambert. Ich bin froh, dass wir eine breite Mehrheit für die zwei Punkte hier zusammenbringen, so wie wir damals auch voll Überzeugung der ÖVP und der SPÖ zugestimmt haben. Und abschließend noch, sehr geehrter Herr Klubobmann Schwarz, ich weiß nicht, wem Sie zugehört haben, auch glaube ich nicht, dass ich irgendjemanden beschimpft habe, ich glaube auch nicht, dass die Frau Klubobfrau Eibinger das so aufgefasst hat, im Gegenteil, ich habe mir nur die Anmerkung erlaubt, dass aus meiner Sicht, das eine juristische Spitzfindigkeit ist, mit dem Punkt eins, weil selbstverständlich kann die Bundesregierung Regierungsvorlagen einbringen, aber sei es drum, wir sind froh und auch dankbar und glücklich, glücklich, dass wir hier vom Landtag aus ein Zeichen setzen, dass wir zur Bargeldzahlung ohne jegliche Veränderungen und Einschränkungen stehen. Danke.
(Beifall bei der FPÖ – 14.39 Uhr)

Präsident Dr. Kurzmann: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem im Schriftlichen Bericht, Einl.Zahl 537/2, enthaltenen Ausschussantrag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, Einl.Zahl 537/3, betreffend Sicherung der Beibehaltung des Bargeldes ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Hier ist eine punktuelle Abstimmung gewünscht und ich lese noch einmal vor, damit jeder weiß, worüber abgestimmt wird.

Der erste Punkt betrifft „das Recht auf Barzahlungen in der österreichischen Verfassung zu verankern.“

Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Also dieser Antrag ist in der Minderheit geblieben. Dafür gestimmt haben nur FPÖ und KPÖ.

Der zweite Teil bezieht „sich auf Ebene der Europäischen Union gegen die Abschaffung der 500-Euro Banknote einzusetzen“.

Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ, gegen die Stimmen der Grünen angenommen.

Und der dritte Punkt ist „gegen die Einführung von Obergrenzen bei Bargeldzahlungen einzusetzen und darüber dem Landtag darüber Bericht zu erstatten“.

Wer dafür ist, für diesen dritten Punkt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Mehrheitlich mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und KPÖ, gegen die Stimmen der Grünen angenommen.

Somit kommen wir zur Behandlung der Dringlichen Anfrage.

Präsidentin Dr. Vollath: Am Sonntag, dem 14. Februar 2016 wurde um 20.41 Uhr von Abgeordneten der SPÖ und ÖVP eine Dringliche Anfrage an Frau Landesrätin Mag. Doris Kampus, betreffend „Integrationshilfe – Zukunft der Bedarfsorientierten Mindestsicherung“ eingebracht. Ich erteile Herrn Klubobmann Landtagsabgeordneten Johannes Schwarz das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

LTAbg. Schwarz – SPÖ (14.42 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, werte Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Diskussion rund um die Bedarfsorientierte Mindestsicherung oder die Zukunft der Mindestsicherung ist ja eine, die wir seit vielen Jahren führen. Eine Diskussion um Höhen, eine Diskussion um Berechtigung, eine Diskussion um Anspruchsberechtigte und dergleichen, und so erleben wir jetzt gerade in den letzten Wochen wieder auch eine österreichweite Diskussion rund um diese Bedarfsorientierte Mindestsicherung. Eine Diskussion, die, wenn ich mir diese Bemerkung erlauben darf, nicht gerade häufig von Fakten und Tatsachen begleitet wird, sondern eine Diskussion, die sehr oft dazu benutzt wird, falsche Bilder zu zeichnen, falsche Zahlen zu benennen, Anspruchsgruppen gegeneinander auszuspielen. Kurz gesagt, eine Diskussion, die sehr viel, auch vor allem in den sozialen

Medien mit Mythen und Unwahrheiten in Verbindung zu bringen ist. Denn eines ist aus meiner Sicht klar, die Bedarfsorientierte Mindestsicherung, die im Jahr 2011 österreichweit im Rahmen einer 15a-Vereinbarung eingeführt wurde, ist aus meiner Sicht ein sozialpolitischer Meilenstein. Ein sozialpolitischer Meilenstein, weil es erstmals gelungen ist, österreichweit, die Leistungen, die Ansprüche, die Menschen in Österreich gegenüber den Sozialgesetzen haben, grundsätzlich zu vereinheitlichen, dass nämlich ein Mensch, der Sozialhilfe bis jetzt in der Steiermark bezogen hat, ein Mensch, der in Wien bezogen hat, ein Mensch, der in Vorarlberg bezogen hat, grundsätzlich die gleichen Ansprüche und die gleichen Leistungsansprüche hat. Der zweite Meilenstein war die Frage der Krankenversicherung. Das wird immer sehr gerne vergessen, dass nämlich das erste Mal im Rahmen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung die Frage der Krankenversicherung österreichweit geregelt wurde und der dritte entscheidende Punkt war auch und ist auch, dass zum ersten Mal auch der Fokus darauf gelegt wurde, die Menschen wieder verstärkt in den Arbeitsmarkt zurückzubringen. Also Menschen ein Sprungbrett dafür zu geben, dass sie nicht in der Sozialhilfe/in der Mindestsicherung verharren müssen, sondern dass sie die Möglichkeiten und die Chancen haben, wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren. Und diese Leistungen und diese wichtigen Maßnahmen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung waren und sind aus meiner Sicht etwas was man schätzen sollte und etwas, was man in der aktuellen Diskussion nicht vergessen sollte, liebe Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Aber natürlich ist es notwendig, aufgrund auch der Veränderungen unserer Gesellschaft, aufgrund der aktuellen arbeitsmarktpolitischen Situation auch österreichweit, aufgrund auch durchaus der Asyl- und der Fluchtbewegungssituation, die Europa betrifft, aber auch Österreich und die Steiermark betrifft, darüber zu diskutieren, ob es nicht notwendig ist, den einen oder anderen Punkt an dieser Mindestsicherung zu verbessern und den einen oder anderen Punkt auch hier weiter zu entwickeln. Also es geht ja nicht darum, dass wir ein Sozialhilfegesetz, ein Mindestsicherungsgesetz für die Ewigkeit beschließen, sondern es geht immer darum, dass wir auch notwendige Adaptierungen in diesem Bereich, wenn es notwendig ist, durchführen und deswegen glaube ich, dass es schon wichtig ist, diese Diskussion hier auch im Landtag zu führen. Eine Diskussion über die Zukunft der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, nämlich auch deshalb, weil ja diese 15a-Vereinbarung mit Ende des Jahres 2016 ausläuft und es notwendig ist hier, es passiert ja auch schon auf Bundesebene, sich über die Zukunft Gedanken zu machen und hier denke ich, dass es auch notwendig ist, dass wir hier dies auch im Steiermärkischen Landtag, im Landtag

Steiermark beschließen, und weil die Zukunftscoalition, die Koalition aus SPÖ und ÖVP sich dessen auch schon bewusst war, ist das ja auch ein Teil unseres Koalitionsübereinkommens und deswegen denke ich, dass es wichtig ist, dass wir uns heute mit dieser Frage auseinandersetzen. Nicht zuletzt deshalb, weil die zuständige Soziallandesrätin ja erst vor kurzem auch den Punkt der Integrationshilfe in die Debatte eingebracht hat. Ein wichtiger Punkt, der hier auch der Konkretisierung hier im Landtag bedarf, und deswegen haben wir als SPÖ Fraktion gemeinsam mit der ÖVP Fraktion hier auch eine Dringliche Anfrage eingebracht, um nämlich der Debatte insofern Raum zu geben, dass es sinnvoll ist, sich mit vernünftigen Argumenten, mit Tatsachen und Fakten, mit dieser Frage auseinander zu setzen und hier gemeinsam an der Weiterentwicklung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung zu arbeiten und deswegen darf ich folgende Dringliche Anfrage einbringen:

1. Wie viele Menschen beziehen derzeit Leistungen aus der Bedarfsorientierten Mindestsicherung?
2. Wie lange ist die durchschnittliche Verweildauer?
3. Wie hoch ist der durchschnittliche Leistungsbezug?
4. Welche Maßnahmen setzen Sie zu einem effizienteren Vollzug der Bedarfsorientierten Mindestsicherung und zur Bekämpfung eventueller Missbrauchsfälle?
5. Welche Maßnahmen setzt das Land Steiermark, damit die Mindestsicherung verstärkt als Sprungbrett in die Arbeitswelt dienen kann und MindestsicherungsbezieherInnen wieder den Einstieg in den Arbeitsmarkt schaffen?
6. Welche Integrationsmaßnahmen setzt das Land Steiermark für Asylberechtigte?
7. Wie sieht das vorgeschlagene Modell der "Integrationshilfe" aus und für wen ist es gedacht?
8. Warum ist das neue Modell der "Integrationshilfe" notwendig und welche Vorteile hat es?
9. Warum ist eine solidarische Finanzierung dieser Integrationshilfe und der durch Flüchtlingsintegration zu bewältigenden Herausforderungen auf europäischer Ebene notwendig?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich auf eine faktenbasierte und gute sachliche Diskussion und freue mich auf die Antworten der Frau Landesrätin. Herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 14.49 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Ich erteile dir Frau Landesrätin das Wort zur Beantwortung der Anfrage.

Landesrätin Mag. Kampus (14.49 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Ich danke für die Möglichkeit, zu diesem Thema Stellung beziehen zu dürfen. Es ist mir ein wirkliches Anliegen, und ich schließe mich den Worten unseres Klubobmannes an, ich freue mich auf eine differenzierte, auf eine gute, auf eine sachliche Diskussion. Bevor ich auf die Fragen eingehe, erlauben Sie mir ein paar Bemerkungen vorweg. Eine gute, sachliche Diskussion; Es ist in der letzten Zeit tatsächlich auffallend, dass gerade zum Thema der Mindestsicherung sehr oft diese Ebene verlassen wird. Umso verwunderlicher ist es, weil diese Mindestsicherung nur von 2 % der Menschen in der Steiermark in Anspruch genommen wird. Ich werde jetzt versuchen, ein paar Daten Ihnen mitzugeben und zu zeigen, es ist wichtig, dass wir darüber reden, aber es ist genauso wichtig, darüber zu reden, was Thema ist, was Sache ist und was nicht Thema ist, wo es um Vorurteile geht, wo es um Pauschalverurteilungen geht, wo es darum geht, Menschen unter einen Generalverdacht zu stellen. Und das möchte ich an den Beginn meiner Rede stellen. Es ist mir ein Anliegen zu sagen, da kann ich, da kann meine Partei auch ganz sicher nie mit, dass wir einzelne Menschengruppen diffamieren, dass wir sagen, diese Menschen verdienen diese Mindestsicherung nicht, das ist die Hängematte, das ist der Missbrauch, da bitte ich wirklich darum, ich bitte Sie wirklich, diese Diskussion nicht auf diesem Niveau zu führen, sondern tatsächlich Argument gegen Argument, gute, harte Diskussionen, aber auf der Basis von Tatsachen.

Wie schauen die Tatsachen in der Steiermark aus. Die Tatsachen schauen folgendermaßen aus. Wir haben gerade bundesweit eine Diskussion zum Thema der Mindestsicherung. Die 15a-Vereinbarung wird auslaufen, und es gibt unterschiedlichste Überlegungen österreichweit, wie man die Mindestsicherung entwickeln könnte, weiter entwickeln könnte. Das ist auch gut so, das ist richtig so, und es soll auch mit Fug und Recht darüber geredet werden, und das werde ich heute auch tun, dass manche Punkte bei der Mindestsicherung verbesserungsfähig sind, dass wir im Vollzug Punkte haben, die besser funktionieren können. Ja, selbstverständlich und darüber muss auch geredet werden, und das werde ich auch tun heute. Genauso muss aber darüber geredet werden, wie gesagt, ich habe einen Prozentsatz erwähnt, rund 2 % der Steirerinnen und Steirer beziehen Mindestsicherung. Und das sind

nicht, wie man so oft hört, Familien mit weiß nicht wieviel Kindern, und die nutzen dieses System aus, und, und, und. Von allen, die die Mindestsicherung beziehen, haben wir 2 % Familien, die vier oder mehr Kinder haben. Die Mehrheit der Bezieher und Bezieherinnen sind alleinerziehende Mütter. Die zweitgrößte Gruppe sind ältere Menschen, die wir wahrscheinlich alle gemeinsam als Pensionisten bezeichnen würden, denen dann schlicht aber die Beitragsjahre fehlen, um in Pension gehen zu können. Das heißt, das sind Nachbarn von uns, das sind Kollegen, das sind Menschen, die wir alle kennen, und da müssen wir umso behutsamer, umso vorsichtiger sein, wenn wir dieses berühmte letzte Netz zur Diskussion stellen. Und wenn wir es tun, dann bitte differenziert. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Ein zweites Thema, das ich gerne ansprechen würde, und ich möchte es auch so formulieren, ja, selbstverständlich, ich bekenne mich zur Mindestsicherung in der vorliegenden Form. Ich habe aber auch erwähnt, und da gibt es konkrete Vorschläge auch mit unserem Koalitionspartner gemeinsam, dafür danke, wie wir die Mindestsicherung verbessern können. Wir haben Themen in Vollzug, wir haben die Mindestsicherung jetzt evaluiert, sie wurde vor ungefähr fünf Jahren eingeführt, das ist legitim und richtig das zu tun, und da hat sich gezeigt, dass in der Schnittstelle, an Schnittpunkten von unterschiedlichen Organisationen, die damit befasst sind, beschäftigt sind, dass es da Reibungsverluste gibt, dass es bei der Datenübermittlung besser funktionieren kann, dass es im Vollzug, auch was Sanktionen betrifft, dass wir da besser werden können. Das sage ich ganz offen, das ist keine Schande, man muss dazu stehen, dass Systeme sich weiter entwickeln dürfen, dass sich die Rahmenbedingungen geändert haben. Und das werden wir auch tun. Wir werden vorbereiten, einen Vorschlag, wie wir die Mindestsicherung im Vollzug verbessern können, und da gibt es sehr, sehr gute Vorschläge aus der Verwaltung, aus den Bezirksverwaltungsbehörden, aus unterschiedlichen Gremien, aus Arbeitsgruppen, und es ist wichtig, das auch offen zu sagen: Ja, manche Dinge können wir besser machen. Was wir nicht tun sollten? Nicht tun sollten, ich habe es vorhin unter Generalverdacht gestellt, was wir nicht tun sollten und es fällt schwer, über dieses Thema zu reden, denn ich glaube, man kann es sich nicht wirklich vorstellen, wie es sich anfühlt, wenn man von 837 Euro im Monat leben muss. Um auch diesen Betrag zu nennen, 837 Euro im Monat, das ist kein Betrag, wo man diskutieren müsste: Braucht das der Einzelne? Ja, aber selbstverständlich braucht das der Einzelne, und Sie alle wissen, Sie alle müssen leben, Sie alle haben Familien, Sie wissen was das bedeutet. Selbstverständlich braucht das der Einzelne. Was wir aber auch tun müssen, wir haben uns die Wohnungstangente angeschaut – österreichweit, und da haben wir ein System in der

Steiermark, das auch verbesserungswürdig ist. Und auch das werden wir mit unserem Koalitionspartner und gemeinsam mit Ihnen gerne diskutieren. Wir haben nämlich drei unterschiedliche Quellen, die das Thema Wohnen derzeit speisen. Wir haben innerhalb der Mindestsicherung eine 25 % Tangente, wir haben den sogenannten erhöhten Wohnungsaufwand und wir haben die Wohnbeihilfe. Und das sind drei Systeme, die das gleiche Thema unterstützen, und selbstverständlich gibt es auch da Verbesserungspotential. Und selbstverständlich gibt es da auch die Möglichkeit, dieses Thema „Wohnen“ zu ermöglichen, zu verbessern. Dazu stehe ich, dazu stehen wir, wir stehen nicht an zu sagen, dass wir Dinge besser tun können. Ich bitte Sie und danke Ihnen schon jetzt, dass Sie uns in dieser Diskussion gut, mit guten Argumenten begleiten werden. Nun aber jetzt zu einem Thema, das ich noch erwähnen möchte, weil es zur Mindestsicherung dazu gehört und weil es auch im Regierungsübereinkommen so steht. Die Relation zwischen der Mindestsicherung und dem Erwerbseinkommen ist zu überprüfen. Ja, das ist richtig, die Treffsicherheit ist zu überprüfen, keine Frage. Was aber aus meiner Sicht viel wichtiger ist, und wir nennen es immer „kommunizierende Gefäße“, es ist viel, viel wichtiger, die Tatsache zu erwähnen, dass wir derzeit auf eine freie Stelle in der Steiermark 14 Menschen haben, die diese Stelle gerne haben wollen. Das heißt, wir müssen auch natürlich über die Arbeitsmarktsituation reden. Wir müssen auch darüber reden, dass wir erstmalig in Österreich mehr als eine Million Menschen haben, die in prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten. Das heißt, wir haben eine Situation, wo die Reallöhne sinken, wo Menschen Beschäftigungsverhältnisse haben, von denen sie nicht mehr leben können, und das sind die berühmten Aufstocker. Ich werde die Zahlen später noch nennen. Wir haben mehr als Zweidrittel der Menschen, die die Mindestsicherung zusätzlich beziehen, entweder zum Arbeitslosenbezug oder entweder zu ihrem Einkommen. Schon allein das soll Ihnen allen zeigen, das ist nicht die Hängematte, das ist in einer schwierigen Situation im Leben von Menschen ein Ausgleich zu dem, was man im Mindestmaß für das Leben braucht. Und ich hoffe, dass wir uns hier in diesem Hohen Haus einig sind, dass 837 Euro zum Leben das ist, was man braucht und dass das nicht zur Diskussion gestellt wird. Das sind für mich so Grundpfeiler, die ich vorweg stellen wollte. Und einen weiteren Grundpfeiler, den ich vorweg stellen wollte ist, wir stehen zur Höhe der Mindestsicherung, wie lehnen Vorschläge ab, die da lauten: Es muss doch möglich sein, dass eine Familie mit drei Kindern von 1.500 Euro lebt etc. Dafür stehe ich nicht, dafür steht die SPÖ nicht. Das ist etwas, das polemisch ist, das den Menschen in ihrer Not nicht dem entspricht, was sie sich von uns erwarten. Und ein Satz, und ich weiß, ich langweilige Sie möglicherweise damit, aber es tut

mir leid, ich muss diesen Satz immer wieder sagen: „Keiner von uns weiß, ob er nicht einmal in die Situation kommt, dass er Hilfe braucht.“ Und dann sollten wir diese Hilfe nicht als Gabe, nicht als großzügiges Geschenk, sondern es sollte legitim sein, dass jemand, der sein Leben in ein System einzahlt, der sich darauf verlässt, dass dieses System dann auch für ihn da ist, wenn er es braucht. Und das ist so ein Meilenstein, der aus meiner Sicht auch nicht diskutabel ist. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Ich darf nun zur Beantwortung der an mich gestellten Fragen kommen.

Zur Frage 1.

Wir haben im Jahr 2015 rund 25.000 Menschen in der Mindestsicherung gehabt. Warum ich sage „rund“ und warum ich – und auch das ganz bewusst – warum Sie da unterschiedliche Zahlen hören werden, weil ja, wie ich bereits ausgeführt habe, nicht alle Personen in der Mindestsicherung vom ersten bis zum letzten Tag des Jahres 2015 in diesem System sind. Wir haben eine durchschnittliche Verweildauer von sechs bis neun Monaten, deswegen rund 25.000 Menschen im Gesamtjahr 2015. Im Schnitt haben wir im Monat rund 18.000 Bezieherinnen und Bezieher in der Steiermark, und wenn ich diese 25.000 hernehme, rund 2 % der Steirerinnen und Steirer sind auf diese Unterstützungsleistung angewiesen. Die durchschnittliche Verweildauer liegt bei sechs bis neun Monaten. Wir hatten im letzten Jahr acht Monate, wie gesagt, das kann variieren, und wir haben 20 % der unterstützten Haushalte, die diese Leistung weniger als drei Monate bezogen hat. Ich mag Sie jetzt da nicht sozusagen mit Zahlen überhäufen, aber all das soll Ihnen ein Signal geben, dass das was der Klubobmann Schwarz angesprochen hat, die Mindestsicherung wurde eingeführt, um Menschen wieder an die Arbeit heranzuführen, dass uns das zumindest teilweise gelingt. Auch da können wir noch besser werden, selbstverständlich. Auch da braucht es noch mehr Maßnahmen. Aber grundsätzlich ist die Mindestsicherung eine wertvolle Hilfe in einer schwierigen persönlichen Situation. Sie ist aber nichts, was man irgendjemanden wünscht, und sie ist auch nichts, worauf die Menschen besonders stolz wären. Das können Sie mir glauben. Ich habe in meinem Ressort ganz, ganz viele Gespräche mit Menschen, denen es gerade nicht gut geht, und da ist immer so dieses Gefühl dabei, muss ich mich jetzt dafür schämen oder nicht. Nein, muss man sich nicht. Wie gesagt, niemand von uns weiß, wie es einmal kommen wird. Niemand von uns weiß, was er einmal brauchen wird, und da soll es keine mildtätige Gabe sein, sondern in einem Sozialstaat, wie Österreich, eine Selbstverständlichkeit, dass man in dieser schwierigen Situation auf die Mindestsicherung zugreifen kann. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)*

Zur Frage 3.

Der durchschnittliche Bezug beträgt 310 Euro. Auch das bitte nehmen Sie als Signal. Die Mindestsicherung wird in sehr, sehr vielen Fällen verwendet, wenn ich

- a) von dem nicht leben kann, was ich verdiene für meine Arbeit. Warum auch immer? Oder
- b) weil ich einen Arbeitslosenbezug habe, der unter der Grenze ist, wovon ich ganz schlicht leben kann.

Deshalb 310 Euro und zwei Drittel der Bezieher sind die sogenannten Aufstockerinnen und Aufstocker, die eben diesen Betrag zusätzlich zu einem sonstigen Einkommen erhalten.

Zur Frage 4.

Ich habe es schon kurz in der Einleitung erwähnt, was tun wir, um besser zu werden, um den Vollzug zu verbessern? Da haben wir sehr viel vor. Ja, ich stehe dazu, da könnten manche Dinge besser laufen. Wir haben festgestellt, dass zum Beispiel Schnittstellen zwischen dem Arbeitsmarktservice und den Bezirksverwaltungsbehörden, was die Datenübermittlung betrifft, dass die besser werden können. Wir haben da auch schon etwas in Planung, wie man das verbessern kann. Es gibt derzeit ein sehr kompliziertes Mahnsystem, bis ich tatsächlich in der Mindestsicherung bei Arbeitsverweigerung sanktionieren kann. Wir haben vor, dieses Mahnsystem zu verbessern, im Sinne, schneller agieren zu können. Da glaube ich, da hoffe ich, sind wir uns einig, wir wollen fördern, wir wollen die Menschen unterstützen, aber wir wollen sie natürlich auch fordern. Und wenn ich gewisse Auflagen habe, dann sind diese Auflagen zu erfüllen, und wenn ich diese nicht erfülle, dann habe ich ganz schlicht mit einer Reaktion zu rechnen. Und ja, wir denken auch ganz intensiv darüber nach, aber nicht nur wir in der Steiermark, auch da gibt es einen einstimmigen Beschluss der Sozialreferentenkonferenz, vermehrt Leistungen in Sachleistungen umzuwandeln. Das ist etwas, was wir bereits schon tun, das ist etwas, wo andere europäische Länder sehr, sehr positive Erfahrungen haben, und das ist etwas, wo wir glauben, dass es auch für jene Menschen, die wir mitunterstützen wollen, eine gute und sinnbringende Variante ist.

Die Frage 5. Welche Maßnahmen setzt das Land Steiermark, damit der Wiedereintritt in den ersten Arbeitsmarkt verbessert wird?

Das ist ein schwieriges Thema. Wir haben schon über Armutsbekämpfung hier gesprochen. Wir haben über beschäftigungspolitische Maßnahmen gesprochen. Gerade bei der Zielgruppe der BezieherInnen der Mindestsicherung ist es ein Thema, das uns natürlich beschäftigt. Diese

Menschen haben oft multiple schwierige Situationen. Es ist nicht leicht, sie heranzuführen wieder an den ersten Arbeitsmarkt. Aber unsere ganze Kraft, gemeinsam mit dem AMS, gilt diesem Vorhaben, und es ist das Ziel, Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen. Es ist nicht das Ziel, sie in diesen Sozialsystemen zu halten. Wir haben kurz vor Weihnachten gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice ein Paket in Summe von 74 Millionen Euro präsentieren dürfen, wo Teile davon genau dem dienen, dass Menschen wieder in Beschäftigung gebracht werden. Denn eines ist klar und da wird heute das Thema Sparen, Sozialkosten explodieren und, und, und, wird ein Thema werden möglicherweise. Und es ist vollkommen klar, ich hoffe auch, wie wir uns auch alle gemeinsam wünschen würden, dass überhaupt niemand diese Systeme braucht, dass es allen in Österreich so gut geht, dass die Wirtschaft so anzieht, dass wir so viele Arbeitsplätze haben, dass wir die Sozialsysteme nicht brauchen. Das heißt, unser aller Bemühen muss es selbstverständlich sein, die Menschen wieder an Arbeit heranzuführen und in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Und das tun wir auch. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Da haben wir auch eine Reihe von Maßnahmen geplant, und die sind auch richtig und notwendig und wichtig.

Zur Frage 6. Welche Integrationsmaßnahmen setzen wir?

Wirklich eine Fülle. Ich möchte mich jetzt konzentrieren auf die aus meiner Sicht wesentlichen vier Schwerpunkte, was Integration betrifft. Das Thema eins bei Integration ist das Thema Sprache. Deutsch lernen ist der Schlüssel für alles. Wir brauchen Deutschkurse, Deutschkurse, Deutschkurse. Wir werden nächste Woche gemeinsam mit dem österreichischen Integrationsfonds – eine Initiative vom Herrn Bundesminister Kurz – ein Maßnahmenpaket präsentieren. Wir werden mit März den sogenannten Projektfonds wieder eröffnen, den viele von Ihnen kennen. Wo wir Ehrenamtliche, die sehr viel im Bereich des Spracherlernens investieren, unterstützen wollen. Wir werden eine weitere Million Euro in die Hand nehmen, um weitere Sprachkurse zu ermöglichen. Wichtig dabei ist es, und auch da sind wir in guten Gesprächen mit dem Bund, der Bund hat dafür Sorge zu tragen, dass jene Personen, die einen positiven Asylbescheid haben, auch einen Platz in einem Deutschkurs finden. Das muss für die Steiermark gelten und das muss vor allem aus unserer Sicht regional verteilt gelten. Derzeit werden diese Kurse vor allem in Graz angeboten. Das ist zu wenig. Wir konzentrieren unsere Mittel und das Ziel ist, mit dieser zusätzlichen Million zumindest 5.000 Plätze damit zu ermöglichen, auch für jene Personen, die im Asylverfahren sind. Ich halte es für zentral wichtig, dass diese Personen möglichst früh Deutsch lernen. Es macht

keinen Sinn, wir haben derzeit eine durchschnittliche Verfahrensdauer von 16 Monaten in der Steiermark, das mag sich jetzt verbessern, wir hoffen es alle, die Realität ist noch eine andere, es macht keinen Sinn, diese Menschen Monate, um nicht zu sagen Jahre, fernzuhalten, indem wir ihnen nicht die Möglichkeit geben, Deutsch zu lernen. Dann kommt es zu schwierigen Situationen, dann kommt es zu Missverständnissen auf beiden Seiten, ja selbstverständlich. Wenn ich nicht einmal verstehe, wenn ich nicht einmal in der Lage bin, und ich rede da nicht von – auch da ganz offen – das muss nicht Maturaniveau sein, das muss nicht der zertifizierte Kurs, ich weiß nicht was sein, es muss einfach möglich sein, dass ich mich im Alltag in diesem Land bewege, dass ich mich unterhalten kann, dass ich die Möglichkeit habe, zu reagieren und wirklich Teil zu sein und mich zu integrieren. Das ist das Thema Spracherwerb. Wir haben eine zweite Schiene. Das Thema Leben in Österreich, Leben in der Steiermark – die Wertekurse, die vom Bund angeboten werden. Das ist eine Schiene. Wir haben in der Steiermark ein eigenes Projekt, das sich „Zusammenleben in Gemeinden“ nennt, das sehr, sehr gut angenommen wird, von sehr, sehr vielen Gemeinden. Da immer wieder ein Danke von mir. Ohne die Gemeinden könnte das Land überhaupt nichts realisieren und das wissen wir, weder bei den Quartieren noch bei der Integration. Das heißt, wir versuchen, diese Menschen tatsächlich möglichst rasch zu integrieren. Und weil wir auch die Diskussion gehabt haben, ich spreche es offen an, naja, sind das nicht verlorene Kilometer? Da tun wir Deutschunterricht geben und dann tun wir integrieren, und dann möglicherweise nach ein paar Jahren kehren diese Menschen in ihre Heimat zurück. Ja bitte, gut so und richtig so. Das kann doch nie verloren sein, wir haben gerade vorhin über Bildung gesprochen, über den Antrag auch der FPÖ zu sagen, Bildung muss möglichst früh...ja, richtig, Bildung ist der Schlüssel, und wenn wir diese Menschen befähigen, kann das kein verlorene Geld sein, sondern wir ermöglichen beiden Seiten das aufeinander zugehen, das sich Kennenlernen, das sich Verstehen, und selbst bei einer Rückkehr ist es aus meiner Sicht, volkswirtschaftlich gesehen, gut investiertes Geld. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Wir haben die Säule Drei/Wohnen. Gemeinsam mit dem Landesrat Seitinger haben wir ein Servicebüro „Zusammen Wohnen“. Es wird sehr, sehr gut angenommen. Ja, es gibt sie, natürlich gibt es Nachbarschaftskonflikte, die gibt es zwischen Steirerinnen und Steirern, die gibt es auch dort, wo Menschen aus anderen Kulturkreisen leben, selbstverständlich, und wir haben ein eigens Servicebüro, das sich darum kümmert, in den Gemeinden vor Ort zu schauen, wie kann ich diese Situationen durch kleine Maßnahmen verbessern. Wir wollen auch, und ich bleibe dabei, auch wenn es schwierig ist, und ich habe vorhin gesagt, ich bin weder Prophetin noch

kann ich es garantieren, das ist leider so, wir wollen den Weg der kleinen Quartiere weiter gehen. Wir tun alles, um das zu ermöglichen, und das ist ein täglicher Kampf, das können Sie mir glauben. Und Sie sehen anhand der Quote, manchmal haben wir mehr Angebote, da gehen wir in Richtung 100 %, jetzt liegen wir wieder bei 95 %, das ist nicht, weil jemand unwillig ist, das ist nicht, weil jemand untätig ist, das ist schlicht die Tatsache, dass dieses Thema ein schwieriges Thema ist, ein heiß diskutiertes Thema ist, es viel Überwindung auch braucht, viel Überzeugungsarbeit braucht, aber aus meiner Sicht dürfen wir von diesem Weg nicht abweichen. Wir müssen alles tun, denn nur so kann Integration in der Steiermark wirklich gelingen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Und wir haben das Thema Arbeit. Jene Menschen, die zu uns kommen, sie wollen arbeiten. Das ist mehrheitlich das, was ich höre, möglicherweise hören Sie etwas anderes, ich glaube es nicht. Die erste Frage lautet meistens, und ich war in unzähligen Flüchtlingsquartieren mittlerweile: Wo kann ich Deutsch lernen und wann darf ich endlich arbeiten? Und das ist ein schwieriges Thema. Ich habe kein Patentrezept dafür. Schon gar nicht angesichts der Arbeitslosenzahlen in Österreich. Aber es ist ein Thema, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Und ich halte von dem Vorschlag des Bundes, dieses Freiwillige Integrationsjahr, wo es ermöglicht wird, dass ich mich gemeinnützig betätige, von dem halte ich sehr viel. Worauf wir noch warten, bis die Umsetzung gelingen kann, wir warten auf die Verordnung, sie ist für den Frühsommer zugesagt, und dann habe ich die Hoffnung, dass diese Thema tatsächlich ein Thema wird, das auch gut unterstützt werden kann.

Zum Thema der Mindestsicherung, ich habe es erwähnt, zusammenfassend ja, wir stehen zur Mindestsicherung, wir stehen zur Höhe der Mindestsicherung. Es gibt Bereiche, die man verbessern kann, wir werden uns den Vollzug genauer anschauen, wir schauen uns das Thema Wohnen genauer an. Aber das ist eine Grundleistung, an der es aus meiner Sicht nicht zu rütteln gilt. Warum dann, jetzt komm ich zum Herzstück der Anfrage: Warum braucht es dann die Integrationshilfe? Und auch da ein klares Bekenntnis von mir: Es braucht die Integrationshilfe, weil wir vor nie geahnten neuen Herausforderungen stehen, weil wir vor nie geahnten neuen Aufgaben stehen und es braucht zur Bewältigung dieser neuen großen Aufgaben auch neuer Wege. Es wäre aus meiner Sicht falsch und nicht nur wegen der Finanzkosten, die in die Höhe gehen, das tun sie, die Zahlen in der Mindestsicherung steigen, logisch, bei der Wirtschaftssituation braucht man das niemanden zum Vorwurf zu machen. Wir haben schlicht viel mehr arbeitslose Menschen, wir haben mehr Menschen, die die Mindestsicherung brauchen, aber nicht nur deswegen, sondern ich bin der festen

Überzeugung, und das muss man auch aussprechen, und wir haben hier ein paar Mal schon das Wort verwendet: Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar, auch in diesem Fall. Ich kann eine Gruppe von Personen, die neu in ein Land kommt, die ganz andere Bedarfe hat, kann ich nicht von ihren Bedarfen her über einen Kamm scheren. Und deswegen braucht es eine differenzierte Diskussion, es braucht eine andere Herangehensweise und es braucht aus unserer Sicht diesen neuen Weg der Integrationshilfe. Wie schaut dieser neue Weg aus? *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Die Integrationshilfe ist gedacht für Personen mit positivem Asylbescheid, dass diese Hilfe nach der Grundversorgung zur Anwendung kommt. Das heißt, nicht wie bisher, wo ich von der Grundversorgung automatisch in die Mindestsicherung käme, sondern es soll, gekoppelt an Asyl auf Zeit, auf drei Jahre, sollen die Menschen von der Grundversorgung in die Integrationshilfe kommen. Sie soll aus einer Kombination von Geld- und Sachleistungen bestehen. Wir wollen hier verstärkt auf Sachleistungen setzen. Das Thema Wohnen, das Thema Wohnnebenkosten. Sie soll sich in der Höhe an der Mindestsicherung orientieren. Das ist kein Sparprogramm. Das ist kein „die bekommen nur die Grundversorgung“. Ich habe es vorhin erwähnt, wie soll man von 300 Euro im Monat leben können, wenn ich nicht in einem organisierten Quartier bin? Aber sie soll differenzierter als die Mindestsicherung auf die Notwendigkeit dieser Menschen eingehen. Punkt eins: Kombination aus Geld- und Sachleistung. Wir haben recherchiert, wir haben europaweit recherchiert. Immer mehr Länder, zum Beispiel auch Deutschland, setzen verstärkt auf das Thema der Sachleistungen. Zweites Thema: Ja, die Menschen sollen diese Unterstützung erhalten, sie sollen dafür aber auch gefordert werden, und im besonderem Maße soll es verpflichtende Deutschkurse geben. Auch das ist nichts, was man quasi verschämt sich nicht sagen trauen soll, selbstverständlich ist klar, der neu zu uns kommt, der ein Sprachdefizit hat, dass es wichtig ist, Deutsch zu lernen. Diese Menschen sollen auch verpflichtend in Wertekurse gehen, in Schulungen gehen, Informationen bekommen, wo es darum geht, die gesellschaftlichen Spielregeln dieses Landes kennen zu lernen. Und es soll auch, wenn dieses Angebot nicht angenommen wird, zu Sanktionen kommen. Da gilt das Gleiche wie in der Mindestsicherung: Ich fördere, aber ich kann auch fordern. Und wenn das Angebot nicht angenommen wird, dann soll es auch zu Kürzungen und Sanktionen kommen. *(LTAbg. Schönleitner: Die Mindestsicherung, das kann man ja auch jetzt schon machen.“)* Und das vierte Thema: Wir brauchen für diese Form der Überbrückungshilfe eine andere Finanzierungsquelle. Ich bin der festen Überzeugung, dass das einfach so aus den laufenden Budgets heraus nicht finanzierbar ist. Und man muss endlich auch, und auch das habe ich

schon einmal gesagt, ich bin eine glühende Europäerin, und halte sehr viel davon, aber im Moment bin ich auch enttäuscht, soviel das angekündigt wurde, soviel das zugesagt wurde, ist nicht eingetreten. Wie schaut es mit den Außengrenzen aus? Wie schaut es mit einer Quote aus? Wie schaut es mit einer gerechten Verteilung aus? Und da denke ich mir, ist es nur rechtens zu fordern, dass jene Länder, die mehr an dieser Last tragen, dass jene auch und in dem Fall ist mir der Name vollkommen egal, ob das EU-Fonds oder Solidaritätsfonds, oder wie immer heißt, es muss möglich sein, dass die Europäische Union diese Länder mehr unterstützt. Das heißt, wir fordern den Bund dringend auf, dringend auf, vor allem um unsere Gemeinden auch zu entlasten. Ich habe unzählige Gespräche mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, die mir zu Recht sagen: Jetzt helfen wir schon in der Aufnahme von Flüchtlingen, ist nicht immer leicht, dann bleiben diese Menschen bei uns, kommen in Folge in unsere Sozialsysteme, wir sind dann wir wieder diejenigen, die doppelt und dreifach quasi bestraft werden, weil wir die hohen Kosten haben? So kann es nicht weitergehen. Und aus meiner Sicht ist es legitim zu sagen, die Gemeinden, das Land Steiermark, auch der Bund muss ganz laut fordern, dass diese große, große Aufgabe unseres Jahrhunderts auch solidarisch finanziell gelöst wird. Und das ist ein weiterer Meilenstein (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) und das ist ein weiterer Meilenstein, warum wir dieses Modell vorschlagen und warum wir sagen, es macht Sinn, dass diese Menschen nicht automatisch in die Mindestsicherung kommen. Ich darf zusammenfassend festhalten, Integrationshilfe hat vier wesentliche Schwerpunkte, es ist eine Mischung aus Geld- und Sachleistung. Sachleistungen sollen verstärkt werden. Es sollen, ich habe den Zwischenruf vom Herrn Klubobmann Schönleitner gehört, es ist richtig, auch die jetzige Mindestsicherung hat schon Auflagen, aber zum Beispiel nicht Deutschkurs, was ja logisch ist, weil ja warum soll ich von jemanden, der hier geboren ist und so weiter, das heißt, wir wollen ganz besondere Auflagen, wo wir sagen, diese Menschen brauchen sie, und es geht nicht um Zweiklassengesellschaft, es geht um nicht besser, es geht um anders, und ich denke mir, es ist auch legitim zu sagen, die Bedürfnisse sind andere, und auf diese Bedürfnisse müssen wir auch anders reagieren. Und nicht mit einem System, das dafür nicht gemacht war. Und deswegen der Vorschlag, ein neues Modell einzuführen, und das, was aus meiner Sicht unbedingt notwendig ist, wir müssen ganz laut, alle gemeinsam, und da bitte ich Sie wirklich, auch damit zu tun, jeder bei seinen Möglichkeiten, ganz, ganz laut sagen: Wir brauchen dafür auch eine solidarische Finanzierung. Wenn was nicht passieren darf, was nicht passieren darf, dass durch diese große Herausforderung, dass generell unsere Sozialsysteme in Österreich ins Wanken kommen. Das

wollen wir alle nicht. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Das wollen wir nicht für die Steirerinnen und Steirer, das wollen wir nicht für die Österreicherinnen und Österreicher. Wir wollen, dass jene Menschen, die zu uns kommen, gut betreut werden, das, was sie brauchen, sollen sie bekommen, aber unser Sozialsystem darf dadurch nicht gefährdet werden. Und deshalb wir brauchen neue zusätzliche Wege. Ich bitte Sie um Unterstützung und freue mich jetzt schon auf eine rege Diskussion. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 15.17 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die erste Wortmeldung ist von Klubobmann Mario Kunasek von der FPÖ.

LTAbg. Kunasek – FPÖ (15.18 Uhr): Ja, herzlichen Dank, Frau Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, meine sehr geehrten Damen und Herren hier im Plenum!

Möchte einmal zu Beginn festhalten, dass man durchaus gemerkt hat, bei der Begründung dieser Dringlichen Anfrage, und es mutet schon ein bisschen eigenartig auch an, dass Regierungsfractionen, Regierungsparteien hier im Haus, ihre eigenen Regierungsmitglieder mit Dringlichen Anfragen busieren, *(LTAbg. Riener: „Das ist jetzt was Neues.“)* so hätte ich das nämlich vernommen im Herbst, wie wir die Dringliche Anfrage an die Frau Landesrat gestellt haben, betreffend dem Asylchaos, hat Sie noch gemeint, dass wir das da jetzt Dringlich behandeln müssen, wir können uns ja austauschen, wir können uns ja im kleinen Rahmen treffen und wir können uns ja im Informationsaustausch sozusagen ja immer treffen. Jetzt frage ich mich, wie weit ist es mit der Kommunikation anscheinend zwischen den Regierungsparteien und den Regierungsmitgliedern gekommen, wenn du lieber Klubobmann, eine Dringliche Anfrage an die Frau Landesrat stellst? Aber mir ist schon bewusst, da ist es nicht um die Beantwortung dieser neun Fragen gegangen, in Wahrheit, sondern es ist darum gegangen, der Frau Landesrat eine Bühne zu bieten. *(LTAbg. Schwarz: „Bist jetzt traurig, weil das du nicht warst?“)* Meine sehr geehrten Damen und Herren, selbst wenn ich es als, sage ich ganz offen, als Parlamentarier ein bisschen verwerflich empfinde, wenn man diese Mittel verwendet, sage ich, Okay, soll so sein, aber dann Frau Landesrat hätten Sie diese Bühne, die Ihnen heute hier geboten wird, nutzen sollen, nämlich für klare Antworten, aber vor allen Dingen vielleicht weniger, für ein Maßregeln, gleich einmal in den ersten zehn Minuten Ihrer Wortmeldung, immer in Blickrichtung FPÖ, um eine differenzierte Diskussion

zu erbeten. Jetzt sage ich, es ist deshalb verwunderlich, die Frau Landesrat, es ist deshalb verwunderlich, weil auch diese differenzierte Diskussion, diese differenzierte Diskussion stattfinden soll, aber jetzt frage ich schon ernsthaft auch, an alle Abgeordneten hier, wie soll man eine differenzierte Diskussion führen in einem Gremium wie hier, wo wir wissen, dass es eine mediale Berichterstattung gibt, dass es natürlich auch Möglichkeiten geben sollte sich auszutauschen, abseits des Plenums, und dann Folgendes passiert, nämlich, dass in den ersten zehn Minuten die Frau Landesrat eigentlich permanent nur FPÖ Forderungen zum Besten gibt. Nicht treffsicher genug. Es gibt Nachholbedarf wenn es darum geht, in der Exekution, in der Umsetzung Verbesserungen zu treffen. Es stimmt die Relation zwischen Einkommen aus dem Erwerbsleben und der Mindestsicherung oftmals nicht überein, und, und, und. Wo ich sage, na bitte, das sind doch alles Dinge, die wir ja seit Jahren kritisieren und in Wahrheit und Sie wissen es, von Beginn an, auch die Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung kritisiert haben. Deshalb waren wir auch im Parlament damals dagegen. Aber meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich ein paar Dinge herausnehmen, die ich schon, sage ich einmal, für etwas verwunderlich oder auch mit Verwunderung aufgenommen habe. Frau Landesrat Sie sagen, selbst wenn wir Integrationsmaßnahmen setzen, Sprachkurse anbieten, Bildungsangebote entsprechend auch zur Verfügung stellen für Asylwerber, um bei der differenzierten Diskussion zu bleiben, für Asylwerber, dann sei es volkswirtschaftlich nicht nur zu vertreten, sondern wahrscheinlich sogar ein positiver Effekt. Na bitte, erklären Sie das einmal den Steirerinnen und Steirern und den Österreichern, dem Steuerzahler, dem man ein Sparpaket, einen Einschnitt nach dem anderen, und da könnte man jetzt in alle möglichen Bereiche gehen, aufbürdet, (*LTA*bg. Schwarz: „Jetzt haben wir gerade eine Steuerreform gehabt.“) dass das Geld, das wir in Integration setzen, für Menschen, die nicht einmal bei uns bleiben, dass das ein sinnvoll eingesetztes Geld ist, meine sehr geehrten Damen und Herren. Wie können Sie, (*Beifall bei der FPÖ*) wie können Sie das Ihren Wählern, ich habe das bei der ÖVP eh gemerkt, da ist der Applaus eh etwas verhaltener gewesen, da hat es genau zwei, drei Klatscher gegeben, der Rest war da eh eher ruhig, wie können Sie das, aber vor allen Dingen seitens der Sozialdemokratie Ihrem Wähler, der ja auch ein Leistungsträger ist, nämlich oftmals Angestellte, Arbeiter sind, ja, wie können Sie dem das verkaufen. Dass wir Steuergeld von Leistungsträgern, von Unternehmern, von Arbeitgebern, von Arbeitnehmern einsetzen um Menschen auszubilden, Bildungspolitik zu betreiben, die zu einem hohen Maße nicht einmal in Österreich bleiben und diese Integrationsmaßnahme dann in das Ausland, nämlich dorthin wo sie herkommen, wieder

mitnehmen, wie können Sie das vertreten, das ist mir persönlich ein hohes oder ein großes Rätsel, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Überhaupt hätte ich mir, überhaupt hätte ich mir schon auch erwartet, es ist zwar ganz kurz in den ersten zehn Minuten gekommen, nämlich, dass die Relation zwischen Leistungserbringung und Mindestsicherung nicht stimmt, dass man mit dem Herzblut, dass Sie hier in die Mindestsicherung oder Integrationshilfe, oder wie immer das Kind dann auch heißen mag, mit diesem Herzblut, dass Sie hier einsetzen, vielleicht auch einmal darum kämpfen, dass unsere Menschen, die oftmals in prekären Arbeitsverhältnissen sind, ein Einkommen zum Auskommen endlich wieder auch finden. Für ihre Arbeitsleistung, wo sie oftmals 40 Stunden und mehr, im Handel beispielsweise auch in der Früh aufstehen, ihre Leistung bringen, ihre Kinder versorgen, dann auch entsprechend entlohnt werden. Und wenn Sie sagen 837 Euro Bedarfsorientierte Mindestsicherung, sage ich Ihnen, es gibt viele Arbeitnehmer in Österreich, in der Steiermark, die für Leistungserbringung auch nicht mehr als diese 837 Euro netto dann im Geldbörstel haben. *(Beifall bei der FPÖ)* Gerade hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, hätte ich mir schon auch von der SPÖ auch mehr Herzblut – vielleicht kommt es ja nachher noch in der Diskussion – erwartet. Möchte abschließend noch eines sagen, weil es auch um das Thema Finanzierung geht, man hat oftmals das Gefühl, und man hat oftmals das Gefühl, wenn es um die Finanzierung von diversen Maßnahmen geht, dann wird Steuergeld mit einem Mascherl versehen, ja. Dann ist das halt einmal das Geld das von der Europäischen Union fließen soll, einmal kommt es vom Bund, einmal kommt es vom Land, die Gemeinden – wissen wir – sind in vielen Bereichen eh schon maßlos überfordert, aber meine sehr geehrten Damen und Herren, Geld, ganz gleich von welcher Ebene es kommt und fließen soll, hat kein Mascherl. Dieses Geld wird eben aus Steuergeld auch entsprechend lukriert, durch Leistungserbringung auch entsprechend lukriert, und wir sollten uns hier von diesen Gedanken verabschieden, dass man sagt: Hauptsache wir, wir, nämlich uns trifft es nicht. Und ich habe das im Ohr, die Frau Landesrätin spricht von „wir“, wie kommen wir dazu, dass wir auch das Grande an Belastung ertragen müssen, dann sage ich, wer ist dieses „wir“. Dieses „wir“ ist nicht die Frau Landesrätin Kampus, auch ein kleiner Teil davon, das „wir“ sind der Steuerzahler und die Leistungserbringer, die Gott sei Dank ihre Leistung erbringen, um diesen Sozialstaat noch zu finanzieren, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Und eines möchte ich auch noch sagen, *(Landesrat Mag. Drexler: „Ich fürchte vor allem die Hypo-Alpen-Adria.....Das hat ein blaues Mascherl.“)* ja, genau, weil es jetzt darum geht, diese Finanzierungen entsprechend sicher zu stellen, möchte ich aber schon eines

sagen, möchte ich schon eines noch anmerken, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir reden von Finanzierung von Maßnahmen, die aber nicht das Problem lösen, sondern in Wahrheit nur mehr Reparaturleistungen sind. Und da möchte ich schon auch anmerken, dass, wenn jetzt so getan wird, als ob wir vor historischen Herausforderungen stehen, vor noch nie da gewesenen Dingen, die wir erstmalig erleben, dann sage ich, ja, das stimmt schon alles, aber warum haben wir diese Situation? Weil es Versäumnisse gibt, die wir seit Jahren aufzeigen und jetzt eben offenkundig aufgetreten sind, weil die Europäische Union handlungsunfähig ist, ihre Außengrenzen nicht sichern kann und weil und ich weiß, da habe ich sicherlich jetzt keine Unterstützung seitens der SPÖ, weil Sie es waren mit Ihrer Willkommenspolitik, mit Ihrer Tür-Auf Politik und im Endeffekt erst dieses Problem erzeugt haben, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Was jetzt von den Steuerzahlern und von den Leistungserbringern in diesem Land teuer zu bezahlen ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir stehen gerne für eine differenzierte Diskussion zur Verfügung, nur eines sage ich auch, wir sollten uns überlegen, ob wir parlamentarische Mittel, und eine Dringliche Anfrage ist a) Dringlich und b) eines der schärfsten Instrumente, die wir im Parlamentarismus wissen und wir Dringliche Anfragen dafür verwenden, um einer Landesrätin, die anscheinend medial oder sonst irgendwie nicht mehr durchkommt mit ihren Themen, hier eine Bühne bieten. Bitte hier in Zukunft vielleicht ein bisserl sensibler, Klubobmann Schwarz, mit diesem Thema Parlamentarismus umzugehen, ich glaube, das hat sich dieses Hohe Haus auch verdient. *(Beifall bei der FPÖ – 15.26 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Peter Tschernko von der ÖVP.

LTAbsg. Tschernko, MSc (15.27 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Landesrätin und Landesräte, Kolleginnen und Kollegen, Zuhörerinnen und Zuhörer, meine Damen und Herren auch via Livestream!

Herr Klubobmann Kunasek, ah er ist da hinten, ich möchte kurz mit der Kritik beginnen, die du da eingebracht hast, dass diese Maßnahmen, die heute von uns hier gesetzt werden, dass die nicht das Problem lösen, sondern dass das nur eine Reparatur ist. Ja, ich denke, dass wir jetzt noch rechtzeitig mit diesen Maßnahmen beginnen sollen und beginnen müssen, denn Fakt ist und über die Fakten kommen wir nicht drüber hinweg, dass es in Österreich rund 90.000 Asylberechtigte gibt oder geben wird oder vielleicht in Zukunft noch mehr, die wir integrieren werden müssen. Das heißt, die werden nicht alle in ihre Ursprungsländer

zurückkehren und insofern finde ich es gut, dass wir uns heute schon damit auseinandersetzen, um diese Maßnahmen zu treffen und auch an die Bundesregierung heran zu treten, um diese in Zukunft zu treffen. Meine Damen und Herren, wir haben heute schon gehört vom Klubobmann und auch von der Frau Landesrätin, und die werden es wahrscheinlich noch öfter hören, dass das Thema der Bedarfsorientierten Mindestsicherung uns jetzt schon in letzter Zeit, Wochen, Monate beschäftigt, uns noch länger beschäftigen wird, vor allem Menschen, die davon betroffen sind, aber auch Bund und Länder, Gemeinden und Sozialhilfeverbände in ganz Österreich. Und dafür gibt es drei Gründe. Einerseits auch schon erwähnt, sind das die auslaufenden Bund/Länder Vereinbarungen mit Ende 2016 und der zweite Punkt ist und deswegen diskutieren wir heute und deswegen bringen wir aktiv diese Vorschläge ein, sind die Entwicklungen, die mit dem Anstieg der Asylberechtigten zu tun haben in allen Bundesländern, und zum Dritten haben wir, die SPÖ und die ÖVP, in unserem Koalitionsübereinkommen schon vorher festgeschrieben oder verankert im Koalitionspapier, dass die Mindestsicherung zu evaluieren ist, und zu evaluieren auch in die Richtung ist, da war noch gar nicht die Rede von dieser Flüchtlingsbewegung, die Relation zwischen Erwerbseinkommen und Mindestsicherung. Dass das natürlich eine Herausforderung für uns alle ist, ist unbestritten und das auch das Sozialbudget ausgereizt ist und wir auch in weiterer Folge die Bedarfsorientierte Mindestsicherung für jene Menschen auch sichern müssen und wollen, die in Not geraten, auch in Zukunft noch absichern werden und werden müssen. Wer auch will, dass der Sozialstaat in Österreich und auch jetzt in der Steiermark in Zukunft noch die gleiche Qualität aufweist, muss auch rechtzeitig zu Änderungen bereit sein, und ich denke, dass wir jetzt den Schritt auch rechtzeitig gemacht haben, denn wir reden von rund oder beinahe von 500.000 Arbeitslosen in Österreich und das hat natürlich mit der Wirtschaftsentwicklung zu tun und dadurch wird auch die Zahl der BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung steigen und dazu kommen auch noch rund, wir schätzen das jetzt, 40.000 Asylberechtigte aufgrund der Flüchtlingsbewegung. Davon werden ca. doch 90 % von diesen 40.000 in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung einige Jahre ja bleiben, und deswegen auch noch einmal betonen, diese Integrationshilfe oder das Modell der Integrationshilfe, das wir hier heute präsentiert haben. Auch der Bund hat in seinem Bundesbudget auszahlungsseitig drei Milliarden vorgesehen, da sind aber die Pensionen, die Gesundheit, Familien, Jugend und so weiter noch gar nicht inkludiert und berücksichtigt, und auch wir in der Steiermark und vielleicht jetzt doch wieder ein paar Zahlen in Erinnerung zu rufen, haben wir für 2014 für die Mindestsicherung 43 Millionen

ausgegeben, für 2015 36 Millionen veranschlagt aber für 2016 haben wir 51,5 Millionen, noch in Erinnerung wahrscheinlich unser Budget, 51,5 Millionen veranschlagt. Das heißt, wir haben uns auch schon vorbereitet, auf die zukünftige Wirtschaftssituation, aber auch auf die zukünftige Flüchtlingsbewegung. Ja, der Bund rechnet in Zukunft ja auch insgesamt mit ca. 350.000 Bedarfsorientierten Mindestsicherungsbezieherinnen und –bezieher und mit diesem Anstieg müssen, ist auch aliquot in den Bundesländern und in der Steiermark zu rechnen. Aber geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es ist schon Aufgabe der Politik und vor allem einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Politik auch zu hinterfragen, ob das System der Mindestsicherung wirklich effizient funktioniert und ob es auch in der Form leistbar ist? Die Frau Landesrätin hat das heute auch in Ihrer Rede schon angesprochen. Daher möchten wir von der SPÖ und von der ÖVP zu diesem aktuellen und brennenden Diskussionsthema der Mindestsicherung auch einen eigenen Vorschlag, und der wurde ja schon eingebracht, für asylberechtigte Maßnahmen, die nämlich Maßnahmen, dieses Modell der Integration, einführen. Dieses Modell der Integration ist von der Frau Landesrätin heute schon auch vorgestellt worden, aber ich möchte noch einmal vielleicht unterstützend erwähnen, dass wir hier das auch sehr unterstützen, dass eben Asylwerber und subsidiär Schutzberechtigte, die zu uns oder bei uns Aufnahme finden, sich natürlich auch an die Regeln und auch an die Gepflogenheiten unserer Gesellschaft halten sollten oder halten müssen und das ja auch jetzt schon im Vorfeld damit vertraut werden und auch bekannt gemacht werden. Wenn ich von gesellschaftlichen Regeln und Rahmenbedingungen rede, dann meine ich auch, in unserem Entschließungsantrag ist es unter Punkt vier angeführt und auch heute ist es schon einmal erwähnt, dass hier integrationsfördernde Bedingungen und Auflagen verpflichtend zu erfüllen sind. Das heißt, die Deutschkurse, die Werte- und Orientierungskurse, die hier festgeschrieben sind, in Graz sind sie ja schon bereits in den vergangenen Wochen losgegangen, aber die müssen natürlich auch über die gesamte Steiermark vorgesehen werden oder flächendeckend auch umgesetzt werden, und das sind diese Wert- und Orientierungskurse, das ist für uns schon eine zentrale Maßnahme, eines 50-Punkte-Planes für Integration, die von unserem Integrationsminister Sebastian Kurz umgesetzt werden. Und jetzt noch zu diesem Modell der Integrationshilfe. Die Frau Landesrätin hat das angeführt, ich möchte vielleicht ein paar Punkte noch herausstreichen oder noch einmal unterstützend herausstreichen. Es geht hier um Geld- und Sachleistungen, zur Deckung des notwendigen Lebensunterhaltes, die sich jetzt so in der Höhe der Mindestsicherung orientieren. Diese Geld- und Sachleistungen sollen ja auch gerade im Bereich der Wohn- und Stromkosten als

Möglichkeit angewendet werden oder umgestellt werden, und es gibt da noch Dritts Auflagen, eben für den Bezug der Integrationshilfe, die hier erfüllt werden müssen – schon erwähnt auch von mir – Deutsch-, Werte- und Orientierungskurse, die beherrscht werden müssen, und ein vierter Punkt, der hier noch angesprochen werden sollte, ist, dass dieses neue solidarische Finanzierungsmodell auf Bundes- und EU-Ebene auch – nicht von der Steiermark allein – sondern von Österreich und von der EU getragen oder mitgetragen werden müsste und mitgetragen werden sollte. Ein Wort noch zum Thema Freiwilliges Integrationsjahr, das ist vielleicht noch wichtig und wird heute noch kritische Diskussionen möglicherweise auslösen. Das Freiwillige Integrationsjahr ist ja ganz neu eingeführt worden vom Bund mit Jänner jetzt rechtskräftig und im Budgetbegleitgesetz am 14. Dezember 2015 auch kundgemacht worden. Was heißt das? Hier können Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte, die maximal zwei Jahre diesen Status haben, das Freiwillige Integrationsjahr absolvieren. Es handelt sich hierbei um kein Arbeitsverhältnis, ist auch wichtig zu betonen, sondern um eine Maßnahme für BezieherInnen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung für die Dauer von sechs bis 12 Monaten, bei der auch eine gemeinnützige Tätigkeit, also in einer Organisation, einer gemeinnützigen Tätigkeit zusätzliche Ausbildungs- und Integrationsmaßnahmen auch vorgesehen werden. Also alle Organisationen können das anbieten, die auch Zivildienstler beschäftigen oder so ähnlich angelehnt an das Freiwillige Soziale Jahr, können hier die Asylberechtigten und die subsidiär Schutzberechtigten absolvieren. Ab Jänner wird das angeboten und ja, das ist eine Möglichkeit und eine Maßnahme, die man für die Integration oder als Hilfe sehr wohl unterstützen muss. Und jetzt noch vielleicht zur Frage: Was bringt das wenn die Asylwerberinnen und Asylwerber vielleicht nach drei Jahren oder nach fünf Jahren wieder zurückgehen? Ich denke schon, dass das einiges bringt. Erstens einmal lernen sie eine andere Kultur kennen, zweitens können sie auch in ihrem Land dann, wenn sie in ihr Land dann zurückkehren, hier Entwicklungshilfe auch vor Ort leisten oder sie haben eine andere Meinung von Europa, sie haben eine andere Meinung von Österreich, sie haben eine andere Meinung von der Steiermark, wie sie hier aufgenommen worden sind und das ist zwar jetzt schwer messbar, aber ich würde das jetzt nicht so negativ sehen, dass dieses Steuergeld nur von den Leistungsträgern genommen wird und dass es null-komma-null Ergebnis gibt. Also das sehe ich jetzt nicht so. In Summe, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, bin ich schon dafür, möchte ich schon sagen, dass die Integrationsarbeit so früh wie möglich beginnen muss und daher müssen wir auch, damit wir auch unserer Bevölkerung oder unsere Bevölkerung und auch die AsylwerberInnen und auch

die Politik nicht überfordern. Insofern ist das der richtige Schritt in die richtige Richtung, auch in die richtige Stoßrichtung. Danke. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 15.38 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler seitens der KPÖ.

LTAbg. Klimt-Weithaler - KPÖ (15.39 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende hier im Auditorium und via Livestream!

Die ÖVP und die SPÖ haben sich also entschlossen eine Dringliche Anfrage zum Thema Mindestsicherung zu stellen und der zuständigen Soziallandesrätin eben die Möglichkeit zu geben, ein Modell der Integrationshilfe vorzustellen. Ob das jetzt das parlamentarisch richtige Instrument ist oder nicht, darüber kann man durchaus diskutieren, da bin ich ganz beim Herrn Kunasek, aber dann bin ich mit dem recht geben beim Herrn Kunasek auch schon wieder fertig. Grundsätzlich ist es uns recht, dass hier das Thema diskutiert wird, ich halte es für notwendig und es ergeben sich auch für uns eine Reihe von Fragen, jetzt einerseits durch die Ausführungen von der Frau Landesrätin, aber auch durch die Debatte, die in den letzten Monaten einfach stattgefunden hat. Und ich erlaube mir jetzt einen Blick zurückzuwerfen, weil der Kollege Schwarz das angesprochen hat, die Einführung der Mindestsicherung, der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, wurde hier im Haus als sozialpolitischer Meilenstein gesehen. Sie haben das im Übrigen auch in der Begründung Ihrer Dringlichen Anfrage so formuliert. Sie haben ein paar Dinge aufgezählt, die sich Ihrer Meinung nach durch diese Einführung, durch die Umstellung von der Sozialhilfe auf diese Mindestsicherung verbessert haben. Was du aber nicht gemacht hast, lieber Kollege Schwarz, und das werde ich jetzt nachholen, du hast die Verschlechterungen, die dadurch eingetreten sind, nicht erwähnt, und da gab es leider einige. Bis 2011 hat nämlich die Sozialhilfe ihre Gültigkeit in der Steiermark gehabt und wurde dann durch die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ersetzt. Außer bei den Kindern, gibt es seither keine Sonderzahlungen mehr. Der Kinderrichtsatz ist massiv verringert worden und die Auszahlung erfolgt auch nur mehr zwölf wie vorher 14 Mal im Jahr. Also das sind Dinge, die mit dieser Bedarfsorientierten Mindestsicherung auch in Kraft getreten sind und die große Verschlechterungen waren. Deshalb haben wir damals auch unsere Zustimmung nicht gegeben. Weil wir eben nicht wollten, dass diese neue Form dieser Sozialleistung schlechter ist als die vorangegangene. Ich muss Sie jetzt auch ganz ehrlich

fragen, werte Kolleginnen und Kollegen von SPÖ und ÖVP: Halten Sie nach wie vor diese Mindestsicherung wirklich für einen großen sozialpolitischen Meilenstein? Tragen Sie das mit, diese Verschlechterungen, nach wie vor? Sie stellen nämlich in Ihrer Begründung auch fest, und das finde ich besonders spannend, dass seit der Einführung der Mindestsicherung eine verstärkte Erwerbsintegration der EmpfängerInnen sowie ein Trend zum Rückgang der Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen nachweisbar sind. Ich meine, entweder stimmt dann was bei der steirischen Landesstatistik nicht oder ich kann nicht lesen. In jedem Fall habe ich mir jetzt noch einmal die Zahlen herausgesucht und ich bin ausgegangen vom Oktober 2011 und habe das verglichen mit dem Oktober 2015, und zwar habe ich mir die absoluten Zahlen von MindestsicherungsempfängerInnen herausgesucht. Oktober 2011 8.960 Empfänger und Empfängerinnen; Oktober 2015 17.756 Empfängerinnen und Empfänger. Also der Rückgang ist ein bisserl eigenartig, ja, den hätte ich gerne bitte noch einmal erklärt. Außerdem und das finde ich schon auch besonders spannend, dass das in keinem Wort erwähnt wird, Sie reden zwar von einer verstärkten Erwerbsintegration, aber und das ist jetzt wiederum eine Frage an die KollegInnen der SPÖ und ÖVP: Haben Sie eigentlich schon einmal darüber nachgedacht, dass mit den Auflagen, die die Mindestsicherung mit sich gebracht hat, also die Auflagen, damit man diesen Bezug in Anspruch nehmen kann, die ja natürlich eh meiner Meinung nach streng gehandhabt werden und das ist auch gut so, aber dass die trotzdem sehr, sehr viele Menschen ja überhaupt erst dazu bringen, dass sie schlecht bezahlte Jobs annehmen? Was auf der einen Seite absolut jetzt für das Landesbudget nichts bringt, denn die Aufzahlung muss trotzdem gezahlt werden und in weiterer Folge, führt das schlicht und einfach zu einem weiteren Lohndumping, also meine Frage an Sie: Haben Sie darüber schon einmal nachgedacht? Und damit sind wir auch schon beim großen Thema Arbeit angekommen. Man hat in der letzten Zeit oft so, ja, ich sage es jetzt salopp, sehr flapsige Aussagen in der Debatte gehört. So nach dem Motto „Es kann doch nicht sein, dass jemand für das Nichtstun besser bezahlt wird als fürs Arbeiten gehen“ oder „Es ist doch ganz egal wo man politisch steht, am Ende des Monats muss für die Leistungsträger mehr im Geldtascherl sein“ oder „Die Relation zwischen Erwerbseinkommen und Bedarfsorientierter Mindestsicherung muss sich in Richtung Einkommen durch Arbeit verbessern“, „Eine Familie mit drei Kindern, die monatliche Mindestsicherung in der Höhe von 2.500 Euro bekommt, das macht die Menschen zornig, welcher Hackler kriegt das?“ Das sind die klassischen Aussagen oder das ist so ein Auszug, der klassischen Aussagen, die man in der letzten Zeit sehr oft in dieser Mindestsicherungsdebatte gehört hat. Der letzte Satz stammt

übrigens vom Herrn Landeshauptmann Schützenhöfer, und das Beispiel ist frei erfunden, er wurde so in der Kleinen Zeitung, mit genau dem, wie ich es jetzt vorgelesen habe, zitiert und ich möchte hier an dieser Stelle es mir nicht nehmen lassen, noch einmal dazu zu sagen, dass das gar nicht stimmen kann, denn wenn eine Familie mit drei Kindern in Graz-Umgebung, wenn behauptet wird, dass die monatlich 2.500 Euro an Mindestsicherung bekommen, dann stimmt das einfach nicht, denn in Graz-Umgebung ist der Richtsatz für eine fünfköpfige Familie maximal 2.005 Euro. Jetzt gehe ich davon aus, dass der Herr Landeshauptmann die Familienbeihilfe dazugerechnet hat, denn dann kommt man auf die 2.500 Euro, (LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl: „Ja, ja, hat er.“) aber, die Familienbeihilfe bekommen alle, die Kinder haben, die bekommen auch sehr gut verdienende Menschen, zum Beispiel Landtagsabgeordnete bekommen auch für jedes Kind eine Familienbeihilfe. (LTAbg. Riener: „Ja, aber trotzdem haben sie es zur Verfügung.“) Und wo ich dem Herrn Landeshauptmann Schützenhöfer, und es tut mir wirklich sehr leid, dass er heute entschuldigt ist, sehr wohl recht gebe, ist, ja, die Hackler bekommen zu wenig Geld. Aber meine sehr geehrten Damen und Herren, daran sind nicht die Mindestsicherungsbezieher und –bezieherinnen schuld, sondern wir haben ein viel zu niedriges Lohnniveau in der Steiermark und in Österreich, und das ist in Wahrheit deswegen entstanden, weil Sie das seit Jahren mit ihrer neoliberalen Politik durchaus mittragen und da muss man ansetzen und geht vor allem auch in Richtung SPÖ, ja. Wenn der Skandal, meine sehr verehrten Damen und Herren, der da ja so gerne jetzt irgendwie hingestellt wird, wie, das ist doch eine Frechheit, ja, der Skandal ist nicht, dass Mindestsicherungsbezieher und –bezieherinnen maximal 837 Euro im Monat zur Verfügung haben, und das haben eh die meisten nicht wie wir wissen, weil die meisten Aufstockerinnen sind, weil das die maximale Höhe ist, die es überhaupt geben kann, der Skandal ist das, dass es Menschen gibt, die um weniger als diese 837 Euro arbeiten gehen müssen. Das ist der eigentliche Skandal. Und im Übrigen wünsche ich niemandem von Ihnen, niemandem, ohne Ausnahme, dass Sie es schaffen müssen, ein Monat lang, oder sagen wir vielleicht einmal ein halbes Jahr lang mit 837 Euro auszukommen. Das wünsche ich wirklich niemandem von Ihnen. Aber ich wünsche mir, dass Sie alle darüber nachdenken, wie denn das wäre, wenn Sie 837 Euro im Monat zur Verfügung hätten und zwar für alles, fürs Wohnen und fürs Leben, ja, 837 Euro. Im Übrigen wurde bei der Armutskonferenz festgestellt, dass jemand, der von Mindestsicherung lebt, nach Abzug aller Fixkosten pro Tag im Schnitt vier Euro zur Verfügung hat. Vier Euro für Essen und alle sonstigen Güter des täglichen Bedarfs. Können Sie sich das vorstellen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen? Die jetzt darüber reden, ob wir

die Mindestsicherung kürzen sollen, vier Euro pro Tag. Ich weiß nicht, ob Sie vor kurzem die ORF Sendung „Im Zentrum“ zu dem Thema gesehen haben, da war eine Mindestsicherungsbezieherin eingeladen, und die hat das für mich aber so was von auf den Punkt gebracht mit einem Wort, in dem sie kommentiert hat: Da sitzen die Herren mit dem fetten Gehalt und diskutieren über eine Kürzung der Mindestsicherung. Danke, Frau Anna, kann ich nur sagen. Und das sei allen ins Stammbuch geschrieben, allen Lopatkas und allen Pühringers und allen Gödls und allen Rupprechters und Schützenhöfers und auch der FPÖ, die sich ja auch da herstellt und sagt: Leistung muss wieder was Wert sein. (*Durcheinanderrufen bei der FPÖ*) Ja, dann müssen wir die Löhne erhöhen und nicht die Mindestsicherung kürzen, und ich fürchte und ich fürchte, wenn ich jetzt höre, dass der Kollege Schwarz sagt, wir müssen das schätzen, was wir im Moment als Mindestsicherung haben und wir müssen verbessern und wir müssen weiter entwickeln, dass sich diese Weiterentwicklung in Richtung ÖVP sehr annähern wird. Das ist meine große, große Befürchtung. (*LTabg. Schwarz: Ich versuche seit Jahren die Ängste auszuräumen, aber es ist mir nicht gelungen.*“) Dabei sprechen die Fakten eine völlig andere Sprache. Die Fakten sprechen eine völlig andere Sprache, als in Richtung Kürzung einer Mindestsicherung nachzudenken, nämlich steirischer Sozialbericht 2009/10, 142.000 Steirer und Steirerinnen wurden damals als armutsgefährdet genannt. Im November 2014 ist die Zahl bereits auf 156.000 Steirer und Steirerinnen angewachsen. Wissen Sie, was das heißt? Das heißt ganz konkret, dass im Moment in der Steiermark jeder siebente Steirer, jede siebente Steirerin armutsgefährdet ist. Die Arbeitslosenzahlen sind hoch wie nie zuvor, das brauche ich hier an dieser Stelle auch nicht noch einmal zu erwähnen und die einzige Idee, die jetzt diskutiert wird ist, wir sollten eigentlich bei der Mindestsicherung was tun. Und als zusätzliches Argument, das geht jetzt vor allem in Richtung der Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ, bringen Sie eben die flüchtenden Menschen ins Spiel. Auch die Frau Landesrätin Kampus hat das heute schon gemacht, so nach dem Motto, wenn diese Flüchtlingsmassen jetzt kommen, und jetzt bleibe ich ganz bewusst in ihrem Jargon, „die fressen uns die Haare vom Kopf“, das heißt, die kommen ja nur wegen unserer tollen Sozialleistungen. Wissen Sie, ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, (*LTabg. Amesbauer, BA: „Wegen was denn dann?“*) wenn ich in der Situation bin, dass neben mir eine Bombe herunter donnert und dort Kriegszustand herrscht, dann hole ich mir wahrscheinlich nicht vorher bei Google-Maps eine Landkarte raus und vergleiche die Sozialleistungen, aber, das ist wie immer für die FPÖ natürlich ein gefundenes Fressen und das Traurige für mich ist, (*LTabg. Amesbauer, BA: „Das sind Tatsachen.“*) das

Traurige für mich ist, Herr Amesbauer, Sie brauchen nicht einmal selber dafür Werbung machen, weil das machen ja schon die Regierungsparteien. Die machen sehr gute Werbung für Ihre Aussage: Kein heimisches Steuergeld für Asylberechtigte. Die trommeln das eh schon, das heißt, das brauchen Sie gar nicht mehr tun. Das heißt, Sie brauchen sich nur mehr hinsetzen und grinsen. (*LTabg. Amesbauer, BA: „Grinsen tue ich nicht.“*) Gut, bei der SPÖ, das muss ich jetzt auch sagen, da ist man noch auf der Suche nach schöneren Formulierungen, aber auch wenn Sie es heute Evaluierung nennen, und wenn Sie heute von Integrationshilfe sprechen, dann ist meine große Sorge die, dass es morgen, übermorgen oder in ein paar Wochen bedeuten wird, dass die Mindestsicherung für alle gekürzt wird. Ich komme dann später noch darauf zu sprechen, warum ich das glaube. Und ich habe an die Kolleginnen und Kollegen der SPÖ noch eine Frage. Sie sprechen in der Begründung Ihrer Dringlichen Anfrage unter anderem davon, dass die Relation zwischen Erwerbseinkommen auf der einen Seite und Bedarfsorientierter Mindestsicherung auf der anderen Seite in Richtung Einkommen durch Arbeit wesentlich verbessert werden muss. Dem stimme ich hundert Prozent zu. Meine Frage ist aber

a) welche Maßnahmen sind das? Habe ich noch nichts gehört, und

b) ist es Zufall, dass Sie für die Begründung ihrer Dringlichen Anfrage dieselben Worte verwenden, wie Landeshauptmann Schützenhöfer bei der ÖVP Abgeordnetenkonferenz. Wie dem auch sei, (*LTabg. Schwarz: „Um Gottes Willen.“*) wie dem auch sei (*LTabg. Schwarz: „Sie waren ja da gar nicht dabei.“*) naja, aber anscheinend gut irgendwo abgeschrieben, lieber Kollege Schwarz. Den Damen und Herren der FPÖ möchte ich nur noch sagen, was ich nicht ganz verstehe ist, Sie bringen zwar heute einen Entschließer ein, wo es zum Thema „Kinderarmut bekämpfen“ - (*LTabg. Schwarz: „Claudia!“*), wollt's ihr raus, oder kann ich fertig reden? (*LTabg. Schwarz: „Das steht im Koalitionsübereinkommen, aber das ist die eine Sache.“*) Ah, wunderbar, wunderbar. Ich bin jetzt aber bei der FPÖ inzwischen angelangt, die sich ja selbst so gerne als sozial bezeichnet und heute auch einen Antrag einbringt zum Thema Kinderarmut bekämpfen, dem werden wir selbstverständlich zustimmen. Ich frage mich nur, was werden Sie mit unserem Antrag tun, der ähnlich lautend einige Zeit vorher angekommen ist, und warum haben Sie eigentlich dem Antrag von den Grünen, wo es auch um die Bekämpfung der Kinderarmut gegangen ist, die wollten nämlich, wenn ich es richtig im Kopf habe, die Mindestsicherung für die Kinder auf das Wiener Niveau anheben, dem haben Sie nicht zugestimmt. Sehr sozial, liebe soziale Heimatpartei. Aber es ist halt immer ein Unterschied. Sich als sozial zu bezeichnen ist relativ leicht, Sozialpolitik zu machen, ist

dann wieder ganz etwas anderes. Frau Landesrätin Kampus, du hast dir gewünscht, eine gute und sachliche Diskussion. Ich muss an der Stelle sagen, ich tu mir, wenn es um das Thema Mindestsicherung geht, wirklich sehr schwer, sachlich zu bleiben. Ich bin da immer sehr emotional. Wahrscheinlich auch deswegen, weil ich tagtäglich mit Menschen zu tun habe, die Mindestsicherung empfangen. Und ich habe es an dieser Stelle schon zigmal gesagt, ich habe in all diesen Jahren noch nie jemanden getroffen, der Mindestsicherung bekommen hat und wo ich das Gefühl hatte, oder der es schon gar nicht gesagt hat, dass er nicht lieber Geld zum Leben aus einer Arbeit hätte, ja. Ich sage nicht, dass es schon den einen oder anderen geben wird, der sich sagt, das ist aber fein. Aber der Großteil und Sie können mir glauben, ich habe wirklich tagtäglich mit Menschen zu tun, die Mindestsicherung bekommen, möchte viel lieber sein Geld durch Arbeit verdienen, ja. Und wie gesagt, wenn ich jetzt höre, es wird evaluiert und ich bin der Meinung, selbstverständlich soll man das tun und soll man sich anschauen und soll man Verbesserungen durchaus sich ausdenken und weiterentwickeln, aber wenn ich höre, wir müssen uns den Wohnbereich anschauen, weil da gibt es ja auch andere Leistungen, die das Wohnen unterstützen, dann wird es mir schon wieder ganz schlecht. Ich habe die große Befürchtung, wir stehen wieder dort, wo wir 2011 waren, da hatten wir auch eine Sozialhilfe, die besser war als das, was dann gekommen ist und das möchte ich nicht noch einmal erleben. Ich möchte nicht, dass die Mindestsicherung noch schlechter wird für die Menschen in der Steiermark. (LTAvg. Schwarz: „Aber dann hättest du damals zustimmen müssen.“) Ich nehme wohlwollend wahr, liebe Frau Landesrätin, ich rede mit der Frau Landesrätin (LTAvg. Schwarz: „Du hast nicht zugehört“), wenn du dich herstellst und sagst, du bist gegen eine Kürzung, und ich glaube dir das auch, ja, weil es Verschlechterungen waren. Lieber Hannes, wir können uns gern dann draußen noch unterhalten, aber mir ist meine Redezeit jetzt zu wichtig, um mich mit dem auseinanderzusetzen, wo du da zwischenrufst. (LTAvg. Schwarz: „Aber du nimmst es nicht zur Kenntnis.“) Es versteht dich kein Mensch und ich dich auch nicht, weil ich selber rede und da höre ich schlecht. Also ich nehme wohlwollend zur Kenntnis, dass du sagst, dass du gegen eine Kürzung bist und dass du es nicht verschlechtern willst, aber der Herr Landesrat Schrittwieser hat sich auch hierher gestellt und hat gesagt, solange ich hier die Verantwortung habe, wird es keine Verschlechterung geben. Und es ist aber passiert. Ich finde es wunderbar, wenn man sich über Deutschkurse unterhält. Ich finde es wunderbar, wenn man über das Zusammenleben in Gemeinden nachdenkt, aber alles was ich jetzt zu dieser Integrationshilfe gehört habe, ist mir allein zu wenig, um einen Blanko-Scheck auszustellen und zu sagen: Tut's, Ihr werdet das schon machen. Deshalb werden wir

diesen Entschließungsantrag auch bitte punktuell abstimmen lassen. Das beantrage ich hiermit und möchte noch eine Befürchtung aussprechen, und zwar folgende: Zuerst kommt die Integrationshilfe, ja, da kann man jetzt drüber diskutieren, ob das notwendig ist, aufgrund der vielen Menschen, die zu uns kommen. Wenn das dann unter Dach und Fach ist, dann wird man vermutlich wieder an dem Punkt sein, dass man sagt, naja, aber die Leute verdienen ja noch immer so wenig und die Mindestsicherung ist eigentlich im Vergleich dazu sehr hoch. Und dann wird vermutlich der nächste Schritt eingeleitet werden. Dann wird unter Anführungszeichen die Mindestsicherung weiter entwickelt werden, vermutlich wünscht man sich eine bundesweite Lösung, und vermutlich wird der Bund sagen, ja mach ich, aber sicher nicht in der Maximalhöhe und erhöht wird es schon gar nicht und wir wissen alle, dass 837 Euro im Monat eigentlich zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig sind. Abgesehen davon, wir werden auch mehrere Entschließungsanträge einbringen, mit dem Titel unter anderem „Hände weg von der Mindestsicherung“ also von der Kürzung der Mindestsicherung, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass eine Kürzung der Mindestsicherung die Budgetprobleme der öffentlichen Hand sowieso nie lösen wird. Die Ausgaben machen österreichweit 0,8 % des Budgets aus und es sind die zu geringen Löhne und Gehälter, ich habe es schon mehrmals erwähnt, die das eigentliche Problem ausmachen, und wenn wir eine Änderung dieses Systems haben wollen, dann müssen wir dort ansetzen und nicht bei der Kürzung von Sozialleistungen. Nachdem ich keine Zeit mehr habe, werde ich mich noch einmal zu Wort melden und die Entschließungsanträge von unserer Seite her einbringen und dann kann ich ja noch gerne, lieber Hannes Schwarz, auf den einen oder anderen Vorwurf, den du hereingeschrien hast, eingehen. Danke für die Aufmerksamkeit.
(Beifall bei der KPÖ – 15.59 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Am Wort ist jetzt Sabine Jungwirth von den Grünen.

LTAbg. Ing. Jungwirth - Grüne (15.59 Uhr): Ja danke, Frau Präsidentin!

Ein ziemlich breites Themenfeld, würde ich jetzt einmal sagen, in dem wir uns da heute insgesamt bewegen. Ich stimme mit dir in einigen Punkten überein, Claudia, nämlich auch dahingehend, was die Verwendung des Instrumentes der Dringlichen Anfrage in diesem Zusammenhang hier von Seiten der beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP anbelangt, weil ich bin auch der Meinung, dass diese Bühne hier eigentlich in der Form nicht notwendig wäre. Sie hätten die Möglichkeit, diese Dinge auch anders zu präsentieren und vor allem –

und da komme ich auch gleich zum Entschließungsantrag von SPÖ und ÖVP – dass alles, was dort drin gefordert wird in Wahrheit auch entweder schon möglich ist und umgesetzt werden könnte, oder ansonsten Forderungen an die Bundesregierung auch gestellt werden könnten, ohne dass es hier einen Beschluss des Landtages braucht. Also, ich halte das für eine reine Symbolpolitik, so einen Entschließungsantrag hier einzubringen, für mich ist das schon eine fragwürdige Vorgehensweise. Insgesamt muss ich sagen, bin ich auf der einen Seite froh und auf der anderen Seite enttäuscht von dem, was uns hier präsentiert wurde. Froh dahingehend, dass doch zumindest die steirische SPÖ nicht einknickt derweil unter dem Druck, der hier gemacht wird die längste Zeit, nicht ins Fahrwasser gerät, wie es in anderen Bundesländern leider schon der Fall ist, also Landeshauptmann Niessl steht ja oftmals in seinen Aussagen so weit rechts, dass neben ihm schon kaum mehr etwas Platz hat. Solche Persönlichkeiten gibt es leider auch in der ÖVP und ich habe schon vorweg die Sorge gehabt, dass hier in diesem Windschatten mitgefahren wird, aber ich bin dankbar, dass es offensichtlich derzeit so aussieht, als ob wir uns zumindest noch bei der Höhe der Mindestsicherung soweit einig sind, dass hier auf jeden Fall das Mindestmaß – und deswegen heißt es auch so, deswegen heißt es Mindestsicherung, weil das ist die unterste Latte, die einfach notwendig ist, um überhaupt in irgendeiner Form in unserem Land das Auskommen finden zu können. Die Ausgestaltung ist nach wie vor an einigen Stellen problematisch und mangelhaft und gerade im Zusammenhang mit der Kinderarmut – es ist schon erwähnt worden – haben auch wir hier schon Initiativen gesetzt, dass im Bereich der Kinder der Betrag zu niedrig ist und eine Angleichung an das Niveau von Wien notwendig wäre. Wir werden dem Entschließungsantrag von der KPÖ selbstverständlich zustimmen, denn der greift auch die Forderung auf, bei den Kindern die Armut zu bekämpfen, hat eigentlich ähnliche Formulierungen, wie wir sie die längste Zeit wählen. Bei der FPÖ muss ich sagen, werden wir nicht zustimmen können, obwohl er relativ sachlich formuliert ist, das muss man zugeben, dennoch ist klar, dass auch dieser Antrag in diesem gesamten Fahrwasser, in dem sie unterwegs sind, einzubetten ist. Und wie hat es der Kollege Kunasek heute gesagt? „Sinnerfassend zuhören“, sinnerfassend zuhören heißt auch, zu begreifen, was diese Partei insgesamt möchte. Das bedeutet, dass man auch diesem Antrag von Ihnen nicht zustimmen kann, weil auch da geht es darum, die Gesellschaft zu spalten, eine Neiddebatte anzuzetteln etc., etc.. Schütteln Sie nicht den Kopf, Herr Kollege Amesbauer, es tät mich nicht wundern, wenn Sie hergehen und sagen: „Jetzt machen wir da ein bisschen mehr, dafür tun wir den anderen noch ein bisschen weniger!“ Das ist das Übliche, das Sie betreiben, das ist immer

dasselbe Schema. Und deswegen werden wir keinem Entschließungsantrag Ihrer Partei zustimmen, der sich auch nur irgendwie im Kontext dieser Flüchtlingsthematik bewegt. Es ist so. Da komme ich gleich zu einem anderen Punkt, was mir wichtig ist im Zusammenhang mit der Mindestsicherung generell, was von Ihnen so stark bekämpft wird: Ich glaube, es geht hier darum, welches Menschenbild man hat. Die FPÖ diskutiert in diesem Zusammenhang immer so, als ob die Welt nur aus Sozialschmarotzer bestehen würde und den Leistungsträgern, das sind die anderen - die bösen und die guten Menschen auf dieser Welt. Und es gibt einfach viele Gründe, das hat die Frau Landesrätin auch schon gesagt, warum man in die Mindestsicherung hineinrutschen kann. Ich bin überzeugt davon, dass die Menschen grundsätzlich arbeiten möchten, dass sie selbst für sich sorgen möchten und dass sie auch für ihre Familie sorgen möchten. Das gilt nicht nur für die Österreicherinnen und Österreicher und die einheimische Bevölkerung, sondern das gilt auch für die Asylwerberinnen und für die Konventionsflüchtlinge und für die subsidiär Schutzberechtigten, die zu uns kommen. Ich bin überzeugt davon, zutiefst überzeugt davon – und diese positive Haltung, die werde ich mir nicht nehmen lassen, von niemandem – dass die Menschen einen Beitrag leisten wollen zu unserer Welt. Das besteht eben auch darin, dass man arbeitet und manchmal ist das auch nur ehrenamtliche Arbeit, die geleistet werden kann aus unterschiedlichsten Gründen und auch das ist eine wertvolle Arbeit. Ich habe deswegen einfach eine andere Problemsicht auf die Bedarfsorientierte Mindestsicherung als Sie und deswegen sind für mich die Kürzungen, die Sie fordern, einfach unangemessen und unangebracht, weil erstens einmal das Leben damit nicht möglich ist und zweitens, also wie gesagt, eine Falschdarstellung dessen ist, wie die Menschen hier im Lande ticken, glücklicherweise nämlich. In Wahrheit ist es auch so, dass es bei der Integration um ganz viele kleine Schritte geht und die Bedarfsorientierte Mindestsicherung ist einmal eine Basisabsicherung. Bei der Integrationshilfe, die uns heute hier präsentiert worden ist – das ist für mich der Teil, wo ich ein bisschen enttäuscht bin ehrlich gesagt, weil mir ist das noch zu vage und zu unkonkret, was hier gekommen ist – das sind immer noch Wünsche an den Bund und an die EU, die finanzieren soll. Ja, ich bin auch der Meinung, dass es eine europaweite Finanzierung geben muss für die Länder, die einfach mehr Menschen aufgenommen haben und da müssen die anderen, die sich nicht beteiligen an dieser Versorgung der Menschen, halt dann auch in irgendeiner Form finanziell beteiligen, wenn es nicht anderes herstellbar ist. Aber dennoch würde ich mir schon von einer Regierung wünschen, dass sie erst dann mit so einer Sache hinausgeht, wenn sie wirklich konkrete Fakten zu präsentieren hat und nicht: „Ja, wir wollen es so machen und wir wünschen uns ...!“

Ich hoffe, dass ich richtig verstanden habe, dass die Integrationshilfe so zu verstehen ist, dass das, wie gesagt, die unterste Latte ist bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung. Von den finanziellen und Sachleistungen, da sage ich dann noch etwas dazu. Ansonsten geht es um die Deutschkurse, die zusätzlich angeboten werden sollen, Werteschulungen und Orientierungsmaßnahmen. Orientierungsmaßnahmen kann, denke ich, sehr viel sein, weil ich würde mir wünschen, dass auch als eine wesentliche Unterstützungsmaßnahme im Bereich des Einstieges in den Arbeitsmarkt etwas gemacht wird. Ich bin deswegen nicht ganz glücklich mit dem Integrationsjahr, so wie es derzeit andiskutiert wird. Solange es freiwillig ist, ist es eine Möglichkeit, sollte es verpflichtend sein, bin ich überhaupt nicht damit einverstanden, weil ich glaube, dass es eine gute Balance braucht. Es braucht eine Balance zwischen der Möglichkeit, in Schulungen und Qualifizierungsmaßnahmen zu gehen, und da gehört für mich auch das Paket der Deutschkurse dazu, und den Möglichkeiten in irgendeiner Form über Praktika irgendwelche Arten von Arbeit – das kann sehr viel sein – den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden. Wenn man jetzt nur Integrationsjahr betreibt und sagt: „In diesem Integrationsjahr wird, wie beim Zivildienst, gearbeitet, sprich Fulltime-Arbeit“, dann bleibt für die Qualifizierungsmaßnahmen meiner Meinung nach zu wenig Platz und zu wenig Möglichkeiten. Deswegen glaube ich, dass es ebenso eine Mischung sein muss und bei Praktika, da haben wir ein ganz konkretes Problem, weil das betrifft auch die Jugendlichen jetzt schon, dass die Versicherung derzeit nicht da ist für Menschen, die das machen, das ist für die Betriebe ein Riesenthema. Ich habe es hier eh schon einmal thematisiert, dass es einfach notwendig ist, dass Menschen, die Praktika machen, auch versichert sind und derzeit gibt es dafür keine Absicherung. Also das wäre ein ganz, ganz wichtiger Baustein, um Personen, die noch im Verfahren sind, die Möglichkeit zu geben, hineinzuschnuppern in unsere Welt und unter Umständen sogar in irgendeiner Form dann in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Auch dahingehend habe ich schon eingebracht, dass ich der Meinung bin, dass an und für sich sowieso grundsätzlich vom ersten Tag an der Einstieg in den Arbeitsmarkt möglich sein sollte, aber das natürlich nicht für alle Menschen möglich ist. Wer traumatisiert ist, da wird es wenig Sinn haben, wenn er gleich in den Arbeitsmarkt einsteigt. Der braucht einen schleifenden Übergang, wo man zuerst einmal diese Dinge bearbeitet, aber dann sobald wie möglich den Arbeitsmarkt bitte öffnen für diese Menschen, denn Arbeit ist ein zentrales Element für Integration. Und Integration findet ja schrittweise statt, indem man hineinwächst, indem man sich zuerst einmal da ein bisschen und dort ein bisschen kennenlernt und zueinanderfindet und sich austauscht. Ja, das ist ein langer Prozess, aber es

ist wichtig, dass wir jetzt, wo wir so viele Menschen hier haben, die wir in unsere Gesellschaft einführen müssen – das braucht es, es braucht ein Einführen – dass wir hier einfach möglichst breit Angebote machen. Das heißt, ich verstehe unter einer Integrationshilfe eine zusätzliche Unterstützungsleistung zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung, damit diese Menschen Fuß fassen können. Das ist mir ganz, ganz, wichtig, dass das hinüber kommt. Die Thematik der Sachleistungen möchte ich ansprechen. Ich denke, dass man schon darüber diskutieren darf, ob ein Teil der Leistungen aus der Bedarfsorientierten Mindestsicherung auch Sachleistungen sein können, allerdings ist es etwas, wo man schon sehr vorsichtig sein muss. Denn ich glaube, dass es wichtig ist – und das gehört meiner Meinung nach zur Würde des Menschen – dass man schon in einem gewissen Ausmaß selbst bestimmen können muss und soll über das, was man mit seinem Geld tut, auch Personen mit wenig Einkommen oder mit wenig Geld sollen das tun dürfen. Das ist wichtig. Ich möchte nicht, dass ich jemanden zwingen, dass er, was weiß ich, beim Hofer, beim Lidl, irgendeiner Handelskette - egal, es gibt ja eine ganze Reihe – einkaufen muss, sondern ich wünsche mir, dass da schon sehr, sehr sensibel umgegangen wird mit der Thematik Sachleistungen. Ich bin auch der Meinung, dass es im Feld Wohnen am ehesten andenkbar ist, zumal es ja so ist, dass die Wohnungskosten sehr, sehr unterschiedlich sind, je nachdem, wo ich bin und dieser pauschale Betrag, der hier zur Verfügung gestellt wird, ja unter Umständen im urbanen Raum viel zu wenig ist, während in den Regionen unter Umständen mit weniger das Auslangen gefunden werden könnte, wenn es nicht nur eine Person ist, weil bei einer Person – ich glaube 210 Euro sind es – es immer wenig ist, das wird sich kaum ausgehen. Aber grundsätzlich ist das etwas, wo man unterstützen kann, aber es ist trotzdem auch da wieder eine Frage der konkreten Ausformung. Wenn es möglich ist, dass beispielsweise Wohnraum zur Verfügung gestellt wird vom Land Steiermark, in diesem Fall dann natürlich, und dass eine größere Flexibilität für die Personen, die in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung bedeutet, sprich, wenn sie einen Job angeboten kriegen, und wenn es nur ein Teilzeitjob ist, weil ja viele AufstockerInnen dabei sind, in einem anderen Bezirk und sie damit leichter beispielsweise den Wohnort wechseln könnten, dann ist das ein Vorteil und dann ist das eine Unterstützungsleistung. Wenn es aber dazu führt, dass Personen am Wohnort stärker angekettet sind, als sie es sonst wären, dann bringt das nichts in meinen Augen. Also das sind alles Dinge, die ich bitte, mitzubedenken, da muss man wirklich sehr, sehr genau aufpassen, wie man das ausgestaltet. Das macht nur dann Sinn, wenn es eine echte Verbesserung ist. Alles andere wären versteckte Repressalien.

Noch ein paar Worte zu den anderen Entschließungsanträgen, die wir hier im Haus haben. Die Anträge der FPÖ zur Begrenzung der Mindestsicherung, zur Verschärfung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung werden von uns selbstverständlich abgelehnt, der Antrag zu Deutsch als Pausensprache natürlich auch, dazu noch ein paar Worte. Also Deutschkurse sind grundsätzlich etwas Essentielles, miteinander sprechen zu können ist sicherlich ganz wichtig, obwohl ich auch davon überzeugt bin, dass Kommunikation auf ganz viele Arten stattfindet und nicht nur die gemeinsame Sprache da relevant ist. Also ich erlebe das regelmäßig anhand meiner Tochter, die nicht so besonders gut ist in ihrer Ausdrucksfähigkeit, weil sie eine Behinderung hat, und im Urlaub im Ausland ist sie diejenige, die am Strand als allererste mit der Umgebung in Kontakt ist. Also, es kommt nicht nur auf das an. Sprache hat viel damit zu tun, mit welcher Haltung man sich begegnet und wie man aufeinander zugeht, also Kommunikation hat viel damit zu tun. Trotzdem ist es wichtig und vor allem auch für den Einstieg in den Arbeitsmarkt ganz relevant, Deutsch zu beherrschen. Es ist aber nicht notwendig, bei den Kindern solchen Druck auszuüben, sage ich Ihnen ganz offen. Ich halte das für vollkommen verfehlt und das sagen uns auch alle Expertinnen und Experten aus der Pädagogik, dass das so keinen Sinn macht. Die Kinder reden eh häufig deutsch miteinander, auch wenn sie unterschiedliche Muttersprachen haben, weil das ihre gemeinsame Sprache ist. Aber es ist trotzdem wichtig, diesen Respekt vor den Kindern und vor ihrer Herkunft zu haben, dass sie auch ihre eigene Sprache haben dürfen und die Experten sagen, es ist sogar notwendig, diese Sprache gut zu beherrschen, um dann Deutsch als Zweitsprache gut zu erlernen. Deswegen ist es verfehlt, hier so einen Druck auszuüben. Ich weigere mich auch, Kinder so unter Druck zu setzen, das finde ich einfach sehr, sehr eigenartig, so einen Ansatz, sage ich Ihnen ganz offen. Trotzdem ist es so, dass Deutschkurse nach wie vor hier im Land notwendig sind, dass die Angebote bisher zumindest nicht ausreichend sind und meiner Meinung nach eben auch schon im Asylverfahren greifen sollten, möglich sein sollte, Deutschkurse zu besuchen. Wir haben vorher gehört, dass eine Million zusätzlich zur Verfügung gestellt wird für 5.000 Kursplätze, das ist erfreulich zu hören.

Ich bringe trotzdem einen Entschließungsantrag in dem Zusammenhang ein, der da lautet: Die Landesregierung wird aufgefordert, einen kostenlosen und flächendeckenden Zugang zu zertifizierten Deutschkursen bis zum Sprachniveau B1 für AsylwerberInnen, subsidiär Schutzberechtigte und Konventionsflüchtlinge sicherzustellen und ersuche um Annahme.

Das zweite Element, das ich vorher eben schon angesprochen habe, ist das Themenfeld Arbeit, wo es schon mehr braucht, als nur den Arbeitsmarkt zu öffnen, denn die Orientierung, was man tun möchte und das Hineinwachsen in unsere Formen des Arbeitens, die brauchen Unterstützung, da muss man einfach schauen, wie man das machen kann. Und ich glaube und bin überzeugt, dass es Sinn macht, den zweiten Arbeitsmarkt dahingehend auszubauen und auf diese Art und Weise den neu ankommenden Menschen hier im Lande die ersten Schritte zu erleichtern. Natürlich kostet das auch Geld für die öffentliche Hand, das ist mir schon klar, aber ich bin trotzdem davon überzeugt, dass wir auf diese Art und Weise die Menschen – und das nützt nämlich auch unserer Bevölkerung – schneller aus der Bedarfsorientierten Mindestsicherung und in nachhaltige Arbeitsverhältnisse dann in der Folge bekommen werden, wenn wir ihnen mehr Möglichkeiten der Transitarbeitsplätze geben, wo sie einfach lernen können, einerseits Qualifikationen erwerben können, andererseits eben auch lernen können über unsere Werte im Zusammenhang mit Arbeit und im Zusammenleben. Das findet dort nämlich statt.

Ich bringe deswegen auch meinen zweiten Entschließungsantrag ein, der lautet:

Die Landesregierung wird aufgefordert, durch die Schaffung von zusätzlichen Transitarbeitsplätzen im zweiten Arbeitsmarkt die Integration von Konventionsflüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten voranzutreiben und dem Landtag ein diesbezügliches Maßnahmenpaket vorzulegen und ersuche auch hier um Annahme.

Noch einmal, wie gesagt, Integration ist das Gebot der Stunde und ich glaube, es ist ganz, ganz wichtig, dass wir hier gemeinsam eine Haltung tragen, weiterhin tragen, dass AsylwerberInnen nicht zum Dahinvegetieren verurteilt werden dürfen und auch keine Konventionsflüchtlinge unter Personen mit subsidiärem Status dazu verurteilt sein dürfen, irgendwie den Tag totzuschlagen, sondern dass es unser Ziel sein muss, diesen Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen und sie teilhaben zu lassen an unserer Gesellschaft. Noch etwas, ich bin auch davon überzeugt, auch wenn es schwierig ist, weil so viele Menschen hier sind, es ist trotzdem eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei den Grünen – 16.17 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Am Wort ist Andrea-Michaela Schartel von der FPÖ, bitte.

LTAbg. Schartel - FPÖ (16.17 Uhr): Ja danke, Frau Präsident, Frau Landesrätin, werte Mitglieder des Landtages, meine Damen und Herren im Zuschauerraum!

Es ergibt sich von selbst, dass natürlich bei so einer Debatte, wenn es um die Mindestsicherung geht, die sachliche Sichtweise nicht unbedingt immer im Vordergrund steht, sondern durchaus auch emotional deshalb darüber diskutiert wird, weil es emotional gesehen wirklich Menschen betrifft und auch vor allem unterschiedliche Menschen betrifft. Und meine Vorrednerinnen, die Frau Landesrätin, die Frau Klubobfrau Klimt-Weithaler, als auch jetzt die Frau Jungwirth haben in ihren Wortmeldungen es nicht verabsäumt, vor allem uns, der FPÖ, immer wieder vor Augen zu führen, wir mögen uns doch bitte vorstellen: 834 Euro, das ist ein ganz ein minimaler Betrag, davon kann doch kein Mensch leben. Die Frau Klimt-Weithaler hat mich auch gefragt, also hat gefragt, ob wir uns das vorstellen können, mit so einem Betrag zu leben. Und ich muss Ihnen sagen: Ja, ich habe schon einmal mit einem kleineren Betrag leben müssen und wissen Sie warum? Weil ich im Jahr 1989 meinen Sohn geboren habe und mich dafür entschlossen habe, ein Jahr Karenz in Anspruch zu nehmen und zuhause zu bleiben. Da war damals das Karenzgeld, weil ich verheiratet war, 310 Euro. Also ich kann mir das sehr wohl vorstellen und ich würde mir endlich einmal wünschen, dass diese engagierten Debatten auch dahingehend geführt werden, (*LTabg Klimt-Weithaler: Unverständlicher Zwischenruf*) dass endlich auch einmal von Ihnen kommt, einen Antrag zu stellen, dass endlich das Kinderbetreuungsgeld auf die Höhe der Mindestsicherung angehoben wird, das wäre für mich vor allem auch eine Maßnahme gegen Kinderarmut. Weil warum darf man in diesem Fall sehr wohl andere Personengruppen bevorzugen? Und in diesem Fall ist die Betreuung eines Kindes nichts wert? (*LTabg Klimt-Weithaler: „Ihr Karenzgeld, die Familienbeihilfe und das Einkommen Ihres Mannes, wie viel war das gesamt? Wie viel war das gesamt?“*) Und Sie sagen, man soll sich vorstellen, vier Euro am Tag – vier Euro am Tag – Sie muten jeder Mutter zu, dass sie mit 14,53 Euro am Tag auskommt? In der Maximalvariante kommt nicht mehr heraus, das ist eine Tatsache. Das ist eine Tatsache, rechnen Sie es nach! (*Beifall bei der FPÖ*) Und da würde ich mir wirklich einmal auch dieses Herzblut, dieses Engagement wünschen, wenn es echt auch einmal darum geht, echte familienfreundliche Politik in unserem Land zu machen und wirklich Familien endlich wieder so zu unterstützen, dass gerne junge Menschen „Ja“ zu Kindern sagen und dass wir gemeinsam wirklich, so wie es die Frau Familienministerin ja vorgibt, wirklich zum familienfreundlichsten Land Europas werden. (*Beifall bei der FPÖ*)

Aber jetzt zu Ihrem Antrag. Es ist richtig, Frau Klimt-Weithaler, dass natürlich wir in diesem Haus z. B. über die Thematik dieser wirklich vorhandenen Kinderarmut und wie wir sie abschaffen, bekämpfen können, drüber reden müssen. Es ist natürlich auch die Aufgabe von

uns Abgeordneten, Maßnahmen zu setzen, die diese Dinge, die negative Tendenz haben, zu stoppen bzw. uns zu überlegen, wie wir Verbesserungen für diese Kinder schaffen können. Es kann aber nicht schon wieder einzig und allein über den Weg der Erhöhung der Mindestsicherung gehen. Das ist einfach der falsche Ansatz und das ist einfach zu wenig. Da muss in vielen, vielen Bereichen einfach mehr passieren. Und wenn ich mir immer wieder denke, dass es keinen Politiker gibt, egal ob Politikerin oder Politiker von Bund, Land, Kommunen, sie beteuern immer wieder, wie wichtig Kinder sind, welchen Stellenwert sie haben sollten, sie sind die Zukunft unseres Landes. Wenn man sich dann anschaut die Worte, die gesprochen werden, welche Taten dann tatsächlich fallen, dann schaut es wirklich sehr traurig und trist aus. Es wird mehr gesprochen, als im Endeffekt dann wirklich in die Tat umgesetzt wird. Und deshalb werden wir auch, weil Sie die Frage vorhin gestellt haben, Frau Klimt-Weithaler, Ihrem Antrag zur Bekämpfung der Kinderarmut deshalb nicht zustimmen, weil sie zu sehr verknüpft ist mit der Erhöhung der Mindestsicherung. Wir stellen einen eigenen selbständigen Antrag, wie Sie schon erwähnt haben, weil wir davon überzeugt sind, dass es einfach sehr vieler Maßnahmen bedarf, um Kinderarmut in Österreich, aber auch in der Steiermark abschaffen zu können. Und ein erster Schritt ist für uns eben, dass wir einen Antrag stellen, dass die Familienbeihilfe erhöht wird, das ist für uns ein erster Schritt in einem großen Maßnahmenpaket, das wir sicherlich in nächster Zeit in diesem Hause einbringen werden. Ich lese jetzt meinen Antrag vor.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. ein Maßnahmenpaket zur Senkung der Kinderarmut zu entwickeln und dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen sowie
2. an die Bundesregierung mit der Forderung heranzutreten, den jahrelangen Wertverlust der Familienbeihilfe durch eine deutliche Erhöhung auszugleichen und diese an die jährliche Inflation anzupassen.

Ich Bitte um Annahme. *(Beifall bei der FPÖ – 16.22 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Am Wort ist Liane Moitzi von der FPÖ.

LTAbg. Moitzi - FPÖ (16.23 Uhr): Danke Frau Präsident, sehr geehrte Frau Landesrat, sehr geehrte Abgeordnete und Zuhörer!

Zum Thema Integration haben wir heute ja schon einiges gehört und meine Vorrednerin, die Frau Kollegin Schartel war auch bei den Kindern und ich möchte auch noch kurz bei den Kindern bleiben, und zwar unmittelbar verbunden auch mit dem Thema Integration. Und da sollte es uns schon ein Anliegen sein, auch einmal die Situation an den steirischen Schulen genauer zu betrachten. Wir wissen, dass im vergangenen Schuljahr beispielsweise im Grazer Stadtbezirk Gries 90 % der Schüler nichtdeutscher Muttersprache waren, ganz ähnlich schaut es auch im Bezirk Lend aus. Auch in meinem Heimatbezirk an der Volksschule in Knittelfeld ist im vergangenen Schuljahr erstmals die Mehrheit gekippt, da waren 54 % an Schüler fremdsprachiger Muttersprache. Im laufenden Schuljahr ist diese Zahl noch einmal gesamt gesehen um 19 % gestiegen. Die genaueren Zahlen, die die einzelnen Volksschulen betreffen, werden von uns noch einmal abgefragt. Da hat es eine Anfrage gegeben, die Beantwortung war aber leider unvollständig. Wir wissen auch, dass sowohl die Schüler, als auch die Lehrer an den steirischen Schulen einfach mit Problemen konfrontiert sind. Da geht es um Integrationsprobleme, da geht es um Gruppenbildungen, um differenzierte Konflikte usw. In diesem Zusammenhang glaube ich aber trotzdem, dass wir uns alle einige sind, dass wir allen Schülern die bestmöglichen Chancen bieten wollen. Und es freut mich daher ganz besonders, dass ich heute einen Antrag einbringen darf, dessen Inhalt auch eine Forderung war, die wir als Ring Freiheitlicher Jugend schon vor zwei Jahren gestellt und eingebracht haben, und zwar geht es hier um Deutsch als Pausensprache. Uns Freiheitlichen wird ja immer wieder vorgeworfen, dass wir gegen Integration sind und das, obwohl wir immer gesagt haben, dass Integration in erster Linie immer eine Bringschuld sein muss. *(Beifall bei der FPÖ)* Und umso mehr freut es mich nun, dass die ÖVP-Landesschulratspräsidentin Meixner nun diesen Vorschlag, nämlich Deutsch auch in der Pause zu sprechen, auch so umsetzen will. Nachdem das auch der oberösterreichische Landesschulratspräsident Fritz Enzenhofer auch empfohlen hat und Meixner dezidiert in einem Interview gesagt hat, dass es sich hier um eine Empfehlung handelt – nichts weiter, nur ein Empfehlung – war ich dann doch sehr verwundert, dass ich einen Aufschrei der Landesrätin Lackner gegenüber der Kleinen Zeitung vernehmen musste. Ich finde es schon sehr schade, dass hier ein Vorschlag, der nicht nur die Landesschulratspräsidentin, sondern auch diverse Schulpsychologen, darunter auch der Schulpsychologe Josef Zollnernitsch, diesen Vorschlag befürwortet hat, dass dieser dann von der Landesrätin als „komplett sinnleer“ bezeichnet wird. Wir sollten den Schülern, und zwar allen Schülern einer Schule die Möglichkeit geben, an Gesprächen teilzuhaben. Es soll nicht auf gut steirisch „hinterrucks“ geredet werden. Diese Maßnahme, Deutsch auch in der Pause

zu verankern, kann Deutschkenntnisse verbessern, das kann Gruppenbildungen und Konflikten vorbeugen und das wollen ja auch die SPÖ und die Grünen so oft, dass sich unter den verschiedenartigsten Jugendlichen, egal wo sie herkommen, unter den Kindern auch Freundschaften bilden. Deswegen bin ich sehr verwundert, dass dieser Antrag auf so große Ablehnung Ihrerseits stößt. Es wird ja auch in zahlreichen österreichischen Schulen schon in der Schulordnung verankert, dass in der Pause Deutsch gesprochen werden soll, so z. B. auch in Wien an der Bundeshandelsakademie und Bundeshandelsschule Wien 10, wo es ganz klar in der Schulordnung heißt: „Wir pflegen Deutsch als Unterrichts- und Verkehrssprache und erwarten auch, dass die Erziehungsberechtigten die SchülerInnen dabei unterstützen.“ Das heißt, zum einen sollen die Schüler in der Pause Deutsch sprechen, um die genannten Effekte wie Integration, verbesserte Deutschkenntnisse zu erreichen und zum anderen werden dann auch noch die Erziehungsberechtigten mit ins Boot geholt, um die Kinder hierbei zu unterstützen. Zusammengefasst ist die Deutsch-Pflicht in den Schulpausen eine geeignete Maßnahme, um Integration zu fördern, um Sprachdefizite von Kinder nichtdeutscher Muttersprache aufzuholen und möchte noch kurz auf unsere Kampagne, die wir damals als Ring Freiheitlicher Jugend ins Leben gerufen haben, eingehen. Ein bisschen mehr als 7.500 Steirer haben unsere Kampagne damals oder bis jetzt unterzeichnet. Wenn man sich dann anschaut, wie viele Jugendliche hierbei unterzeichnet haben, dann sieht man, auf welche große Zustimmung dieser Vorschlag stößt, und zwar seitens der Jugendlichen, die ja in erster Linie von einer solchen Maßnahme betroffen wären.

Wir bringen daher folgenden Antrag ein: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Absprache mit der amtsführenden Präsidentin des Landesschulrates, den steirischen Schulen Muster-Vereinbarungen zur Verfügung zu stellen, mit denen Regelungen für die grundsätzliche Verwendung der deutschen Sprache auch außerhalb der Unterrichtszeiten vereinbart werden können.

Wie gesagt, die Grünen haben uns ja ihre Ablehnung bereits kundgetan, ganz gespannt bin ich auf das Abstimmungsverhalten der ÖVP, aber ich hoffe natürlich nach wie vor auf Zustimmung aller Parteien. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 16.29 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Sandra Krautwaschl seitens der Grünen bitte.

LTAbg. Krautwaschl – Grüne (16.29 Uhr): Danke Frau Präsidentin, sehr geehrte ZuhörerInnen!

Es ist ein bisschen schwierig sich zu Wort zu melden, wenn man eigentlich gerade sprachlos ist, so geht es mir gerade im Moment. Ich meine es aber wirklich nicht persönlich in diesem Fall, ich muss es irgendwie anbringen: Man merkt, dass Liane Moitzi noch keine Kinder hat. Ich habe mir gerade versucht vorzustellen – ich habe drei Kinder – wie die mit ihren Mitschülerinnen und Mitschülern, die jetzt auch teilweise dazugekommen sind in die Volksschule, oder ins Gymnasium, wie die dann gezwungenermaßen mit denen Deutsch sprechen, die noch nicht Deutsch sprechen können. Also, ich kann mir das beim besten Willen überhaupt gar nicht vorstellen. Ich verstehe nämlich insgesamt überhaupt nicht mehr, was Sie eigentlich wollen, weil immer dann, wenn es darum geht zu investieren in Deutschkurse, in Sprachangebote, in alles, was Kindern und Erwachsenen, die anderswo herkommen, nutzen würde, um die deutsche Sprache verwenden zu können, dann sind Sie dagegen. Aber dann soll man sie auf der anderen Seite nötigen, zwingen, was zu sprechen, was sie noch nicht können. Das ist irgendwie relativ unlogisch, wie vieles andere im Übrigen auch in dieser Debatte, danke. Ich finde es auch ziemlich – wie soll ich sagen – grotesk, wenn man von Kindern spricht, von einer Bringschuld zu sprechen und ich muss da jetzt ein Beispiel bringen, weil mir das gerade so unglaublich aufgeregt hat, die Vorstellung, ein Beispiel von einem Kind, mit dem ich persönlich zu tun hatte in letzter Zeit. Dieses Kind ist nicht nur hochtraumatisiert, das ist schwerst misshandelt und dadurch schwer mehrfach behindert worden, durch das, was ihm im eigenen Land passiert ist. Und ich finde das so unfassbar zynisch – und da könnte ich echt weinen – wenn ich mir vorstelle, was da alles kommt, was Kindern zugemutet werden soll, die hier herkommen und in keiner Weise bis jetzt eine Chance hatten, irgendetwas zu lernen, die Sie ihnen auch gar nicht geben wollen. So, wir sind eigentlich – oder ich bin auch relativ weit vom eigentlichen Thema weg, aber das musste jetzt einmal gesagt werden, weil es mich einfach so aufgeregt hat.

Nun zu dem, was ich eigentlich noch sagen wollte. Es ist sehr vieles schon auch von Claudia und Sabine inzwischen gesagt worden, aber was für mich in dieser heutigen Debatte unter dem Motto „sinnerfassend Zuhören“ noch ein bisschen offen geblieben ist: Ich habe mich sehr bemüht, sinnerfassend zuzuhören, ich war extrem gespannt auf dieses Modell der Integrationshilfe, was uns da nun präsentiert wird, weil es ja grundsätzlich eines unserer Bestrebungen ist - eine sehr wichtige Bestrebung - Menschen Integration zu ermöglichen, damit sie dann nicht auf Dauer MindestsicherungsbezieherInnen bleiben müssen. So, jetzt bin ich ein bisschen ratlos. Weil das, was präsentiert wurde – ich habe mir sehr wohl positive Punkte aufgeschrieben, sie wurden auch teilweise genannt: Eine Million für Deutschkurse,

Unterstützung durch einen Projektfonds habe ich gehört, vor allem für diese vielen, vielen Freiwilligenangebote, die es schon gibt, das finde ich auch sehr, sehr wichtig und sinnvoll. Im Moment haben die Freiwilligen da sehr viel übernommen, was auf Dauer aber auch nicht immer ohne finanzielle Unterstützung möglich sein wird. Was habe ich mir noch aufgeschrieben? Schnittstellenmanagement soll verbessert werden, ist auch natürlich in unserem Sinne, aber was ist jetzt wirklich das Essentielle an dieser Integrationshilfe? Ich verstehe es einfach nicht ganz und würde da noch einmal um genauere Erläuterung bitten. Für mich hat sich das nicht erschlossen, wo jetzt das ist, was es wirklich ausmachen soll. Es kommt mir vor, oder ich sehe ein bisschen die Gefahr, dass es eher so ein Etikettenschwindel sein könnte, dass man was jetzt anders nennt und dann soll es auch noch wer anderes zahlen, was grundsätzlich noch immer toll ist. Aber man hat eigentlich noch nicht auf den Tisch gelegt, was es genau sein soll. Zusätzlich ist für mich dann auch noch nicht ganz klar, wie Sie sich das vorstellen im Bereich mit Sachleistungen. Ich habe mir da aufgeschrieben „wohnen“, wurde auch schon von Sabine Jungwirth erwähnt, aber da fällt mir auch der genaue Plan, wie das gehen soll. Zur gesamten Debatte möchte ich noch einmal betonen, es wurde schon sehr oft gesagt: Die Mindestsicherung ist genau das Mindeste, es ist schön und gut, wenn Menschen, die andere Möglichkeiten auch haben zu Geld zu kommen, auch von weniger leben konnten in irgendwelchen individuellen Lebenssituationen, wo andere Menschen dazugezahlt haben. Ich glaube nicht, Frau Schartel, dass Sie das ganz alleine geschafft hätten mit 300-irgendetwas Euro. Und es kommt auch ein Aspekt für mich noch dazu, dass gerade die FPÖ ja immer sehr stark in das hineingeht, dass Familien nur in der Art und Weise existieren dürfen, wie Sie sich das vorstellen. (*LTA*bg. Schartel: „Für die alleinerziehenden Mütter ist es noch schlimmer!“) Ja, wir fordern immer, dass genau am Arbeitsmarkt und überall dort, wo darum geht, Kinderbetreuung zu gewährleisten und nämlich für alle, die sie brauchen, ob Männer oder Frauen, dass dort die Angebote geschaffen werden, das ist der richtige Weg, um Frauen auch zu ermöglichen, selber verdienen zu können, wenn sie das wollen.

Ich möchte jetzt noch ganz kurz darauf eingehen, wozu es meiner Meinung nach führt, wenn man immer diese Leistungen, die das Mindeste schon darstellen, noch weiter angreift. Es führt nämlich genau dazu – ähnlich wie bei der Debatte zu den Asylheimen in Mürzsteg, was heute schon erwähnt wurde – es führt dazu, dass man genau das erzeugt, wovor Sie aber andererseits immer Angst machen, man drängt Menschen dann genau in diese Themen hinein: Obdachlosigkeit, Kriminalität, schlimmstenfalls Verwahrlosung, Armut. Man macht mit

etwas Angst, man erzeugt Angst und man erzeugt diese Spaltung in der Gesellschaft, die genau diese Angst noch größer macht und gleichzeitig forciert man eine Neiddebatte auf dem Niveau derer, die eh schon am Allerwenigsten haben, anstatt dass man einmal diese großartigen Leistungserbringer anschaut, nämlich die, die Gewinne abschöpfen, die sehr oft – die größten Gewinne werden nicht mir Arbeit erzielt – und dort gehört einmal hingeschaut: Was haben wir da für ein System, das so eine Ungerechtigkeit befördert und wie können wir das verändern, dass die Verteilung insgesamt gerechter wird?

Zur Deckelung bei den Familien wurde auch schon einiges gesagt, ist für uns undenkbar, genau dort eben – Richtung FPÖ auch noch einmal – was wegzunehmen, wo man dann eben diese vielen Kinder hat, von denen immer die Rede ist und denen dann möglichst Lebensbedingungen aufzuoktroieren und aufzuzwingen, wo Armut manifestiert wird. Das kann gar nicht anders sein. Es werden, wenn man das Gesamteinkommen einer Familie so reduziert, automatisch Bildungschancen reduziert, es werden Gesundheitschancen reduziert. Wir wissen, dass Kinder, die in Armut leben, später Erwachsene sein werden, die viel schlechteren Möglichkeiten haben, gesund zu bleiben, ein gesundes Leben zu führen, wo sie auch arbeitsfähig sein können. Und generell wird natürlich jegliche Teilhabe an der Gesellschaft, an sozialen, kulturellen Veranstaltungen, alle Möglichkeiten werden diesen Kindern genommen, wenn man genau dort wieder deckelt. Sachleistungen kommen für mich persönlich nur dann in Frage, wenn sie wirklich der Sache dienen, sprich der Eingliederung, wenn sie eine echte Unterstützungshilfe sind – Sabine Jungwirth hat das schon gesagt – kann man natürlich über gewisse Dinge reden. Andererseits muss man auch immer mitbedenken: Was machen Sachleistungen, wenn man sie pauschaliert? Sie entmündigen die Menschen, die machen die Menschen unselbständiger. Viele dieser Menschen haben individuelle Probleme, wo sie genau Unterstützung bräuchten. Ja, da von mir aus Sachleistung, das ist dann Investition in Bildung, in Ausbildung, in der Bearbeitung genau dieser individuellen Probleme, die diese Menschen haben, dort von mir aus, da sollen sie sein. Aber die dürfen nicht die Lebensgrundlage dieser Menschen weiter reduzieren.

Abschließend noch ein Bild, das sehr gerne gezeichnet wird in dieser Debatte ist vor allem, wenn es um asylwerbende Menschen geht, ganz ein seltsames Bild, ein unlogisches für mich: Der Jobräuber einerseits, der gleichzeitig Sozialschmarotzer ist und unser Sozialsystem ausnutzen will. Das ist irgendwie total grotesk, das ist unlogisch, man kann nicht beides sein. Wenn es all diese Jobs gäbe, dann würden die Leute diese Jobs nehmen, die würden arbeiten wollen, davon bin ich überzeugt. Und was für mich auch im Antragstext der SPÖ im

Entschließungsantrag etwas unlogisch ist: Einerseits haben Sie gesagt, Frau Kampus, es gibt 14 BewerberInnen für eine Stelle, eine Arbeitsstelle, andererseits steht als erster Satz im Entschließungsantrag, dass man verhindern will, dass diese Dinge ausgenutzt werden, man will Missbrauch vorbeugen. Das passt für mich nicht zusammen. Das ist für mich in der Debatte unlogisch und in dem Sinn auch nicht ganz so sachlich, wie es gefordert wurde.

Ja, in diesem Sinne hoffe ich, dass die Anträge, die wir heute unterstützten werden, nämlich Kinderarmut verhindern und gegen Verschlechterung der Mindestsicherung, die wir ja in anderer Form von Selbständigen Anträge selber auch schon eingebracht haben, dass diese Anträge dazu beitragen werden, hier für die Menschen, die es wirklich brauchen, die Mindestsicherung wirklich abzusichern und dass in der gesamten Debatte wir unsere eigene Verantwortung einmal wahrnehmen und nicht immer nur reden von den Ängsten und Sorgen der Menschen, sondern selber in einer doch teilweisen besorgniserregenden Situation Vorbilder werden und bleiben und Zuversicht ausstrahlen für die Menschen, die es am dringendsten brauchen. Danke. *(Beifall bei den Grünen – 16.40 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Barbara Riener von der ÖVP.

LTAbg. Riener - ÖVP (16.40 Uhr): Danke Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Zuhörerinnen und Zuhörer auch via Livestream!

Frau Landesrätin Kampus hat heute um eine differenzierte Diskussion und Debatte gebeten und ich versuche, das wirklich zu differenzieren und werde zu den einzelnen Redebeiträgen Stellung nehmen. Ich darf mit Kollegin Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler anfangen. Sie hat in ihren Ausführungen die Mindestsicherung beschrieben, wie sie von der Sozialhilfe zur Mindestsicherung geworden ist, hat darüber beklagt, dass die Mindestsicherung nur mehr zwölf Mal ausgezahlt wird. Wenn wir schon genau sind und differenziert debattieren, dann darf ich darauf hinweisen, dass bei den Kindern sehr wohl 14 Mal ausgezahlt wird und nicht nur zwölf Mal. Auch möchte ich ganz klar sagen, das Beispiel, dass Herr Landeshauptmann Schützenhöfer gebracht hat, ist kein fiktives sondern ist ein reales. Das ist mir sehr wichtig, weil das wird einfach so hingestellt, als ob da irgendetwas aus den Fingern gezaubert würde, das ist nicht der Fall, das ist ganz klar nachgewiesen. Es ist eine schwierige Debatte. Wenn man mit Mindestsicherung 837 Euro im Monat auskommen muss - und ich weiß, wovon ich spreche, weil wir haben oft Klienten betreut, die durch irgendwelche Situationen mit sehr wenig Geld auskommen müssen. Ich möchte auch erinnern, dass es etliche gibt, denen

weniger, noch weniger zur Verfügung steht, weil bei Unterhaltszahlungen darf man sogar unter den Richtsatz gehen, sonst ist das Existenzminimum eben mit der Ausgleichszulage gedeckelt. Mir ist aber schon wichtig, und es wurde auch schon angesprochen, dass, wenn ich jetzt Mindestsicherungsbezieher oder –bezieherin bin, wenn ich Ausgleichszulagenbezieherin oder –bezieher bin, auch zusätzlich Hilfsleistungen erhalte, die jemand, der einen Verdienst hat, wo er knapp über dieser Grenze ist, dann nicht mehr erhält, nämlich Gebührenbefreiungen zum Beispiel. Und das ist mir ein Anliegen, darauf immer wieder auch hinzuweisen, weil das auch Kern von sozialer Ungerechtigkeit ist, weil wir so abrupte Grenzen haben, d.h. wir müssen auch – und da ist aber vor allem der Bund gefordert, weil das sind alles Bundesregelungen, wir haben heute schon einmal darüber gesprochen, wofür Bund und Land zuständig sind – dass man das mitberücksichtigt, welche Leistungen überall auch taktisch ermöglicht werden für jemand, der wenig Einkommen hat, der aber ein bisschen darüber liegt, kriegt das gar nicht. Und das ist etwas, was wir noch mehr überlegen müssen, um aus dieser unkläglichen Diskussion herauszukommen, in der wir stecken. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)* Was mir aber auch wichtig ist, ist festzustellen ... man tut sich so leicht, wenn man sagt: So und so viele Menschen sind armutsgefährdet. Wir wissen, wie diese Grenze zustande kommt: 60 % des Medianeinkommens in Österreich ist die Grundlage für diese Armutsgrenze und die ändert sich jährlich. Jeder weiß, was ich damit meine, d.h. je mehr Einkommen da ist und je höher unsere Einkommen in Österreich sind, desto mehr sind dann auch in der Zahl, die darunter liegen. Früher würde man sagen: Das waren Leute vom Mittelstand, die sind heute armutsgefährdet. Deswegen ist es mir wichtig, das immer gesamt zu sehen und nicht immer nur einmal den Teil herauszunehmen und einmal nur den anderen Teil herauszunehmen.

Zur FPÖ: Das kann ich nur unterstützen, was der Kollege Peter Tschernko gesagt hat. Ihr seid diejenigen, die immer wieder sagen, wir sollen Hilfe vor Ort leisten, oder? *(LTAbg. Amesbauer, BA: „Ja, genau!“)* Genau, lieber Hannes. Und wenn wir jetzt investieren in Bildung, und ich sage das sehr allgemein, egal welche Kurse auch immer, ob das jetzt Wertekurse sind, ob es Deutschkurse sind oder so, es geht um Bildung, und wenn die Menschen dann dorthin in ihre Länder zurückkehren, ist es auf jeden auf Fall eine gut investierte Hilfe vor Ort - Hilfe vor Ort! Weil der Mensch dort sich ganz andere Existenzen aufbauen kann, weil der dort mitwirken kann, dass die Gesellschaft dort besser funktionieren kann, weil der Dinge vielleicht begriffen hat, die jetzt da in dieser Heimat gar nicht möglich sind, zu begreifen, weil eben eine gewisse Ideologie herrscht. Das ist etwas, wo ich sage: Das

müssen wir auch berücksichtigen! Und deswegen: Es ist kein Cent in diese Richtung zu schade, um hineingesteckt zu werden, weil es nämlich wirklich – ich sage jetzt „weltweit“ – hilft. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Und jetzt komme ich schon zur EU. Da hast du, Hannes, etwas angesprochen, was ich durchaus unterstützen kann und möchte Sie einladen, ein Gedankenspiel mitzumachen. Das ist kein Spiel, sondern es ist wirklich Realität auch in unserem täglichen Leben, in manchen Familien, oder in Gesellschaften. Wenn Krisen auftreten, wenn Krieg herrscht, wenn Streit herrscht, gibt es irgendjemanden, auf den die Probleme treffen, in erster Linie in Kriegsländern vor Ort. Sie setzen sich in Bewegung, dann trifft es Griechenland, Italien, die Türkei, in weiterer Folge trifft es, weil sie weiterwandern, in der EU Österreich, Schweden, Deutschland. Und wenn sich jetzt die EU aufregt mit dem EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, und dem EU-Parlamentspräsidenten Schulz, wie Österreich da agiert, dann sage ich: Da haben sie etwas nicht verstanden vom Leben. Wenn der Leidensdruck groß genug wird, dass Länder etwas unternehmen, um letztendlich auch zu schützen, um Weichen zu stellen, dann geht der Leidensdruck wo anders hin und das ist logisch. Man sieht ja schon, wie die Ströme teilweise laufen. Und dann wird erst Solidarität geübt, weil jetzt die Solidarität nicht funktioniert, wie unsere Frau Landesrätin auch ganz klar gesagt hat und diese Solidarität müssen wir nicht nur einfordern über Worte, sondern auch Taten folgen lassen. *(LTAvg. Schönleitner: „ Das ist jetzt eine gefährliche Annäherung an die FPÖ!“)* Deswegen bin ich auch sehr froh, Frau Landesrätin, dass Sie im Rahmen dieser Solidargemeinschaft auch diese Integrationshilfe neu aufsetzen, weil es nämlich genau um diese Hilfe geht, das ist jetzt genau der richtige Zeitpunkt, wo der Druck auf die EU erhöht ist, dass die EU auch unter Umständen finanziell unterstützt mit Geld tun sie sich ja immer leichter, als wenn sie Flüchtlinge hereinlassen, das ist ja auch eure Devise. Aber uns ist es wichtig, dass das auch respektiert und geschätzt wird an Solidaraufgaben. Daher bin ich sehr froh, dass wir das auch neu aufstellen wollen, dass wir das neu finanzieren wollen und deswegen kann man – und da darf ich jetzt der Sandra Krautwaschl sagen: Deswegen kann man das jetzt natürlich nicht klar sagen, wie das genau aussieht, weil da Mitplayer sind, nämlich der Bund und die EU, die dann auch sagen: „Okay, für das stellen wir das Geld zur Verfügung“, und es wird sicher noch Zeit sein, das genauer auszuführen. Die Frau Landesrätin wird das zu späterer Zeit auch noch im Detail ausführen. *(LTAvg. Schönleitner: Unverständlicher Zwischenruf)* Aber, ich darf auch darauf hinweisen, lieber Lambert, ich darf auch darauf hinweisen, es ist die Mindestsicherung ja genauso mit dem Bund vereinbart. Die Mindestsicherung ist ja eine 15a-

Vereinbarung, machen wir ja auch nicht allein. Wo bist denn du? Du weißt ganz genau, wie unsere Gesetzeslagen sind. Es passt halt: Einmal geschwind noch irgendetwas nehmen, aber das Gesamte nicht sehen. Das ist nicht unsere Politik, wir wollen eine verantwortungsvolle Politik und deswegen danke Frau Landesrätin. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 16.49 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist Klaus Zenz von der SPÖ.

LTabg. Zenz - SPÖ (16.49 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Wir haben heute hier einen neuen Vorschlag am Tisch und weil die Frage zum Parlamentarismus im Vorfeld gekommen ist – der Herr Klubobmann Kunasek ist leider jetzt nicht da – Anträge, die dringend notwendig sind, wir achten den als solchen. Ich habe nichts in der Geschäftsordnung gefunden, dass es einer Regierungsfraktion nicht zusteht, Dringende Anfragen zu stellen, vor allem, wenn wir es wirklich für dringend erachten. Und ich denke, in Anbetracht, dass die FPÖ zu diesem Thema auch einen Sonderlandtag auch eingebracht hat, was ich für ein wichtiges parlamentarisches Recht halte, ich glaube, dass zum Thema Parlamentarismus und diesem Dringlichen Antrag wohl nichts zu sagen ist. Vor allen Dingen, weil es wirklich eine neue Initiative, die von Land Steiermark ausgeht und von der Frau Landesrätin ausgeht, ein wichtiger Punkt ist, um auch hier debattiert zu werden. Und ich freue mich über die Debatte, weil die Bedarfsorientierte Mindestsicherung - ich habe viele Debatten in diesem Hause geführt, früher die Sozialhilfe – ja wirklich ein Thema ist, das eine rege Debatte auch verdient. Ich kann Ihnen versichern, dass wir da keine Angst vor dieser Debatte haben und dass es auch wichtig ist, diese Debatte auch hier in diesem Hause, im Hohen Landtag, im höchsten Gremium des Landes auch zu führen. Wir haben in der Steiermark an die 18.000 Bezieherinnen und Bezieher von Mindestsicherung, österreichweit 240.000 Bezieherinnen und Bezieher von Mindestsicherung, die Aufwände dazu – ich weiß, Zahlen sind immer schwierig, aber dass man da vielleicht ein wenig Relation dazu bekommt, da sind alles Menschen, die dahinter stehen – die Ausgaben dafür sind 0,7 % unseres Bruttoinlandsproduktes, damit wir vielleicht ein bisschen in Relation kommen. Weil, wenn wir ab und zu welche Wortmeldungen hört, glaubt man, wir reden über die Hälfte unseres Budgets, es sind 0,7 % unseres Bruttoinlandsproduktes und von diesen 240.000 Bezieherinnen und Beziehern, umgelegt auf die Steiermark 17.800 - die Frau Landesrätin hat das genau gesagt – gibt es drei Hauptgruppen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, drei

Hauptgruppen. Die größte Gruppe der Bezieherinnen und Bezieher der Bedarfsorientierten Mindestsicherung sind alleinerziehende Frauen. Die zweitgrößte Gruppe sind Pensionisten und Pensionistinnen. Jetzt werden Sie sagen: „Ja, die haben ja eine Pension“, naja, das ist aber genau diese Gruppe, die aufgrund unterschiedlichster Bedingungen noch keinen Pensionsanspruch hat oder auch keinen bekommen wird und in der Bedarfsorientierten Mindestsicherung sind. Und die drittgrößte Gruppe - weil ein bisschen auf die Vorrednerinnen darf man auch eingehen, die Kollegin Schartel ist leider auch nicht da – sind Kinder, sind Kinder! Und in den hinteren Gruppen, weit abgeschlagen, sind es die immer gerne zitierten Asylwerberinnen und Asylwerber. Aber nur, damit wir ein bisschen über Fakten und Taten auch sprechen in diesem Raum, weil ja gerade das Thema Kinder so eine große Debatte war und die Kinderbeihilfe ein Thema war, das so wichtig ist. Zwei Drittel all dieser Bezieherinnen und Bezieher sind Aufzähler, das sind Menschen, die ein Arbeitsverhältnis haben. Es gibt einen englischen Beitrag dazu, so ein englisches Wort dafür, sogenannte „Working Poor“. Ich gebe der Frau Kollegin Klimt-Weithaler vollkommen Recht, wir müssen darüber debattieren, wie es sein kann, ein Beschäftigungsverhältnis zu haben, das resultiert aus Teilzeit und prekären Arbeitsverhältnissen. Eine Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich sind in diesem Arbeitsverhältnis, leider, sehr stark, das sind Menschen, die Mindestsicherung beziehen, die sind im Job, Working Poor, Teilzeit, prekäre Arbeitsverhältnisse, freie Dienstnehmerverträge, einem Thema, dem wir uns sehr widmen müssen. Und wenn ich jetzt zu dieser Gruppe komme und ich glaube, das ist eine Debatte, die wir heute ganz offen und klar führen müssen: Wenn wir dazu hergehen und diese Flüchtlingsdebatte und Asylwerber-Debatte, die es gibt, die da ist und worüber wir reden müssen, jetzt dafür benutzen, um einen Sozialabbau in Österreich zu betreiben, um herzugehen und sagen: „Mindestsicherung wird gekürzt“, dann ist das nicht die Politik, die die SPÖ mitgehen wird, definitiv nicht. Und dafür sind wir absolut nicht zu gewinnen, weil das ist ein Fehler, ein schwerwiegender Fehler. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Natürlich ist diese Gruppe der Mindestsicherungsbezieher eine differente Gruppe. Übrigens, die vielzitierte – ich habe das im Antrag der FPÖ gelesen – die „soziale Hängematte“, wenn Sie damit meinen, dass es die Menschen sind, die von der Mindestsicherung als einzige Einnahmequelle leben, dann kann ich Ihnen eine kleine Zahl nennen, aktuelle Zahl aus Wien, das Bundesland mit den meisten Mindestsicherungsbeziehern: 10 % aller Mindestsicherungsbezieher haben rein die volle Mindestsicherung. Die Frau Landesrätin hat es ja gesagt, sonst kämen wir in der Steiermark nicht auf eine Zahl von 310 Euro im Schnitt an Mindestsicherungsbeziehern. Das

sind Menschen – und da können Sie sich wieder gegenseitig anschauen – das sind ganz sicher „unsere Leute“, weil das sind Menschen, die in den Arbeitsprozess nicht mehr einzugliedern sind und wo das soziale Netz der Mindestsicherung die letzte Abfederung ist. Und ich kann Ihnen garantieren, die Mindestsicherung und vorher die Sozialhilfe: Ein soziales Netz ist etwas, worauf wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stolz sind, es eingeführt zu haben, das wir auch brauchen, dahinter stehen wir und da können Sie sich sicher sein. (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP*) Wenn wir über die Mindestsicherung reden, dann muss man natürlich auch eines miteinbeziehen – die Kleine Zeitung hat das heute auch sehr schön gebracht: Es gibt unterschiedliche Zugänge. Menschen, die als AsylwerberInnen kommen – das sind übrigens in der Steiermark 500 von den beinahe 18.000 – werden nicht mit einem Vermögen kommen. Andere Menschen, bevor sie die Mindestsicherung beziehen können, müssen natürlich ihr Vermögen bis auf 4.490 Euro verbrauchen, bevor sie die Mindestsicherung beziehen können. Soviel zum Thema „soziale Hängematte“, wie es in Ihrem Antrag drinnen steht. Und deshalb haben wir gemeinsam in der Regierungsfraktion auch dieses Modell, das natürlich die Unterstützung des Bundes braucht, der Integrationshilfe heute von der Frau Landesrätin auch präsentieren lassen, weil das eine Idee ist, wie man unterschiedliche Problemstellungen vor allem für Menschen, die aus dem Flüchtlingsbereich, aus dem Asylwerberbereich kommen, unterschiedlich, aber nicht anders unterstützen kann und hier eine andere Leistung bringen. Deshalb glaube ich, dass diese Debatte, die heute geführt wird, eine wichtige und eine richtige ist, nämlich in diese Richtung genau, wie von der Frau Landesrätin präsentiert, neue Schritte zu setzen, aber am Grundprinzip der Bedarfsorientierten Mindestsicherung nicht zu rütteln, sondern im Gegenteil, sie zu unterstützen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dieser Antrag geht aus unserer Sicht in die richtige Richtung. Wir glauben, damit auch einen Beitrag zu liefern und das wissen alle: Die 15a-Vereinbarung zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung läuft am Jahresende aus und wir wissen alle, dass wir das alleine hier in der Steiermark nicht bestimmen werden, aber wir sind überzeugt davon, dass wir in diesem Zusammenhang einen Vorschlag machen, der auch, glaube ich, in anderen Bundesländern und im Bund seine Wirkung finden wird. Deshalb ersuche ich Sie, diesen Entschließungsantrag, den ich dann noch einbringen möchte, auch Ihre Zustimmung zu geben.

Ich möchte vorweg ein paar Worte zu den anderen Dringlichen sagen, bevor ich diesen Entschließungsantrag einbringe. Wir werden allen Dringlichen Anträgen der FPÖ nicht zustimmen, aber zu einem muss ich ... ich kann mir einfach nicht anders helfen als gelernter

Sonderschullehrer muss ich einfach zu diesem Antrag „Deutsch als Sprache in der Pause“ etwas sagen. Mich würde interessieren, was die FPÖ heute hier für einen Antrag hätte, wenn die rumänische Landesregierung in Siebenbüren den gleichen Vorschlag gemacht hätte, dass Deutsch als Sprache in der Pause nicht zulässig wäre. (*LTA*bg. Amesbauer, BA: „*Das sind anerkannte Minderheiten. Bei uns sprechen sie arabisch!*“) Ja, ich versteh Sie schon in Ihrer Aufregung, aber der Hintergrund, wissen Sie, Herr Amesbauer, wer seine eigene Sprache nicht beherrscht und die nicht sprechen darf und Deutsch im Unterricht ist eine Selbstverständlichkeit, das steht ja in allen unseren Gesetzen drinnen. Mich würde interessieren, was Sie da einbringen würden, wenn z. B. eine andere Regierung Ihre Anträge stellen würde. Ich habe keine Kindern, aber ich kann mir das kaum vorstellen, wie man ... wen wollen Sie denn hinschicken? Den Schulwart, der kontrollieren geht, wer was, wann, wie, wo miteinander spricht? Mit Sanktionen? Ich weiß es nicht. Da sind Sie wirklich weit, weit weg von jeder Realität und ich glaube auch, dass das von Ihnen einfach auch nur ein bisschen ein polemischer Antrag ist, denn Sie ja selbst nicht so ernst meinen, weil Sie ja genau wissen, dass das ganz anders ist. Und zum Thema Sozialdumping am zweiten Arbeitsmarkt der KPÖ muss ich persönlich etwas sagen als der, der den BAGS-Kollektivvertrag verhandelt: Sie gehen davon aus, dass Menschen am zweiten Arbeitsmarkt einen Kollektivvertrag haben. Sie können jetzt beruhigt davon ausgehen, weil der BAGS-Kollektivvertrag der einzige ist, der das geregelt hat, im Vorfeld hat es keinen gegeben. Und Menschen am zweiten Arbeitsmarkt hätten entlohnt werden können je nach Einstellung und wie auch immer jeder es macht. Das ist damit geregelt und genau das Gegenteil von Ihrem Antrag ist der Fall, nämlich dass seit der Einführung des Kollektivvertrages die Menschen dort eine Absicherung haben, die Transitmitarbeiterin und Transitmitarbeiter sind und ich bin froh darüber, dass es so ist. Ich bedanke mich auch in diesem Zusammenhang auf der Arbeitgeberseite, die gemeinsam mit uns das durchgebracht hat und darf jetzt den Antrag einbringen, den Entschließungsantrag von beiden Fraktionen.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend Maßnahmen zu einem konsequenteren Vollzug, z.B. Sanktionen bei Nichterfüllung von Auflagen, bei Arbeitsverweigerung von MindestsicherungsbezieherInnen zu setzen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, dort wo es für sinnvoll erachtet wird, Geldleistungen aus der Bedarfsorientierten Mindestsicherung durch Sachleistungen zu ersetzen.

3. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen der Bund-Länder-Verhandlungen dafür einzusetzen, das Modell der Integrationshilfe österreichweit einzuführen bzw. umzusetzen.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, den Bezug der Unterstützungsleistungen für Asylberechtigte verstärkt an integrationsfördernde Bedingungen und Auflagen, wie etwa den Besuch eines Deutschkurses oder die Absolvierung eines Werte- bzw. Orientierungskurses zu knüpfen und für den Fall der Nichterfüllung Sanktionen zu setzen.
5. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, für eine ausreichende und regional ausgewogene Bereitstellung von Deutsch-, Werte- und Orientierungskursen sowie berufsqualifizierenden Maßnahmen für Asylberechtigte in der Steiermark Sorge zu tragen.
6. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, raschestmöglich die Voraussetzungen für die Umsetzung des „Freiwilligen Integrationsjahres“ zu schaffen.
7. Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, so rasch wie möglich ein koordiniertes Vorgehen zwischen Bund und Ländern bei der Umsetzung von Integrationsmaßnahmen sicher zu stellen und den Ländern ausreichend Mittel zur Integration von AsylwerberInnen und Asylberechtigten im Sinne einer frühzeitigen Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen. Dies umfasst vor allem die Bereiche Spracherwerb, Wissensvermittlung zum Leben in Österreich und berufsqualifizierende Bildung.
8. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Bundesregierung aufzufordern, sich auf europäischer Ebene verstärkt dafür einzusetzen, dass für die durch die Aufnahme der Flüchtlinge entstandenen Mehrkosten zusätzliche Mittel gewährt werden.

Ich ersuche Sie um Annahme dieses Entschließungsantrages. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 17.03 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Am Wort ist Marco Triller von der FPÖ.

LTAbg. Triller, BA - FPÖ (17.03 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vorweg möchte ich um eine punktuelle Abstimmung bitten und zwar zum Antrag der KPÖ Einl.Zl. 602/8, Hände weg von der Mindestsicherung, und weitere punktuelle Abstimmung zum Antrag der SPÖ/ÖVP, Einl.Zl. 602/11.

Über die Mindestsicherung wurde ja mittlerweile wirklich schon viel gesprochen, deshalb halte ich mich nur ans Wesentliche, und zwar dringend geboten ist deshalb die Rechtsgrundlage der Bedarfsorientierten Mindestsicherung zu novellieren und ein entsprechendes Maßnahmenpaket zu erarbeiten. Ich werde deshalb einen Entschließungsantrag einbringen, und zwar:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass bis Mitte des Jahres 2016 eine unterschriftsreife neue Art. 15a B-VG Vereinbarung vorliegt, worin

1. für Mehrpersonenhaushalte eine Deckelung in der Höhe von 1.500 Euro aller Geldtransferleistungen,
2. im ersten Jahr eine Umstellung auf großteils Sachleistungen,
3. für arbeitsfähige, aber nicht arbeitswillige Personen nach einem Jahr jedenfalls eine verpflichtende Reduktion der Geldleistungen um 25 Prozent und
4. für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte der verpflichtende Besuch von Deutschkursen und Werteschulungen, deren Nicht-Absolvierung zu einer Reduzierung in der Mindestsicherung führt, vorgesehen ist.

Und zwar, der ÖVP müsste ja dieser Antrag bekannt sein, denn auch in Oberösterreich verlangt die Regierung, die ÖVP-FPÖ-Regierung vom Bund eine Novellierung der 15a-Vereinbarung über die Bedarfsorientierte Mindestsicherung und die ÖVP-FPÖ-Regierung in Oberösterreich hat dies als Petition an den Bund weitergeleitet, verabschiedet und bekommt auch seitens des Bundes, aber auch von der ÖVP-Landesgruppe Burgenland ziemlichen Beifall. Und zwar hat der ÖVP-Klubobmann sich folgend dazu geäußert: Man sei hier voll auf Linie der oberösterreichischen Kollegen, dass man alle rechtlichen Schritte überprüfen muss. „Wenn es Möglichkeiten gibt, dann müssen wir dafür sorgen, dass Österreich nicht noch attraktiver wird und damit selbst zum Hot-Spot in der Flüchtlingsbewegung wird. Alles andere würde dem widersprechen, was die Regierung als Obergrenze festgelegt hat.“ Ich erwarte mir diesbezüglich auch seitens der steirischen ÖVP, dass unserem Entschließungsantrag auch zugestimmt wird, damit die Österreichische Volkspartei auch auf Bundesebene eine einheitliche Linie fährt. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 17.06 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Am Wort ist Hannes Amesbauer von der FPÖ.

LTAbg. Amesbauer, BA - FPÖ (17.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Da liegt noch ein handschriftlicher Zettel von den Grünen, kann gerne abgeholt werden. (LTAbg. Schönleitner: „Probier's einmal mit dem!“) Naja, ich glaube nicht, dass das authentisch sein würde, Lambert, sagen wir es einmal so. Sehr geehrte Damen und Herren, es ist ja im Laufe dieser Debatte einiges gesagt worden und auf einiges möchte ich auch kurz eingehen, z. B. die Geschichte Deutschkurse für Asylwerber von den Grünen, auch von der Landesrätin Kampus wurde das angeführt. Und Klaus Zenz – er ist auch nicht da, ach, da ist er – Klaus Zenz, eines muss ich schon sagen: Das hat zwar inhaltlich mit der Sache überhaupt nichts zu tun und du hast da eine klare Themenverfehlung gemacht, aber es war schon ein bisschen absurd, der Vergleich mit Rumänien und mit Siebenbürgen mit dem deutschsprachigem Unterricht dort. Lieber Klaus Zenz, du weißt schon, dass es in vielen Teilen Rumäniens eine deutschsprachige Volksgruppe gibt, die dort nicht nur alteingesessen, sondern angestammt ist und wenn man sich Hermannstadt anschaut z. B., wo es natürlich auch ein deutschsprachiges Gymnasium gibt. Diese Volksgruppe, die dort, wie gesagt, angestammt ist, steht ja mittlerweile sogar mit Klaus Johannis, dem Präsidenten Rumäniens, wie du ja auch weißt ... es gibt selbstverständlich auch in Klagenfurt zweisprachigen Unterricht und auch in Klagenfurt ein slowenisch-sprachiges Gymnasium, das ist ja ganz klar, da gibt es ja kein Problem. Aber das hat mit unserer Debatte hier nichts zu tun, weil wir haben das Problem, dass bei uns arabisch, türkisch und alles andere gesprochen wird, nur nicht deutsch in der Pause. Da darf man jetzt nicht Äpfel mit Birnen vergleichen. (Beifall bei der FPÖ) Gut, aber das nur als kurzer Exkurs, weil das sehr, sehr absurd war, der Vergleich mit Rumänien. Aber sei es drum!

Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Kollegen von den Grünen und Frau Landesrätin Kampus, also im Antrag der Grünen steht ja auch drinnen, dass ihr die Landesregierung auffordern wollt, einen kostenlosen und flächendeckenden Zugang zu zertifizierten Deutschkursen bis zum Sprachniveau B1 – was sehr hoch ist – für Asylwerber, subsidiär Schutzberechtigte und Konventionsflüchtlinge sicherzustellen. Landesrätin Kampus hat Ähnliches auch zum Besten gegeben. Lassen wir jetzt einmal die Konventionsflüchtlinge außen vor. Aber – und es wird ja auch immer im gleichen Atemzug von Integrationsmaßnahmen für diesen Personenkreis gesprochen – sehr geehrte Damen und

Herren, das ist ein Denkfehler in der gesamten Integrationsdebatte. Asylwerber und vor allem subsidiär Schutzberechtigte, die eigentlich gar nicht mehr da sein sollten, die zu integrieren und Investitionen zu tätigen für Menschen, deren Asylverfahren läuft, wir gar nicht wissen, wie lange das Verfahren dauert und dass die Verfahren deutlich verkürzt gehören, da sind wir einer Meinung. Aber Integrationsausgaben zu tätigen für Menschen, wo nicht klar ist, ob die überhaupt jemals einen Asylstatus in Österreich bekommen, das halte ich für grundlegend falsch. Das hat mit Integration nichts zu tun. *(Beifall bei der FPÖ)* Die SPÖ in der Steiermark geht ja noch viel weiter, die will ja sogar den Arbeitsmarkt sofort öffnen für alle Asylwerber, ab dem ersten Tag, wo sie ihren Asylantrag stellen. Bei den Arbeitslosendaten, die wir haben, ist das nicht nur absurd, sondern schlicht weg verantwortungslos, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ)* Und wenn wir schon über Integration sprechen, müssen wir auch darüber sprechen, ob Integration bei allen Zuwanderern und Zuwanderergruppen überhaupt möglich ist. *(LTabg. Schwarz: „Wir reden über Mindestsicherung. Sie reden über Integration!“)* Schauen Sie einmal, wie der Titel heißt: „Integration und Mindestsicherung“. Sie thematisieren die Integrationshilfe und es wurde von Ihren Regierungsabgeordneten und von den Grünen immer wieder über Integration gesprochen und Herr Kollege, Klubobmann Schwarz. Sie sind der Letzte, den ich frage, worüber ich da sprechen darf. Das sage ich Ihnen auch auf diesem Wege. *(Beifall bei der FPÖ)* Die Frage: Ist Integration bei allen möglich? Ich glaube nicht, dass es bei vielen strenggläubigen Muslimen möglich ist, Integration auch sicherzustellen, weil die von einem ganz anderen Wertesystem eben kommen, unsere Art und Weise des Lebens und unsere Lebensweise grundsätzlich ablehnen und selbstverständlich ist das Thema, dass man miteinbeziehen muss. Der Lambert lacht schon wieder, das ist alles immer so witzig. *(LTabg. Schönleitner: „Du lässt dich viel zu schnell irritieren!“)* Aber wenn wir über Werteschulungen hier diskutieren im Rahmen dieser Dringlichen Anfrage, ja, über Werteschulungen, und wenn man auch sieht, wie diese Werteschulung funktioniert, wo man auch für die zahlreichen Analphabeten, die zu uns kommen, die ihre eigene Muttersprache nicht beherrschen, Bilder zeichnen muss, wie man bei uns Frauen nicht behandeln darf, was man bei uns alles nicht machen darf, da sehe ich schwarz, was die Integration betrifft, ganz ehrlich, Lambert. Also, da werden wir große Probleme haben und das betrifft ja auch den Integrationswillen dieser Leute. Und das nächste Problem, was wir in diesem Zusammenhang haben, ist natürlich, dass wir die Massen nicht mehr bewältigen können, einerseits bei der Integration, aber diesen Massenansturm, diese Masseneinwanderung nach Europa, nach Österreich werden uns Probleme bereiten im Integrationsbereich, das ist klar, in der

Mindestsicherung, im Sozialsystem insgesamt, im Bildungssystem. Wir haben Probleme am laufenden Band, ich könnte noch zum Arbeitsmarkt weiterkommen, habe ich schon angesprochen, zur Gesundheitsversorgung und zu vielen anderen Bereichen. Also, wenn wir es nicht schaffen und wenn es die EU nicht endlich schafft, die Außengrenzen dicht zu machen und diese Einwanderungsinvasion endlich zu stoppen, dann brauchen wir gar nicht mehr lange darüber reden, weil dann werden wir uns erstens das alles nicht mehr leisten können, was ihr vorhabt und zweitens wird der Riss in der Bevölkerung, der ja auch laut Schützenhöfer mehr als spürbar ist, so stark werden, dass wir Zustände bekommen, die wir alle nicht wollen in unserem Land. *(Beifall bei der FPÖ)*

Und jetzt wieder zur Mindestsicherung zurück und zu dem Entschließungsantrag, den ich einbringen werde. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist einfach – das ist eine Grundsatzfrage – es ist einfach nicht hinzunehmen, dass Asylanten, sobald sie anerkannt sind, die exakt gleichen sozialen Unterstützungsleistungen bekommen ab dem ersten Tag ihrer Anerkennung, wie Österreicher, die zum Teil Jahrzehnte lang in dieses Sozialsystem eingezahlt haben. Das ist nicht hinzunehmen, das ist abzulehnen! *(Beifall bei der FPÖ)* Und Ihre kosmetischen Wortklaubereien und Versuche, jetzt aus der Mindestsicherung eine Integrationshilfe zu machen, wo Sie uns jetzt nach zwei Stunden Debatte, oder ich weiß nicht, wie lange die Dringliche schon läuft, immer noch nicht schlüssig erklären haben können, was genau das jetzt sein soll, das ist ja bitte nur eine Begriffsakrobatik und ein Etikettenschwindel. Und die geplante Auslagerung der Finanzierung, sehr geehrte Damen und Herren, ist ebenfalls eine Farce, denn die Frage ist: Wer zahlt das? Ja, wer zahlt das? Sie reden von anderen Ebenen, Bundesebene, EU-Ebene, im Endeffekt zahlt es immer der Österreicher als EU-Nettozahler und sonst niemand, egal, welches „Mascherl“ das hat, wie unser Klubobmann schon gesagt hat. *(Beifall bei der FPÖ)* Und Klaus Zenz und auch andere Vorredner, weil Sie uns kritisiert haben aufgrund unserer Grundhaltung zur Mindestsicherung – und ich stehe dazu, aus meiner Sicht ist sie sozial ungerecht und absolut nicht treffsicher – wir brauchen einen größeren Unterschied zwischen Erwerbseinkommen und Erwerbsloseneinkommen. Das ist ja das Mindeste, was man den Menschen, die Leistungsträger sind – und ich weiß, viele hier in diesem Raum haben das Problem mit Begriffen wie Leistung oder Leistungsträger – aber es ist das Mindeste, was man machen muss, dass der Einkommensunterschied zwischen einem erwerbslosen Einkommen und einem Erwerbseinkommen geringer werden muss. Es ist ja nahezu ... und die nächste Falschaussage, und das muss eine bewusste Falschaussage sein, denn das wissen Sie alle, dass Sie sagen: „Unsere Sozialsicherungen, die Mindestsicherungen

und sonstige soziale Leistungen haben überhaupt nichts mit der Zuwanderung zu tun. Die kommen überhaupt nicht deswegen zu uns.“ Sehr geehrte Damen und Herren, na selbstverständlich, diese sozialen Anreize sind geradezu eine Einladung für die Einwanderer aus aller Herren Länder. Wieso gehen sie nach Österreich, in die Bundesrepublik und nach Schweden, und nicht nach Bulgarien oder Rumänien? Nein, nicht wegen der Sozialleistungen, sicher nicht. Ganz klar!

Sehr geehrte Damen und Herren, in Oberösterreich sieht man, dass es etwas bewirken kann, wenn die Freiheitliche Partei auch in einer Regierungsverantwortung sich befindet und dementsprechend Druck auch auf den Koalitionspartner ausüben kann und es ist ein wichtiger, wenn auch nur erster Schritt in die richtige Richtung, zumindest eine Änderung der Bezugshöhe der Mindestsicherung für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte mit befristetem Aufenthaltsrecht vorzunehmen. Und deshalb sehe ich es auch, dass es ein Weg wäre, den wir beschreiten könnten, wie Oberösterreich als ersten Schritt und da sind wir ja nicht alleine, auch die ÖVP kommt ja langsam drauf. Die Bundesregierung kommt ja langsam sowie auf manche Sachen drauf nach jahrelangem Druck und Forderungen der FPÖ, jetzt wird diskutiert über Abschiebungen. Herkules – da ist vor wenigen Monaten noch eine FPÖ-Nationalratsabgeordnete skandalös beschimpft worden für diese Forderungen. (*LTA* *Abg. Schwarz*: „Was hat sie sonst gesagt dazu?“) Grundwehrdiener an die Grenze, jetzt sind sie in der Bundesregierung nach monatelangem Rechtsbruch und Durchschleusen von Tausenden sogar schon so weit, dass sie Fingerprints nehmen, vielleicht kommen sie auch drauf, dass man das eventuell auch speichern könnte. Auch der ÖVP-Klubchef Lopatka warnt vor einer Kostenexplosion, weil er auch sagt, von den 40.000 Flüchtlingen, die in nächster Zeit Asyl erhalten könnten, würden (*Präsidentin Dr. Vollath*: „Herr Abgeordneter, die Redezeit ist erschöpft!“) – ich komme zum Ende – würden 90 % zumindest zu Beginn in der Mindestsicherung landen. Und dieses Anreizsystem wollen wir so nicht mehr haben.

Ich stelle daher den Entschließungsantrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die bestehenden Regelungen hinsichtlich der bedarfsorientierten Mindestsicherung für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte mit befristetem Aufenthaltsrecht – nach Vorbild der Oberösterreichischen Landesregierung – zu ändern und die finanziellen Leistungen für die Personengruppe auf Höhe der Grundversorgung zu begrenzen.

Ich bitte um Zustimmung in diesem Sinn, unser Sozialsystem nicht mehr für Zigtausende aus aller Herren Länder so attraktiv zu machen. (*Beifall bei der FPÖ – 17.18 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Werner Murgg seitens der KPÖ.

LTAbg. Dr. Murgg - KPÖ (17.18 Uhr): Frau Präsidentin, geschätzte Landesregierung, Frau Landesrätin Kampus, liebe Kolleginnen und Kollegen, Zuhörer gibt es auch noch einen, freut mich!

Einige Worte von mir noch zu dieser doch über so manche Strecke sachlichen Debatte, sage ich einmal. Ich werde auch noch einen Entschließungsantrag einbringen, aber ich möchte versuchen, drei, vier Punkte zur Mindestsicherung - und das ist ja heute das eigentliche Thema und keine Asyldebatte, es geht um die Mindestsicherung – drei, vier Punkte zur Mindestsicherung anzumerken, die mir wichtig sind und die vielleicht die Kollegin Klimt-Weithaler zwar angerissen hat, aber noch nicht so - du hast auch noch vieles andere gesprochen – deutlich herausgearbeitet hat. Ich möchte einmal mit der Höhe der Mindestsicherung anfangen. Ich kann mich noch genau erinnern, das war - ich habe jetzt nachgeschaut, so im Kopf habe ich es nicht gehabt – im Dezember 2010, da ist das Gesetz zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung, da war Ihr Vorgänger, glaube ich, Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser später dann zuständig und da haben wir hier auch debattiert. Da habe ich mich unter anderem zu Wort gemeldet, weil es auch damals schon von der FPÖ Unkenrufe gegen die Mindestsicherung gegeben hat, da hat über Asyl und Integrationshilfe noch niemand gesprochen, aber die Mindestsicherung wurde kritisiert. Und ich habe damals gesagt – ich erinnere mich noch genau, da war glaube ich noch der Kollege Amesberger vor mir am Wort (*LTAbg. Dipl.-Ing. Staller: „Amesbauer!“*) ... Amesbauer – was habe ich gesagt? Habe ich Amesberger gesagt? Wahnsinn, Entschuldigung, Amesbauer! Da habe ich gesagt: „Sagen Sie, wie jemand, der arbeiten will, ein Arbeitssuchender“, ein Job auf 14 Arbeitssuchende, „wie jemand, der arbeiten will, aber nur bisher halt schlecht entlohnt war und deswegen nur 300 oder 400 Euro Notstandshilfe hat, der jetzt Anspruch auf Mindestsicherung hätte, wie jemand, wenn es diese Mindestsicherung nicht gäbe, wie er sein Leben bestreiten sollte.“ Und da ist keine Antwort darauf gekommen. Sie haben auch heute keine Antwort darauf gegeben. Sie müssen – und das sage ich allen Sozialreaktionären in diesem Punkt, sozialreaktionären Kritikern der Mindestsicherung – Sie müssen eine Antwort geben, die Menschen, die sich bemühen, von ihrer Arbeitskraft zu leben und entweder keinen Job finden, oder weil sie krank sind, keinen Job ausüben können, wie die ihr Leben bewältigen sollen, wenn es diese Mindestsicherung, oder wie es halt früher war, die Sozialhilfe nicht gäbe. Und ich sage Ihnen: 837 Euro ist in Wahrheit bei den

Lebenshaltungskosten, die wir in Österreich haben, ein Bettel. Jetzt werden manche sagen: „Ja, was macht ein Mindestpensionist? Der hat 40 Jahre gearbeitet, die Frau vielleicht in Teilzeit, und dann auch nur eine Spur höhere Mindestpension, aber die kriegt wenigsten einen 13. und einen 14.“ Und es hat dann die Kollegin Klimt-Weithaler gesagt: „Deswegen war wir ja damals nicht für diese Mindestsicherung, weil der 13. und 14., der wichtig wäre, dort fehlt.“ Ich glaube, das muss man am Anfang der Debatte wieder sagen: Das ist einfach wirklich das Minimum. Ich erspare das der FPÖ nicht – ich weiß, es wird wieder beim Fenster hinausgesprochen sein – aber kommen Sie heraus und sagen Sie, wie jemand, der arbeiten will, nicht kann oder keinen Job kriegt, warum der diese 837 Euro nicht kriegen soll. Und wenn Sie das nicht sagen, dann sage ich Ihnen: Sie sind keine soziale Heimatpartei, Sie sind eine asoziale Partei. (*Beifall bei der KPÖ*) Das ist das Erste.

Dann möchte ich noch etwas sagen, wer die Mindestsicherung zahlen soll. Ich bin – wir haben vorher ein kleines Vieraugen-Gespräch gehabt – und ich bin da bei der Frau Landesrätin Kampus und bei allen Kräften, die sagen: Es ist eigentlich höchst an der Zeit, dass man das nicht den Sozialhilfeverbänden und auch dem Land umhängen kann, und schon gar nicht den Gemeinden und den Sozialhilfeverbänden. Weil wie war das früher einmal? Das geht ja lange zurück, weil da hat es geheißsen in der Monarchie und in der Zwischenkriegszeit: „Der Müller ist zuständig auf Graz“, und deswegen ist Graz für das alles zuständig gewesen. Aber das ist ja heute nicht mehr so, heute gibt es ja ein Meldegesetz, also eine Staatsbürgerschaft, das ist ganz anders, als es damals war, als diese klassische Armenfürsorge entstanden ist und diesen Punkt, dass die Gemeinden aber für das zuständig sind, haben wir noch übernommen. Und ich sagen Ihnen - ich meine die Bürgermeister hier unter euch, werden das eh wissen – viele Gemeinden, ich weiß es aus Leoben, die Sozialhilfeverbände, die können die Sozialhilfeverbandsumlage nicht mehr zahlen. Das Geld wäre eh da, aber da brauchen wir einen anderen Finanzausgleich. Aber die haben es wirklich nicht. Das ist einfach ein Zustand, der ist untragbar! Da ist die Pflege natürlich zuständig, weil der Regress Gott sei Dank abgeschafft wurde, ich hoffe, dass es jetzt wirklich kommt: Mehr mobil, weniger stationär, dass das eben günstiger wird, dass die Sozialhilfeverbände entlastet werden und auch die Mindestsicherung. Deswegen sagen ich: Das ist höchst an der Zeit, dass das eine Bundesangelegenheit wird, nämlich auch, was das Finanzielle betrifft.

Jetzt komme ich zu den Sachleistungen. Auch da ist heute schon viel diskutiert worden. Ich - und ich glaube, ich darf da auch für die KPÖ sprechen - wenn die Sachleistungen klar definiert sind, dass man z. B. sagt: Die Wohnung und die Betriebskosten ist eine Sachleistung,

dann kann man darüber reden. Weil ich sehe sehr oft – ich habe selber einen Sozialfonds, zu mir kommen viele Menschen, Mindestsicherungsbezieher - und ich stelle sehr oft fest, dass viele aus den unterschiedlichsten Lebensumständen mit ihrem Leben so schwer zurande kommen, sage ich einmal. Die gehen auf Tauchstation, zahlen drei, vier Monate keine Miete ein und dann ist die Sache noch viel schlimmer, als sie vorher war, weil dann verliert er die Wohnung auch noch und er kommt in Teufels Küche. Und wenn man da eine Regelung hätte, dass man sagt: Die Wohnung wird einmal gezahlt, wäre ich sehr dafür. Aber wenn man mit Gutscheinen anfängt, das ist ja fürchterlich. Erstens einmal ist es bürokratisch, dann gibt es ein ... die werden natürlich anfangen, die Gutscheine untereinander zu verschachern, weil dann kriegt er ein bisschen ein Bargeld und kauft sich das, was er halt kriegt, was er mit einem Gutschein nicht kaufen kann. Wir haben heute auch viel über die Bargeldobergrenze geredet und dass man das Bargeld nicht abschafft. Ja, ich bin dafür, wir haben eh zugestimmt und ich sage, auch ein Mindestsicherungsempfänger, wie jeder Mensch, es gehört einfach zu einer individuellen Freiheit dazu, dass er ein bisschen ein Geld im Geldtascherl hat und einmal sagen kann: „Heute leiste ich mir vielleicht nicht so ein gutes Abendessen, dafür gehe ich morgen ins Kino.“ Das ist eine individuelle Entscheidung und die würde man nehmen, wenn man nur mehr auf Sachleistungen setzt. Deswegen sage ich, da muss man vernünftig nachdenken. Wir werden uns dem nicht verschließen, wenn man da mit Wohnen und mit Betriebskosten etwas macht.

Und das Letzte, was ich in dem Zusammenhang sagen wollte, dann werde ich noch zum Antrag kommen, ist das mit den Schmarotzern. Es wird irgendwie so unterstellt: Na gut, diese Mindestsicherungsempfänger, die sind irgendwie alle so in der sozialen Hängematte und eigentlich füttern wir da Leute durch, die arbeiten könnten. Der Bernie Sanders hat mich da auf einen klugen Gedanken gebracht, weil in Amerika gibt es ein ähnliches Problem. Dort gibt es nämlich so eine Versicherung für Menschen, die ein ganz geringes Einkommen haben, die dann der Staat zahlt, weil sie sich die normale nicht leisten können. Da gibt es auch Sozialreaktionäre und konservative Kräfte, die sagen: „Ah, diese Sozialschmarotzer, die kriegen da mit unserem Geld diese Sozialversicherung, Krankenversicherung gezahlt.“ Und der Bernie Sanders sagt richtig: „Eigentlich stützen wir nicht diese armen Menschen, die diese Versicherung haben, sondern wir stützen beispielsweise und in Amerika vor allem den Walmart-Konzern und die Familie Walmart, weil die nämlich so hundsmiserable Löhne haben, dass die Leute, die dort arbeiten, sich die normale Versicherung nicht leisten können.“ Und so ist es bei uns auch. Die Frau Landesrätin Kampus hat es gesagt, es ist von Zenz und

anderen wiederholt worden: Zwei Drittel sind Aufzähler. Sie haben auch gesagt, Reallohnverluste und Lohndumping, wir haben in vielen Branchen derartig hundsmiserable Löhne, dass einer, wenn er dort arbeitslos wird, von der Arbeitslosen nicht leben kann und wenn er dort nur 30 Stunden arbeitet, bei so einem Kollektivvertrag ist er weit schon unter der Mindestsicherung. Und in Wahrheit subventionieren wir nicht den Mindestsicherungsbezieher, sondern wir subventionieren Branchen im Tourismus, im „Packerlschupfen“ – sage ich jetzt einmal ganz brutal, weil dort ist es ganz schlimm – im Reinigungsgewerbe und die Eigentümer dieser Firmen, die werden hauptsächlich – leider, muss ich sagen – subventioniert.

Jetzt komme ich zu den Anträgen. Ich sage nur zu zwei Anträgen etwas, zu dem, den ich jetzt einbringe und zu dem Antrag der beiden Regierungsparteien. Wir haben – ich habe es schon gesagt, hoffentlich finde ich es, da ist es – ein bisschen schon geplaudert, Sie haben mir einiges erklärt. Ich muss sagen, es sind acht Punkte, es gibt eine punktuelle Abstimmung. Wir werden nur den Punkten fünf, sechs, sieben und acht zustimmen, aber wir verschließen uns nicht prinzipiell dem, was in eins, zwei, drei und vier drinnen steht. Nur ist es so undeutlich, dass wir nicht mitkommen. Zum Ersten möchte ich nur sagen, das, was da drinnen steht mit den Auflagen, Arbeitsverweigerung usw., das gibt es ohnehin schon. Da brauchen wir nicht ... das ist d'accord. Aber das Zweite, was Sie sagen, mit den Sachleistungen, da bin ich genau dort, was ich gesprochen habe. Wenn Sie reinschreiben: „Wir meinen damit die Wohnkosten“, dann gehen wir mit. Aber so ist mir das zu undeutlich. Und beim dritten Punkt gilt es genauso, weil die Integrationshilfe wird oben erklärt, auch wieder mit Sachleistungen, aber welche und vor allem an der Höhe der Mindestsicherung, wenn Sie reinschreiben - *(Präsidentin Dr. Vollath: „Redezeit, Herr Abgeordneter, ist abgelaufen!“)* eine Minute, damit ich meinen Antrag noch einbringen darf – habe ich nichts dagegen, aber so ist das zu schwammig. Und das Vierte, mir fehlt drinnen Deutschkurse und die Absolvierung eines Werte ... weil ich will ... Deutschlernen ist wichtig, weil wer die Alltagssprache nicht kann, der ist unten durch. Aber Sie sagen: Deutschkurse, oder die Absolvierung. Die haben nichts davon, wenn die einen Wertekurs machen und Deutsch lernen sie erst nicht. Ich habe Sie gebeten: Schreiben Sie rein, Deutschkurse und die Absolvierung, dann hätten wir mitgestimmt. Aber so, bei uns, wenn wir einen Antrag einbringen, tun Sie immer herumreiten auf jedem Wort. Sie waren leider nicht bereit, dass „oder“ in ein „und“ umzuwandeln, deswegen werden wir auch da nicht mitstimmen. Dann möchte ich unseren Antrag noch einbringen, der bezieht sich auf den Antrag der Grünen, das ist dieser Antrag der

Transitarbeitskräfte, wir halten das also für ganz gefährlich, ich sage es sehr salopp: Wir halten das für einen Lohndumpingantrag, den ihr eingebracht habt und da muss ich dem Kollegen Zenz widersprechen. (*Präsidentin Dr. Vollath: „Herr Abgeordneter, ich bitte Sie wirklich jetzt ...!“*) Gut, dann bringe ich den Antrag von uns ein, ich hoffe, ich finde ihn sofort. Ja, da ist er schon.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass Personen, die über den zweiten Arbeitsmarkt beschäftigt werden, keine arbeitsrechtlichen Nachteile gegenüber anderen im „ersten“ Arbeitsmarkt im selben Betrieb beschäftigten Personen haben dürfen.

Darum geht es nämlich. Jetzt werden Sie wahrscheinlich noch fragen: „Ja, warum braucht man dann einen Zweiten?“ Zum Zweiten zahlt das AMS dazu und beim Ersten nicht. Das ist der Unterschied. (*Präsident Dr. Vollath: „Ist der Antrag fertig eingebracht? Danke.“ - Beifall bei der KPÖ – 17.31 Uhr*)

Präsidentin Dr. Vollath: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie jetzt noch einmal kurz zum Pult. Seitens der FPÖ, namentlich durch den Abgeordneten Deutschmann, wurde Ihr Ausdruck einer asozialen Partei in Richtung der FPÖ sehr kritisiert. Vielleicht können Sie das noch einmal näher erläutern, wie das gemeint war.

LTAbg. Dr. Murgg - KPÖ (17.32 Uhr):

Jetzt rede ich erst länger als erlaubt, aber gut, soll sein. Nein, ich hab Sie ersucht: Erklären Sie bitte, wenn jemand, der arbeiten will, aber weil er keinen Job findet, oder weil er krank ist, nicht arbeiten kann und damit auf die jetzt Bedarfsorientierte Mindestsicherung angewiesen wäre, wenn er alleine ist, 837 Euro, wie der, wenn es diese Bedarfsorientierte Mindestsicherung nicht gäbe, sein Leben bestreiten sollte. Wenn er alleine ist, wenn er keinen Vater, keinen Irgendwie hat, also der ihn unterstützt. Und ich habe gesagt: „Wenn Sie das nicht können, dann sind Sie keine soziale Heimatpartei, sondern eine asoziale Partei!“ (17.33 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Ich danke für die Erläuterung und bitte, wirklich auf die Wortwahl zu achten, zum wiederholten Male, hier in diesem Haus.

Die nächste Wortmeldung ist von Claudia Klimek-Weithaler von der KPÖ.

LTabg. Klimt-Weithaler - KPÖ (17.33 Uhr): Danke Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörende!

Ich muss auch noch zwei Entschließungsanträge einbringen. Der eine geht eben konkret in die Richtung, dass wir es für fatal halten, wenn die Mindestsicherung gekürzt werden würde, und zwar wenn man die Mindestsicherung eben mit dem Argument kürzt, es gäbe ja Jobs, die geringer bezahlt würden als die Mindestsicherung ist, dann wird damit eine Spirale in Gang gesetzt, die ja immer zu weiterem Lohndumping führt. Ich habe es vorher ja schon ausgeführt. Denn ich bin überzeugt davon, wenn diese Mindestsicherung jetzt gekürzt werden würde mit diesem Argument, dann würden wir in zwei, drei Jahren dieselbe Debatte wieder führen, weil dann gäbe es genug Leute, die in diese Billigstjobs gedrängt würden und dann hätten wir wieder das Problem, dass die Gleichen sagen würden: „Ja, jetzt ist die Mindestsicherung de facto schon wieder so hoch und so ein großer Abstand zu dem, was bezahlt wird.“ Also, umgekehrt denken: Wir brauchen höhere Löhne, das ist unser Wunsch und deshalb bringe ich jetzt folgenden Antrag ein: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. eine Novelle des Steiermärkischen Mindestsicherungsgesetzes zu erarbeiten, mit der die bedarfsorientierte Mindestsicherung - entsprechend dem Verschlechterungsverbot der geltenden Vereinbarung gem. Art.15a B-VG über eine bundesweite bedarfsorientierte Mindestsicherung - auf das Niveau der ehemaligen Sozialhilfe angehoben und deren 14-malige Auszahlung pro Jahr geregelt werden und
2. an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzuberufen, die in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern Vorschläge zur Abwendung einer Niedriglohnpolitik erarbeitet.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages. Einen zweiten Antrag haben wir auch noch. Da geht es um die Bekämpfung der Kinderarmut. Sie wissen, wir haben das schon vor der Landtagswahl, vor dieser Landtagsperiode getrommelt und immer wieder darauf hingewiesen, dass es ein Wahnsinn ist, dass in einem Land wie Österreich – wir sind mittlerweile an der zwölftreichsten Stelle der Erde vom Reichtum her – es so ist, dass wir hier überhaupt Kinderarmut beklagen müssen und in der Steiermark auch eine hohe Anzahl an armutsgefährdeten Menschen und Kindern haben.

Ich bringe deshalb folgenden Antrag ein: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Maßnahmenpaket zur Senkung der Kinderarmut zu entwickeln und dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen, das insbesondere eine

Anhebung der Mindeststandards für Kinder im Rahmen der bedarfsorientierten Mindestsicherung auf Wiener Niveau vorsieht und die in der Begründung Verschlechterungen für Kinder und Jugendlichen kompensiert.

Ich bitte Sie auch da um Annahme.

Und ich möchte jetzt noch eines richtigstellen, weil die Frau Schartel vorher den Vergleich gebracht hat, dass Leute, die Kinderbetreuungsgeld in Empfang nehmen oder bezugsberechtigt sind, ja noch viel schlechter gestellt sind, als MindestsicherungsempfängerInnen. Also erstens: Das Beispiel, das Sie gebracht haben, hinkt insofern, weil wenn Sie sagen, Sie haben damals, da hat es die jetzige Form des Kinderbetreuungsgeldes ja noch nicht gegeben, sondern das Karenzgeld, dann haben Sie diesen Bezug von – ich habe es mir jetzt nicht gemerkt (*LTabg. Schartel: „4.000 Schilling waren es damals!“*) – ca. 300 Euro empfangen, aber das war ja nicht das alleinige Einkommen, mit dem Sie auskommen mussten. Ich nehme an, Sie hatten ein Einkommen eines Ehemannes zur Verfügung, plus es gab ab der Geburt des Kindes die Kinderbeihilfe, oder? Ja, gut. Also dann sind es nicht mehr die 300 Euro, (*LTabg. Schartel: Unverständlicher Zwischenruf*) nein, Moment, ich komme schon ... nein, Frau Schartel, lassen Sie mich ausreden! Ich will es ja gerade erklären. Das heißt, es gab das Karenzgeld, es gab das Einkommen vom Ehemann, es gab das Kindergeld bzw. die Familienbeihilfe. Jetzt im Moment ist es so: Wenn sich jemand dafür entscheidet, und jetzt gehen wir einmal von einer Alleinerzieherin aus, die keinen Partner hat mit einem Einkommen oder keine Partnerin mit einem Einkommen, dann hat die Frau Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld, wenn sie sich für die maximal 36 Monate entscheidet, von 14,53 Euro täglich, d.h. es sind rund 450 Euro plus Anspruch auf Aufzahlung der Mindestsicherung. Ja, das kann sie beantragen. Auch Sie hätten damals, wären Sie nicht in einer Beziehung mit einem zweiten Einkommen gewesen, Anspruch auf Aufzahlung zur Sozialhilfe gehabt. (*LTabg. Riener: „Erhöhte Karenz!“*) Erhöhte Karenz, d.h. womit ich mir jetzt schwertue ist, wenn Sie hergehen und sagen, Sie spielen da jetzt eine Gruppe aus, weil die sind ärmer. Nein! Alle haben zu wenig und gerade deswegen müssten Sie ja meinen Ruf nach einer Erhöhung der Mindestsicherung durchaus berechtigt finden, weil wie gesagt eine Alleinerzieherin eben mit diesen 450 Euro zusätzlich zwar ansuchen kann, aber dann auch nur die 837 Euro hat. Das Einzige, was sie mehr hat, als jemand, der kein Kind hat, ist die Familienbeihilfe. Also bitte schön, nicht einfach hergehen und sagen: „Da ist es noch viel schlechter“, und man ist böse, wenn man sich für die eine Gruppe einsetzt, nein, ich hätte gerne, dass wir erstens höhere Löhne haben und damit

wegkommen generell von einem Beihilfen- und Zuschusssystem. Denn die Leute kommen immer in die Situation, dass sie um etwas bitten müssen und etwas beantragen müssen, ob das der Heizkostenzuschuss ist, ob das die Mindestsicherung ist, ob das die Wohnbeihilfe ist. Es ist ja furchtbar, dass die Leute nicht von ihrem Gehalt alleine leben können. Und da ist es mir völlig gleich, ob das jetzt Eltern sind, ob das AlleinerzieherInnen sind, ob das kinderlose Menschen sind. Ich will das nicht gegeneinander ausspielen. Ich hätte gerne, dass wir hergehen und sagen: Es ist so viel Geld in diesem Land vorhanden, es gehört nur gerecht verteilt. Danke schön. *(Beifall bei der KPÖ – 17.39 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dipl.-Ing. Deutschmann. Bitte schön.

LTAbg. Dipl.-Ing. Deutschmann - FPÖ (17.40 Uhr): Danke Frau Präsidentin, Damen und Herren der Landesregierung, Hohes Haus!

Ich muss mich kurz zu Wort melden aufgrund der verbalen Entgleisung des Herrn Kollegen Murgg. Wenn das kein Ordnungsruf ist, dann muss man zumindest etwas sagen dazu. Sie werden doch nicht im Ernst annehmen, Herr Murgg, dass wir uns herantreiben lassen und das antworten oder diese Debatte führen, die Sie haben wollen. Und wenn Sie glauben, *(LTAbg. Dr. Murgg: Unverständlicher Zwischenruf)* ... jetzt horchen Sie mir mal zu, vielleicht lernen Sie noch etwas. Die asoziale Partei, dass gerade die Kommunisten das von uns behaupten, ist da sowieso das Übelste der Geschichte. Da würde ich Ihnen einmal ins Stammbuch schreiben, Herr Kollege Murgg: Lernen Sie Ihre eigene kommunistische Geschichte, dann wissen Sie, was asozial ist. *(Beifall bei der FPÖ)* Kehren Sie vor Ihrer eigenen Türe und tun Sie nicht andere demokratisch gewählte Parteien als asozial abqualifizieren. Was glauben Sie, warum da 14 sitzen und ihr nur zwei seid? *(Beifall bei der FPÖ)* Und ich kann für dieses Land nur hoffen, dass es so bleiben wird, vielleicht sich noch in Ihre Richtung verschlechtert. Weil Sie die Arbeit immer so ansprechen und Ihnen sonst nichts einfällt, Herr Murgg, dass die Löhne zu niedrig sind und deswegen die Tourismusgesellschaften schuld sind, die Touristiker und vor allem die Firmen so böse sind und deswegen die Leute nichts bezahlt bekommen und deswegen müssen sie in die Mindestsicherung abrücken – völlige Fehlentscheidung, Lage nicht erkannt! Die anderen Rahmenbedingungen passen nicht, da haben wir eh schon lange genug diskutiert im Haus, ist jetzt kein Landtagsthema, ist ein Thema, das von wo anders auch herkommen muss. Aber nicht immer auf die Arbeitgeber und auf die Firmen dorthin

pochen, weil die so wenig zahlen, müssen die anderen in die Mindestsicherung gehen, das ist völlig aus der Luft gegriffen und realitätsfern. Ich würde Ihnen nur empfehlen: Tun Sie ein bisschen aufpassen, wie es umgeht hier im Landtag und wie Sie Ihre Kollegen hier bezeichnen wollen. Danke. *(Beifall bei der FPÖ – 17.42 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Klubobfrau Barbara Eibinger-Miedl.

LTAbg. MMag. Eibinger-Miedl - ÖVP (17.42 Uhr): Danke Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen und auch Zuhörerinnen und Zuhörer!

Nach den emotionalen Ausritten meines Vorredners komme ich wieder zum Thema der Dringlichen Anfrage und ich möchte da kurz auf das Instrument, das wir hier gewählt haben, eingehen. Es wurde von allen Oppositionsparteien kritisiert: „Wie kommen die Regierungsfractionen auf die Idee, das Thema mit einer Dringlichen Anfrage hier in den Landtag zu bringen?“ Ja, warum denn nicht? Warum können nicht wir auch ein Thema, auch wenn es ein Vorschlag der Landesrätin Kampus war, hier dringlich diskutieren? Weil, was haben Sie für einen Zugang zum Parlamentarismus? Die Rechte der Abgeordneten stehen allen Abgeordneten zu, egal ob sie jetzt von der Oppositionspartei oder von der Regierungspartei sind, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Was mich auch verwundert hat, ist, dass uns vorgeworfen wurde, wir würden jetzt mit einem Vorschlag kommen, der noch nicht bis ins Detail hier ausverhandelt ist. Das hat mich wirklich überrascht, weil eigentlich kenne ich es nur umgekehrt. Eigentlich wird uns vorgeworfen, dass wir zu wenig mit der Opposition reden. Jetzt haben wir einmal den umgekehrten Weg gemacht, sind einmal frühzeitig mit unseren Vorschlägen herausgekommen, passt auch nicht, aber ich denke, wir werden trotzdem auf diesem politischen neuen Stil, den wir uns auch in dieser Gesetzgebungsperiode vorgenommen haben, bleiben und werden mit Vorschlägen früher herauskommen. Wir werden Sie auch früher einbinden und wir werden Sie auch früher aufrufen, mit uns über unsere Vorschläge zu diskutieren. Also bitte, ich hoffe, dass wir dann auch ohne diese kritischen Zwischenrufe zum Thema sprechen können. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ)*

Inhaltlich ist schon sehr vieles gesagt worden, auch von den Vorrednerinnen und Vorrednern der Regierungsfractionen. Ich möchte auf zwei, drei Punkte eingehen, die jetzt noch in der

Debatte gekommen sind. Die Freiheitliche Partei hat angemerkt, dass man keinesfalls in Asylwerberinnen und Asylwerber investieren sollte, man sollte keinesfalls Kurse machen, weder Sprachkurse, noch Wertekurse. Ja, das ist jetzt aber schon ein Widerspruch, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ihr fordert frühestmögliche Integration, ihr fordert, dass das Zusammenleben in den Gemeinden, wo sie untergebracht sind, funktioniert. Und damit das funktioniert, müssen sich doch die Flüchtlinge verständigen können, müssen sie die Grundwerte auch unseres Zusammenlebens verstehen können. Also, da bin ich schon der Meinung, das sollte man bereits, wenn sie in unser Land kommen, sehr frühzeitig vermitteln. Darauf möchte ich schon ganz eindeutig hinweisen.

Die KPÖ hat im Rahmen der Integrationshilfe einen unserer Antragspunkte kritisiert; Herr Dr. Murgg, Sie hätten gerne ein „und“ statt einem „oder“ gehabt, ich wäre da gesprächsbereit gewesen, an mich hat sich niemand gewendet. Vielleicht können wir das das nächste Mal in einem direkten Gespräch klären. Aber ich habe Verständnis dafür, Herr Dr. Murgg, ich bin selbst als Juristin sehr genau bei den Anträgen, ich schau auch immer sehr genau die einzelnen Worte und Formulierungen an. Insofern verstehe ich es, wenn Sie dann da nicht mitkönnen.

Ein Punkt ist mir auch noch wichtig: Es wurde sehr viel heute auch über prekäre Arbeitsverhältnisse gesprochen und dass die Löhne angehoben gehören und da bin ich jetzt ein bisschen auch in der Stoßrichtung vom Kollegen Deutschmann. Man muss schon auch überlegen, und das sollte doch auch die Antwort sein, dass man dann genau die Betriebe, die ja die Arbeitsplätze schaffen und die Arbeitsplätze halten, unterstützt, dass wir ein investitionsfreundliches Klima schaffen, dass die Betriebe bei uns investieren, dass sie hier Arbeitsplätze schaffen und dass sie hier auch gute Löhne zahlen können. Und hier haben wir einiges vor an Bürokratieabbau, gerade auch, was Betriebsansiedelungen usw. betrifft, können wir uns hier im Land auch selber bei der Nase nehmen, wenn es dann um einzelne Gesetzesmaterien geht, wo wir hier gefragt sind. Wichtig wäre auch, dass man sagt: Es muss bei den Löhnen mehr Netto von Brutto geben. Ich denke, dass wir da mit der Steuerreform, die da jetzt 2016 zum Tragen kommt, schon auch einen Schritt in die richtige Richtung gemacht haben. Und man darf eines nicht vergessen: Unsere Betriebe befinden sich in einem internationalen Wettbewerb. Das heißt, wir müssen schauen, dass die Rahmenbedingungen passen, wir müssen vor allem auch in Bildung, Aus- und Weiterbildung setzen, auf Forschung und Entwicklung setzen, denn nur dann werden die Betriebe hier bei uns im Land investieren und ein gutes Vorankommen haben und nur dann, wenn wir die Einnahmen auch von den

Arbeitgebern und auch von den ArbeitnehmerInnen haben, werden wir die Sozialleistungen in weiterer Folge finanzieren können.

Insgesamt, denke ich, war es heute eine gute Gelegenheit, die Eckpunkte der Integrationshilfe erläutert zu bekommen, seitens der ÖVP stehen wir zu diesen Eckpunkten. Ich darf die Eckpunkte kurz noch einmal zusammenfassen: Es soll sich um eine Leistung handeln, die für Asylberechtigte in den ersten drei Jahren gilt, sprich im Rahmen von Asyl auf Zeit, was die Bundesregierung gebracht hat. Der zweite wesentliche Punkt, dass sehr stark auf Sachleistungen auch gesetzt wird und ich freue mich, dass es hier breite Zustimmung gibt, wie ich das so vernommen habe von den Oppositionsparteien. Der dritte wesentlich Punkt ist meiner Meinung nach, dass man hier auch Auflagen verlangen kann und zwar im Sinne von Deutschkursen und, Herr Dr. Murgg, Wertekursen, und man bei Verstoß dieser Auflagen auch mit Sanktionen rechnen muss. Und zu guter Letzt, dass wir hier auch die finanzielle Solidarität seitens der Europäischen Union einfordern, was die Finanzierung dieser Integrationsleistung betrifft. Ich bin auch sehr froh, dass wir hier in der Steiermark betreffend der Bedarfsorientierten Mindestsicherung eine sehr gute Gesprächsbasis mit dem Koalitionspartner haben. Es ist heute auch schon der Hinweis gekommen, dass wir dies von Anfang an in das Koalitionspapier für diese Gesetzgebungsperiode aufgenommen haben. Ich bin sehr froh, dass wir uns da und dort schon einigen konnten, gerade was auch in Richtung Sachleistungen geht. Bei den anderen Dingen wird weiterverhandelt, ist sehr vieles in Vorbereitung und insgesamt muss es uns darum gehen, dass wir hier ein nachhaltiges System haben. Ich glaube auch, dass die Frau Landesrätin Recht hat, nach fünf Jahren der Einführung dieses Instrumentes ist es nicht nur legitim, sondern ist es auch unumgänglich, dass wir als Politikerinnen und Politiker hinterfragen, ob dieses System sich bewährt hat, ob es treffsicher ist und es ist auch unsere Aufgabe hinzuschauen, wenn die Ausgaben bei den Sozialhilfeverbänden explodieren, woher das kommt und ob und wie man hier gegensteuern kann. In diesem Sinne freue ich mich auf weitere Verhandlungen, weitere Debatten mit Ihnen zum Thema Bedarfsorientierte Mindestsicherung und, ja, ich denke, für heute sind wir schon einen guten Schritt weiter gekommen. *(Beifall bei der ÖVP und SPÖ – 17.50 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Für eine tatsächliche Berichtigung zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Werner Murgg. Bitte schön.

LTAbg. Dr. Murgg - KPÖ (17.50 Uhr): Ich hab ja nicht gesagt, dass die, wenn Sie aufgepasst haben, dass die FPÖ eine asoziale Partei ist. Es war eine Wenn-Antwort-Meldung. Ich habe gesagt, wenn das und das eintritt und Sie nicht endlich einmal klar machen, wie das ist, dann sind Sie's. Die Kollegen Abgeordneten werden sich ihre Meinung gebildet haben, ob Sie das aufklären haben können, oder nicht. (17.50 Uhr)

Präsidentin Dr. Vollath: Die nächste Wortmeldung ist von Landesrätin Doris Kampus. Bitte schön.

Landesrätin Mag. Kampus - SPÖ (17.51 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Danke – danke für die großteils konstruktive, sachliche, differenzierte Diskussion. Ich freue mich darüber, zu einem wirklich komplexen und emotionalen Thema, das uns alle bewegt, und das ist gut so. Wie gesagt, da geht es um Menschen, die neben uns leben, Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, und da durchaus emotional zu diskutieren ist in Ordnung. Heute war es großteils sachlich und konstruktiv, dafür danke. Ein danke dafür, dass von allen Parteien genannt wurde, dass wir bei dem Thema Arbeit, Beschäftigung realiter etwas tun müssen. Ja, wenn es nur so einfach wäre – wenn es nur so einfach wäre. Wir haben sehr, sehr viele Vertreter der Gewerkschaft, die Großartiges leisten, wir haben hier sehr, sehr viele Vertreter von Unternehmen, die Großartiges leisten. Es wird nicht besser, wenn wir die eine Seite gegen die andere ausspielen. Das ist eine der größten Herausforderungen dieser Zeit, genügend Beschäftigung für die Menschen in diesem Land zu schaffen. Was wir tun können, das tun wir, und wir sind aus dem Ressort heraus sehr bemüht. Kollege Landesrat Buchmann ist sehr bemüht, das ist ein österreichweites Thema, das ist ein europäisches Thema, dass wir schlicht mehr Arbeit und Beschäftigung für die Menschen brauchen. Und wenn wir dafür gemeinsam kämpfen, bin ich sehr, sehr froh. Etwas Besseres kann es für die Menschen in diesem Land nämlich gar nicht geben. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP)

Liebe Frau Klubobfrau Barbara, danke schön, du hast einiges gesagt, was ich erwähnen wollte. Ich war auch ein bisschen überrascht. Normalerweise haben wir den Vorwurf: „Jetzt erst kommt ihr? Alles ist fix und fertig, wir dürfen überhaupt nicht mitreden!“ Dann wählen wir neuen Stil, neuer Zeitpunkt, wir schlagen vor, wir treten in Diskussion, dann kommt der Vorwurf: „Das ist ja alles viel zu früh!“ Ich nehme alles sehr ernst, was hier gesagt wird, aber ich bitte eines zu bedenken: Es gibt gerade im politischen Leben für Themen Zeitfenster, und

wir haben mit dem Bund gerade eine sehr, sehr intensive Verhandlungsphase, was dieses Thema betrifft. Ich möchte nicht in der Situation sein, jetzt nicht über dieses Thema zu reden, dann kommt es möglicherweise zu Entscheidungen auf Bundesebene, wo Sie dann zu recht sagen würden: „Ja, und die Steiermark? Wer hat da gekämpft? Wer hat sich was überlegt? Wann haben wir über diese Themen diskutiert?“ Und wir werden in den nächsten Wochen intensive Verhandlungen mit dem neuen Sozialminister zu diesem Thema haben. Darum glaube ich nach wie vor, ist der Zeitpunkt ein guter und ein richtiger, auch wenn nicht alles bis ins letzte Detail geklärt ist. Das ist richtig, das kann es aber auch nicht sein, weil es hier um eine Verhandlungsposition in der Steiermark geht und ein gewisser Spielraum natürlich da sein muss. Die Sorge, die ich Ihnen nehmen kann – und das ist mir ein Anliegen, darum möchte ich es erwähnen – bei den Sachleistungen geht es ausschließlich um das Thema Wohnen, Betriebskosten und, und, und. Das Thema der Stigmatisierung mit Gutscheinen, mit „die einen gehen dort einkaufen, die anderen gehen da einkaufen“, nein, das brauchen wir nicht mehr. Also, diese Sorge kann ich Ihnen nehmen, es geht um das Thema Wohnen, ich habe es erwähnt, und da gibt es viele gute Möglichkeiten, wie man das besser gestalten kann. Und warum brauchen wir die Integrationshilfe, warum reicht die Mindestsicherung nicht? Noch einmal die Punkte: Sie reicht nicht, weil diese Menschen etwas anderes brauchen. Sie brauchen nicht weniger, sie brauchen etwas anderes, das werden vermehrt Sachleistungen sein, das ist das Thema der Deutschkurse, das ist das Thema der Wertekurse und das ist das Thema von begleitenden AMS-Maßnahmen. Und das zusätzlich anzubieten, das ist das, warum wir das tun, nebst dem Thema, offen zu diskutieren, wir brauchen dafür andere Finanzierungsquellen. Aber ich möchte dieses Angebot unterbreiten, wir machen es ja auch beim Thema Asyl und Integration so - aus meiner Sicht gut: Sollte es da näheren Gesprächsbedarf geben, stehe ich jederzeit, natürlich auch abseits dieses Gremiums, zur Verfügung für Detailfragen. Ich freue mich, wenn diese kommen, ich freue mich auch über konstruktive Kritik, diese bringt uns gemeinsam tatsächlich weiter.

Was mir noch ein Anliegen ist und was ich ein bisschen schade finde – ich mag jetzt nicht wehleidig klingen, aber es ist ein bisschen schade – und ich habe mich bedankt für die konstruktive Diskussion und für die konstruktiven Beiträge. Ich finde es einfach immer wieder schade und sehr entlarvend, was die FPÖ betrifft – der Kerr Klubobmann ist jetzt leider nicht mehr da, aber er wird es sicher hören. Ach ja übrigens, einen schönen Gruß, er hat sich beklagt, dass ich ihn immer anschau. Er sitzt leider mir gegenüber. Also, ich werde mich bemühen, in Zukunft eher nach rechts oder nach links zu schauen, aber dann bitte nicht

den Vorwurf zu bekommen, ich sei unhöflich, das ist einfach eine Frage der Höflichkeit, dass man sein Gegenüber anschaut. Was ich aber wirklich entlarvend finde, die Presseaussendung von Ihnen heute wieder. Noch bevor wir diese Diskussion im Landtag gestartet haben, geht eine Pressemitteilung hinaus, wo Sie erklären: „Das Chaos in der Steiermark ist wieder ausgebrochen, die Zahlen gehen in die Höhe, die Sozialkosten sind ein Wahnsinn, die Asylwerber drängen in die Mindestsicherung“, obwohl Sie wissen, dass wir genau heute und hier im Anschluss einen Vorschlag diskutieren, der genau das nicht vorhat. Das ist entlarvend, und das verstehe ich nicht. Ich kann es nur so verstehen, dass Sie nicht an einer ehrlichen Diskussion interessiert sind. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP)* Es ist leider nicht die Diskussion mit uns, die Sie interessiert, Sie wollen gar keine Informationen. Ihre vorgefertigten Meinungen, das ist das, womit Sie hinausgehen. Insofern finde ich es schade, aber wie gesagt, auch beim nächsten Mal werde ich Sie wieder einladen, mit uns gemeinsam die neuen Ideen für die Steirerinnen und Steirer zu diskutieren. Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP – 17.56 Uhr)*

Präsidentin Dr. Vollath: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme daher nun zur Abstimmung.

Zum Entschließungsantrag der SPÖ und ÖVP mit der Einl.Zahl. 602/11 betreffend Integrationshilfe - Bedarfsorientierte Mindestsicherung wurde ein Antrag auf punktuelle Abstimmung gestellt. Ich werde daher die acht Punkte jetzt einzeln abstimmen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Punkt 1 ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Der Antrag hat gegen die Stimmen von KPÖ und Grünen die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche um ein Zeichen der Zustimmung zu Punkt 2, wer dafür ist. Gegenprobe!

Auch dieser Antrag hat gegen die Stimmen von KPÖ und Grünen die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme zum Punkt 3 und bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP die Mehrheit gefunden gegen die Stimmen von FPÖ, Grünen und KPÖ.

Ich komme zum Punkt 4 um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat gegen die Stimmen von Grünen und KPÖ die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme zum Punkt 5 und ersuche wieder um ein Zeichen mit der Hand. Auch hier wieder bitte die Gegenprobe!

Dieser Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden gegen die Stimmen der Grünen.

Ich komme zum Punkt 6 und bitte um ein Zeichen mit der Hand. Bitte um Gegenprobe!

Dieser Antrag hat gegen die Stimmen von FPÖ und Grünen die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit kommen wir zum Punkt 7, ich bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat wiederum gegen die Stimmen der FPÖ und der Grünen die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wir kommen nun zum Punkt 8 und bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag hat gegen die Stimmen der Grünen die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zl. 602/4 betreffend Begrenzung der Mindestsicherung für Asylberechtigte mit befristetem Aufenthaltstitel und subsidiär Schutzberechtigte ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat gegen die Stimmen der SPÖ, ÖVP, Grünen und KPÖ mit den Stimmen der FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 602/5 betreffend Verschärfungen bei der Bedarfsorientierten Mindestsicherung angesichts der gegenwärtigen Zuwanderungsproblematik ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Auch dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ gegen die Stimmen der SPÖ, ÖVP, Grünen und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 602/6 betreffend Deutsch als Pausensprache ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand. Auch dieser Antrag hat gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und KPÖ mit den Stimmen der FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ mit der Einl.Zahl 602/9 betreffend Kinderarmut bekämpfen und Familienbeihilfe erhöhen ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen mit den Stimmen der FPÖ und KPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 602/2 betreffend flächendeckendes und kostenloses Deutschkursangebot ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der Grünen und der KPÖ gegen die Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen mit der Einl.Zahl 602/3 betreffend Integration von Konventionsflüchtlingen durch Stärkung des zweiten Arbeitsmarktes ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat gegen den Stimmen der SPÖ, ÖVP, KPÖ und FPÖ mit den Stimmen der Grünen nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche nun die Abgeordneten, die dem Entschließungsantrag der KPÖ mit der Einl.Zahl 602/7 betreffend Maßnahmen gegen Kinderarmut ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der KPÖ und der Grünen gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Zum Entschließungsantrag der KPÖ mit der Einl.Zahl 602/8 betreffend Hände weg von der Mindestsicherung wurde ein Antrag auf punktuelle Abstimmung gestellt. Ich werde daher die zwei Punkte jetzt einzeln abstimmen lassen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dem Punkt 1 ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der KPÖ und der Grünen gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme damit zum Punkt 2 dieses Antrages und ersuche um ein Zeichen mit der Hand im Falle der Zustimmung.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der FPÖ, der Grünen und der KPÖ gegen die Stimmen von SPÖ und ÖVP nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ mit der Einl.Zahl 602/10 betreffend Lohndumping durch zweiten Arbeitsmarkt verhindern ihre Zustimmung geben um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat mit den Stimmen der KPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grünen nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Geschätzte Damen und Herren, damit sind wir am Ende dieser Sitzung angelangt. Die nächste Sitzung wird voraussichtlich am 15. März stattfinden und es wird wie immer, auf schriftlichem, d.h. elektronischem Weg eingeladen. Die Sitzung ist beendet. Kommen Sie gut nach Hause.

Ende der Sitzung: 18.03 Uhr